REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 361 · 15.12.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Wahl in Rußland - Zeichen an der Wand
2. Kein Werk von Einzeltätern. Briefbomben- Attentate in Österreich
3. Deutsche Ostgrenze. Eine Reportage
4. Der Kennedy-Typ von Potsdam - Claudia Gohde
5. Verbotsüberlegungen bei der CSU nach dem Erfolg der PDS bei den Kommunalwahlen in Brandenburg
6. Vier-Tage-Woche oder was sonst?
7. Fünf BerlinerInnen nach dem Tod eines Faschisten im Knast
8. Bundesregierung gegen Kurden
9. Proteste und Widerstand gegen PKK-Verbot. Kurdische Zentren wieder geöffnet
10. Mit Völkermord gegen Unabhängigkeit. Das türkische Militär führt Vernichtungskrieg gegen kurdische Bevölkerung - Nora Mielke
11. Höchststrafen im Möllner Prozeß
12. Die Untergrundstrukturen der Neo-Nazis. "Anti-Antifa" verschickt Namenslisten und -dateien ihrer Gegner
13. Da könnten ja noch viele kommen ... Almosen oder Entschädigung für baltische Naziopfer?
14. Altfaschisten, Bombenleger und brave Bürger. Der MSI - eine Partei mit mehreren Gesichtern und einer Leitfigur: Mussolini
15. Mussolinis Erben auf dem Vormarsch. Zweifelhafter "Sieg der Linken" bei den Kommunalwahlen in Italien
16. Die Republik des Nordens. Der aggressive Regionalismus der Lega Nord - Jens Renner
17. Die große und die kleine Verschwörung. Italiens unendliche Geschichte von Staatsterror und Subversion
18. Ein Schritt vor, ein halber Schritt zurück. Zur Situation in Nordirland - Dietrich Schulze-Marmeling
19. 1994 - Jahr der Regierungsübernahme durch den ANC
20. Extremistische Siedler, palästinensische Desperados - Provokationen gegen is.-pal. Frieden - Klaus Mellenthin
21. 100 Jahre Mao Zedong
22. Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien in der BRD. Ein Überblick von 1949 bis heute
23. Rassismus und Rechtsextremismus. Der Streit um die Ursachen - Birgit Rommelspacher
24. Multikultur statt Deutschtum? (Buchvorstellung)
25. Grund- und Menschenrechte - aber nicht für alle. Wie sich der Willkürstaat in der Demokratie durchsetzt - Oliver Tolmein
26. Chronologie rassistischer Anschläge (5.11.4.12.93)
27. "... abweichendes Denken soll es nicht geben ..." Birgit Hogefeld antwortet Brigitte Mohnhaupt
28. Herzliche Grüße für Irmgard Möller aus Hanoi/ Viet Nam
29. Bougainville - Krieg am anderen Ende der Welt
30. Zwei Neuerscheinungen zu Leo Trotzki
31. "Schlimmer als mit Waffen ..." Wirtschaftsund Währungskrieg der irakischen Regierung - Milena Ergen
32. Castros schwerster Kampf: Die cubanische Perestroika
33. Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis. Interview mit Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros) Teil 2
34. Texte für die Halbzeit Fußball von links - zwei Neuerscheinungen
35. Freak out - ein Leben im Widerspruch (zum Tod von Frank Zappa) - Kay Osterloh
36. "Schlimmer als mit Waffen ..."
37. Quelldatei 24.htm
38. Quelldatei 27.htm
39. Quelldatei 30.htm
40. Quelldatei 38.htm

41. Falsch gewählt!
42. Quelldatei ira.htm
43. Quelldatei knutfolk.htm
44. Nazi-Terrorismus
45. Quelldatei pkk-asc.htm
46. Quelldatei pkk.htm
47. Der Streit um die Ursachen
48. Die Wahlergebnisse der Rechten
49. Quelldatei wahl02.htm

1. Wahl in Rußland - Zeichen an der Wand

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/wahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:wahl

Rußland hat gewählt. Zwei Punkte stellen die deutschen Medien in diesen Stunden in das Zentrum ihrer Kommentierung: Erstens, Jelzin habe mit der Annahme seines Verfassungsentwurfs einen wichtigen Erfolg errungen. Zweitens, das schwache Abschneiden der "demokratischen Kräfte" und der unerwartete Erfolg der rechtsextremen Partei von Schirinowski seien besorgniserregend. Die gute Nachricht wiegt die schlechte auf, denn die neue Verfassung ist so auf Jelzins Bedürfnisse zugeschnitten, daß ihm die Zusammensetzung des Parlaments von vornherein ziemlich egal sein kann: alle Macht liegt beim Präsidenten - solange die tatsächlichen Zentren der militärischen und wirtschaftlichen Macht sie ihm lassen.

So betrachtet ändert sich durch die russische Wahl kaum etwas. Jelzin hat ohnehin seit mehr als einem Jahr, auch ohne die neue Verfassung, mit Sondervollmachten total am Parlament vorbeiregiert. Auch die von Jelzin eingesetzten Regierungen hatten keine parlamentarische Mehrheit, sondern konnten sich nur auf etwa 10 bis 15 Prozent der Abgeordneten einigermaßen zuverlässig stützen. Der Block der "entschiedenen Opposition" war im alten Parlament wahrscheinlich sogar größer als im neuen.

Allerdings fällt eine propagandistische Legitimation weg, die bisher als Rechtfertigung für die selbstherrliche Machtausübung Jelzins herhalten mußte: das alte Parlament sei nicht frei gewählt gewesen. Das wird dem neuen Gremium wohl niemand nachsagen wollen. Es stimmte aber auch vorher schon nicht. Das vom Präsidenten im September in eindeutig verfassungswidriger Weise aufgelöste Parlament war zwar, 1990, noch weitgehend nach sowjetischen Spielregeln gewählt worden, aber in seiner pluralistischen Realität war es ein Spiegelbild der kontroversen politischen Strömungen Rußlands gewesen. Offenbar entsprach dieses Parlament nicht mehr genau den gewandelten Kräfteverhältnissen im Jahre 1993, aber das gilt beispielsweise für den deutschen Bundestag genauso, ohne daß ernsthaft erwogen wird, man müsse ihn mit Panzern auseinanderjagen.

Die bisherigen Angaben zu den Ergebnissen der Wahl vom 12. Dezember lassen darauf schließen, daß das neue Parlament in seiner Zusammensetzung dem alten sehr viel mehr ähneln wird, als Jelzin und seine westlichen Sponsoren gehofft hatten. Was sie überhaupt zur Hoffnung veranlaßt hatte, durch die putschistisch erzwungene Neuwahl eine breite parlamentarische Basis für Jelzin und seine vom internationalen Finanzkapital vorgezeichnete "Schocktherapie" zu gewinnen, bleibt rätselhaft. Die bekanntgewordenen Prognosen sprachen von vornherein dagegen. Auch das starke Abschneiden Schirinowskis, das nun von deutschen Medien im jähen Katzenjammer zum "Wahlsieg" überhöht wird, war keineswegs so absolut unerwartet, wie nun behauptet wird.

Erstens hatte der rechtsextreme Demagoge schon bei der Präsidentenwahl im Juni 1991 aus dem Stand annähernd acht Prozent der Stimmen geholt und war damit auf Platz drei gelandet, hinter Jelzin (57,3 Prozent) und dem von Gorbatschow favorisierten Ryschkow (16,85).

Zweitens ist durch die Zerschlagung der zentristischen Führungsgruppe um Ruzkoj und Chasbulatow sowie durch das Verbot zahlreicher radikaloppositioneller Organisationen und Zeitungen ein enormer Wettbewerbsvorteil für Schirinowski geschaffen worden: Er, der sich mit seiner Partei klug aus dem Konflikt um das Parlament herausgehalten hatte, hat dank Jelzin bei dieser Wahl fast eine Monopolstellung für das radikalnationalistische Spektrum bekommen. Jelzin hat, unter heftigem Antrieb und Applaus der kapitalistischen Großmächte, vergleichsweise gemäßigte Oppositionsvertreter wie Ruzkoj und Chasbulatow einsperren lassen und damit zugleich dem schlimmsten Demagogen von allen freie Bahn geschaffen. Wieso ausgerechnet eine Partei zur Kandidatur zugelassen wurde, die u.a. übelste antisemitische Paranoia verbreitet - die Welt werde von 28 jüdischen Familien beherrscht, zu deren zentralen Zielen die Vernichtung Rußlands gehöre - bleibt unerklärt. Jelzins westliche Sponsoren, die heute über den "Sieg des neuen Hitler" schreien, schienen vor der Wahl keinen Anstoß daran zu nehmen.

Schirinowskis faschistische Liberaldemokraten haben mit dieser Wahl ihre Rolle als hegemoniale Kraft der Opposition gegen Jelzin und gegen die Gängelung Rußlands durch IWF, Weltbank usw. eindeutig bescheinigt bekommen. Es ist zu fürchten, daß sich die Subalternität der Kommunistischen Partei Sjuganows nicht darauf

beschränken wird, daß sie im Wahlergebnis weit hinter den Liberaldemokraten liegt, sondern daß sie noch mehr als bisher schon in deren Fahrwasser segeln wird - sofern sie nicht teilweise den Lockungen Gajdars erliegt, "Regierungsverantwortung zu übernehmen", was vermutlich schnell zu einer Spaltung der Partei führen würde.

Schirinowski beschwört die Grenzen des Zarenreichs (wozu außer den Bestandteilen der UdSSR auch Finnland und drei Viertel von Polen gehörte) und macht aus der territorialen Wiederherstellung der Sowjetunion (ohne Sowjets) geradezu ein Minimalprogramm. Er spricht davon, daß Rußland und Deutschland wieder eine gemeinsame Grenze haben sollten, und meint damit die fünfte Teilung Polens. Überhaupt sollten die beiden Länder nach Ansicht Schirinowskis Partner statt Gegner sein, und er gibt dieser im Prinzip sehr sympathischen Parole einen aggressiven Sinn, der eindeutig ist. Zur DVU des rechtsextremen Verlegers Frey unterhält Schirinowski besonders enge Beziehungen, aber auch die Kontakte zur deutschen "neuen Rechten" werden nicht vernachlässigt.

Ein ökonomisches und soziales Gegenprogramm der russischen Rechtsextremisten gegen den Kurs Jelzins und Gajdars ist nicht zu erkennen. Sie entwickeln keine Alternativen gegen De-Industrialisierung, Verelendung, Massenarbeitslosigkeit, was zugegebenermaßen auch ein äußerst schwieriges Unterfangen wäre. Ihre Propaganda beschränkt sich darauf, die Probleme Rußlands und deren Auswirkungen für das alltägliche Leben der "kleinen Leute" als Resultate eines internationalen Vernichtungsfeldzugs gegen Rußland darzustellen, hinter dem an erster Stelle "die Juden" ausgemacht werden. Das verspricht zwar absolut keinen Ausweg aus den akuten Problemen, bietet aber einen probaten Sündenbock und sorgt dadurch für Ablenkung. Die Beschwörung der historischen Größe Rußlands und seiner kulturellen Mission hilft über manche Unerfreulichkeiten des Alltags hinweg. Schirinowskis "Versprechen", mit vollem Einsatz der Staatsmacht gegen die Kriminalität vorzugehen, entspricht einem breit empfundenen Bedürfnis.

Zum Teil berühren sich die Ziele der Liberaldemokraten und anderer Rechtsextremer sowie der Kommunisten mit denen der Jelzin-Administration. Die Rekonstruktion eines starken imperialen Rußlands, das mehr oder weniger das gesamte Territorium der früheren Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch dominiert, ist ein überragendes gemeinsames Interesse. Jelzin steht diesbezüglich den Extremisten zwar in der Schärfe des Tons und im Ausmaß der öffentlich verkündeten Ambitionen nach, hat dafür aber die realpolitischen Erfolge auf seiner Seite. Die Ausnutzung nationaler Konflikte in den früheren Sowjetrepubliken hat die Jelzin-Administration sehr erfolgreich betrieben, praktisch in allen sind noch oder schon wieder russische Truppen stationiert. Abgesehen von den baltischen Staaten sind alle Teile der ehemaligen UdSSR in die GUS zurückgekehrt. Das ist sehr viel weniger, als Schirinowski & Co. fordern, aber bei realistischer Betrachtung ist es wohl das Maximum dessen, was sich ohne großen Krieg erreichen ließ.

Ein zentraler Punkt, wo die "Reformer" und die rechtsextreme Opposition sehr weit auseinander liegen, ist die Haltung Rußlands zum Westen. Jelzin agiert in seiner Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Außenpolitik sehr angepaßt, akzeptiert praktisch die führende Rolle des Westens. Sein Widerspruch gegen eine ganz schnelle Integration der postsozialistischen Staaten Osteuropas in die NATO ist das Äußerste, was er sich bisher an Dissens geleistet hat. Die Politik der Rechtsextremen hingegen müßte auf eine scharfe Konfrontation mit dem Westen hinauslaufen, wenn sie sich nicht als leere Rhetorik blamieren will. Das würde beispielsweise auch bedeuten, daß Rußland sich darauf orientieren müßte, seine Wirtschaftsprobleme in erster Linie aus eigener Kraft zu bewältigen und selbst Sanktionen, die der Westen als Druckmittel verhängen könnte, nicht zu scheuen. Ebenso würde eine rechtsextreme Politik die Rückkehr zum Wettrüsten und zur militärischen Konfrontation implizieren.

Dies erklärt die westliche Aufregung über Schirinowskis "Wahlsieg", der ja in Wirklichkeit so alles überragend wohl gar nicht sein wird und der jedenfalls per se keine wirklichen Probleme für Jelzin schafft: Der Präsident hat bisher schon selbstherrlich gegen die parlamentarische Mehrheit regiert, und könnte damit im Prinzip auch künftig fortfahren, zumal gestärkt durch das Votum für die neue Verfassung - auch wenn sich real nur weniger als 30 Prozent der Wahlberechtigten dafür ausgesprochen haben.

Nein, Jelzin wird auch künftig wohl nicht an parlamentarischen Mehrheiten scheitern, sowenig wie in der Vergangenheit. Er kann aber sehr leicht und schnell darüber stürzen, daß ihm die Zentren der realen militärischen und ökonomischen Macht ihre Unterstützung entziehen, wenn sie seine Politik als gescheitert

ansehen. Man weiß inzwischen, daß schon die Entscheidung der militärischen Führung zugunsten Jelzins am 3./4. Oktober nur zögernd fiel und daß die Sache einige Stunden lang "auf Messers Schneide" stand.

Das wirkliche Risiko des Wahlergebnisses, vor allem des guten Abschneidens der Rechtsextremen, liegt also darin, daß hier ein alternatives Politikangebot gemacht wird, das einigen maßgeblichen Trägern der realen Macht attraktiver erscheinen könnte als die weitere Unterstützung Jelzins. Ein Angebot zudem, das sich auf breite - und mit der weiteren Verschärfung der Krise voraussichtlich noch wachsende - Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann. So wird beispielsweise auch behauptet, Schirinowski habe bei Soldaten und Offizieren besonders viel Zuspruch gefunden. Ob sich diese erste Einschätzung bestätigt, bleibt abzuwarten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, weil die Armee besonders stark mit den materiellen und psychologischen Problemen konfrontiert ist, die sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Verlust des Weltmacht-Status ergeben. Hinter dem "Wahlsieg" Schirinowskis zeigt sich der drohende Schatten einer mit rechtsextremer Ideologie unterfütterten Militärdiktatur. Dabei könnten Schirinowski und die Seinen eher zu den Opfern als zu den Vollstreckern einer solchen Diktatur gehören: Das Argument, einer faschistischen Machtergreifung zuvorkommen zu müssen, verspräche internationale Akzeptanz für einen Putsch und ein rechtsautoritäres Regime.

Kt., 13.12.93

2. Kein Werk von Einzeltätern. Briefbomben- Attentate in Österreich

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:43

"Es ist kein Zufall, daß das Jahr mit dem Ausländervolksbegehren der FPÖ begann und mit Bomben gegen Ausländerfreunde endete." So lautet das Resümee, das die österreichische Liberale Heide Schmidt zog. Damit beschrieb sie treffend den Zusammenhang zwischen den Briefbombenattentaten der letzten Tage und der AusländerInnenpolitik von Jörg Haider.

Zehn Briefbomben, von denen vier explodierten und dabei fünf Personen zum Teil schwer verletzten, verursachten im Alpenstaat hektische Diskussionen über die eigenen Neonazis und deren Vernetzung mit den deutschen "Gesinnungsbrüdern".

Die Adressaten der Briefbomben sind allesamt Personen, die sich für eine liberalere Flüchtlingspolitik einsetzen und zum Teil selber direkt mit Flüchtlingen arbeiten. In Österreich hatte die vermehrte Einreise von Flüchtlingen in der letzten Zeit zu diversen Debatten geführt hatte, und so wurde der "Feind" - wie ist es auch anders zu erwarten - außerhalb des eignen Landes gesucht. So wurde die Urheberschaft zuerst bei "jugoslawischen Gruppen" gesucht, die "Einzeltäterthese" strapaziert und auch über "die Möglichkeit persönlicher Racheakte" spekuliert.

Aber die Hoffnung, daß im eigenen Land doch alles gar nicht so schlimm ist, mußte sehr schnell aufgegeben werden. Am 9.12.1993 wurden zwei der Tat dringend verdächtige Männer festgenommen und deren Identität am nächsten Tag präsentiert: Alexander Wolfert und Peter Binder. Nicht etwa intensive Durchforstung der bekannten Neonazi-Szene führte zu dieser Festnahme, sondern das gute Erinnerungsvermögen einer Kioskverkäuferin. Sie hatte sich an einen fast kahlgeschorenen Mann erinnert, der eine größere Menge Briefmarken - mit denen die Briefbomben frankiert waren - gekauft hatte. Nach diesen Angaben konnte ein Phantombild angefertigt werden, auf dem die österreichische Polizei den ihnen als Neonazi bekannten Peter Binder identifizieren konnte.

Festgenommen wurde er von tschechischen Grenzbeamten, die im Kofferraum seines Autos Mengen von Waffen fanden. Angeblich ist er auf dem Weg nach Berlin gewesen. Während bei Wolfert nur allgemein davon gesprochen wird, daß er zur Neonazi-Szene gehöre, ist über Peter Binder bekannt, daß er der "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition VAPO" angehört. Diese Organisation, deren "Chef" Gottfried Küssel ist, fällt in Österreich unter das "nationalsozialistische Wiederbetätigungsgesetz" (Hierunter wird alles gefaßt, was in irgendeiner Form als nationalsozialistische Wieder- oder Neubetätigung gefaßt werden kann. 1993 wurde das Gesetz geändert und die vorgeschriebene Mindeststrafe für dieses Delikt von lebenslänglich auf zehn Jahre reduziert.)

Im Sommer 1993 wurde Küssel aufgrund von öffentlichen Äußerungen im Zusammenhang mit der "VAPO" wegen Wiederbetätigung zu zehn Jahren Knast verurteilt. Interessant ist, daß zeitgleich mit den Briefbomben eine Kampagne "Freiheit für Gottfried Küssel" angekündigt worden war, die von dem deutschen Neonazi Petri geleitet wurde (gegen Petri wird im Zusammenhang mit dem "Nationalen Infotelefon" ermittelt). Aber nicht nur hieran wird die Verbindung zwischen deutschen und österreichischen Neonazi-Organisationen deutlich. Küssel ist nach dem Tode von Kühnen als dessen selbsternannter - und in der Nazi-Szene durchaus umstrittener - Nachfolger aufgetreten. Als "Chef des Aufbauplanes Ost" (Neue Bundesländer) ist er sowohl dauernder Besucher der fünf neuen, als auch der alten Bundesländer gewesen. Im Mai 1991, nach dem Tode von Michael Kühnen, wurde in Cottbus die neue Führungsgruppe der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)" bestimmt: Gottfried Küssel ("VAPO"), Christian Worch ("Nationale Liste Hamburg") und Arnulf Winfried Priem ("Hauptschulungsamt Wotans Volk"). Nach dem Verfassungsschutzbericht 1991 hat die "GdNF" 400 aktive Mitglieder. Küssel wurde Ende 1991 aus der BRD ausgewiesen und mit Einreiseverbot belegt, was aber weiteren Einreisen nicht widersprochen hat. Er wurde Anfang 1992 in Österreich festgenommen. In seiner Wohnung fand man handelsüblichen Sprengstoff und Computer-Datenbanken, die Querverbindungen von Küssel zu organisierten Neonazi-Gruppen im In- und Ausland belegten.

Vom zweiten Festgenommenen, Alexander Wolfert, ist bekannt, daß er als Söldner in Kroatien war. In seiner Wohnung fand die Polizei alle notwendigen "Zutaten" incl. eines Heimlabors, mit denen die Briefbomben

hergestellt werden konnten. Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß im Januar 1992 - zu dem Zeitpunkt, als auch Küssel festgenommen wurde - die 20 Personen starke Wehrsportgruppe "Trenck" ausgehoben wurde, die mit modernster High Tech und Waffen ausgerüstet war. Zwei der Wehrsportmitglieder wurden in U-Haft genommen, gegen 18 wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außer Querverbindengen zu anderen Neonazi-Organisationen im In- und Ausland stellte sich heraus, daß hierüber Nazi-Söldner nach Kroatien vermittelt werden sollten. Da das durch die österreichischen Gesetze unter Strafe gestellt ist, sollten 50 Nazis, getarnt als Sanitätshilfstruppe, nach Kroatien fahren. Diese Aktion fand nach der Festnahme Küssels und der Aushebung der Wehrsportgruppe "Trenck" nicht mehr statt. Der Münchner Nazi Bela Ewald Althans vertreibt über seine Firma Bilder von Nazi-Söldnern aus Kroatien.

In der BRD laufen z.Z. Ermittlungen gegen zwei deutsche Nazis, die am 25.11.1993 den Fahrer eines UNO-Hilfskonvois in Bosnien ermordet haben sollen.

Nach verschiedenen Berichten soll unmittelbar vor der Briefbomben-Anschlagserie das Auto von Arnulf Priem, dem Berliner Nazirocker, in Wien gesehen worden sein. Arnulf Priem, von der Bundesregierung aus der DDR freigekauft, gründete in der BRD die "Kampftruppe Priem" und danach das "Hauptschulungsamt Wotans Volk".

Die Debatte, ob die Nazi-Szene in Österreich nicht in der Lage ist, Briefbomben zu bauen, und deshalb der Unterstützung der deutschen Neo-Nazis bedurft hätte, ist ein ziemlich alberner Nebenschauplatz, der von den Realitäten der Vernetzung und Zusammenarbeit der Nazis ablenkt. Peter Binder ist von Beruf Elektrotechniker, aber auch das ist nicht von Belang, weil das Bauen dieser Briefbomben nach vorliegender Anleitung von nahezu jedem durchgeführt werden kann. Das jetzt zur Schau gestellte Erstaunen, daß die Nazi-Organisationen international vernetzt sind und auch ihre gewalttätigen Aktionen in diesen Strukturen planen, ist einfach nur Heuchelei.

ga., 11.12.1993

3. Deutsche Ostgrenze. Eine Reportage

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:33

Eine Delegation von grünen Europaabgeordneten und Mitgliedern von Flüchtlings- und Menschenrechtsinitiativen unternahm im Spätherbst eine Reise entlang der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze. Von einer Teilnehmerin stammt die folgende Reportage.

Das menschliche Auge sieht grauen Nebel, schwarzes Wasser, schwarze Bäume. Das technische Auge sieht ein Gefechtsfeld. Bestreicht Nebel, Wasser, Bäume, entreißt den Feind dem Schutz von Schwarz und Grau, auf drei Kilometer Tiefe. Dem technischen Auge ist gleichgültig, welche Motive den Feind in das Gefechtsfeld treiben: Armut, Verfolgung, Trostlosigkeit. Das technische Auge kennt nur eine Kategorie: Warmblüter. Hell wirft es die Schatten unschuldiger polnischer Kühe auf den Monitor, projiziert ein Liebespaar bei läßlicher Grenzüberschreitung, zwei Striche, sich vereinend.

Kein richtiger Feind heute, kein "Aufgriff". Monoton schnarren die Wärmebildgeräte in den Kleinbussen des Bundesgrenzschutzes. Versteckte Kamera, am deutschen Ufer der Oder, ohne Lachsalven von Fernsehzuschauern. Zeit, von vergangenen Erfolgen zu erzählen. Nackt waren die beiden, die man unlängst aufgriff; durchsucht wurden Haare und Achseln - bitte, so ist die Rechtslage.

Mehr als 70.000 Menschen versuchten in den ersten neun Monaten dieses Jahres vergeblich, die deutsche Ostgrenze zu überwinden; in stummer Demut beim Grenzposten, mit hastigen Zügen durch die Oder schwimmend, watend in der flachen Neiße, im Schutz böhmischer Wälder. (Vermutlich viermal so hoch die Zahl derer, die durchkommen). Eine UNO der Gestrandeten: Albaner, Chinesen, Ukrainer, Afghanen... Vielfach bestürmt wird diese Grenze, vierfach wird sie verteidigt: für Deutschland, für Westeuropa, für die EG, für die Wohlstandswelt. Französische Beamten prüfen hier, im Auftrag der Polizeien der EG, ob deutsche Grenzer die Autoschieberei genug bekämpfen. Bald stehen auch deutsche Soldaten hier, die Technik der Gefechtsfeldüberwachung noch besser einzuüben - "beurlaubte Individuen" aus den Streitkräften, so heißen sie nach der fein gehäkelten Bonner Rechtsauffassung. An dieser Grenze wird auch der westliche Individualitätsbegriff verteidigt, gegen die amorphe Masse des Ostens, out of area.

***

"Basar" steht auf dem Bus, der von Frankfurt/Oder hinüber nach Slubice fährt, ins nahe Fernost. Früher das Erholungsviertel der geeinten Stadt am Fluß, heute ein Eldorado des Billigeinkaufs. Gartenzwerge in Legion, Korbmöbel zuhauf, Bettdecken, Jeans, Zigaretten, Kohlköpfe, Sitzgarnituren, für harte Mark in kleiner Münze. Entlang der Ostgrenze überall die gleichen Bilder. Kommt man aus Stettin, wälzt sich, von Rügen herunter, ein sonntäglicher PKW-Stau entgegen, eine Völkerwanderung, sich in Hallen zu ergießen, deren Beschriftung "Flohmarkt" fröhliche Schnäppchensuche verheißt. Ein Meer von Bretterbuden am Ostufer der Neiße bei Bad Muskau, bis zu 150.000 Kunden täglich aus ganz Ostdeutschland.

Im Takt von Krise und Marktwirtschaft finden sich Ware und Kunde, auf der nach Osten absteigenden europäischen Treppe von Preis und Wert. Der polnische Arbeitslose kauft auf illegalen Billigmärkten in Polen, bei Russen, Litauern, Letten, Ukrainern. Der Ostdeutsche kauft bei Polen, zu Preisen "wie früher". Handel und Wandel, Völkerfreundschaft? "In Frankfurt ist die polnische Sprache verhaßt", sagt ein Pole. "Aber wir haben doch gerade eine gemeinsame Stadtverordnetensitzung abgehalten", hält ein Frankfurter Offizieller dagegen. Unlängst wurden drei polnische Studenten der Frankfurter Europa-Universität "Vradina" von Rechtsradikalen brutal zusammengeschlagen; einer von 15 deutsch-polnischen "Zwischenfällen" der jüngsten Zeit. Auf die Frage, ob Slubicer einfach mal zum Bummeln nach Frankfurt kommen würden, antwortet eine Frankfurter Hausfrau: "Ja, wenn wir Sperrmüll haben, brauchen wir die Stadt gar nicht erst anrufen, der ist gleich weg." - " Unser Land", sagt der Slubicer Bürgermeister Jan Tokarski, "kann wegen seiner wirtschaftlichen Lage kein richtiger Partner für Deutschland sein".

***

Winterstille auf dem Friedhof von Siekierki. Kaum eine Autostunde von Frankfurt, doch deutsche Besucher verirren sich selten hierher. Es ist ein Soldatenfriedhof - jener Polen, die in den letzten Kriegstagen, zwischen

16. April und 7. Mai 1945, im Kampf gegen die Wehrmacht um Berlin fielen. Auf dem steinernen Monument zwei Schwerter, Symbol des deutsch-polnischen Verhältnisses, seit der Schlacht bei Tannenberg gegen den Deutschen Orden, im Jahre 1410.

***

Grenzübergang bei Schwede: Hinten die Mahnmale der DDR-Petrochemie, vorne am Grenzhäuschen ein Lichtlein wie zum Advent. Dahinter ein Aushang: "Menschenwürde achten, Fremdenhaß ächten" - es grüßen die Innenminister von Bund und Ländern. Illegalen ImmigrantInnen nehmen die deutschen Grenzschützer ein Begrüßungsgeld von 500 Mark ab, soweit vorhanden. Eine "Sicherheitsleistung", im Vorgriff auf die künftige Strafe. Kommt es nicht zum Verfahren, wird das Begrüßungsgeld dennoch einbehalten.

Im südwestlichen Zipfel des Kreises Zittau, wo sich ein Daumenbreit Deutschland in die Tschechische Republik hineinschiebt, liegt Seifhennersdorf. Grenze haben die Leute hier satt, 15 Kilometer lang umschließt sie den Ort auf drei Seiten. Ein paar Schritte hinter dem letzten Haus ist ein Graben, und wann immer ein Besucher in diesen verlassenen Winkel der Oberlausitz kommt, versammeln sich die Anwohner demonstrativ an dieser Stelle, in stummem Zorn, in lautem Protest. Bundestagsabgeordnete waren schon hier, sogar ein leibhaftiger Staatssekretär aus Bonn. Alle starren in den Graben, und dann nach links: In dieses Haus wurde 40 mal eingebrochen; nach rechts: fünf mal eingebrochen, und dann wandert der Blick nach oben, fängt sich an einem gelben Blechschild im Baum: Ein Totenkopf - Tretminen!

Das Schild ist eine Attrappe, von Anwohnern "zur Abschreckung" aufgehängt. Tretminen gibt es nicht. Wohl aber hat ein Bauer, wie er in grimmigen Stolz erzählt, eine Selbstschußanlage in den Garten gebaut, mit Schwarzpulver und Schrot; bisher erwischte es nur die Katze. Nachts gehen die zornigsten der Männer von Seifhennersdorf Streife, "mit Knüppel, 'ner anständigen Schreckschußwaffe und Hund", sagt ihr Anführer, der Lebensmittelhändler Klaus Fritz. Bürgerwehr wollen sie sich nicht nennen, nur "Bürgerinitiative". Mit Mühe hielt der Bundesgrenzschutz sie davon ab, sich für den Nahkampf mit Messern zu bewaffnen.
"Kriminalgeographisch", so heißt es in der Fachsprache, wohnen Deutsche und Tschechen nirgendwo so eng zusammen. Daß der Feind, die Kriminalität, von drüben kommt, von der anderen Seite des Grabens, dessen sind sich die Seifhennersdorfer sicher. Und doch mögen sie für die Einbrüche und Fahrraddiebstähle en gros nicht jene verdächtigen, zu denen sie gerne zum Essen und Tanken fahren, "ins Böhmische". "Die Kriminellen sind nicht unsere tschechischen Nachbarn", sagt der Lebensmittelhändler, "es sind die zugereisten Zigeuner." Eine Schuldzuweisung, die sich um so zäher hält, weil ihr keine Statistik widersprechen kann: Kaum ein Delikt wird aufgeklärt.

An dieser Stelle enden die meisten Geschichten über Seifhennersdorf. Aber es gibt noch eine andere. "Auch unsere deutschen Bürger haben schnell gelernt, was in der Sparte Einbruch alles möglich ist", sagt Alfred Röthig vom Zittauer Landratsamt. Als verstörend hoch gilt auch diese einheimische Kriminalität - in einem Winkel, wo zu DDR-Zeiten die Ruhe erzwungener Bedürfnislosigkeit herrschte und sich die Lebensverhältnisse kaum von denen jenseits der grünen Grenze unterschieden. "Damals", sagt der CDU-Bürgermeister Christoph Lommatzsch, "gab es keinen Grund für gegenseitige Beutezüge". Nun aber haben die Seifhennersdorfer gleich zwei Wohlstandsgrenzen: nach unten die eine, die vielberedete nach drüben; nach oben die andere im eigenen Land. Offiziell ist im Kreis jeder fünfte arbeitslos; real fast jeder zweite. Die Textilindustrie liegt am Boden; von einst 23.000 Arbeitsplätzen sind noch 4.000 übrig. "Es macht sich Frust breit,", sagt ein örtlicher Kripo-Beamter über die deutsche Kriminalität, "weil man sich immer noch nicht leisten kann, was man beim Nachbarn und im Schaufenster sieht." Und er fügt hinzu: "Die Leute sind auf die Freiheit nicht vorbereitet." Genau das gleiche sagt der Bürgermeister des tschechischen Nachbarorts Rumburk.

Auf dem Grenzstein am Graben steht noch: DDR. Wer in Angst die Polizei rufen will, merkt, daß er seit 15 Jahren auf einen Telefonanschluß wartet. Aus altem Frust und neuem ist der Mörtel, der die neue Mauer in den Köpfen zusammenhält. In der Wirklichkeit wird vorerst nur tief gestochen: Drei ABM-Kräfte verlängern den Grenzgraben, bis zum Horizont der Seifhennersdorfer Welt. Offiziell eine Landschaftsmaßnahme, für die Leute eine Illusion von Sicherheit. Und, Symbolisches nicht scheuend, baut der Bundesgrenzschutz doch an einer kleinen Mauer, nicht hoch genug, um Menschen abzuhalten, aber zu hoch für Autos, "die hier aus ganz Westeuropa über die Grenze verschoben werden". Eine neue Mauer gegen Osteuropa aus ostdeutschem Altmaterial: ausgedienten Schwellen der Reichsbahn.

***

"Euregio" ist keine Erfindung der Bundesbahn, sondern ein Versuch, Europa zu erfinden. Animiert von oben, praktiziert von unten - den Regionen. Der Traum von einem sanften Europa: Über Grenzen hinweg arbeiten die Kommunen zum wechselseitigen Nutzen zusammen, im Umweltschutz, bei der Wirtschaftsförderung, bei Verkehrsplanung und Tourismus. Sieben solcher Modelle entstehen entlang der deutschen Ostgrenze, von der deutsch-polnischen "Euregio Pommerania" im Norden bis zur deutsch-tschechischen "Euregio Bayrischer Wald/Böhmerwald" im Süden.

Hart ist der Absturz aus den papiernen Träumen von Völkerfreundschaft auf den Boden der Realität. Ausgerechnet im Herzen des Dreiländerecks von Deutschland, Polen und Tschechischer Republik, wo die "Euregio Neiße" es immerhin zu zahlreichen Arbeitsgruppen und einem Werbeblatt gebracht hat, verteilt der CDU-Fraktionsvorsitzende von Zittau im Oktober ein Flugblatt mit der Parole: "Kauft nicht in Polen!". Der Verlauf des Konflikts, der dem Pamphlet vorausging, ist so kompliziert und gewunden wie der Verlauf der Grenze am Ort des Geschehens. Die Deutschen wollen einen neuen Grenzübergang, der mit einer Passage auf polnischem Gebiet die Verbindung zum tschechischen Hradek schafft. Das Unternehmen scheiterte vorerst - die Deutschen preschten ungeschickt vor, bauten schon ein Stück Straße, bis die polnischen Behörden, deren Zustimmung man vorausgesetzt hatte, mauerten. Der CDU-Mann Hartmut Fournés brachte seine Version unters Volk: "Polnische Versprechen sind wie der Zloty: wöchentlich weniger wert." Die Stadtratsmitglieder vom Neuen Forum fordern ihn auf, sein Mandat niederzulegen, doch Fournés bleibt - nur symbolisch bestraft ihn seine Fraktion mit dem Entzug des Vorsitzes. Der Grenzübergang soll nun bis Jahresende doch noch entstehen. Und ein Optimist beim Neuen Forum hofft: "Der Konflikt war ein Achtungszeichen für unseren Umgang miteinander."

***

Über Nordböhmen liegt eine schwere Smogdecke. An manchen Tagen bleiben die Schulen geschlossen, weil die Luftverschmutzung das Hundertfache des Zulässigen beträgt. Sachsen ist nicht weit - doch unter dem bleiernen tschechischen Himmel ballt sich ein Konglomerat von Problemen, das die ostdeutschen verblassen läßt. Hier paart sich die ökologische Katastrophe mit sozialer Verelendung, und die wiederum mit explosiven ethnischen Spannungen. Wo nach dem Zweiten Weltkrieg die Deutschen vertrieben wurden, siedelte der Staat Roma an, manche mit Gewalt. Schwerindustrie und Braunkohlenabbau verlangten nach billigen Arbeitskräften. Nun, da die Industrie am Boden liegt, ist Arbeitskraft Überschußware, und die der Roma hat den geringsten Wert. Viele leben nur noch von Gelegenheitsarbeit, Tschechen ebenso wie Roma. Doch denen wird die hohe Kriminalität zugeschrieben; die andere Seite einer düsteren Bilanz zeigt: 15 ermordete Roma, ohne verhaftete Täter. Einige nordböhmische Städte begannen im vergangenen Winter, die Unerwünschten wie Müll fortschaffen zu lassen, mit Sondergesetzen, sie dahin zurückzutransportieren, woher viele einst geholt wurden: in die Slowakei. Ein Kreislauf von Armut, Haß und Gewalt. Der tschechische Bürgerrechtler Vaclav Trojan sagt über Nordböhmen: "Hier werden die Menschenrechte von mehr Seiten verletzt, als Sie in der Lage sind zu beschreiben."

Usti nad Labem (Aussig), das Industriezentrum der Region, etwa 15 Kilometer Luftlinie von Sachsen entfernt. 120.000 Einwohner, davon zehn Prozent Roma. Tausende leben im Sanierungsgürtel um die Stadt: zerfallene Häuser, keine heile Fensterscheibe, Hinterhöfe wie Müllhalden. Dritte Welt in Europa. Eine Delegation grüner Europa-Abgeordneter ist angereist, begleitet von Flüchtlings- und Menschenrechtsexperten. In der Aula der Universität von Usti versammeln sich zu diesem Anlaß jene, die man beschönigend die Konfliktparteien nennen könnte: Verantwortliche der Stadt, Vertreter der Roma-Minderheit. Der gutgemeinte Versuch der Grünen, Brücken über Gräben zu suchen, endet im Desaster. Bürgermeister Lukas Masin steht unter dem vehementen Druck derer, die auch in Usti "die schweigende Mehrheit" heißen: tschechische Bürger, die kurzen Prozeß mit den Roma machen wollen - und in deren Sicherheitsbedürfnis sich für den Bürgermeister "die Normen des christlichen Abendlands" verkörpern. Als er jenen, die in dieses Abendland nicht passen, "öffentlichen Geschlechtsverkehr zu jeder Tageszeit" anlastet, verlassen die Roma-Vertreter empört den Saal. "Freiheit und Sicherheit in Einklang zu bringen", sagt der Bürgerrechtler Trojan, "wird zum Alptraum der Politiker".

Ein nordböhmisches Sittenbild, das mit Deutschland nicht mehr gemein hat, als daß auch deutsche Gemeinden gegen Roma das Schwert des christlichen Abendlands schärfen? Das neue tschechische

Staatsbürgerrecht setzt Hürden, die für viele Roma nicht zu nehmen sind: zum Beispiel zwei Jahre festen Wohnsitz. Von den 300.000 Roma in Tschechien werden "mehr als 70 Prozent bald staatenlos sein", fürchtet der Präsident des Demokratischen Roma-Verbandes. "Wir werden als unerwünschte Bewohner der Region abgestempelt sein." Noch mehr werden sich folglich auf die Wanderschaft machen, ein gespenstischer Zug der Staatenlosen, dem jede europäische Nation die Türen verschließt. Deutschland löst das Problem mittlerweile auf eine Weise, die es fast unsichtbar macht. Die illegalen MigrantInnen sind wie eine fehlgeleitete Ware, die eine gut geölte Abschiebungsmaschinerie von der Ostgrenze weg über den Umschlagplatz Berlin-Schönefeld zum Absender zurücktransportiert. In den vergangenen zwölf Monaten wurden allein 35.000 - in Worten: fünfunddreißigtausend - Menschen nach Rumänien zurückgeschafft, überwiegend Roma. Das Bonner Innenministerium schmückt sich öffentlich nicht mit dieser Zahl; sie hat zu sehr den Beiklang von - Deportation. Assoziationen zur deutschen Geschichte lassen sich auch kaum bei folgendem Plan vermeiden, über den derzeit Bonn mit Prag und weiteren osteuropäischen Staaten verhandelt: Roma aus Deutschland künftig auf dem Landweg nach Rumänien zurückzutransportieren, in verschlossenen, bewachten Zugwaggons.

***

Aus Sachsen kamen Drohbriefe ins tschechische Grenzgebiet: mit sudetendeutschem Wappen und der Verheißung, bald werde die Region vom tschechischen Staat abgetrennt. Eine "Demokratische Partei Sudentenland" tritt mit ähnlich provokatorischen Forderungen in Erscheinung. Walter Piverka, Sprecher der Deutschstämmigen in Tschechien, distanziert sich schroff von solchen Aktionen. Doch sieht er eine "Angst vor der Germanisierung" wachsen, genährt durch alte Traumata, aber auch durch heutigen Mangel an Sensibilität gegenüber dem Nachbarn. Die Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, für den Bau einer Pipeline von Ingolstadt nach Kralupy tschechische Zugeständnisse an die Sudetendeutschen zu verlangen, habe einen "schrecklichen Einfluß" auf die Atmosphäre, berichten andere aus der Landsmannschaft. In Umfragen äußern sich 60 Prozent der Tschechen ablehnend gegenüber den Deutschen. An der Grenze kann es einem passieren, von drei Beamten gleichzeitig angeschrieen zu werden - weil man tschechischen Boden mit einer Zigarettenkippe beschmutzte. "Wenn man sich die Landkarte ansieht", sagt Walter Piverka, "wenn man sieht, wie klein unser Staat geworden ist und wie groß Deutschland - das ist eine sehr schwierige Situation".

***

"Wir sind Durchgangsland - und was vor allem durchgeht, sind Arbeitsplätze." Reinhard Peter, Geschäftsführer der IG Bau im Bezirk Regensburg, hat das Ohr an der Arbeitnehmerschaft nahe der Grenze, und dort vernimmt er "große Unruhe". Die erfaßt auch ihn: 17 Prozent Arbeitslosigkeit im Bayerischen Wald, Textil- und Porzellanindustrie schon nach Tschechien ausgelagert, und dann noch die osteuropäischen Werkarbeiter! Für umgerechnet 75 Pfennig Stundenlohn schuften die Ukrainer, höchstens sieben Mark bekommen die Tschechen - welcher Bauunternehmer will da noch Deutsche beschäftigen, mit 23 Mark Ecklohn. "Wenn die Leute sehen, wie Bauten, an denen sie arbeiten könnten, von Ungarn hochgezogen werden, kommt Wut auf. Das stärkt nicht die Völkerfreundschaft." So hat mit der Grenze jeder seine Probleme, je nach Klassen- und Kassenlage. In Bonn grübeln Abgeordnete, wie sie tschechischen Zahnärzten die Niederlassung in Deutschland verwehren können. In Bayern wurden Baracken ausländischer Werkarbeiter angezündet. "Noch halten sich die Exzesse im Rahmen", sagt Gewerkschafter Peter, "aber wenn es so weitergeht, wird es schlimm werden".

4. Der Kennedy-Typ von Potsdam

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:35

Am 2.10.93 tagte im Berliner Kongreßpalast das "Ostdeutsche Kuratorium der Verbände". Eine Tatsache, die trotz der beachtlichen Mitgliedsverbände (siehe gesonderte Aufführung) in der westlichen Presse kaum eine Meldung wert war. Nicht einmal die im Vorfeld dieses Kongresses kursierenden Gerüchte, die Gründung einer Ostpartei stehe unmittelbar bevor, konnten die Nichtbeachtung überwinden. Die Medien hatten wohl noch die Gründung der Komitees für Gerechtigkeit vor Augen, die auch schon zur Gründungspflanze einer Ostpartei hochstilisiert wurden, dann aber den reißerischen Ansprüchen nicht genügen konnten. So gesehen lagen die Westmedien sogar richtig, denn der Kongreß verwarf die Idee einer Ostpartei. Vier Wochen später war es dann nämlich doch soweit; die "Ostpartei Deutsche Einheit"(OPDE) wurde aus der Taufe gehoben. Sprecherin ist die frühere IG-Medien-Funktionärin und jetzige Mitarbeiterin der "Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde" (GBM), Ruth Martin, die sich kurz nach der Wende als profilierte Linke einen Namen gemacht hatte. Maßgeblich beteiligt und wohl einer der Meinungsmacher ist Wolfgang Harich, der in Folge der Herrnstadt-Prozesse in der DDR der 50er Jahre acht Jahre im Gefängnis gesessen hatte; heute ist er Mitglied der KPD (Ost) und Vorsitzender der alternativen Enquetekommission (alternativ zur sogenannten Eppelmann-Kommission des Bundestages). Darüber hinaus haben sich bisher keine prominenten "OstvertreterInnen" zur OPDE bekannt. Zwar hieß es wiederholt, der frühere LDPD-Vorsitzende Gerlach wolle seine ehemaligen MitstreiterInnen zum massenhaften Übertritt aus der FDP zur OPDE aufrufen, und ebensolches wurde von der Vorsitzenden des Demokratischen Frauenbundes, Gisela Steinecker, auch behauptet, doch beide halten sich bedeckt. Die Erwartungen der ParteigründerInnen, Integrationspersonen der kurzen Wende-DDR wie den letzten Volkskammerpräsidenten Maleuda (Bauernpartei), den letzten Ministerpräsidenten de Maizière oder den ehemaligen Rektor der Humboldt-Uni, Heinrich Fink, zu gewinnen, schlugen fehl. Über tatsächlichen Zulauf zur Ostpartei ist wenig zu erfahren. Ruth Martin spricht von ca. 400 Zuschriften pro Tag, doch scheint dies eher unwahrscheinlich; denn als die Komitees für Gerechtigkeit unter großer Presseaufmerksamkeit und unter Beteiligung einer Reihe von prominenten und zugkräftigen Personen im Sommer 1992 gegründet wurden, gab es in den ersten Wochen gut 100 Anfragen und Zuschriften pro Tag.

Die OPDE setzt darauf, daß die PDS nicht in der Lage ist, das gesamte Spektrum der ostdeutschen Unzufriedenheit bei Wahlen zu gewinnen bzw. überhaupt zu mobilisieren. Zum einen gibt es einen großen Teil aus dem ehemaligen Partei- und Staatsapparat sowie den bewaffneten Organen, der der PDS Verrat ihrer Interessen vorwirft. Zum anderen mag manche/r unzufriedene Ossi nichts (mehr) mit linker oder gar sozialistischer Gesinnung am Hut haben. Der Gedanke der OPDE ist: Ostdeutsche Interessenvertretung umfaßt mehr, als die PDS erreichen kann. Ein Programm allerdings wird nicht präsentiert, weil man sich weltanschaulich nicht festlegen möchte. Bleiben einige wenige konkrete Forderungen wie beispielsweise nach sofortigem Regierungsumzug nach Berlin. Doch selbst die populäre Forderung nach Umkehrung des Prinzips Rückgabe (von Ostgrundstücken an WestanwärterInnen) vor Entschädigung wird nur eingeschränkt vertreten. Die Hauptangriffe der OPDE richten sich derzeit gegen die PDS. Hierfür scheint Wolfgang Harich zuständig zu sein, der der PDS ein defensives Verhalten gegenüber der Abwicklung der DDR vorwirft, namentlich ihre Mitarbeit in der Eppelmann-Kommission.

Bei der PDS wiederum hat die Frage, inwieweit eine Ostpartei wegen mangelnder eigener Chancen bei den kommenden Bundestagswahlen unterstützt werden sollte, immer eine Rolle gespielt. Schon bei der Gründung der Komitees für Gerechtigkeit befürchteten viele Parteimitglieder, die PDS solle von der Parteiprominenz zugunsten einer bürgerlichen Ostpartei geopfert werden. Selbstverständlich ist die PDS für ein erfolgreiches Abschneiden bei den kommenden Europa- und Bundestagswahlen darauf angewiesen, sich als Protestpartei im Osten bzw. als die ostdeutsche Interessenvertretung zu profilieren, um die notwendigen Stimmen im Osten zu holen, da im Westen der Zuspruch weiterhin gering ist. Sie hat sich daher in eigenen Erklärungen und in enger Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Verbänden bei eigener Zurückhaltung um besondere Initiativen wie z.B. die Forderung nach einer ostdeutschen Kammer bemüht. Außerdem sollen die PDS-Listen u.a. für parteilose, ostdeutsche Integrationspersonen geöffnet werden. Die Umfragen zeigen, daß die PDS ihrem Ziel schon ein ganzes Stück näher gekommen ist. Nach einer FORSA-Umfrage (DIE WOCHE, 9.1.93) erklären 62% der Befragten (nur im Osten), die PDS sei heute für mehr Menschen wählbar als nach der Wende; 20%

erklärten, die PDS vertrete die Interessen der Ostdeutschen am Besten. Das ist deutlich mehr als die Wahlprognose von 14% für die PDS, bei allen anderen Parteien ist das Verhältnis umgekehrt.

Die Kandidatur einer Ostpartei könnte die PDS die notwendigen Prozente (wollte sie allein mit Stimmen aus der ehemaligen DDR in den Bundestag kommen, müßte sie ca. 25% gewinnen) kosten, die für den Sprung über die 5-Prozent-Hürde nötig sind. Ein anderer Weg, in den Bundestag zu kommen, ist der Erringung von drei Direktmandaten; dann nämlich wird die 5-Prozent-Klausel aufgehoben und die betreffende Partei zieht mit dem prozentualen Anteil von Abgeordneten in den Bundestag.

Das Ergebnis von Brandenburg hat diese Chancen für die PDS erweitert. Hatte sie bisher lediglich auf Wahlkreise in Berlin spekuliert (Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain/Lichtenberg, Mitte/Prenzlauer Berg), eröffnen sich nun zumindest Chancen auch in Potsdam und Bernau. Dies alles nährt die Befürchtung in der PDS, daß diese oder eine andere Ostpartei von einer ganz anderen Seite gepuscht und gesponsert werden könnte, eben um der PDS die notwendigen Stimmen streitig zu machen. Das sieht durchaus auch die OPDE so; Wolfgang Harich gibt schon jetzt die Devise aus: Wenn es sich kurz vor den Wahlen abzeichnen sollte, daß weder PDS noch OPDE es schaffen könnten, dann sollten beide Parteien ihre Kandidatur zugunsten der SPD zurückziehen, damit wenigstens eine "Arbeiterpartei" im Parlament vertreten sei.

Claudia Gohde

Der Kennedy-Typ von Potsdam

Am Donnerstag vor der Brandenburg-Wahl "outete" der Stadtpräsident von Potsdam (SPD) den PDS-Oberbürgermeister-Kandidaten Rolf Kutzmutz als ehemaligen IM des MfS. Er gab an, daß er am selben Tag den Bescheid der Gauck-Behörde bekommen habe und daß ihn sein Gewissen verpflichte, diese Information vor der Wahl an die Öffentlichkeit zu geben. Dieses Verhalten widerspricht der Regelung des Stasi-Unterlagengesetzes, das eine Frist von vier Wochen setzt, in der dem Betroffenen Gelegenheit zur Einsichtnahme und Stellungnahme eingeräumt wird. Rolf Kutzmutz hatte selbst seine Überprüfung als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Potsdam im Dezember 1992 beantragt. Der Bescheid der Gauck-Behörde datiert vom 20. Oktober; diese erklärte, danach sei noch einmal eine Abgleichung der Daten erfolgt; am 15. November sei dann die Akte per Kurier an die Außenstelle in Potsdam gesandt worden. Dann schlug noch einmal mehr als vierzehn Tage lang das Gewissen der SPD-Stadtregierung, ehe ihr Präsident am 3.12., also unmittelbar vor der Wahl, die Akte veröffentlichte. Übrigens sind mit dem gleichen Kurier vier weitere Akten versandt worden, die allerdings - ordentlich und gesetzmäßig - zunächst den Betroffenen vorgelegt werden. Die Absicht, mit einer direkt vor den Wahlen plazierten Veröffentlichung die Chancen des PDS-Kandidaten zu schmälern, ist so offensichtlich, wie sie offensichtlich nicht aufgegangen ist.

Rolf Kutzmutz warb im Wahlkampf mit einem Plakat "Meine Biographie beginnt nicht erst 1989". Er hat vor der Veröffentlichung nicht abgestritten, zum MfS Kontakt gehabt zu haben, konnte sich allerdings nach eigenen Angaben nicht erinnern, eine Verpflichtungserklärung unterschrieben zu haben. Direkt nach Einsicht in seinen Bescheid stellte er ihn der Presse zur Verfügung und verteilte ihn auf dem Marktplatz. Aus der Akte ergibt sich, daß er als IM in besonderem Einsatz für Westberlin gewonnen werden sollte. Dazu kam es wegen Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb des MfS nicht. Der Berichtszeitraum umfaßt die Jahre 1971 (Dezember) bis 1973 (August), also gut anderthalb Jahre. Er beginnt mit einer formlosen, handschriftlichen Verpflichtungserklärung, die auch den Satz "Ich wähle mir den Decknamen ‚Rudolf`" enthält und die mit vollem Namen unterschrieben ist. Die Akte umfaßt drei Berichte von ihm; zwei davon beziehen sich auf die Situation in seiner ehemaligen Arbeitsstelle im Wasserwerk Potsdam. Er berichtet über Materialengpässe, Investitionsvorhaben und Verschläge zur Verbesserung; ein Bericht behandelt die Verteilung der Parteimitgliedschaften im Leitungsbereich (bei der ein gewisser Proporz zwischen der SED und den Blockparteien gewahrt werden mußte). In einem Fall weist er auf den möglich Austritt einer Kollegin aus der SED hin, sicherlich der heikelste Fall, auch wenn sich dies dadurch relativiert, daß die SED einen solchen Austritt selbstverständlich als erste mitbekam. Ein dritter Bericht gibt Gespräche auf der Straße zwischen anonymen Personen über die Situation in der Sowjetunion während der Weltfestspiele 1993 in Berlin wieder. Es findet sich noch ein undatierter, zusammenfassender Bericht des MfS selber und ein Standardbogen der Gauck-Behörde, die zusammenfassend u.a. feststellt, daß keine Gelder geflossen sind.

Ministerpräsident Stolpe (SPD) konstatierte nach dem hervorragenden Abschneiden des PDS-Kandidaten gegenüber dem Kandidaten der SPD (45% gegen 32%, der eine gewann mehr Stimmen als seine Partei, der andere deutlich weniger), die Veröffentlichung der Stasi-Akten sei "ein Schuß in den Ofen" gewesen. Die SPD hat sich dieses Dilemma selbst zuzuschreiben: Während im Fall Stolpe vehement für eine differenzierte Bewertung der Stasi-Akten gestritten wird, wurde gegen den PDS-Kandidaten die IM-Schleuder in Anschlag gebracht. Wohl wissend, daß der eigene Kandidat, Horst Gramlich, schlechte Chancen hatte, wollte die SPD zunächst Klaus von Dohnanyi ins Rennen schicken, der derweil als "Wirtschaftsberater" im Osten seine Runden dreht. Aber der winkte ab - und darf sich heute freuen. Ob ein Westimport nach dem Skandal in Sachsen-Anhalt, der einer ausgeprägten Stimmung gegen die WestpolitikerInnen neue Nahrung gegeben hat, genutzt hätte, sei dahingestellt. Rolf Kutzmutz ist in Potsdam ein Sympathieträger und wird von infas als "Kennedy-Typ" mit Markus Wegner von der Hamburger STATT-Partei verglichen.

Am 19.12. muß Rolf Kutzmutz in die Stichwahl. Wenn er sie gewinnen sollte, wird er gegen eine große Koalition aller anderen Parteien regieren müssen, auch wenn die PDS mit 38% stärkste Fraktion wurde. (Auch bisher gab es eine Koalition aus SPD, CDU und Bürgerforum/Neues Forum.) Peter Michael Diestel, das Enfant terrible der Brandenburger CDU und juristischer Beistand von Rolf Kutzmutz, antwortete in einem Interview mit der "Jungen Welt"(7.12.93) auf die Frage nach der möglichen "Unregierbarkeit" Potsdams: "Daß Herr Kutzmutz als Oberbürgermeister mehr Blödsinn macht oder weniger Leistung bringt als bisher Herr Gramlich von der SPD möchte ich bezweifeln. Wenn der neue PDS-Bürgermeister überhaupt nichts täte, wäre das zumindest nicht schlechter als das, was wir in Potsdam erlebt haben."

Claudia Gohde

Wer trifft sich im Ostdeutschen

Kuratorium der Verbände?

Alternative Enquêtekommission Deutsche Zeitgeschichte; ANTIFA Bund der Antifaschisten; Bund der Ruhestandsbeamten; Rentner und Hinterbliebene im Deutschen Beamtenbund; Komitee für Gerechtigkeit; Demokratischer Frauenbund; Deutscher Friedensrat; FDJ-Bundesvorstand; Freundeskreis Sport-Senioren; Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde; Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung; Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereine; Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote, Berlin; Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR(ISOR); Interessengemeinschaft der emiritierten und im Ruhestand befindlichen Hochschullehrer und Hinterbliebenen; Interessenvertretung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgte des Naziregimes und Hinterbliebener; Landesverband der Gartenfreunde Brandenburg; mehrere Seniorenverbände; Vereinigung gegen Psychatriemißbrauch; Volkssolidarität; Verband für internationale Politik und Völkerrecht; Zentrum für Wirtschaftsforschung, Bildung und Beratung. (Die Liste ist unvollständig.)

5. Verbotsüberlegungen bei der CSU nach dem Erfolg der PDS bei den Kommunalwahlen in Brandenburg

Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:36

"Die Vorstellung, daß die Hauptstadt Brandenburgs demnächst von einem PDS-Oberbürgermeister regiert werden könnte, bedeutet eine beträchtliche Strapaze für die politische Phantasie und für das politische Empfinden vieler"; diese Kommentierung durch den (West)Berliner "Tagesspiegel" (7.12.93) traf den Frust der politischen Klasse der West-BRD wie den berühmten Nagel auf den Kopf. Und auch die Eggheads aus Hamburg verstehen die Welt nicht mehr: "Verkehrte Welt? Demokratie paradox? (...) In freien Wahlen kommt die PDS auf 21,2 Prozent der Stimmen und damit auf den zweiten Platz, die CDU verliert ein Drittel ihrer Stimmen und muß sich mit 20,5 Prozent der Stimmen zufrieden geben." ("Zeit", 10.12.93)

Richtig ist, daß das Ergebnis überraschend, nicht aber unbedingt sensationell ist. Die Ergebnisse (im Vergleich die Zahlen der Kommunalwahlen 1990): Wahlbeteiligung 61% (74,6); SPD 34,5% (28,1); PDS 21,2% (16,5); CDU 20,5% (31,8); Bündnis90/GRÜNE 4,2%; FDP 7,1%; Bürgerbündnis 1,6%. Das Ergebnis, daß jedoch am meisten für Aufregung sorgte, wurde in der Landeshauptstadt Potsdam erzielt. Dort wurde die PDS mit 38,4% (26,5) stärkste Fraktion, vor der SPD 32,4% (31,9), der CDU 10,3% (16,6), Bündnis90/GRÜNE 7,0%, dem Neuen Forum 5,1% (16,2) und der FDP mit 3,7% (3,1). Rolf Kutzmutz holte hier als Kandidat der PDS für das Oberbürgermeisteramt 45% der Stimmen und schlug damit den Kandidaten der SPD, Gramlich, deutlich (29,5%).

Völlig unerwartet kam dieses Ergebnis nicht, wurde doch beispielsweise schon in der FAZ am 3.12. prognostiziert, daß die PDS starke Gewinne verzeichnen könnte, die CDU herbe Verluste hinnehmen müßte. Jedoch kamen die "klugen Köpfe" noch zu dem Schluß: "Daß es der PDS landesweit gelingen wird, diesmal die CDU vom zweiten Platz zu verdrängen, ist dennoch eher unwahrscheinlich."

Dennoch ist die Gewinn- und Verlustrechnung nicht sensationell, sieht man sich einmal die Verluste der SPD und der CDU bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen an. Sie bekommt jedoch ein anderes Bild, wenn man zum Vergleich nicht die letzten Kommunalwahlen in der DDR (Mai 1990), sondern die ersten Wahlen nach dem erzwungenem Anschluß heranzieht, also die Landtags- und Bundestagswahl im Herbst 1990. Dann ergeben sich folgend Vergleichsquartette:

(Mai 90 / Sept. 90 / Dez. 90 / Dez. 93)

SPD (28,1 / 38,2 / 33 / 34,5)

CDU (31,8 / 29,5 / 36,8 / 20,5)

PDS (16,6 / 13,4 / 12 / 21,2)

B90/GRÜNE (3,8 / 9,2 / 6,3 / 4,2)

FDP (6,0 / 6,6 / 9,5 / 7,1)

Diese Zahlen machen deutlich, daß die PDS die einzige Partei ist, die über einen Zeitraum von jetzt fast vier Jahren Gewinne erzielen konnte. Während sie - gegenläufig zu den Vereinigungsgewinnen der anderen Parteien - zunächst Federn lassen mußte, machte sie jetzt einen um so größeren Sprung nach vorn. Als einzige Partei überhaupt konnte sie absolut Stimmen dazu gewinnen.

Im Landesvergleich wird deutlich, daß die PDS in den Städten hat z.T. erheblich über dem Landesdurchschnitt abschnitt. In den jetzt vierzehn Kreisen sieht dies so aus: Barnim 23,3 / 18,3; Dahme-Spreewald 21,0 / 15,7; Elbe-Elster 14,8 / 9,7; Havelland 18,3 / 12,1; Märkisch-Oderland 22,7 / 19,2; Oberhavel 21,6 / 15,7; Oberspreewald-Lausitz 18,6 / 17,0; Oder-Spree 21,3 / 17,8; Ostprignitz-Ruppin 15,1 / 12,2; Potsdam-Mittelmark 17,4 / 12,7; Prignitz 13,4 / 11,4; Spree-Neiße 20,1 / 16,1; Teltow-Fläming 18,9 / 12,8; Uckermarck 18,7 / 18,0. In den Städten lagen die Ergebnisse durchweg höher, kaum unter 20%: Frankfurt (Oder) 33,9 / 27,1; Potsdam 38,4 / 26,5; Cottbus 28,1 / 23,5; Brandenburg/Havel 19,8 / 15,3; Eisenhüttenstadt 27,0 / 25,5; Schwedt 24,8 / 23,7; Oranienburg 30,6 / 20,8; Bernau 39,8 / 33,4; Strausberg 42,9 / 37,7; Königs Wusterhausen 31,3 / 24,4; Ludwigsfelde 21,4 / 20,4. Von 113 BürgermeisterkandiatInnen der PDS wurden im

ersten Wahlgang 25 gewählt, 25 gehen in die Stichwahl, davon wiederum drei in den kreisfreien Städten Brandenburg, Cottbus und Potsdam.

So überraschend wie speziell die westlichen Medien dies wahrnehmen, kommt dieser Erfolg jedoch nicht. Schon bei den Kommunalwahlen im Mai 1992 kam die PDS im Ostteil von Berlin auf 29,7% und wurde damit ebenfalls zweitstärkste Partei. Wurde dies noch auf die spezielle Situation Berlin (hoher Anteil an ehemaligen Staatsbediensteten usw.) zurückgeführt, kann dies für ein ganzes Land kaum gesagt werden.

Geht man zur Ursachenforschung über, wird man sicherlich ein ganzes Bündel betrachten müssen. Überraschend einfach machen es sich allerdings wieder die Eggheads aus Hamburg: die Ossis sind etwas zurückgeblieben. "Doch was hat sich am vorigen Sonntag wirklich offenbart: eine Verwirrung der Geister oder eine logische Konsequenz aus politischen Fehlern?" Nun kommen sie ja schließlich doch noch zu der Erkenntnis, daß es doch wohl überwiegend die Fehler waren, aber die Frage nach dem Geisteszustand der Menschen im Osten der Republik ist schon mal gestellt. Der Berliner "Tagesspiegel" konstatiert eine gesellschaftliche Amnesie und hält "die Vergeßlichkeit" für das "eigentliche Phänomen dieser ersten Kommunalwahl nach der deutschen Vereinigung" (7.12.) Und die "Zeit" denkt weiter: "Wer sich dieses Ergebnis der Kommunalwahlen in Brandenburg vor Augen führt, muß im ersten Augenblick zum Schluß kommen, daß etwas gründlich schiefgegangen ist - entweder mit der Einheit oder mit der Demokratie." Wie wär's mit abschaffen? Entweder Lostrennung Ostdeutschlands oder Abschaffung der Demokratie, die ja von den Einverleibten doch nicht verstanden wird. Auf gleicher Ebene liegen die Reaktionen aus der CSU, deren Landesgruppenchef Glos PDS und Grüne für gefährlicher hält als Republikaner und andere Rechtsradikale. Der bayerische Inneminister Beckstein sprach sich gar für ein Verbot der PDS aus. Gregor Gysi konterte mit der Bezeichnung der CSU als der einzig verbliebenen allmächtigen Staatspartei nach dem Abtritt der SED.

Schnell kommen alle KommentatorInnen zu der Erkenntnis, eine spezielle DDR-Nostalgie - "Ostalgie" - führe der PDS die Stimmen zu. Für Potsdam gilt noch zusätzlich, daß dort ein großer Teil Staatseinrichtungen (Militär, Hochschulen, Verwaltung) ansässig war. Mit 3000 Mitgliedern in dieser 140.000 Menschen zählenden Stadt verfügt die PDS sicherlich über die beste organisatorische Basis. Entscheidend dürfte jedoch gewesen sein, daß die PDS im Gegensatz zu den anderen Parteien ihre Wählerbasis gegenüber den Kommunalwahlen 1990 hat halten können. Nur 904 Stimmen absoluter Zugewinn reichte ihr, um prozentual fast 4% zuzulegen. Gegenüber den anderen Wahlen 1990 sind die Zugewinne jedoch deutlicher. Wahrscheinlich ist auch, daß es der PDS besser gelingt, die Stimmen der ehemaligen SED-Mitglieder auf sich zu konzentrieren.

Dennoch ist der Verweis auf die "Ostalgie" völlig unzureichend oder wird zur Verneblung benutzt. Die Westpolitik ging davon aus, daß das Gesellschaftssystem der DDR in jeglicher Hinsicht unterlegen gewesen sei. Ebenso wurde arrogant erwartet, daß - bis auf eine kleine Funktionärsschicht - alle Menschen der DDR bedingungslos überlaufen würden. Man könnte deshalb (gerade im Gegensatz zum "Tagesspiegel") auch sagen, heute wird sich wieder erinnert, heute werden vielleicht auch rational Vergleiche angestellt, die nicht immer zuungunsten der alten DDR ausfallen.

Die PDS erklärt zu ihrem Wahlergebnis selbst: "Es ist nicht nur, wie schon bei den Berliner Kommunalwahlen im Mai 1992, der Abwärtstrend der PDS deutlich umgekehrt, sondern zum ersten Mal ein Wahlergebnis erreicht worden, das noch deutlich über dem PDS-Resultat zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 liegt. Damit dürfte endgültig klar sein, daß das stereotype Gerede vom Auslaufmodell PDS nicht der Realität entspricht, sondern dem Wunschdenken der etablierten Parteien." Der Hinweis auf die "Ostalgie" reiche für das Ergebnis nicht aus, sondern es sei ein "Ergebnis kommunal-politischer Kompetenz, konstruktiver politischer Alltagsarbeit und gewachsener Glaubwürdigkeit der Partei des Demokratischen Sozialismus. (...) Obwohl eine gründliche Analyse des Wahlergebnisses noch aussteht, ist schon jetzt deutlich, daß die PDS nicht, wie der SPD-Vorsitzende Scharping äußerte, für ihren Populismus oder aus Nostalgie, sondern in erster Linie wegen ihres konkreten Engagements gegen die Zerstörungspolitik der Bundesrepublik und der Treuhandanstalt in Ostdeutschland, gegen Massenarbeitslosigkeit und Mietenexplosion sowie für soziale Gerechtigkeit gewählt worden ist."(Pressemitteilung, 6.12.)

Die zentrale Wahlkampagne der PDS war "Arbeit, Wohnen, Sicherheit". Nostalgisch könnte gesagt werden, in der DDR gab es Arbeit für alle, gab es billigen Wohnraum, gab es mehr allgemeine und persönliche Sicherheit. Dies weist zumindest auf ein politisches Problem hin, das von der PDS nicht weggeleugnet werden kann. Anders ist auch eine Erklärung des Parteivorsitzenden, Lothar Bisky, nicht zu verstehen, in der er warnt:

"Wenn die Politik so weitermacht und die DDR-Nostalgie auf den Höhepunkt kommt, könnte ein Druck auf die PDS und in der PDS entstehen, der in die Versuchung führt, mit Nostalgie Politik zu machen." Für diesen Fall drohte Bisky mit seinem Rücktritt. "Theoretisch hält es der PDS-Bundesvorsitzende für möglich, daß Reformer wie er und Gregor Gysi von konservativen Kräften in der Partei überrollt werden können." (Zitate nach "Neues Deutschland", 10.12.93).

Die PDS hat eines ihrer zentralen Ziele bei diesen Kommunalwahlen erreicht. Sie hat einen so deutlichen Aufwärtstrend zu verzeichnen, daß von Auslaufmodell so schnell keine Rede sein kann. 62% der Ostdeutschen halten sie für eine wählbare Partei (nach einer FORSA-Umfrage, "Die Woche", 9.12.93). Damit hat im Osten der Stigmatisierungskurs der bürgerlichen Parteien einen harten Knacks bekommen. Das faschistoide Gerede von Konrad Weiß, er halte eine Verweigerung der Zusammenarbeit mit der PDS für einen "Frage der politischen Hygiene", kann dennoch nicht mehr verbergen, daß der Isolationsversuch kläglich gescheitert ist. Dies hat nur bedingt etwas mit der sozialen Lage zu tun, auch nur bedingt mit den nicht eingelösten Versprechen. Hauptsächlich wirkt - und dies macht den Kern der "Ostalgie" aus -, daß das System der freien Marktwirtschaft nicht wirklich beweisen konnte, daß es im positiven Sinn überlegen ist.

Ergebnisse bei Kommunalwahlen sollten nicht überbewertet werden. (Siehe hierzu beispielsweise auch die Anmerkungen zu Wahlergebnissen der Rechtsradikalen und Faschisten bei solchen Wahlen in diesem ak.) Beispielsweise ist das Abschneiden der Rechtsradikalen kaum landesweit auswertbar, nur acht KandidatInnen standen offen zur Wahl, darunter in Cottbus der Neonazi Hübner für die Deutsche Liga für Volk und Heimat (2,8%). Keinesfalls können die Ergebnisse der Kommunalwahl hochgerechnet werden. Für die Regierungsparteien sind sie allerdings ein deutliches Anzeichen, daß es Zeit wird, die Koffer zu packen. Für die PDS ermittelte infas, daß die Hauptwählerschichten aus den mittleren Jahrgängen kommen, also gerade den Teilen, die ihr ganzes bisheriges Leben (bis 1990) in der DDR verbracht haben. Unterdurchschnittlich schneidet sie bei den unteren Jahrgängen ab. Wenn es also kein Auslaufmodell sein soll, wird diese Partei sich etwas überlegen müssen. Auch in dieser Hinsicht sind wohl die schon zitierten Worte des Bundesvorsitzenden zu verstehen.

he.

6. Vier-Tage-Woche oder was sonst?

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:31

Seit dem 26.11.93 gibt es bei VW eine Tarifvereinbarung, nach der auf betriebsbedingte Kündigungen für die Dauer der Laufzeit bis zum 31.12.95 verzichtet werden soll. Die einen, wie der Präsident des norddeutschen Arbeitgeberverbandes, halten das VW-Abkommen für "in Teilen gefährlich". Manche sehen darin gar eine "Entscheidung gegen die Marktwirtschaft", so z.B. die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, oder lediglich "die falsche Antwort", wie der Opel-Konzern. Andere, so der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, halten den Abschluß dagegen für "wegweisend". Oskar Lafontaine sieht in dem Abschluß "ein Zeichen tarifpolitischer Vernunft", der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gar "ein positives, wichtiges Beispiel für eine solche betriebsnahe Lösung." Die VW-Aktie stieg nach dem Abschluß um 9,50 DM auf 412 DM.

Seit dem Auftauchen der Idee der Vier-Tage-Woche und dem nun vorliegenden (vorläufigen) Abschluß vergingen gerade mal vier Wochen.

Der Abschluß

Die Arbeitszeit wird von 36 auf 28,8 Wochenstunden verkürzt. Entsprechend der zwanzigprozentigen Arbeitszeitverkürzung werden die Löhne und Gehälter um 20% reduziert. Daß schlußendlich das gleiche monatliche Bruttogehalt auf dem Lohnstreifen erscheint, wird über einige "Umschichtungen" erreicht. Dies wird in der Presse anhand des Bruttoverdienstes eines Bandarbeiters von bisher 4099 DM durchgerechnet. Von diesen 4099 DM werden 20% gekürzt (-820DM), verbleiben 3279 DM.

- Die Einführung der 35-Stunden-Woche wird von Oktober 95 auf den 1.1.94 vorgezogen, bei vollem Lohnausgleich von 2,8% (+ 119.-).

- Die zum 1.11.93 vorgesehene Tariferhöhung von 3,5% wird auf den 1.1.94 verschoben (+ 143.-).

- Für die im August anstehende Tarifrunde wird als Vorschuß ein Prozentpunkt bezahlt (+ 41.-).

- VW zahlt einen Zuschuß von 85 DM, im wesentlichen wohl als Gegenleistung für den Wegfall des bisherigen Sonderurlaubs plus 300 DM Urlaubsgeldes für Schichtarbeiter ("Nordhoff-Verschickung").

- Die Jahressonderzahlung (14. Monatsgehalt) und zwei Drittel des Urlaubsgeldes werden durch 12 dividiert und auf die jeweiligen Monatsgehälter aufgeschlagen (+ 274.- bzw. + 158.-).

Unterm Strich bleibt das gleiche monatliche Endgehalt wie bisher. Bezogen auf das Jahresgehalt bedeutet dies eine Senkung von 57.868.- auf 51.647.-, also eine Reduzierung um 10,75%.

Unklar bleibt, von welcher Basis zukünftige Tarifverhandlungen ausgehen. Liegt die Basis bei dem 80%-Lohn, wovon der VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz ausgeht, bedeutet dies für VW in den nächsten Jahren erhebliche Einsparungen. Die Arbeitszeitverkürzung von 36 auf 28,8 Wochenstunden (sehr schnell war nicht mehr von der Vier-Tage-Woche, sondern von flexibleren Einzelmodellen die Rede) erbringt, so das VW-Management, erst drei Viertel der einzusparenden Personalkosten. Der Rest soll durch die Umsetzung des "Blockmodells" (acht bis neun Monate Arbeit, die restliche Zeit Fortbildung oder Freistellung) und das "Stafettenmodell" (Azubis werden nach der Ausbildung nur in Teilzeit übernommen; über 50jährigen wird bis zur Rente schrittweise die Arbeitszeit verkürzt) erreicht werden. Diese Maßnahmen haben zur Folge, daß ein enormer Produktivitätsfortschritt erreicht wird, da bekannterweise geteilte Arbeit nicht geteilte Leistung bedeutet.

Nach Peter Hartz sind 20.000 der 30.000 gefährdeten Arbeitsplätze das Resultat des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP2), also der Produktivitätsentwicklung bei VW in diesem Jahr. Dafür ist allerdings nicht nur Lopez verantwortlich. Im Werk Emden ging z.B. die Fehlquote von 6% auf 2% zurück, was sich deutlich auf die Produktivität niederschlägt.

Kaum war der Abschluß getätigt, wurde bekannt, daß die "Konzernplanung 42" vorsieht, bis zum Jahre 1998 die Belegschaft im Konzern von 245.000 auf 196.000 Beschäftigte zu reduzieren. In den bundesdeutschen Werken sollen 16.000 Entlassungen stattfinden. Die dann verbliebenen 88.000 sollen, so die Planung, 1998

1,8 Mio. Fahrzeuge produzieren, wogegen 104.000 Beschäftigte im Jahre 1993 1,4 Mio. Fahrzeuge produzierten: eine Produktivitätssteigerung von sage und schreibe 52%!

Man kann es drehen und wenden, wie man will, die Vier-Tage-Woche-Diskussion hat neben dem konkreten Abschluß vor allem bewirkt, daß Flexibilisierungspläne in nächster Zeit wesentlich stärker zum Tragen kommen werden. Den Kapitalisten geht es dabei vor allem darum, längere Maschinenlaufzeiten einzuführen bzw. eine höhere Kapitalintensität zu erreichen. VW-Chef Piech findet eine 28-Std.-Woche verteilt auf sieben Tage à vier Stunden ideal. Und, möchte man hinzufügen, mit täglich sechs Schichten.

Die Vorlage der Bundesregierung für ein neues Arbeitszeitrecht, kommt dabei den Kapitalistenwünschen voll entgegen. Nacht- und Sonntagsarbeit, sowohl aus ökonomischen, als auch aus technischen Gründen, und eine 60-Std.-Woche, wären bei einer Verabschiedung des Gesetzes möglich.

Die Metall-Tarifrunde

"Denn das ist der Leitsatz des Tarifvertrages: Die IG Metall ist durchaus bereit, ihren Mitgliedern den tarifvertraglichen Verzicht auf Einkommen (einschließlich Kürzung des Urlaubsgeldes!) zuzumuten, um Arbeitsplätze zu retten. Einkommensverzicht bleibt zwar ein Ärgernis, doch sieht die Gewerkschaft in dem massenhaften Arbeitsplatzverlust die Katastrophe, die zu vermeiden fast jedes tarifpolitische Opfer wert ist", kommentiert Hans Mundorf im "Handelsblatt" vom 26.11.93.

Das VW-Signal wurde von den Kapitalisten wohl verstanden. Die erste Runde der Metalltarifverhandlungen begannen sie mit der Forderung nach Streichung des Urlaubsgeldes. Dabei wurde von dem Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber in NRW auf die Mitwirkung der IGM bei der Senkung des Urlaubsgeldes hingewiesen. Bei VW verblieben von den ursprünglich 70% eines Monatsgehaltes nur noch 670 DM Urlaubsgeld.

Die neue Opel-Betriebsvereinbarung ("Opel-Standortvertrag") gehört ebenso zu den Verträgen, die die Möglichkeiten der IGM in der nun angelaufenen Tarifrunde unterhöhlen wird. Bei Opel wurde zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat vereinbart, daß für 1993 nur 70% des Weihnachtsgeldes ausgezahlt wird. Sollten Personalkostenersparnisse in Höhe von 75 Mio. DM erreicht werden, gibt es im März 1994 die restlichen 30% und 1994 wieder 100%. Die Auszahlung des Weihnachtsgeldes 1995 wird an den Rückgang der Fehlzeiten unter 7% (1992: 9,9%; 1993: 7,6%) gebunden. Bei Tariferhöhungen in den Jahren 1994 bis 1997 werden den Opel-Beschäftigten nur die ersten 2% voll angerechnet. Alle darüber hinausgehenden Prozentpunkte werden nur zu zwei Dritteln weitergegeben. Ein Drittel wird mit übertariflichen Leistungen verrechnet.

Der Opel-Abschluß bedeutet nichts anderes als eine Betriebsöffnungsklausel und einen weiteren Schritt in Richtung betriebsbezogener Tarifverträge. Der Opel-Betriebsrat mußte zwar auf der Vertrauensleute-Konferenz der IGM am 20.11.93 in Stuttgart sowohl vom IGM-Vorsitzenden Zwickel, als auch von den Vertrauensleuten heftige Kritik einstecken. Schon zwei Tage später wurden die Opel-Betriebsräte vom hessischen IGM-Bezirksleiter und vom IGM-Vize Riester für das "gute Modell" und den "arbeitnehmerfreundlichen Abschluß" gelobt.

Der IGM-Vorsitzende kann zwar die Forderung nach Sicherung der Konfliktfähigkeit aufstellen, "um unseren Gegner zum Kompromiß notfalls auch zwingen zu können". (Handelsblatt, 22.11.93) Bei einem monatlichen Mitgliederverlust von 20.000 Menschen und angesichts des zurückhaltenden Kurses der IGM bei VW und Opel, schwindet allerdings der Glaube an die Durchsetzungsfähigkeit der IGM. Nicht umsonst möchte Zwickel nur "notfalls" den "Kompromiß" erzwingen.

gg.

7. Fünf BerlinerInnen nach dem Tod eines Faschisten im Knast

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:19

Berlin, 3. April 1992: In einem China-Restaurant am Kottbusser Damm (Kreuzberg/Neukölln) sitzen eine Handvoll Faschisten - alle sind Funktionäre der Republikaner-Abspaltung "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL): Der aus der Berliner "Jungen Union" kommende Rechtsanwalt Carsten Pagel, der DL-Mitbegründer Thorsten Thaler, Rudolf Kenzia, (Ex-NPD, Ex-Rep und nun DL) sowie der Schriftleiter der Berliner DL, Gerhard Kaindl. In das Lokal stürmen, nach Zeugenaussagen, sechs bis acht vermummte AntifaschistInnen. Es kommt zu einem Handgemenge mit den Faschisten, bei dem Gerhard Kaindl von Messerstichen schwer verletzt zusammenbricht und wenig später stirbt.

Berlin, 15. und 16. November 1993: Gegen zwei AntifaschistInnen werden Haftbefehle wegen Mord, versuchtem Mord und Körperverletzung erlassen und umgehend vollstreckt. Mit gezogenen Waffen stürmen SEK-Beamte die Wohnungen. Der Kurdin Fatma wird bei ihrer Festnahme die Pistole auf den Kopf gesetzt. Herbei eilenden Nachbarn werden die polizeilichen Dienstwaffen ebenfalls an den Kopf gehalten. Der Mutter des zweiten Festgenommen wird angekündigt, daß ihr Sohn erschossen wird, sollte er versuchen, bei seiner Verhaftung Widerstand zu leisten.

Im Laufe der nächsten Tage werden über zehn Wohnungen auf den Kopf gestellt und ein dritter Antifaschist verhaftet. Ein weiterer gesuchter Antifa stellt sich freiwillig. Am 4.12.93 wurde der bislang letzte Antifaschist in dieser Sache festgenommen.

Spektakulär an dieser Bullenaktion ist vor allen Dingen das, was sich zwischenzeitlich in den polizeilichen Ermittlungen ereignet hatte. Nach dem Tod des Faschisten Kaindl setzt der Berliner Staatsschutz eine 20köpfige Sonderkommission ein - ein deutliches Zeichen, in diesem Fall nach links hart durchgreifen zu wollen. Es kam kurz darauf zu einer ganzen Reihe von Hausdurchsuchungen und vorläufigen Festnahmen, zum Teil auch bei den nun Inhaftierten.

Der Berliner Staatsschutz ermittelte während dessen scheinbar ohne Ergebnis. Die DL hingegen gab bereits im Herbst 1992 in ihrem Hetzblatt "Deutsche Rundschau" (10/92) an, der Polizei seien acht der Tatbeteiligten bekannt. Da die Staatsanwaltschaft es angeblich abgelehnt hatte, gegen zwei der Verdächtigten Haftbefehl zu erlassen, stellte die DL Strafanzeige gegen die Justizangestellten wegen Strafvereitelung im Amt. Das entsprechende Ermittlungsverfahren wurde jedoch Anfang 1993 eingestellt. Woher hatten die Faschisten derartig detaillierte Kenntnisse über den polizeilichen Ermittlungsstand?

Der im April '92 verletzte Faschist Thaler bestätigte in diesem Zusammenhang, im vergangenen Jahr von zwei Berliner Staatsschutzbullen aufgesucht worden zu sein. Im Laufe dieser Zeugenvernehmung sei ihm der Name, Geburtsdatum und Wohnanschrift und sogar das KfZ-Kennzeichen eines Tatverdächtigten mitgeteilt worden. Thaler zog daraus den Schluß, "ich sollte offenbar mehr erfahren, als es normalerweise bei solchen Befragungen üblich ist". (taz Berlin, 23.11.93).

Die Presse wurde aus der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Staatsschutzes mit nur einer Version gefüttert: Bei den Verdächtigen handele es sich durch die Bank um Mitglieder der Gruppe "Antifasist Genclik" ("Antifaschistische Jugend"). Tatsächlich handelt es sich aber weder, wie suggeriert wird, bei allen Tatverdächtigen um AusländerInnen, noch sind alle der Festgenommenen bzw. die zehn Personen, nach denen weiterhin gefahndet wird, Mitglieder von "Antifasist Genclik".

Diese seit 1992 aktive Gruppe, in der als große Ausnahme türkische und kurdische Jugendliche zusammen organisiert sind, wehrt sich militant gegen faschistische Überfälle. Damit ist sie dem Staatsschutz ein besonderer Dorn im Auge. Sie kann nämlich auf eine Verankerung unter ausländischen Jugendlichen bauen, vertritt sie doch offensiv das legitime Recht auf Selbstverteidigung.

Die bürgerlichen Medien setzten die Häppchen aus dem Bullenapparat brav in entsprechende Hetzartikel gegen die Festgenommenen sowie "Antifasist Genclik" um. Das ging soweit, daß der "Tagesspiegel" vom 19.11. mit der Festnahme der vier Antifas den Fall Kaindl bereits als "aufgeklärt" ansieht.

Die Situation der Gefangenen ist von zwei Seiten her gesehen prekär. Es wurde versucht, sie weitestgehend abzuschotten. Sie hatten zunächst Einzelhofgang und an sie gerichtete Briefe wurden nicht transportiert. Zum anderen stellte sich heraus, daß einer der Festgenommenen Aussagen gemacht hatte - ohne das bis heute klar ist, unter welchen Umständen er das getan hatte, geschweige denn welchen Inhalts seine Aussagen waren. Bekannt ist inzwischen, daß dieser Gefangene im Knast verprügelt und nachfolgend auf die psychiatrische Abteilung des Gefängnisses in Berlin-Tegel verlegt worden ist.

Die Hausdurchsuchungen, polizeilichen Vorladungen und die Anquatschversuche seitens der Bullen, die zum Teil mit Fotomappen durch die türkischen Kneipen Kreuzbergs ziehen, stellen die mit den Feinheiten des deutschen Rechtssystem nicht so vertrauten AusländerInnen vor besondere Probleme. Viele wissen nichts von der Möglichkeit der Aussageverweigerung.

Mit einer Knast-Demonstration am 5.12. von ca. 1.500 AntifaschistInnen ist der erste Schritt zu einer Solidaritätsarbeit für die Gefangenen getan. Diese politische Arbeit muß sich im weiteren mit drei wesentlichen Komplexen beschäftigen: zunächst natürlich damit, die Forderung nach Aussageverweigerung zu verbreiten. Zweitens muß aufgeklärt werden, daß und weswegen der polizeiliche Staatsschutz angesichts von über sechzig faschistischen Morden in der BRD nicht besseres zu tun hat, den Faschisten aus der DL in die Hände zu arbeiten. Und schließlich ist der politischen Absicht dieser Kriminalisierung zu begegnen. Denn es ist bestimmt kein Zufall, daß der Staatsschutz gerade hier ansetzt, wo sich ausländische Jugendliche gegen Nazis organisiert zur Wehr setzen. Die nachfolgende Spaltung in "gute" und "böse", "ausländische" und "deutsche" Antifas ist die altbekannte Strategie des Staatsschutzes. Eine Solidarisierung aller antifaschistischen Gruppen trotz inhaltlicher Differenzen soll so im Vorfeld bereits verhindert werden.

M./Berlin

Spendenkonto der UnterstützerInnengruppe: Rote Hilfe Berlin. R. Stüker, Sparkasse Berlin,

Konto-Nr.: 240 297 679,

BLZ: 100 500 00. Kennwort: "Antifa".

8. Bundesregierung gegen Kurden

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:32

Insgesamt 35 kurdische Organisationen hat die Bundesregierung verboten und mit Polizeigewalt aufgelöst. Die Verbotsverfügung richtet sich nicht gegen eine angebliche "terroristische Vereinigung" innerhalb der PKK, die die Bundesanwaltschaft schon seit Jahren vergeblich nachzuweisen versucht, sondern gegen die (nach Verfassungsschutzschätzungen) 40.000 PKK-Sympathisanten bzw. gegen die 100.000 Menschen, die die PKK bei Kundgebungen mobilisieren kann. Einer der zahlenmäßig stärksten nationalen Minderheiten in der BRD wird damit ein eigenständiges Organisationsrecht bestritten. Das elementare Recht einer halben Million Kurden auf Vertretung ihrer politischen und sozialen Interessen, auf eine eigene Presse und eigene kulturelle Aktivitäten, auf selbstbestimmte Versammlungsorte und Vereine wird unter den Generalvorbehalt gestellt "... solange es der Bundesregierung politisch in den Kram paßt". Wie schon 1972 beim Verbot der palästinensischen Arbeiter- und Studentenunion signalisiert die BRD damit, daß Menschenrechte von ausländischen Bevölkerungsgruppen hierzulande nichts zählen, wenn es um wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik geht.

Am Freitag, dem 26.11.1993 wurden auf Anweisung von Bundesinnenminister Kanther in einer bundesweiten Aktion Durchsuchungen von kurdischen Einrichtungen und Wohnungen von Aktivisten durchgeführt. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden über 600 Polizeibeamte in 19 Städten eingesetzt, um Büro-, Geschäfts- und Vereinsräume von Kurden zu durchsuchen. (Presseinformation des Innenministers NRW, 26.11.93) Die bundesweit insgesamt 160 Razzien wurden zwischen Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern koordiniert. Vereinsräume wurden geschlossen, Konten gesperrt und der Inhalt von Postfächern beschlagnahmt. In Bremen waren der "Mesopotamische Kulturverein Bremen e.V.", der "Kurdische Kulturverein Bremerhaven e.V." sowie die Wohnungen von 16 Vorstandsmitgliedern betroffen. "In Lastwagen wurde das nach den beiden vorhergegangenen Durchsuchungsaktionen verbliebene Mobiliar einschließlich 500 Tischen und 200 Stühlen abtransportiert, die Jalousien abmontiert und selbst Nägel, an denen Bilder gehangen hatten, aus der Wand gerissen." (1)

Bundesinnenminister Kanther erklärte gegenüber "Reuter", er werde nicht zulassen, daß Deutschland zum "Schauplatz von Bandenkriegen und der Verfolgung politisch Andersdenkender wird". Gleichzeitig forderte er "Zeugen in der kurdischen Szene erneut auf, mit den Behörden zusammenzuarbeiten, ihnen sicherte er staatlichen Schutz zu". (afp, 26.11.93) Die ehemaligen Mitglieder der PKK-nahen Vereine hätten jetzt "die Chance, sich vom Druck der PKK zu lösen". (Erklärung Kanther, 26.11.93)

Vom Verbot betroffen sind die PKK selbst, deren Frontorganisation ERNK (beide ohne irgendeine offizielle Struktur in der BRD), das Kurdistan-Komitee, der Berxwedan-Verlag und die kurdische Nachrichtenagentur Kurd-Ha. (Mit dem Verbot von Kurd-Ha kam Kanther einem besonderen Wunsch des türkischen Außenministeriums nach, den dieses in einer Note Anfang November geäußert hatte. FAZ, 6.11.93) Dagegen war beispielsweise der "Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland", den der Verfassungsschutz noch (lt. FAZ, 6.11.93) als PKK-nahe Organisation gebrandmarkt hatte, nicht unter den verbotenen Gruppen.

Betroffen waren jedoch - und das macht die Massenwirkung des Verbots aus - kurdische Arbeiter- und Kulturzentren, ein Frauenzentrum und weitere Vereine in 29 Städten, die in der Föderation kurdischer Vereinigungen FEYKA zusammengeschlossen sind. Sie wurden per Ministerdekret zu "Neben- und Teilorganisationen" der PKK erklärt und auf diese Weise ohne irgendein gerichtliches Verfahren verboten.

Als Konsequenz der Verbote ist die Kriminalisierung derjenigen möglich, die sich weiter für einen verbotenen Verein betätigen, wofür nach dem Vereinsgesetz auf Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe erkannt werden kann. Die Auflösung der Vereine wird abgerundet durch das - aus den KPD-Verfahren der 50er und 60er Jahre sattsam bekannte - Verbot, Ersatzorganisationen für irgendeinen der verbotenen Vereine zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Solange die Vereinsverbote nicht auch juristisch zurückgenommen sind, hängt das Damoklesschwert dieser Bestimmungen über allen, die jetzt in Vereinbarungen mit örtlichen Behörden die kurdischen Zentren weiterführen.

Zusammengeschusterte

Verbotsbegründung

Noch Anfang November hatte die "Welt" (5.11.93) berichtet, nach ihren Informationen werde es kein PKK-Verbot geben. Zwar werde ein solches Vorgehen im Bundesinnenministerium "intensiv geprüft": "Doch Verfassungsschutz, Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt sind offenbar nicht in der Lage, die ‚verschleierten Organisationsstrukturen` der PKK aufzuklären." Tatsächlich ist es der Bundesanwaltschaft trotz intensivster Anstrengungen nicht gelungen, eine "terroristische Vereinigung" in der PKK nachzuweisen. Im Düsseldorfer Mammutprozeß bröseln ihr im Gegenteil die Anklagepunkte unter den Händen weg, woran auch dubiose Kronzeugen bisher nicht viel ändern konnten. (vgl. ak 353, April 93)

Die Protestaktionen am 4.11.93 (nachdem die kurdische Stadt Lice durch Luft- und Bodenangriffe der türkischen Armee dem Erdboden gleichgemacht worden war) nahm Kanther zum Anlaß für die Bitte an nachgeordnete Polizeistellen, "bei den nachfolgend genannten Objekten Durchsuchungsmaßnahmen durchzuführen, um Beweismaterial für vereinsrechtliche Maßnahmen zu beschlagnahmen und die Beschlagnahme auf alle Gegenstände und Unterlagen zu erstrecken, die für vereinsrechtliche Maßnahmen gegen die PKK geeignet sind". (Schreiben vom 4.11.93, s. Anm. 1) Die Verbotsverfügung enthält darüber hinaus wörtliche Zitate aus Telefongesprächen, was zeigt, daß kurdische Einrichtungen zumindest zeitweise über das Telefon oder über Wanzen abgehört worden sind. Studiert man jetzt die Begründung des Verbots, ist viel Beweiskräftiges dabei allerdings auch nicht zusammengekommen.

Im wesentlichen werden alte Vorwürfe wieder aufgekocht. Für die "innerparteilichen gewaltsamen Auseinandersetzungen" (2) ist die Beweislage vor den Gerichten bisher äußerst dünn, zudem stammen die entsprechenden Vorwürfe aus den Jahren 1987/88. Daß die PKK sich seinerzeit politisch zu Morden an politischen Gegnern und Aussteigern bekannt hat (und dafür in der Linken zu Recht heftig kritisiert wurde), steht auf einem anderen Blatt. Gegen die verbotenen Informations- und Kulturzentren beweist es jedenfalls gar nichts.

Ähnlich verhält es sich mit dem folgenden Satz, der ohne jeden Versuch eines Beweises im Verbotstext steht: "Die PKK steht im Verdacht, ihre Aktivitäten durch Spenden- und Schutzgelderpressungen sowie illegalen Rauschgifthandel zu finanzieren." Dagegen mußte die Bundesregierung vor einem Jahr noch einräumen: "Was Straftaten des Rauschgift- und Waffenhandels sowie der Gelderpressung von kurdischen Türken in der Bundesrepublik Deutschland anbelangt, so hat sich nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden der behauptete organisationsbezogene Hintergrund bisher nicht bestätigt." (nach 1) Ganz ähnlich äußerte sich mehrfach der Hamburger VS-Chef Uhrlau. (taz, 27.11.93)

Im übrigen wird die "Gewalttätigkeit" der PKK durch die schlichte Feststellung belegt, nur die PKK komme als Organisatorin der "Anschlagwellen 1992", der "europaweiten Ausschreitungen am 24.6.1993" und der "konzertierten Aktion von Gewalttätigkeiten am 4.11.1993" gegen türkische Einrichtungen in Frage. Zum Beweis dafür wird angeführt, die bei den Aktionen festgenommenen Kurden seien "PKK-Aktivisten". Das wiederum ergebe sich (immer streng logisch) daraus, daß sie schon bei "vorangegangenen mutmaßlichen PKK-Aktionen in Erscheinung getreten" seien ... Oder es werden einfach Interviewaussagen von Abdullah Öcalan zitiert, in denen er eine Verschärfung der Auseinandersetzungen in der Türkei und in Europa ankündigt.

Verflechtung durch Verbindung

Für die FEYKA und ihre Mitgliedsvereine wird schlichtweg behauptet, sie bildeten "einen Teil der hiesigen Aktionsstrukturen der PKK/ERNK" und seien "mit der PKK/ERNK eng verflochten. Dies ergibt sich schon aus den strukturellen und personellen Verbindungen" zwischen der PKK-Führung und dem FEYKA-Vorstand. Als Beleg dienen angebliche Doppelmitgliedschaften von FEYKA-Vorstandsmitgliedern - ein Verfahren, nach dem sich in der BRD beispielsweise der Deutsche Alpenverein mühelos als Tarnorganisation der CSU entlarven ließe. Doch die organisierten Kurden müßten sich das Verhalten der PKK eben "zurechnen lassen". Irgendetwas Konkretes (außer ihrer FEYKA-Mitgliedschaft) wird den örtlichen kurdischen Vereinen, die oft als gemeinnützig anerkannte kulturelle und soziale Arbeit betrieben und z.T. aus öffentlichen Geldern gefördert wurden, an keiner Stelle der 53-seitigen Verbotsverfügung vorgeworfen.

Auch sonst bestehen die Verbotsbegründungen in weiten Teilen aus völlig unbewiesenen Tatsachenbehauptungen über geheime interne Strukturen der PKK und ihrer angeblichen "Teil- und

Nebenorganisationen": Dem Berxwedan-Verlag und seiner Nachrichtenagentur wird vorgeworfen, daß aus seinen Geschäftsräumen "die Steuerung europaweiter koordinierter Straftaten" erfolge. Statt Beweisen folgt der Hinweis auf ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts nach § 129a.

Juristisch werden solche Konstruktionen kaum standhalten, aber das ist den Verantwortlichen auch gar nicht wichtig. Die Süddeutsche Zeitung (27.11.93) bringt das Kalkül auf den Punkt: "Es wäre zwar besser gewesen, die Schuld der PKK zu beweisen, aber immerhin haben auch England und Holland die PKK verboten, und Frankreich hat jüngst eine Reihe von Großrazzien gegen sie inszeniert. Zumindest befindet sich Bonn so in der allerbesten Gesellschaft."

Die wirklichen Gründe ...

... für die Verbote finden sich dann aber ebenfalls in dem Verbotstext . Wegen ihrer bemerkenswerten Offenheit seien sie hier ausführlich zitiert: "Die gewalttätigen politischen Aktionen der vorgenannten Gruppen gegen staatliche und sonstige türkische Einrichtungen gefährden die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Sie stören erheblich das Verhältnis zum türkischen Staat.

Der Grad der Beeinträchtigung der außenpolitischen Beziehungen ist durch zahlreiche Demarchen der türkischen Regierung sowie dadurch deutlich geworden, daß die türkische Seite bei allen politischen Spitzengesprächen in der letzten Zeit (u.a. Bundeskanzler Kohl in Ankara, Mai 1993, Ministerpräsidentin Ciller in Bonn im September 1993) den Vorwurf erhoben hat, die Bundesregierung dulde PKK-Aktivitäten auf deutschem Boden und kontrolliere sie nicht oder nur mangelhaft. Die Türkei trägt im einzelnen vor, die Propagandatätigkeit (!) der PKK in einer für den Bestand des türkischen Staates lebenswichtigen Frage zu dulden, und damit zur Destabilisierung in der Südostregion indirekt beizutragen. Sie verweist hierzu insbesondere auf die Spendensammlungstätigkeit, deren Ertrag die Weiterführung und Ausweitung des bewaffneten Kampfes der PKK in der türkischen Südostregion möglich mache.

Die politische Agitation (!) der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht. Die PKK und ihr nahestehende Organisationen rufen in Deutschland zu Gewalt und bewaffnetem Kampf auf. Kurdische Gruppen haben ‚Passierscheine` für die Nutzung in ‚Kurdistan` (man beachte die Anführungszeichen) ausgestellt und damit den Anschein unmittelbarer Staatsgewalt über das Gebiet im Südosten der Türkei erweckt. Sie haben 1992 zu Wahlen für ein ‚kurdisches Nationalparlament` aufgerufen und sich an diesen Wahlen aktiv und passiv beteiligt. (...)

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Mitglied der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, das völkerrechtliche Gewaltverbot (...) und den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines ausländischen Staates zu beachten (vorzugsweise durch Waffenlieferungen und Entsendung von Antiterrorspezialisten; Anm. ak) und die territoriale Integrität der Türkei nicht zu gefährden.

Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für diese Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europaratspartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben."

Die BRD macht sich voll und ganz die Sichtweise des türkischen Regimes zu eigen. Sie übernimmt das kemalistische Dogma, das kurdische Territorium gehöre zum auf ewig unteilbaren türkischen Staatsgebiet. Konsequenterweise behauptet sie, indem die PKK/ERNK das Ziel verfolge, "einen Teil des türkischen Staatsgebiets in einen noch zu gründenden kurdischen Staat zu überführen", richte diese sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und störe das friedliche Zusammenleben der Völker. Während die türkische Regierung der PKK immer wieder einen "Vernichtungskrieg" und ihre "vollständige Ausrottung" öffentlich ankündigt, wird der PKK vorgeworfen, sie "sieht sich im Kriegszustand mit dem türkischen Staat".

Der gemeinsamen türkisch/deutschen Zielsetzung entsprechend richtet sich die Verbotsbegründung in weiten Teilen gegen die Öffentlichkeitsarbeit etwa des Kurdistan-Komitees. Dessen Veröffentlichungen befaßten sich "nahezu ausschließlich in agitatorischer und verunglimpfender Weise mit der Situation der Kurden in der Türkei und in Deutschland": Der türkische Staat werde "beschuldigt, ‚Vernichtungspolitik` gegen das kurdische Volk zu führen. (...) Der türkischen Regierung wird unterstellt, auch vor Morden an ‚kurdischen Politikern` im Ausland sowie ‚oppositionellen Journalisten` in der Türkei nicht zurückzuschrecken. (...) Der Bundesrepublik

Deutschland wird vorgeworfen, eine ‚heuchlerische Politik` gegenüber dem kurdischen Volk zu betreiben und ‚mitschuldig an den Greueltaten und Massakern des türkischen Staates am kurdischen Volk` zu sein."

Und in der Rolle der verfolgten Unschuld kommt die Bundesregierung zu dem Schluß: "Die aggressive Agitation des ‚Kurdistan Komitee e.V.` ist in der Art, wie Ereignisse in Deutschland und in der Türkei verzerrt dargestellt werden, geeignet, das friedliche Zusammenleben der Bürger in Deutschland erheblich zu stören." Die Logik, nach der zielsicher Presseagentur, Verlag und Komitee mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit verboten wurden, liegt offen: Einen Maulkorb für die Schreier, und schon herrscht wieder Frieden.

Überparteiliche Einigkeit

Mit der Verschärfung der Repression gegen Presse, Menschenrechtsvereine und Demokratische Partei sowie den Verboten zahlreicher legaler Organisationen in der Türkei hielten Kohl und Kanther offenbar den Zeitpunkt für gegeben, auch die bundesdeutsche Verbotsdebatte öffentlich hochzukochen.

Von der FDP war kein Widerstand zu erwarten, war doch Ex-BND-Chef Kinkel einer der Hauptdrahtzieher des PKK-Verbots. Schon Mitte 1992, in unmittelbarem Zusammenhang mit seinem ersten Besuch in Ankara als Außenminister hatten sich "führende Vertreter der türkischen und deutschen Nachrichtendienste bei einem geheimgehaltenen Treffen in Kappadokien darauf verständigt, Informationen über die PKK-Guerilla auszutauschen." (FAZ, 14.7.92)

Das Verbot wurde auf der Innenministerkonferenz im sächsischen Oybin "unter Vorbehalten" auch von den SPD-Ländern abgesegnet. Schon Anfang November hatte sich der sozialdemokratische Innenausschußvorsitzende Bernrath für ein PKK-Verbot stark gemacht und das "Zögern" von Kanther kritisiert. Das ehemalige linke Feigenblatt Freimut Duve sekundierte: die kurdischen Aktionen gegen türkische Einrichtungen in der BRD seien "ein Angriff auf Deutschland, die Toleranz und den inneren Frieden". (Welt, 11.11.93) Nach einem, so wieder Bernrath, "schon längst" fälligen PKK-Verbot gebe es "bessere Möglichkeiten, Extremisten auszuweisen". (FAZ, 6.11.93) In dieser Absicht traf er sich mit CDU-Scharfmacher Johannes Gerster, der "eine drastische Verschärfung der Rechtsgrundlagen und der Praxis zur sofortigen Ausweisung ausländischer Gewalttäter" forderte, um diese "unverzüglich nach einem verkürzten Verfahren auszuweisen". (HA, 8.11.93)

Die türkische Presse hat eine Liste von 66 angeblichen PKK-Kadern veröffentlicht. Für die namentlich genannten Personen sollen an die Exil-Staaten Auslieferungsanträge gestellt werden. Kanther hat in seiner Erklärung zum Verbot "diejenigen, die sich nicht von der PKK lösen wollen und weitermachen, gewarnt" und ihnen gedroht, "alle ausländerrechtlichen Maßnahmen" würden gegen sie ausgeschöpft. Wenn man ihnen Gelegenheit gibt, werden die Herren Kanther, Bernrath, Gerster & Co. kaum davor zurückschrecken, angebliche PKK-Aktivisten direkt in die türkischen Folterkammern und Todeszellen abzuschieben.

Die BRD hat sich mit dem Verbot kurdischer Organisationen als willfähriger Vollstrecker der türkischen Wünsche gezeigt. Sie verlängert den von der Türkei erklärten Vernichtungskrieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung in die BRD. Die gegenüber der türkischen Regierung propagierte moderate Linie - Zerschlagung der PKK, aber zugleich Respektierung der kulturellen Identität, der Sprache etc. der Kurden - wurde über Bord geworfen, als am 26.11.93 tonnenweise kurdische Folklorekleidung, kurdische Musikkassetten, kurdische Literatur und Unterrichtsmaterial für kurdisch-muttersprachlichen Unterricht beschlagnahmt wurden.

Die türkische Regierung hat ihren Krieg gegen die Kurden unterdessen so weit eskaliert, daß die Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments "Parallelen mit dem armenischen Holocaust in den Jahren 1915 bis 1916" zieht.(3) Die BRD liefert nicht nur die Waffen, sondern sorgt auch im eigenen Lande dafür, daß der Völkermord in Kurdistan möglichst ungestört vonstatten gehen kann.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Anmerkungen

1) Rechtsanwälte Schultz u. Reimers, Bremen: Versuch einer ersten Bestandsaufnahme und Einschätzung des PKK-Verbots. Von diesem Büro zusammengestelltes Material wird im vorliegenden Artikel häufig verwendet.

2) Dieses und die folgenden Zitate aus der Verbotsverfügung des Bundesministerium des Inneren vom 22.11.93.

3) Lord Avebury: A desolation called peace, London November 1993, zit. nach (1).

9. Proteste und Widerstand gegen PKK-Verbot. Kurdische Zentren wieder geöffnet

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:39

Das Verbot der Kurdischen Organisationen hat breite Proteste auch unter kurdischen Gruppen außerhalb des PKK-Umfeldes ausgelöst. Der KOMKAR-Vorstand bezeichnete das Verbot als Angriff auf alle Kurden. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die folgenden Gruppen, "die sich im Prozeß der Gründung einer nationaldemokratischen Front befinden", eine sofortige Aufhebung des Verbots: Hevgirtin-PDK, KAWA, KKP, KUK, PIK, PKK, PRNK, PRK/Rizgari, PSK, Tekosina Sosyalist, TSK und Yekbûn. Die Demonstrationen gegen das Verbot wurden z.T. von örtlichen Bündnissen getragen, an denen auch türkische Gruppen beteiligt waren. In Hamburg etwa war der Demoaufruf unterzeichnet von DIDF, Kurdistan Halkevi, Komkar, Hevkar und ATIF.

In der deutschen Parteienlandschaft dagegen gab es wenig Proteste. Das Büro von Ulla Jelpke (PDS/LL) bezeichnete das Verbot als Teil der "militärisch-polizeilichen Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung", bei den Grünen war es Angelika Beer, die von einer "Kollektivstrafe aller hier lebenden Kurden" sprach - in der SPD(-"Linken") war der antidemokratische Charakter des Verbots aber schon kein Thema mehr, man beschränkte sich darauf, es als "untaugliches Mittel" zu kritisieren. Das "Komitee für Grundrechte und Demokratie" forderte eine Aufhebung des Verbots und der deutschen Waffenlieferungen, verbunden mit einer Verurteilung "gewalttätiger Aktionen", als "politisch töricht" und "nicht tolerierbar". In ähnlichem Sinne äußerte sich die "Gesellschaft für bedrohte Völker", ansonsten eine absolute Gegnerin der PKK.

Massenproteste der KurdInnen

Schon nach den bundesweiten Razzien gegen PKK-nahe Vereine Anfang November hatte es am 20.11.1993 eine zentrale Großdemonstration mit über 20.000 TeilnehmerInnen in Bonn gegeben. Die Schließung der Vereine wurde mit Widerstandsaktionen in zahlreichen Städten beantwortet. In Stuttgart demonstrierten 1.500 Menschen, in Hamburg 2.500, in Köln-Mülheim über 4.000, 400 Menschen blockierten dort eine Hauptverkehrsstraße.

Parallel dazu wurden vielerorts die versiegelten Räume wieder geöffnet und die Zentren besetzt. In Rendsburg, Bremen, Duisburg, Hagen, Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Ulm, Ingolstadt und Nürnberg eroberten sich die Vereine ihre Treffpunkte zurück. In Düsseldorf wurden die Räume der kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-Ha besetzt.

In Hamburg hatten sich zehn kurdische Besetzer mit Propangasflaschen und Benzinkanistern im Zentrum verschanzt. Wie auch in anderen Städten unterstrichen sie die Entschlossenheit ihres Widerstands mit der Drohung, das Gebäude und sich selbst in die Luft zu sprengen. Das hielt die Polizeiführung nicht davon ab, das Kulturzentrum durch ein MEK stürmen zu lassen. Die Möglichkeit einer Katastrophe nahm sie ungerührt in Kauf: Nur durch glückliche Umstände hat sich das ausgeschüttete Benzin und das ausströmende Gas nicht entzündet.

Der Erfolg der Polizeiaktion hielt nicht lange vor. Bereits zwei Tage später wurden die Räume erneut besetzt. Die Polizei versuchte, mit großer Brutalität die vor dem Zentrum auf der Straße stehenden KurdInnen zu vertreiben, die sich ihrerseits zur Wehr setzten. 65 Menschen wurden festgenommen. Vor einem erneuten MEK-Einsatz wurde dann unter Einschaltung von VermittlerInnen ein Abzug ausgehandelt. In weiteren Verhandlungen stimmte die Innenbehörde einer Neueröffnung des Zentrums zu. Dazu gründeten die KurdInnen offiziell einen neuen Verein, der die Trägerschaft übernahm.

Weniger dramatisch verlief die Auseinandersetzung in Frankfurt, wo Polizei und BGS es bei einem Räumungsversuch gegen die rund 300 BesetzerInnen bewenden ließen. Der sozialdemokratische Innenminister Hessens installierte einen "Kleinen Krisenstab" zur Koordinierung der Maßnahmen gegen die PKK. Unter Vermittlung des Frankfurter Dezernenten für Multikulturelle Angelegenheiten Daniel Cohn-Bendit kam es verhältnismäßig rasch zu einem Abkommen, wonach der Staatsschutz das Kulturzentrum durchsuchen und die KurdInnen es anschließend wieder in Besitz nehmen konnten. "Im Gegenzug verpflichtete sich der Trägerverein, einen neuen Verein mit einem Vorstand zu gründen, dem keine Nähe zur PKK nachzuweisen ist." (taz, 1.12.93) Der Deal wurde vom Regierungspräsidium und vom hessischen Innenministerium

abgesegnet, und ein Polizeisprecher gab sich harmlos: "Es gibt keine Hinweise, daß es zu einem PKK-Verein kommt." (FR, 1.12.93)

Sieg auf der ganzen Linie?

Die "Frankfurter Linie" scheint zwei Wochen nach dem Verbot bei den meisten oder allen der geschlossenen Kulturzentren eingeschlagen worden zu sein. "In Nordrhein-Westfalen machte das Innenministerium bereits in einem am 1. Dezember verbreiteten Erlaß alle örtlichen Polizeibehörden darauf aufmerksam, daß die im Rahmen der Aktion gegen die PKK versiegelten Räume wieder freigegeben werden könnten, wenn alle dort lagernden Materialien sichergestellt seien und das ausgesprochene Vereinsverbot beachtet werde. Die Räume könnten auch wieder für Kulturveranstaltungen benutzt werden, wenn keine Beziehung der Veranstalter zur PKK bestünden." (FR, 8.12.93) Das baden-württembergische Innenministerium verzichtete ebenfalls auf Räumungsverfügungen. An einzelnen Orten wurde auch beschlagnahmtes Inventar zurückgegeben, an anderen bisher nicht.

Über die Hintergründe der scheinbaren Inkonsequenz der Verbote (erst werden massenhaft Vereine kriminalisiert, nachher läuft deren Arbeit praktisch weiter wie gehabt) läßt sich spekulieren. Im Polizei- und Geheimdienstapparat gab es zur Zweckmäßigkeit des PKK-Verbots offene Widersprüche. Der GdP-Vorsitzende Lutz meinte, das Verbot sei als politisches Zeichen hilfreich, werde aber praktisch die gewünschte Wirkung nicht erreichen. Der Hamburger VS-Chef Uhrlau, so die "taz" (HH, 6.12.93), habe "hinter den Kulissen das PKK-Verbot als den größten Blödsinn, den man machen konnte, bezeichnet".

Tatsächlich hat jedoch auch das Bonner Innenministerium beispielsweise dem Hamburger Deal ausdrücklich zugestimmt. Ein Sprecher erklärte, der Vollzug des Verbotes liege bei den Ländern. Ob es sich um verbotene Ersatzorganisationen handle, "müsse im Einzelfall vor Ort geprüft werden". (FR, 8.12.93)

Man kann in solchen Stellungnahmen das augenzwinkernde Eingeständnis sehen, daß es so ernst nun auch wieder nicht gemeint war. Dennoch bleibt die Drohung des Vereinsverbots bestehen, die Beschuldigung, eine verbotene Ersatzorganisation gebildet zu haben, kann bei unbotmäßigem Verhalten jederzeit dazu aus der Tasche gezogen und zur Kriminialisierung einzelner örtlicher Vereine benutzt werden. Die Begeisterung bei vielen Kurdinnen und Kurden über die erzielten Erfolge sollte nicht vergessen lassen, daß das seit Mitte November 1993 von der Bundesanwaltschaft geführte Ermittlungsverfahren nach § 129a weiterhin läuft, und daß nach anwaltlicher Auskunft auch in Verfahren in München und Wiesbaden der Vorwurf auf die "Bildung einer terroristischen Vereinigung" ausgeweitet werden soll.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

10. Mit Völkermord gegen Unabhängigkeit. Das türkische Militär führt Vernichtungskrieg gegen kurdische Bevölkerung

Das türkische Militär führt einen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:41

"Wir haben die Autorität" - "Kurdistan ist für den türkischen Staat geschlossen"" lauten die Schlagzeilen des PKK-Organs "Berxwedan" zum 16. Jahrestag der Parteigründung im November 1993. Tatsächlich hat die kurdische Bewegung auf militärischer wie politischer Ebene trotz kontinuierlich eskalierender Brutalität der türkischen Kriegführung im Verlauf der letzten Jahre eine Stärke erreicht, die die Glaubwürdigkeit des türkischen Regimes bis ins Mark erschüttert: Während die Guerilla größere Gebiete auch im Landesinneren kontrolliert, drohen die Kommunalwahlen im März 1994 für alle staatstreuen Parteien zu einem Fiasko zu werden.

Obwohl die PKK und verschiedene demokratische Kräfte immer wieder Verhandlungen für eine politische Lösung des Konfliktes einfordern, besteht die Antwort des türkischen Regimes einzig in einer weiteren Verschärfung des Terrors, die mit der Zerstörung hunderter Dörfer und ganzer Städte in den vergangenen Monaten Dimensionen der Völkermordpolitik Saddam Husseins angenommen hat. Gleichzeitig wird versucht, die seit Ende der 80er Jahre entstandene demokratische Opposition physisch zu vernichten. Diese Entwicklung betrifft zunehmend auch den Westen der Türkei; die Repression hat ein Ausmaß erreicht wie in den ersten Jahren nach dem Militärputsch 1980. Als besonders bedrohlich sind zahlreiche Maßnahmen anzusehen, die auf die Entfesselung einer nationalistischen türkischen Massenmobiliserung und die Schürung ethnischer Konflikte zielen.

"Der Staat übt seine Macht in dem Gebiet nur von 9.00 bis 16.00 Uhr aus, danach ist alles in den Händen der PKK. Allerdings erstreckt sich die staatliche Autorität auch tagsüber nur auf 50%, insgesamt also nur ein Viertel", bestätigt ein regionaler Vertreter auf einem Parteikongreß der ANAP im August dieses Jahres die oben zitierten Schlagzeilen der "Berwxedan".

Nachhaltig demonstrierte die PKK ihre Macht, als sie Mitte Oktober in Diyarbakir die dortigen Vertreter der türkischen Presse zusammenholen ließ und sie am hellichten Tage in ein Guerillacamp, eine Autostunde vom Stadtkern entfernt, brachte. Der Gebietskommandant der ERNK verbot ihnen ihre Tätigkeit "bis auf weiteres". Wenige Tage später forderte die PKK auch die politischen Parteien in Kurdistan ultimativ auf, ihre Tätigkeit einzustellen und ihre Büros zu schließen; kurdische Politiker wurden aufgefordert, die "Parteien des türkischen Kolonialsystems" zu verlassen. Beide Anordnungen wurden innerhalb weniger Tage umgesetzt: Die örtlichen Parteigliederungen lösten sich auf, und die regimetreue Presse wird seither von den Sicherheitskräften verkauft, da alle Kioske ihre Verbreitung boykottieren; Pressebüros bleiben unbesetzt. Beide Maßnahmen haben mit "undemokratischen Praktiken" nichts, um so mehr mit den tatsächlichen Kräfteverhältnissen in der Region zu tun.

Die türkische Presse betätigt sich bezogen auf den Kurdistankonflikt tatsächlich unterschiedslos als Einpeitscher und Teil der "speziellen Kriegführung". Oppositionelle werden als vom Ausland gesteuerte Verräter bezeichnet, es wird offen zu ihrer Ermordung aufgefordert. Keine Falschmeldung des Geheimdienstes ist den Massenblättern zu dumm, um nicht in extragroßen Lettern auf der Titelseite plaziert zu werden. Ziel des Presseverbots war auch weniger, die Verbreitung dieser Kriegspresse in den kurdischen Gebieten zu verhindern, wo sie ohnehin kaum gekauft wird, als die Journalisten "zur Einhaltung der Pressemoral zu ermahnen. Wir sagen nicht, ihr sollt euch auf unsere Seite stellen, das haben wir ohnehin nicht nötig", erläuterte Kommandant Cekdar den Journalisten.

Die türkischen Regimeparteien, die sich in ihrer chauvinistischen Politik durch nichts unterscheiden, und deren Abgeordnete, die bei Meldungen über die Bombardierung kurdischer Dörfer geschlossen von ihren Parlamentssitzen aufspringen, um stehend zu applaudieren, haben in Kurdistan jeglichen Masseneinfluß verloren (mit Ausnahme der islamischen Refah Partisi). Sobald sich in der Vergangenheit in der einen oder anderen örtlichen Parteigliederung doch einmal eine demokratische, prokurdische Politik durchgesetzt hatte,

wurden die entsprechenden Parteigliederungen von den Parteivorständen aufgelöst, wie z.B. zahlreiche Ortsvereine der SHP. Unliebsame Politiker in öffentlichen Posten (Bürgermeister, Dorfvorsteher) wurden entweder durch Todesschwadrone ermordet, oder die Zentralregierung "bestrafte" die Kommunen durch Nichtauszahlung öffentlicher Gelder . Das von der PKK erteilte Parteienverbot traf also nur leere Symbole.

Bereits seit Wochen zerbrechen sich Politiker und Militärs in Ankara die Köpfe, wie die Ende März anstehenden Kommunalwahlen in Kurdistan zu umgehen seien, da "ohnehin nur die Kandidaten gewinnen (werden), die von der PKK unterstützt werden." So wird offen über die Verhängung des Kriegsrechts (wodurch die Wahlen automatisch ausfielen) diskutiert; der Generalstab schlug vor, daß sich sämtliche Regimeparteien - von Sozialdemokraten bis Faschisten - auf eine Liste einigen sollten. Der Generalstaatsanwalt stellte beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der demokratischen, prokurdischen DEP.

Ansätze von Doppelherrschaft

Die Pressekonferenz im Guerillacamp unterstrich eindrucksvoll die Bewegungsfreiheit der Guerilla, die ihren Aktionsradius in den vergangenen Jahren auch auf die nördlichen und westlichen Regionen ausdehnen konnte und größere Gebiete Kurdistans kontrolliert. Wichtige Verkehrsverbindungen werden faktisch von der Guerilla kontrolliert oder eingestellt (wie die Bahnverbindung), kleinere Gendarmeriestationen aufgelöst.

Die Hauptkraft der Guerilla ist im Land, wodurch die Abhängigkeit von der Duldung durch Nachbarstaaten wie Syrien reduziert wird. Selbst Regierungskreise beziffern die Stärke der Guerilla auf 10.000 bis 15.000 plus 60.000 aktive Unterstützer. Und über Rekrutierungsprobleme braucht sie sich keine Sorgen zu machen, ganze Schulabgangsklassen schließen sich ihr an. In den Ortschaften und manchen Städten beschränkt sich die staatliche Autorität auf militärische Überfälle, das öffentliche Leben wird durch Volkskomitees geregelt, Streitigkeiten nicht den türkischen, sondern den Volksgerichten der ERNK übertragen. Der Preis für diese militärische Stärke der Guerilla ist allerdings ein hoher Blutzoll von Guerilla und Bevölkerung, da sich die türkischen Militärs nur noch in Bataillonsstärke trauen, die Kasernen zu verlassen, und kurdische Dörfer zunächst mit der Luftwaffe angreifen.

Politisch ist es der PKK mit ihren Initiativen des vergangenen Jahres (einseitige Feuerpause im März, Parteienverbot im Oktober) gleich mehrfach gelungen, die politische Klasse der Türkei herauszufordern und unter Zugzwang zu setzen. Doch das Verhandlungsangebot der PKK im März wurde von den herrschenden Kräften der Türkei nicht einmal ernsthaft diskutiert; statt dessen nutzte das Militär die einseitige Feuerpause durch die Guerilla zur Zerstörung zahlreicher Dörfer, so daß die Guerilla schließlich gezwungen war, den Kampf wieder aufzunehmen, wollte sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren.

Auch die Erkenntnis, daß offensichtlich ein Großteil der kurdischen Bevölkerung die PKK unterstützt, löst in Ankara kein Nachdenken über politische Lösungen aus, sondern gipfelt in der Behauptung, daß dann eben alle Kurden als "Terroristen" anzusehen seien und entsprechend bekämpft werden müßten. Anfang Juli gab Generalstabschef Dogan Güres die Devise aus, daß es für ihn keine politische Lösung, sondern nur "Vernichtung und Ausrottung" gebe. Auf mehreren nichtöffentlichen Sitzungen brachte der Nationale Sicherheitsrat (der faktisch die Regierung ausübt) Politiker und Pressevertreter auf Linie. Letztere wurden angewiesen, ihre Berichterstattung gleichzuschalten, Interviews mit kurdischen Politikern zu unterlassen und die Moral der kämpfenden Truppe zu stärken. Dem Kabinett wurde aufgetragen, die Eskalation des Krieges durch die Aufstellung weiterer Sondertruppen und die nochmalige Erhöhung der Zahl der "Dorfschützer" zu unterstützen und kritische Medien durch eine Verschärfung des Antiterrorgesetzes zu unterdrücken. Staatspräsident Demirel, der die Nachfolge Özals angetreten hat, sowie die neue Ministerpräsidentin Ciller betrieben den Schulterschluß mit den Generälen. Per Regierungserlaß ließ Ciller die Amtszeit des Generalstabschefs Güres, die normalerweise abgelaufen wäre, über die gesetzliche Frist hinaus verlängern. Auf einem Gipfeltreffen, zu dem die Vorstände aller zehn Parteien außer der demokratischen DEP geladen waren, setzte sie einen chauvinistischen Allparteienkonsens für die Eskalierung des Krieges durch.

Deportationen und Massaker

Am Morgen des 22. Oktober umstellten türkische Militärs mit Panzern und Artillerie Lice, eine 10.000 Einwohner zählende Stadt. Ohne daß es den geringsten Anlaß gegeben hätte, beginnt gegen neun Uhr die Zerstörung: Panzer rücken in die Stadt vor, mit Granaten, Kanonen und aus Maschinenpistolen werden Häuser und Läden beschossen, Wohnungen in Brand gesetzt, das Minarett der Moschee zerstört. 33 Menschen,

darunter auch Kleinkinder, werden getötet, Hunderte verletzt. Zu Tausenden verlassen die Bewohner ihre zerstörte Stadt, viele haben außer ihren Wohnungen auch ihre Existenzgrundlage verloren, Läden und Betriebe wurden gleichfalls in Brand gesetzt, Produktionsmittel vernichtet. Erst nach fünf Tagen Zugangssperre durften JournalistInnen die rauchenden Trümmer besichtigen, zuvor hatten Militärs selbst dem Vorsitzenden der CHP, Deniz Baykal, den Zutritt nach Lice verweigert, was verdeutlicht, wer die Türkei regiert.

Gleiches wie in Lice ereignet sich Tag für Tag in Hunderten von Dörfern. Um der Guerilla ihre Basis zu nehmen, setzt das türkische Militär auf die Politik der Entvölkerung, wie sie von Saddam Hussein im Irak vorexerziert wurde. Nach Berichten des Menschenrechtsvereins wurden in den letzten drei Jahren 800 Dörfer vernichtet, die Häuser verbrannt oder demoliert und mit ihnen der gesamte armselige Besitz ihrer Bewohner, Viehherden, Ernte und Nahrungsvorräte ausgeschüttet, vernichtet, ebenfalls verbrannt, die Bewohner erniedrigt, gefoltert, häufig wahllos einzelne ermordet, die anderen vertrieben. Nach Schätzungen befinden sich etwa 1,4 Mio. Menschen auf der Flucht, in provisorischen Zeltunterkünften, bei Verwandten in den Slums der Großstädte. Gegen andere Städte, wie Kulp, Yüksekova und Cizre, die ebenfalls als Hochburgen der Guerilla bekannt sind, werden Blockaden verhängt, die Bewohner dürfen die Städte nur mit militärischer Genehmigung verlassen oder betreten; unter dem Vorwand, sie würden die Guerilla unterstützen, werden Nahrungsmittelblockaden verhängt. Auch die Stadt Cizre, die bereits während des Newrozfestes 1992 von Militärs beschossen worden war, wurde in den vergangenen Wochen erneut zweimal beschossen und bombardiert. Durch systematisches Abbrennen der Wälder und Verminung ganzer Landstriche vor allem im Grenzgebiet zum Irak betreibt die Türkei eine Politik der verbrannten Erde: Wenn der Krieg gegen die Kurden schon nicht zu gewinnen ist, wird das Land zerstört und entvölkert; in einem verwüsteten, menschenleeren Land ist auch kein freies Kurdistan aufzubauen.

Ausschaltung der legalen

Opposition

Parallel zum Erstarken der Guerillabewegung hatte sich in den vergangenen Jahren eine beachtliche legale Opposition, repräsentiert durch Menschenrechtsvereine, zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften herausgebildet. Auf der Parteienebene steht für diesen Prozeß die prokurdische Arbeitspartei des Volkes "HEP", die, obwohl von Beginn an massiver Repression ausgesetzt, die Regierung immer wieder unter Druck setzte, Menschenrechtsverletzungen dokumentierte und diese auch an die internationale Öffentlichkeit brachte. Diese legale Opposition ist in den vergangenen Monaten zur bevorzugten Zielscheibe geworden. Bereits im Juli verbot das Verfassungsgericht die 1990 gegründete HEP, die mit 17 Abgeordneten im Parlament vertreten war. Durch einen Übertritt in die (als Ersatzorganisation gegründete "Demokratiepartei") DEP konnten diese ihre Mandate allerdings retten und über Einbeziehung weiterer Politiker die Basis der Partei sogar verbreitern; gleichwohl sind sie aber weiterhin Zielscheibe staatlicher Angriffe. Im September wurden der Parlamentsabgeordnete der DEP, Mehmet Sincar, sowie ein örtlicher Parteifunktionär in Batman auf offener Straße erschossen, ein weiterer Abgeordneter, Nizametin Toguc, schwer verletzt. N. Toguc erkannte den Todesschützen als ein abtrünniges PKK-Mitglied (sog. Kronzeugen), der im Gefängnis einsitzt und offensichtlich für diese Morde aus dem Knast geholt wurde. Anschließend wurde die Beerdigung Mehmet Sincars verboten und das Haus der Familie, in dem sich als Trauergäste auch weitere DEP-Abgeordnete befanden, von Militärs bombardiert. In den drei Monaten seit September wurden etliche Regionalpolitiker der DEP von Todesschwadronen ermordet, drei Vorstandsmitglieder inhaftiert, während gleichzeitig für die meisten ihrer Parlamentsabgeordneten ein Verfahren zur Aufhebung der Immunität eingeleitet wurde, um sie strafrechtlich wegen "Terrorismusunterstützung" und "Separatismus" zu verfolgen. In diesen Strafverfahren müssen mehrere Angeklagte mit der Todesstrafe rechnen. Inzwischen wurde beim Verfassungsgericht ein Verbotsantrag gegen die DEP gestellt und eine (vorsorglich gegründete) Ersatzpartei ebenfalls verboten.

Vergleichbaren Repressalien sind Rechtsanwälte und Journalisten ausgesetzt. Gegen die Zeitung "Özgür Gündem" laufen rund 200 Gerichtsverfahren, etwa alle zwei Wochen muß einE neuEr ChefredakteurIn gefunden werden (um dann ebenfalls inhaftiert zu werden); innerhalb eines Jahres wurden 13 ihrer Journalisten ermordet. Andere linke Zeitungen sind ebenfalls schärfster Repression ausgesetzt. Seit Anfang November wurden 14 Rechtsanwälte unter fadenscheinigen Begründungen festgenommen, die meisten von ihnen in Diyarbakir, darunter die Vorsitzende des dortigen Menschenrechtsvereins, dem auch die Mehrzahl der übrigen Inhaftierten angehörten. Bereits im September wurden ebenfalls in Diyarbakir 20 Mitglieder der "Demokratieplattform" wegen einer Erklärung verhaftet (bzw. wurde Haftbefehl erlassen), in der sie eine

Aufklärung der von Todesschwadronen verübten Morde forderten. Die Mitglieder der "Demokratieplattform" sind allesamt Sprecher und Vorstände der örtlichen Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, Rechtsanwaltsvereine etc. Zusammen genommen bedeuten diese Maßnahmen, daß in einer Stadt wie Diyarbakir, dem Zentrum und der heimlichen Hauptstadt Kurdistans, das gesamte legale politische Leben ausgeschaltet ist. Verstärkt wird dieses Friedhofsklima durch die Todesschwadrone: Allein in den letzten zwei Monaten wurden 60 Morde gezählt.

Diese Situation beschränkt sich nicht auf die kurdischen Gebiete, auch wenn sie hier um ein Vielfaches schlimmer ist. Die Zahl politischer Morde, willkürlicher Festnahmen und zu Tode Gefolterter innerhalb der ersten zehn Monate dieses Jahres ist genauso hoch wie in der ersten Zeit nach dem Militärputsch 1980. Ende November wurde vom Parlament erstmalig wieder ein Todesurteil bestätigt. Auch gegen den Menschenrechtsverein in Istanbul läuft ein Verbotsverfahren. Der auf Anweisung der Militärs erstellte Entwurf zur Verschärfung des Antiterrorgesetzes enthält wesentliche Strafrechtsverschärfungen für Mitglieder und Unterstützer "illegaler Organisationen" und zielt insbesondere auf die Ausschaltung der fortschrittlichen Presse, bei gleichzeitiger Straffreiheitsgrantie für staatliche Folterer. Inzwischen hat sich allerdings eine "demokratische Plattform" gebildet, der über 40 bedeutende demokratische Organisationen sowie bekannte Intellektuelle angehören, um dieser Verschärfung des Klimas entgegenzutreten. Für Ende Dezember ist eine Konferenz in Ankara angekündigt. Auch wenn die klassische Linke in der Türkei derzeit kaum über Mobilisierungskraft oder Einfluß verfügt, haben engagierte Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in den vergangenen Jahren ihre Courage eindrucksvoll bewiesen. Es bleibt zu hoffen, daß es der Plattform gelingt, eine eindeutige Position zur Kurdistanpolitik zu beziehen.

Krise des Regimes

Der andauernde Krieg hat nicht nur die Glaubwürdigkeit der Herrschenden in der Türkei zutiefst erschüttert, sondern auch die ökonomische Krise, in der sich die Türkei permanent befindet, enorm verstärkt. Die Außenschulden der Türkei belaufen sich heute auf rund 60 Mrd. Dollar. Allein die fälligen Zinszahlungen sind nur über weitere Kreditaufnahmen und den Ausverkauf des staatlichen Wirtschaftssektors zu begleichen. Während die Städte und Kommunen manchmal über Monate nicht in der Lage sind, die Löhne und Gehälter der Angestellten im Öffentlichen Dienst zu bezahlen, und diesen darüberhinaus rigide Lohnsenkungen aufdrücken, beliefen sich die Kriegskosten für das letzte Jahr auf ca. 5 Mrd. Dollar, für 1993 vermutlich auf 8-9 Mrd. Dollar. Hinzu kommen die volkswirtschaftlichen Folgen durch die Kriegssituation in den kurdischen Gebieten, wo die Wirtschaft fast vollständig zum Erliegen gekommen ist. Die türkische "Hürriyet" bezifferte die Ausfälle bereits im Sommer auf umgerechnet 4,1 Mrd. Dollar. Händler der Region werden aus dem Westen der Türkei erst gar nicht mehr mit Waren beliefert, und viele Banken haben ihre Zweigstellen geschlossen.

Obwohl die Kriegsunkosten über neue Sondersteuern auf die Bevölkerung abgewälzt werden, zeichnet sich bislang auch am Horizont noch keine Aufkündigung des Konsenses bezüglich Kurdistan durch Gewerkschaften oder vergleichbare Organisationen ab. Ein Umdenken bezüglich der Kurdistanfrage forderten lediglich einige sog. "junge" Arbeitgebervertreter, sowie Sprecher mehrerer neuer Parteien wie Aydin Menderes, als Vorsitzender der "Partei der großen Änderung", oder Yusuf Özal, Bruder des verstorbenen Ministerpräsidenten, der sich mit seiner "Neuen Partei" für eine Aufhebung des Ausnahmezustandes und Amnestierung der PKK einsetzt. Diese Parteien verfügen aber über keinen nennenswerten Einfluß, und es bleibt abzuwarten, welche politische Linie sie einschlagen. Im Zuge einer möglichen Auflösung der ANAP wird das rechte Parteienspektrum insgesamt in Bewegung geraten. So gesehen sind diese jetzt gegründeten Parteien vermutlich nur "Durchlauferhitzer" für neue Zusammenschlüsse. Angesichts der Eskalation des Krieges gaben Anfang November etwa 30 sich als "kurdisch-stämmig" bezeichnende Abgeordnete verschiedener Parteien (außer DEP) eine Erklärung ab, in der sie ein "Stopp des Blutvergießens, über eine Revision der Politik der Vergangenheit (...) und Aufgeben chauvinistischer Gefühle" verlangen. Gleichzeitig fordern sie die PKK zur Einstellung des bewaffneten Kampfes auf. In eine ähnliche Richtung geht die Initiative des islamischen Intellektuellen Nacar, der bereits Anfang Oktober verkündete, er werde zum Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, gehen und ihn um einen neuen Waffenstillstand bitten. Angesichts der Entwicklung der letzten Monate ist dies sicherlich die falsche Adresse, denn nicht die PKK, sondern der Generalstab und die Regierung blockieren eine politische Lösung. Dennoch zeigt das Vorhandensein der genannten Initiativen, daß auch der herrschende Konsens in der Kriegsfrage zusehends brüchig wird.

Inzwischen beginnen sich im Westen der Türkei Ansätze einer Friedensbewegung zu formieren. Einzelne verweigern den Kriegsdienst (es gibt in der Türkei kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung); die Verweigerer müssen sich verstecken und haben mit hohen Strafen zu rechnen. 100.000 gezogene Soldaten, die sich dem Kriegsdienst in Kurdistan verweigern - das ist eine beachtlich hohe Zahl, die sich bislang jedoch nicht politisch niederschlägt, da nur einzelne durch entsprechende Presseerklärungen ihre Verweigerung als politischen Akt begreifen; die 99.980 anderen sind bislang nur eine statistische Zahl. Von einer vergleichbaren Bewegung wie der "peace now" in Israel während des Libanonkrieges kann man in der Türkei derzeit nur träumen.

Ethnisierung/Konfessionalisierung Die Mobilisierung des türkischen Nationalismus

Während sich die Ansätze einer türkischen Friedensbewegung noch als zartes Pflänzchen ausmachen, verfolgt der herrschende Block eine gefährliche Politik der Nationalisierung und Ethnisierung, um eine türkisch-chauvinistische Massenbewegung zu mobilisieren.

Begräbnisse in Kurdistan gefallener Soldaten werden in antikurdische Rachedemonstrationen verwandelt, an denen hohe Militärs und Politiker teilnehmen. In verschiedenen Städten riefen Parteien-Bündnisse, unterstützt von der Massenpresse, zu chauvinistischen Kundgebungen auf, auf denen kurdische und armenische Fahnen verbrannt wurden. Bereits im vergangenen Jahr riefen Gouverneure und Bürgermeister mehrerer Städte in der Westtürkei (Izmir, Aydin) dazu auf, keine Arbeitsplätze und Wohnungen an Kurden zu vergeben; viele Städte wurden mit antikurdischen Plakaten bepflastert.

Das Konzept der Ethnisierung und Konfessionalisierung, d.h. der Ausnutzung und Anheizung von Widersprüchen in ethnisch (türkisch/kurdisch/arabisch) oder konfessionell (alevitisch/sunnitisch) gemischt besiedelten Gebieten(s. Anm.), gehört zum bevorzugten Repertoire des "Amtes für spezielle Kriegführung". Erinnert sei an das Massaker von (Kahraman)-Maras vor genau 15 Jahren, im Dezember 1978, das als Auftakt des Bürgerkrieges der Jahre 79/80 gelten kann und womit auch der Putsch von 1980 vorbereitet wurde. Hier ließ der Geheimdienst MIT eine Bombe in einem Kino plazieren, in welchem die faschistische MHP einen Propagandafilm zeigen wollte. Die Bombe detonierte natürlich so rechtzeitig vor der angesetzten Vorstellung, daß keiner der MHP-Anhänger getötet wurde, erreichte aber ihr wahres Ziel. Die lancierte Nachricht - "die alevitischen Kommunisten haben eine Bombe gelegt" - mobilisierte den faschistischen Mob zum Pogrom an der alevitischen Bevölkerung. Mehr als hundert Menschen wurden getötet, über 1.000 verletzt, die Wohnviertel der Aleviten zerstört, die Mehrheit der alevitisch-kurdischen Bevölkerung floh aus der Maras.

In den letzten Monaten haben sich die Angriffe auf alevitisch-kurdische Dörfer in den gemischt besiedelten Provinzen Maras, Malatya etc. (im Westen der kurdischen Gebiete) verstärkt. In Erzurum, seit jeher als Hochburg der MHP bekannt, die hier auch unter der kurdischen Bevölkerung eine Klientel besitzt, wurden Tausende von Waffen an "die Bevölkerung" ausgegeben. Fernsehbilder einer inszenierten antikurdischen Demonstration in Erzurum zeigten den Charakter dieser "Bevölkerung", die im übrigen auch mit staatlichen Bussen aus verschiedenen Provinzen herangekarrt worden war: Die Demonstranten schwangen die Fahnen mit den drei Halbmonden der MHP, ihre Hände waren zum sog. "Wolfsgruß" in die Höhe gereckt.

Auch bei antikurdischen Pogromen in den Mittelmeerstädten Antalya und Fethiye im Sommer letzten Jahres handelte es sich offensichtlich um organisierte Provokationen. Wie auf Bestellung wurden jeweils in einem Hotel bzw. Gasthaus Streitigkeiten vom Zaun gebrochen, die dann Anlaß für nächtliche - offensichtlich vorbereitete - antikurdische Ausschreitungen boten. In Adana, wo neben der eingesessenen arabischen und türkischen Bevölkerung die Kurden inzwischen fast die Hälfte der Bevölkerung stellen, sollten bereits zum Newroz 1992 über lancierte Falschnachrichten in der Presse Spannungen geschürt werden, was jedoch mißlang. In den letzten Wochen wiederholte sich das Spielchen; wiederum wurden in gezielten Presse(falsch)meldungen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen "prophezeit". Ein breites Bündnis von Parteien und Massenorganisationen trat diesen Versuchen jedoch öffentlich entgegen und bezeichnete sie als Provokationen.

Die Faschisten, obwohl untereinander in konkurrierende Parteien und Gruppen zersplittert, erhalten Zulauf und konnten ihre Position auch innerhalb der großen rechten Parteien ausbauen. In der islamischen Refah Partisi gibt es eine deutliche Hinwendung zu türkisch-nationalistischen Positionen, und auf dem Parteitag der regierenden DYP Ende November, der Ministerpräsidentin Ciller wegen ihres harten Kurses in der

Kurdistanpolitik mit großer Mehrheit als Vorsitzende bestätigte, wurden chauvinistische Parolen skandiert wie auf einer MHP-Kundgebung. Eine Grußbotschaft des MHP-Vorsitzenden Türkes erhielt frenetischen Beifall.

Einen Radikalisierungsschub erhielten diese Positionen zusätzlich durch den Regierungswechsel in Azerbeidschan, der im herrschenden Konsens der Türkei als "Niederlage im Krieg mit Armenien" begriffen wurde. (Die Geschichte des türkischen Völkermords an den Armeniern 1915 ist in der Türkei bis heute nicht kritisch aufgearbeitet, antiarmenischer Chauvinismus ist durchweg allgemeiner Konsens).

Der im Frühsommer gestürzte aserbeidschanische Präsident Elcibey war für seine Zusammenarbeit mit den türkischen Faschisten bekannt. Nicht nur türkische Offiziere (die, um die offiziell neutrale Rolle der Türkei nicht zu verletzten, aus der Armee beurlaubt wurden) kämpften auf aserbeidschanischer Seite, auch verschiedene faschistische Parteien schickten Freiwillige an die Front. Die Mobilisierung für die aserbeidschanischen "Volksgenossen" bildete in den vergangenen Jahren ein wesentliches Motiv für das erneute Erstarken der Faschisten, deren Anhängerschaft nach 1980 erheblich abgenommen hatte.

Indem der erneute Beitritt Aserbeidschans zur GUS den Weg für ein Eingreifen russischer Truppen im Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan öffnete, wurde einem weiteren türkischen Engagement ein Riegel vorgeschoben. Dies, gepaart mit den militärischen Erfolgen der Armenier aus Berg Karabach, wird in der Türkei als schwere Niederlage empfunden, was sich wiederum in einer noch größeren Aggressivität gegen die kurdische Bevölkerung entlädt, die von Faschisten, Soldaten und der Massenpresse einhellig als "Armenier" und "Armenierknechte" bezeichnet werden. Auf eine Anfrage der (damaligen) HEP-Abgeordneten Leyla Zana, warum ein Mann in der Nähe von Mus von Soldaten stundenlang nackt durch den Schnee geschleift wurde, erhielt sie vom türkischen Major die Antwort: "Wir mußten doch nachprüfen, ob er nicht Armenier ist", eine Antwort, die in der für die Mehrheit der türkischen Politiker als hinreichende Erklärung akzeptiert wird.

Bislang sind diese Versuche einer antikurdischen Massenmobiliserung auch in den anderen genannten Städten (Antalya, Izmir etc.) im Westen nicht gelungen. Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung, die seit Jahren mit kurdischen Nachbarn befreundet oder durch Verwandtschaftsbeziehungen verbunden ist, hat sich (noch) nicht vor den chauvinistischen Karren spannen lassen. Der überwiegende Teil von Teilnehmern antikurdischer Demonstrationen rekrutiert sich aus - z.T. angereisten - Faschisten. Dies sieht jedoch schon in Mittelanatolien, wo es unter der sunnitisch/türkischen Bevölkerung immer eine Hochburg der Rechten gab, anders aus. Insgesamt zeichnet sich ein bedenklicher Klimawechsel ab. Eingezogene Soldaten werden von ganzen Freundes- und Verwandtengruppen zum Bahnhof geleitet und mit chauvinistischen Siegesparolen auf den Weg an die "Ostfront" geschickt. Die Frage, inwieweit das Konzept der chauvinistischen Massenmobilisierung der türkischen Bevölkerung aufgeht, wird für die Entwicklung der nächsten Zeit von entscheidender Bedeutung sein.

Nora Mielke

Anm: Solche Konflikte haben in der Regel auch eine soziale Komponente die weit in die Geschichte zurückreicht: Aleviten wurden im osmanischen Reich als Häretiker verfolgt und von mit dem Reich verbündeten sunnitisch-kurdischen Lokalpotentaten unterdrückt. Im Erzincan-Gebiet z.B. nutzten sunnitische Stammesführer, die Hamidiye-Regimenter für Sultan Abdülhamid aufstellten, ihre Macht zur Besetzung des Landes armenischer und alevitischer Nachbarn. Die letzteren verbündeten sich in den 20er Jahren mit der kemalistischen Republik gegen die sunnitischen Stämme. Auch bei der Rekrutierung von "Dorfschützern" sowie bei der jüngst erfolgten Einladung kurdischer Stammesführer nach Ankara, hofft die Regierung, Widersprüche zwischen verschiedenen Stämmen auszunutzen, die ebenfalls eine lange Geschichte haben. So waren die großen Kurdenaufstände der 20er und 30er Jahre regional begrenzt und erfuhren keine Unterstützung von Stämmen anderer Konfession. Diese Erfahrung lebt bis heute in gegenseitigen Vorbehalten weiter.

11. Höchststrafen im Möllner Prozeß

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:29

Verfahren gegen rechtsextreme Straftäter - Jugendliche, Skins, Erwachsene - die eindeutig zur rechten Szene gehören oder organisiert sind, oder von denen nichts weiter bekannt ist als ihre Tat, gehören heute zum Alltag der BRD-Gerichte. In der einschlägigen Literatur hat sich dazu eine rege Debatte entwickelt, die von unterschiedlichsten Standpunkten aus die Problematik der strafrechtlichen Verfolgung dieser Taten thematisiert. Da geht es um die Resozialisierungschancen insbesondere von jugendlichen Straftätern (die realiter meist nicht vorhanden sind) und die Überlegung, nicht vorschnell die Jugendgerichtsbarkeit dem Gedanken der generalpräventiven (allgemein abschreckenden) Signalwirkung harter Urteile zu opfern. Da gibt es das Argument, mit Mitteln der Justiz sei dem Problem allein nicht beizukommen, um mit diesem sicher richtigen Argument gleich jede Verantwortung auch der Justiz zu leugnen. Da wird recht nebulös von "der Aufgabe der Gesellschaft" gesprochen und da gibt es die Debatte um angeblich notwendige härtere Gesetze, während die andere Seite meint, die bestehenden würden nur nicht konsequent angewandt.

Nur selten aber wird in der Diskussion der Versuch unternommen, die Urteile einmal summarisch zusammenzufassen, um ein reales Bild von der Praxis der Justiz in diesem Zusammenhang zu gewinnen.

Die folgende Zusammenstellung von Urteilen aus diesem Jahr wurde aus einer ziemlich regelmäßigen Auswertung der Tagespresse gewonnen. Es wurden dabei nur Gerichtsurteile aufgenommen, nicht aber Meldungen über Anklagen oder ähnliches. Die Urteile wurden in etwa nach Tatmerkmalen gegliedert, wobei natürlich die Einordnung des einzelnen Tatkomplexes jeweils problematisch ist. Herausgehoben sind als erstes alle Urteile, die im Zusammenhang mit Todesopfern stehen. Die zweite und größte Gruppe bilden die Urteile, die im Zusammenhang mit Überfällen auf Asylbewerberunterkünften, Ausländerwohnheime, teilweise in pogromähnlichen Exzessen (Rostock, Quedlinburg, Wismar), gesprochen wurden. Die dritte große Gruppe sind Urteile im Zusammenhang mit Volksverhetzung, des Verwendens von Symbolen verbotener Parteien etc., dem Hitlergruß u.ä.

Totschlag und Mord

Das Urteil von Mölln ist nahezu das einzige, in dem ein Tötungsdelikt auch als Mord abgeurteilt wurde. So erhielt ein Taxifahrer in Lübeck elf Jahre Haft wegen Mordes an einem Obdachlosen, den er in Selbstjustiz von dessen Schlafplatz unter einer Brücke vertreiben wollte und dann kaltblütig erschoß. Ein weiteres mal wurde die Höchststrafe gegen einen Neonazi verhängt, der in einem Ausländerwohnheim in Kemnac einen 55jährigen Arbeiter in seinem Bett erschlagen hatte.

In den allermeisten Fällen wurde auf Totschlag, oder noch geringer, auf Körperverletzung mit Todesfolge entschieden. So erhielt ein 22jähriger Skinhead und Mitglied des Ku-Klux-Klan in Berlin sechs Jahre wegen Körperverletzung mit Todesfolge, weil er nach einer Auseinandersetzung mit Ausländern mit seinem Baseballschläger einen Obdachlosen totschlug.

Sieben bzw. neun Jahre Haft wegen Mordes erhielten ebenfalls zwei jugendliche Skinheads aus dem direkten Umfeld der "Nationalen Offensive" bzw. "Deutschen Alternative", die ganz systematisch einen Obdachlosen entführten und zu Tode schlugen und traten und danach ins Wasser warfen.

Lediglich wegen Totschlags, versuchten Totschlags und Körperverletzung wurden zwei Jugendliche zu dreieinhalb und viereinhalb Jahren verurteilt, die in Berlin Silvio Meier angegriffen und erstochen hatten.

Auf Körperverletzung mit Todesfolge, schweren Landfriedensbruch und des Verwendens von Nazi-Symbolen wurde ein 17jähriger Rechtsextremer aus Hoyerswerda zu vier Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt. Er hatte mit 15 weiteren eine Disko aufmischen wollen und dabei eine Serviererin mit einer Latte erschlagen.

Wegen fahrlässiger Tötung und gefährlicher Körperverletzung standen in Dresden drei jugendliche Skins vor Gericht. Wegen des Todes des Mosambikaners Jorge Gomondai wurden sie zu Strafen zwischen 18 Monaten auf Bewährung und zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Damit ging das Gericht sogar über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus, bei der sie "gewisse Unzulänglichkeiten" bei der polizeilichen Ermittlungen

konstatierte. Gomondai war bei einem Sturz aus einer Straßenbahn ums Leben gekommen. Zu diesem tödlichen Sprung war er von einer Gruppe Skins gezwungen worden.

Brandanschläge, Pogrome gegen Flüchtlingsheime

Nach den Pogromen von Rostock war viel die Rede davon, daß das Werfen eines Molotowcocktails auf ein bewohntes Haus als Mordversuch zu ahnden sei. Die Realität der Strafverfolgung sieht allerdings anders aus:

Von 37 Urteilen im Zusammenhang mit solchen Brandanschlägen sind sieben wegen versuchten Mordes gesprochen worden. In drei Fällen wurde die Anklage entweder von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen oder aber vom Gericht zurückgewiesen. Insbesondere im Zusammenhang mit den Rostocker Pogromen, die im Herbst 1992 der Grund dafür waren, daß verkündet wurde, nun müsse härter durchgegriffen werden, wurde nicht wegen Mordversuchs verurteilt. Die Urteile bewegen sich dabei im Strafmaß zwischen zwei Jahren und neun Monaten bei einem Jugendlichen und siebeneinhalb Jahren (ebenfalls bei einem Jugendlichen). Im Durchschnitt erhielten alle bekannten 15 Verurteilten eine Haftstrafe von etwas über vier Jahren.

Die "übliche" Verurteilung wegen Werfens von Molotowcocktails ist schwere Brandstiftung und schwerer Landfriedensbruch (wenn es in pogromähnlichem Zusammenhang geschieht). Mitunter - aber das ist selten - kommt noch ein Verstoß gegen das Waffengesetz hinzu (ein Fall); auch versuchte schwere Körperverletzung wird vom Gericht nur selten zusätzlich angeklagt (zwei Fälle). Das Strafmaß bewegt sich dabei in einem überaus großen Rahmen. Bei Jugendlichen wird in aller Regel auf Bewährungsstrafen entschieden. Lediglich in sechs von 25 Fällen wurde eine Haftstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt. Dementsprechend bewegt sich das Strafmaß meist unter zwei Jahren. Bei Erwachsenen sieht das dann schon etwas anders aus. Hier wird in aller Regel nicht mehr auf Bewährung geurteilt, die Strafen bewegen sich zwischen zweieinhalb und fünf Jahren neun Monaten.

Zumindest in der Berichterstattung über die 37 Fälle findet sich in keinem einzigen Fall ein Hinweis darauf, daß etwa das Gericht die ausländerfeindliche Überzeugung des Angeklagten oder seine Einbindung in rechtsextreme Strukturen strafverschärfend gewertet hätte. Nur in einem Fall wird darauf eingegangen, daß die Tat eine besonders verwerfliche Nachahmungstat sei. In aller Regel wird statt dessen darauf hingewiesen, daß die Tat unter Alkoholeinfluß durchgeführt wurde (und nur in einem Fall wird dies als Taktik und nicht strafmildernd bewertet), die Angeklagten aus Frust, nicht aus Rassismus gehandelt hätten, ziel- und arbeitslos seien u.ä. Besonders deutlich wird dieses Vorgehen der Gerichte am Beispiel einer Gruppe aus Konstanz, die mehrere Friedhöfe geschändet und mehrere Brandanschläge verübt hatte. Obwohl mehrere der Täter an Treffen der mittlerweile verbotenen "Nationalen Offensive" und der "Heimattreuen Vereinigung Deutschland" teilgenommen hatten, waren sie für das Gericht keine "Mitglieder", die Gruppe also nicht nazistisch gelenkt. Ebenso aufschlußreich sind die Verfahren, die wegen mehrerer Anschläge auf Asylbewerberheime in Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet wurden, bei denen jeweils der NPD-Kreisvorsitzende von Hagenow, Klasen, gemeinsam mit dem NPD-Landesvorstandsmitglied, Förster, als Anstifter hätte auftreten müssen. Durch die Abtrennung des Verfahrens gegen Klasen ging dann vor Gericht auch der Gruppenzusammenhang völlig verloren.

Ein großer Teil von Verfahren findet auch kaum noch den Weg in die Presse, sondern wird allenfalls noch in summarischen Nachrichten erwähnt: Im Zusammenhang mit den Rostocker Ereignissen war es bis Mai zu 32 Hauptverhandlungen gekommen, die in aller Regel mit Jugendarrest und Bewährungsstrafen (bis drei Jahre) endeten. Nur in sechs Fällen wurden Freiheitsstrafen verhängt.

Sonstige ausländerfeindliche Gewalttaten

Sieben Jahre wegen Körperverletzung erhielt ein 20jähriger Rechtsextremer in Frankfurt, der einen nigerianischen Asylbewerber ein Messer in die Brust gestoßen hatte. Zu sechseinhalb Jahren wegen eines Überfalls auf eine Unterkunft namibischer Vertragsarbeiter in Wittenberg wurden vier Männer verurteilt.

Deutlich unter diesem Strafmaß blieb das Gericht in Greifswald, das einen Rechtsextremen wegen Mordversuchs an einem marokkanischen Studenten nur zu vier Jahren verurteilte. Ein Skin in Flensburg gar, der einen Obdachlosen in der Silvesternacht zusammengetreten hatte, so daß dieser starb, kam mit drei Jahren und neun Monaten wegen gefährlicher Körperverletzung davon; der Obdachlose hatte gegen den Rat der Ärzte das Krankenhaus verlassen und war später an den Folgen der Tritte gestorben.

Gar nur zu Strafen zwischen 25 und 32 Monaten wurden drei Männer verurteilt, die in Berlin einen japanischen Touristen zusammengeschlagen, beraubt und blutend liegengelassen hatten. In der S-Bahn hatten sie einen Fahrgast verprügelt, der die von ihnen geforderten Nazi-Parolen verweigert hatte.

Volksverhetzung, sonstige "Propagandadelikte"

Insgesamt 28 Verurteilungen wurden in der ausgewerteten Presse berichtet. Darunter fallen eine ganze Reihe von Urteilen gegen organisierte Nazis, aber auch gegen Personen, die nicht eindeutig zuzuordnen sind. In der Regel werden für solche Straftaten erst einmal Geldstrafen verhängt, selten Haftstrafen. So erhielt David Irving für seine Behauptung, in Auschwitz habe es "nie Gaskammern gegeben" eine Geldstrafe von 30.000 DM. Das Zurschaustellen eines Hitlergrußes, das Rufen von "Sieg Heil" u.ä. wird in den meisten Fällen mit Geldbußen zwischen einigen Hundert und einigen Tausend DM bestraft (etwa 10 Fälle). Nur ganz selten (und meist nur im Wiederholungsfall) wird dabei auch eine Haftstrafe ausgesprochen. So gegen einen 37jährigen in München, der von "stehlenden Zigeunersippen aus dem Osten" in einem Flugblatt sprach (sechs Monate zur Bewährung), und gegen einen 32jährigen in Berlin, der auf einem Bahnhof "Sieg Heil" brüllte (laut Gericht ein Mitläufer, der mehrere Hakenkreuzaufkleber bei sich hatte, neun Monate Haft). So auch Michael Petri (sechs Monate Jugendstrafe) und Mike Ostwald (achtzehn Monate), beide Mitglieder der "Deutschen Alternative", wegen Volksverhetzung - beide Strafen zur Bewährung.

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang noch die Urteile gegen die Nazi-Skin-Bands "Radikahl" und "Kraftschlag", die beide organisierende Funktion im Nazi-Skin-Verbund haben. Mitglieder beider Gruppen wurden zu Geldstrafen in Höhe von einem Monatsgehalt bzw. bis zu 10.000 DM verurteilt, Kraftschlag-Mitglieder erhielten zusätzlich Bewährungsstrafen von bis zu sieben Monaten.

Die hier erfaßten Urteile sind das Ergebnis einer einigermaßen systematischen Zeitungsauswertung. Vollständig kann der Überblick nicht sein, aber doch repräsentativ. Was auffällt, ist neben der gegenüber jugendlichen Tätern in aller Regel extremen Milde der Urteile, das völlige Fehlen eines Prozesses gegen einen der führenden Neonazi. Anders als beispielsweise in Österreich, wo der Neonazi Gottfried Küssel im Sommer zu zehn Jahren wegen Verstoßes gegen das Verbot, die NSDAP wieder gründen zu wollen, verurteilt wurde, verzichten in Deutschland die Gerichte (und vor ihnen eben die Staatsanwaltschaften) darauf, Gruppendelikte von Nazis als solche anzuklagen. Daß die Verbotsverfügungen der Länder bzw. die ausgesprochenen Parteienverbote mittlerweile höchstrichterlich als vorläufig vollziehbar, weil in der Hauptsache wahrscheinlich erfolgreich, legitimiert wurden, ist dabei nur ein schwacher Trost. Aus allen Ermittlungsverfahren gegen Gruppen, die in den letzten Jahren angekündigt worden sind, sind bis heute keine Verfahren erwachsen. Keine kriminelle neonazistische Vereinigung stand vor Gericht, auch wenn immer wieder Wehrsportgruppen auf Bundeswehrgelände, Werwolf-Jagdeinheiten u.a.m. ausgehoben wurden; kein einziges Verfahren ist bekannt geworden gegen Nazis, die seit nunmehr 18 Monaten in aller Öffentlichkeit Demokraten mit Terror bedrohen. Kein einziges Presseorgan der rechten Szene wurde (mit Ausnahme einiger Skinzines, wo mir konkrete Daten fehlen) vor Gericht abgeurteilt. Die Liste der unterlassenen Verfolgungen ist mindestens so lang wie die der hier zusammengefaßten Urteile.

ES, Hamburg

Wer Interesse an einer ausführlicheren Zusammenstellung (acht DIN A4-Seiten) der hier erwähnten Urteile hat, kann sie sich über die Verlagsadresse bestellen. Voraussetzung: Einem mit DM 2,- frankierten und adressierten A6-Umschlag (oder mit DM 3,- auf größerem Umschlag) und DM 1,- in Briefmarken für die Kopierkosten beilegen.

Höchststrafen im Möllner Prozeß

Lebenslänglich für Michael Peters und die Höchststrafe für einen Jugendlichen, zehn Jahre, für Lars Christiansen für dreifachen Mord, mehrfachen versuchten Mord und schwere Brandstiftung - mit diesem Urteil folgte das Gericht in allen Punkten den Anträgen der Bundesanwaltschaft im Prozeß gegen die Möllner Neonazis. Die Verteidigung hatte auf Freispruch mangels Beweisen plädiert und kündigte Revision an. Nach 47 Verhandlungstagen sah das Gericht es als erwiesen an, daß die beiden Männer in der Nacht zum 23. November 1992 Brandsätze in zwei Wohnhäuser geworfen hatten und dabei in einem Haus, das von TürkInnen bewohnt wurde, drei Menschen ums Leben kamen: Die 51jährige Bahide Arslan, deren Enkelin, die zehnjährige Yeliz Arslan und die vierzehnjährige Ayse Yilmaz.

Wesentliches Indiz für die Schuld der Angeklagten war für das Gericht das ursprüngliche Geständnis der beiden, das sie bei der Polizei abgelegt - obwohl sie es im Prozeß bis zuletzt immer wieder widerrufen hatten. Das Gericht schenkte den in der Verhandlung vorgebrachten Alibi-Versionen der beiden (so will z.B. Peters betrunken im mütterlichen Haus gewesen sein) keinen Glauben; mit Ausnahme einer Zeugenaussage eines 8jährigen Mädchens allerdings fehlten in der Verhandlung weitere erhärtende Tatsachen.

Daß an diesem Indizienprozeß ein Revisionsgrund gefunden wird, würde trotz der offensichtlichen Sorgfalt, die der Richter im Verfahren an den Tag gelegt hat, nicht verwundern. Das würde eine Neuauflage des Prozesses bedeuten und mensch wird sehen, was dann, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit nicht mehr so auf diesen Prozeß konzentriert ist wie zum jetzigen Zeitpunkt, für ein Urteil gesprochen wird.

Bemerkenswert an dem Urteil ist neben der Höhe des Strafmaßes seine Begründung: Die beiden Angeklagten, die beide problematische Biographien aufweisen, seien durch die Rostocker Ereignisse vom August 1992 und durch die Asyldebatte zu ihrer Tat veranlaßt worden. Die Tat sei in Rassismus und Rechtsradikalismus begründet. Allerdings - so der Richter - hätten sie sich in einem Irrglauben befunden, wenn sie davon ausgegangen sind, daß sie sich mit ihrem Verhalten in einem breiten Konsens befinden. Mit dieser Begründung und dem hohen Strafmaß setzte sich das Gericht in der Tat deutlich von der sonst üblichen Praxis der Gerichte ab, die ganz ähnliche Überlegungen (durch die öffentliche Diskussion ermutigt, durch problematische Sozialisation quasi entschuldet) in der Regel als strafmildernd bewerten.

Das Urteil - so der Richter - habe präventiven, d.h. vorbeugenden Charakter. Niemand dürfe in Zukunft davon ausgehen, daß das Werfen eines Brandsatzes auf ein bewohntes Haus anders als ein Tötungsdelikt geahndet werden könne. Damit liegt das Gericht ganz auf der Linie, die unmittelbar nach den Ereignissen von Rostock, Wismar, Quedlinburg, als hunderte von Molotowcocktails geworfen wurden, verkündet worden war. Und damit ist dieses Gericht auch eines der ganz wenigen, die diesen damals verkündeten starken Worten auch Taten, sprich Urteile hat folgen lassen. Insofern ist im Fall Mölln ein Urteil gesprochen worden, das Schule machen könnte und sollte, wenn Rechtsextreme vor Gericht stehen. Das Urteil setzt Maßstäbe, an denen sich andere Gerichte werden messen lassen müssen.

Trotzdem bleibt ein schaler Beigeschmack. Da ist zum einen die Tatsache, daß das Urteil sich wesentlich auf zwei widerrufene Geständnisse stützt und auf Aussagen dritter, die zwar die generelle Möglichkeit einer Täterschaft einräumen, konkret aber kaum den Tathergang näher untermauern konnten, umgekehrt aber auch keine wirkliche Entlastung brachten. Die Bundesanwaltschaft, die dieses Verfahren verantwortlich betrieb, hat sich bei den Ermittlungen in keiner Weise mit Ruhm bekleckert. Was hier an konkreten Spuren beigebracht worden ist, war so wenig, daß ohne die widerrufenen Geständnisse eine Verurteilung wohl ausgeschlossen gewesen wäre. Ja selbst mit den widerrufenen Geständnissen, im vorliegenden Fall - so ist zu befürchten - wäre ohne das enorme politische Interesse, das dieses Verfahren überall in der Welt gefunden hat, eine Verurteilung eher ausgeblieben.

Vergleichbar schlampige und nachlässige Arbeit der Polizei- und Justizbehörden findet sich sowohl in dem Verfahren gegen die Brandstifter von Sachsenhausen, die wegen des Ermittlungsfiaskos freigesprochen werden mußten, als auch in dem Ermittlungsverfahren wegen des Solinger Attentats, das parallel zum Möllner Prozeß, für Schlagzeilen sorgte. Auch in dem Solinger Fall präsentierte die Bundesanwaltschaft kurz nach der Tat vier Täter, deren teilweise abgelegte Geständnisse den Fall als geklärt erschienen ließen. Sechs Monate danach aber hat es ganz den Anschein, als müßten die bislang Tatverdächtigen größtenteils wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil ganz offenbar die Rekonstruktion des Tathergangs dermaßen unglaubliche Ungereimtheiten über den Ablauf enthält, daß selbst BKA-Chef Zachert die politische Verantwortung für diese Blamage nicht übernehmen will. Er ist sich lediglich sicher, daß die Festgenommenen sich in den Kreisen der tatsächlichen Täter bewegt haben. Nach den Festnahmen und den Geständnissen, wurde in Solingen trotz der Ungereimtheiten nicht weiter in diese Richtung ermittelt. Und von der Eröffnung eines Gerichtsverfahrens ist mensch in diesem Fall noch meilenweit entfernt.

ES, Hamburg

12. Die Untergrundstrukturen der Neo-Nazis. "Anti-Antifa" verschickt Namenslisten und -dateien ihrer Gegner

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:15

Verfassungsschützer hatten es seit den Verboten gegen Nazigruppen in den letzten Monaten erwartet, die antifaschistische Szene hatte es im konkreten dokumentiert, nun fand es spektakulären Einzug in die Medien: Die rechte Szene organisiert den gezielten Terror gegen AntifaschistInnen und DemokratInnen. Aus Dänemark wird die Broschüre "Der Einblick" verschickt, in der, aus juristischen Gründen nur notdürftig verhüllt, zu Anschlägen bis hin zum Mord aufgerufen wird. Aufgeführt und detailliert beschrieben werden linke Einrichtungen und antifaschistische Personen, aber auch Politiker, Journalisten und "Abtrünnige" aus den eigenen Reihen. Diese Broschüre ist das Produkt der "Anti-Antifa"-Kampagne, die etwa seit August 1992 vom Hamburger Obernazi Christian Worch organisiert wird. Etwa 250 Antifaschisten werden dort mit Autokennzeichen, Privatadressen, Gewohnheiten, familiären Verhältnissen u.ä. der militanten Nazi-Szene als mögliche Ziele präsentiert.

Vor einigen Wochen betonte Staatssekretär Lintner anläßlich einer Talkshow-Diskussion, daß nicht nur Prominente gegen nazistische Drohungen geschützt würden. Die jetzt durch die "Einblick"-Veröffentlichungen Betroffenen haben da allerdings durchweg andere Erfahrungen gemacht. Nicht der Hinweis auf die Veröffentlichung ihrer persönlichen Daten in dem Naziblatt, sondern erst die Medienmeldungen über den "Einblick" haben zu Maßnahmen seitens der Sicherheitsbehörden geführt. Die Polizei läßt jetzt verlauten, daß sie die Drohungen ernst nehmen würde, und bei einigen der durch diesen Mordaufruf bedrohten Personen Schutzmaßnahmen ergriffen und einige besonders gefährdete Objekte unter verstärkte polizeiliche Observation gestellt würde. Ob verstärktes Streife-Fahren tatsächlich ein adäquates Mittel gegen diese Drohungen ist, bleibt allerdings fraglich.

Die Bundesanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen die "unbekannten Verfasser, Zusammensteller, Herausgeber und Verbreiter" der Neonazi-Zeitschrift "Einblick" eingeleitet. Doch von unbekanntem militanten neonazistischen "Untergrund" kann hier nicht gesprochen werden: Die Initiatoren und Aktivisten dieses Hetzblattes sind bekannt.

Was jetzt als neu und als Sensation gemeldet wurde, ist quasi unter den Augen des Staatsschutzes, der keinen Anlaß sah, einzugreifen, von neonazistischen Kreisen seit Monaten vorbereitet und angekündigt worden.

Im Sommer 1992 erschien im Hamburg eine Ausgabe des "INDEX" der Hamburger Nationalen Liste mit Adressen "linker Zecken" und dem Aufruf, möglichst viele personenbezogene Daten über Antifaschisten bis hin ins bürgerliche Lager zu sammeln und abrufbar zu dokumentieren. Eine zeitliche Parallele zum Beginn des bundesweiten Anti-Antifa-Netzes kann hier durchaus gezogen werden. Für September 1992 kündigte der "Gau Hessen" der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" das Erscheinen des "Einblick" an, der nun - mehr als ein Jahr später - über ein Postfach in Dänemark bezogen werden kann. Geworben wurde für Informationen über die linke Szene auch über das "Nationale Infotelefon" Wiesbaden von Stephan Cumic; nach Ermittlungsverfahren wegen Fortführung der verbotenen "Deutschen Alternative" erklärte Cumic seinen Rückzug aus der Nazi-Öffentlichkeit. Das "Nationale Infotelefon" setzte seine Tätigkeit aber von Mainz aus weiter fort. Auch alle weiteren Adressen lokaler Anti-Antifa-Gruppen sind bekannt, wurden sie doch im Mai 1993 vom Nationalen Infotelefon selbst veröffentlicht: Neben Christian Worch von der Nationalen Liste finden sich alte Bekannte aus der Szene:

- Markus Privenau von der Bremer FAP, das Bremer Postfach wird auch von der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) genutzt

- der einschlägig bekannte Norbert Weidner von der Anti-Antifa Bonn;

- für die Anti-Antifa Duisburg das FAP-Mitglied Stefan Schily;

- das Postfach in Witten gehört der "Nationalen Offensive";

- das Mainzer Postfach gehört dem bekannten Neonazi Michael Petri;

- das Postfach in Heidelberg gehört dem "Kameraden" Manfred Huck.

Von der "Sauerländer Aktionsfront" (gegen die wegen krimineller Vereinigung ermittelt wird) über Hans-Michael Fiedler vom Studentenbund Schlesien, der nicht nur über das "Nationale Infotelefon" der Nazis als Kontaktadresse für "Anti-Antifa" genannt wird, sondern auch selbst systematisch die linke Szene ausforscht, bis hin zu den Jungen Nationaldemokraten der NPD, die die Einrichtung einer Rubrik "Anti-Antifa" in ihrem Magazin vorbereiten - alle sind sie an diesen kriminellen Machenschaften beteiligt. Die im "Einblick" veröffentlichten und dem nazistischen Terror als Zielscheibe präsentierten Adressen, Personen, Autos etc. sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl in lokalen Veröffentlichungen der nazistischen Anti-Antifa schon längst bekanntgegeben worden. Die konkrete Aufforderung "etwas zu tun" läßt die Veröffentlichung im "Einblick" noch mal in einem etwas anderen Licht erscheinen. So schreiben die "Einblick"-Herausgeber: "Wir werden es tunlichst vermeiden, zur Gewalt im Sinne von Körperverletzung, Tötungen usw. aufzurufen. Jeder von uns muß wissen, wie er mit hier zugänglich gemachten Daten umgeht. Wir hoffen nur ihr geht damit um!!!" Direkter kann man nicht zu tätlichen Angriffen und zum Mord aufrufen, wenn gleichzeitig auch noch Tips gegeben werden, wie der Kreis der Verdächtigen zu erhöhen sei: "plant konkrete Attentate", "möglichst nicht am eigenen Ort", "verteilt vorher noch Informationsmaterial über die betreffende Person, damit der mögliche Täterkreis ausgeweitet wird".

Diese Listen und die Informationen über Telefon werden jetzt noch ergänzt über Datenbanken mit "unliebsamen" bis "zum Abschuß freigegebenen" Personen. Im dem Nazi-Blatt "Die Neue Front" werden die LeserInnen über den sicheren Umgang mit Datenbanken informiert. Offensichtlich hat das nicht so ganz gefruchtet, denn die einem Funktionär der inzwischen verbotenen Nationalen Alternative abhanden gekommenen Disketten waren nur unzureichend gelöscht, so daß sich die darauf befindlichen Dateien rekonstruieren ließen: Eine Datei Unerw.wdb enthielt sowohl vollständige Personendaten, als auch die "Einstufung" in die Feindbildklassifizierung der Nazis. Außerdem enthielt die Diskette Anleitungen zum Bau von Bomben, Sprengstoff und Zeitzündern.

Möglicherweise findet dieses Thema jetzt immer noch in Medien so viel Beachtung, weil zeitgleich in Österreich Sprengstoffbriefe an Personen verschickt wurden, die bisher alle aus einem zuordbarem Personenkreis "arbeiten mit Flüchtlingen" stammen.

Das Erscheinen des "Einblicks" hätte verhindert werden können, wenn die Bundesanwaltschaft frühzeitig, d. h. nachdem die ersten Informationen über die Datensammelaktivitäten der Neonazis öffentlich bekannt geworden waren, ernsthaft eingegriffen hätte. Über die Namensveröffentlichungen und den darauf erfolgten Terror gegen Einzelpersonen z. B. lagen Unmengen von Informationen in Form von Anzeigen vor.

Daß man von diesen Machenschaften und Plänen gewußt hat, wird von den zuständigen Behörden noch nicht einmal bestritten. In der vom Bundesministerium des Innern herausgegebenen Zeitschrift "Innere Sicherheit" vom 19.7.1993 heißt es dazu eindeutig: "Neonazistische Kreise bemühen sich zudem, eine ‚Anti-Antifa`-Logistik aufzubauen, die sich zu einem Bindeglied unterschiedlicher neonazistischer und militanter Gruppierungen entwickeln könnte. Auf diese Kampagne wird in neonazistischen Kreisen zunehmend positiv reagiert." Inzwischen hat der Koblenzer leitende Oberstaatsanwalt Norbert Weise bestätigt, daß spätestens seit dem 7. Juni 1993 bekannt gewesen sei, daß über ein "Nationales Infotelefon (NIT)" von Rechtsextremen zum Sammeln und Abgeben von Adressen aufgefordert wurde. Gegen den Betreiber, den Neonazi Sascha Chaves, wurde zu diesem Zeitpunkt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, allerdings nicht wegen des Sammelns der Daten von AntifaschistInnen und DemokratInnen, sondern weil über das Telefon "Propagandamittel ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen verbreitet" und den "Tatbestand der Volksverhetzung" begangen wurde. Der Prozeß, der gegen Chaves jetzt eröffnet werden sollte, wurde vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben, weil nach Veröffentlichung des "Einblicks" die Ermittlungen auf "Bildung einer terroristischen Vereinigung" ausgedehnt worden sind.

Es steht zu befürchten, daß der staatliche Repressionsapparat weiterhin solange untätig zu bleiben gedenkt, bis der nazistische Untergrund seine ersten Opfer außerhalb des sogenannten linken Spektrums gefunden hat.

10.12.1993

Informationen aus: Der Rechte Rand Nr.25; Informationen des Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., diverse taz, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Spiegel 6.12.1993 und der "Einblick".

" ...Verfahren

eingestellt."

Im September 1992 hat die MdB Ulla Jelpke Anzeige gegen die Herausgeber eines Blattes der "Anti-Antifa-Bonn" gestellt. Im Februar dieses Jahres stellte die Staatsanwaltschaft Bonn in der Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt worden sei dazu u.a. fest: "... soweit es den Vorwurf eines Vergehens nach § 129 StGB beinhaltet, mit der Begründung eingestellt, es fehlen zur Zeit ausreichende Hinweise dafür, daß es sich bei der unter dem Namen ‚Anti-Antifa-Bonn` firmierenden Gruppe ‚um eine auf Dauer angelegte, nach einem einheitlichen Willen handelnde, organisatorisch gegliederte Vereinigung" handele, deren Zielrichtung die Begehung von Straftaten sei. (...) Auch ist die Voraussetzung des § 130 StGB (Volksverhetzung) nicht erfüllt. (...) Die Tatsache, daß das Flugblatt ausschließlich Personen zugeleitet worden ist, die der rechten Szene kritisch gegenüberstehen, beweist, daß der oder die Verfasser keinesfalls den Zweck verfolgen, bei anderen den Entschluß zur Begehung strafbarer Handlungen, insbesondere zu Gewalttaten, zu erwecken ..."

13. Da könnten ja noch viele kommen ... Almosen oder Entschädigung für baltische Naziopfer?

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:14

Im Frühjahr dieses Jahres war bekannt geworden, daß zwar Nazi-Kollaborateure aus den baltischen Staaten, insbesondere aus Lettland, Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten, die wenigen Überlebenden des Holocaust in diesen Ländern aber bislang von deutscher Seite überhaupt keine Entschädigung erhalten haben. Tatsächlich gibt es bisher keine gesetzliche Regelung des Entschädigungsanspruchs der überlebenden Juden des Baltikums. Nach gültiger Rechtsprechung haben individuelle Entschädigungsansprüche bis 1965 gestellt werden müssen, anschließend waren die Ansprüche verfallen. Ob die Anspruchsberechtigten bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt in der Lage waren, ihre Ansprüche anzumelden, spielt dabei bis heute keine Rolle.

Die baltischen jüdischen NS-Opfer (insgesamt handelt es sich nach heutigem Kenntnisstand um 250 Personen) fallen aber auch sonst aus allen Ersatzregelungen heraus: Da sie nicht im westlichen Ausland wohnen, sind ihre Ansprüche auch nicht über die Claims Conference vertreten, über die die Forderungen jüdischer Holocaust-Überlebender geregelt werden (die Claims Conference verwaltet für die ehemals in den östlichen Ländern lebenden Holocaust-Überlebenden 100 Millionen DM). Wegen der frühen Unabhängigkeitserklärung der baltischen Staaten fallen sie aber auch nicht unter das Abkommen, das die Bundesrepublik mit Rußland, Weißrußland und der Ukraine geschlossen hat (und mit dem für die Summe von einer Milliarde DM die Ansprüche aus diesen Ländern für abgegolten erklärt werden).

Quasi auf dem "Gnadenweg" hatte bei einem Besuch im Mai 1993 Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth etwa die Finanzierung von Altersheimen oder Hilfe mit der Lieferung von Medikamenten in Aussicht gestellt. Damit hatte sie dort große Verbitterung ausgelöst. "Altersheime als humanitäre Lösung sind demütigend und eine Verhöhnung der Opfer", so kommentierte dies Margers Vestermanis, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Riga. In einem Memorandum der Vereinigung der ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge an die Bundesregierung vom Oktober 1993 heißt es dementsprechend: "Wir bitten nicht um Almosen" sondern wir fordern "eine angemessene Kompensation für das geraubte Eigentum und für die geleistete Zwangsarbeit" (TAZ 9.11.93).

Unterstützung erhielten die baltischen NS-Opfer u.a. durch einem Appell prominenter Persönlichkeiten, unter ihnen Ignaz Bubis, Ralph Giordano, die Journalisten Hanns Joachim Friedrichs, Jobst Plog und Lea Rosh, der Historiker Eberhard Jäkel, der Naturwissenschaftler Jens Reich, Antje Vollmer und der Pfarrer Friedrich Schorlemmer, diesjähriger Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels.

In diesem Appell weisen sie darauf hin, daß der Bundestag dringend die bis heute fehlende Grundlage für eine Entschädigung dieser Personengruppe schaffen müsse: "Verpassen Sie nicht die letzte Chance, den wenigen vergessenen Überlebenden des NS-Terrors im Baltikum einen Lebensabend ohne materielle Not zu ermöglichen." In die Vertragsverhandlungen seien die Vertretungen der baltischen NS-Opfer einzubeziehen (FR, 2.11.93).

In dieselbe Richtung weist auch der Antrag von 28 SPD-Abgeordneten, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, noch vor Ende der Legislaturperiode eine Regelung zu schaffen, damit den NS-Opfern im Baltikum "ein angemessener materieller Ausgleich für erlittenes Unrecht zugebilligt wird".

Mitte Oktober hatte es kurzfristig den Anschein gehabt, als ob eine angemessene Lösung des Problems gefunden werden könne, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Staatspräsidenten von Estland und Lettland gegenüber erklärte, sich persönlich für "Entschädigungsregelungen" einzusetzen.

Nahezu das völlige Gegenteil geht allerdings aus einem Brief von Bundesfinanzminister Waigel hervor, der dem CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang von Stetten auf eine entsprechende Anfrage brüsk mitteilte, eine gesetzliche Verpflichtung existiere nicht, und die Bundesregierung halte eine Anerkennung "individueller Entschädigungsansprüche" für nicht sinnvoll, da sie "ganz erhebliche Forderungen von Betroffenen aus dem ganzen Ostblock auslösen" würden. Deshalb hätten Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt beschlossen, "als Entschädigung für NS-Opfer humanitäre Hilfe in Form zukunftsorientierter Sachleistungen in Aussicht zu

stellen." Was das sei, konnte Waigel auch schon benennen: "Hierbei ist ... an eine Unterstützung von Sanatorien oder Altersheimen für den betroffenen Personenkreis, an den Ausbau von Krankenhäusern oder an die Lieferung von Medikamenten zu denken." (TAZ, 9.11.93)

CDU-Abgeordneter von Stetten als Vorsitzender des deutsch-baltischen Parlamentarischen Freundeskreises überweist seit dem Sommer 93 immerhin 10.000 DM pro Monat ins Baltikum, Geld, das er in privater Initiative bei Sponsoren zusammenbettelt und von dem jeder der damals Verfolgten etwa 30 DM pro Monat erhält. Nach kurzer Aussprache wurde dann am 11. November der SPD-Antrag in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Die Bundesregierung kündigte "Vorgespräche mit den Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens" an, um "Möglichkeiten für Investitionen im humanitären Bereich zu erkunden, die nach unseren Vorstellungen den individuellen Bedürfnissen der Opfer möglichst nahekommen sollen". Da bleibt erneut jede Möglichkeit der Interpretation offen.

ES, Hamburg

Hoffnung für NS-Zwangsarbeiter?

Wenn es nach dem Bonner Landgericht geht, können die überlebenden Zwangsarbeiter des NS-Regimes und andere NS-Opfer, deren Ansprüche aufgrund des Londoner Schuldenabkommens "auf Eis gelegt" waren, nunmehr endlich ihre Ansprüche auf Entschädigung stellen. Mit der Wiedervereinigung nämlich, so die Bonner Richter in einem Vorlagebeschluß an das Bundesverfassungsgericht, sei das Moratorium ausgelaufen. Eine Verjährung der Ansprüche sei nicht gegeben, da die Fristen während des Londoner Abkommens gehemmt gewesen seien (Spiegel, 4.10.93).

Bonn will Beratungsstelle für NS-Verfolgte schließen

Die erst vor drei Jahren gegründete Kölner Beratungsstelle für NS-Verfolgte steht vor dem finanziellen Aus. Weil CDU-"Eule" Jürgen Echternach, Staatssekretär im Finanzministerium den dort herausgegebenen "Beratungsleitfaden für NS-Verfolgung" für zuwenig staatstragend hält, soll dessen Förderung eingestellt werden. Während Echternach plump kritisierte, der Leitfaden bewerte "das Wiedergutmachungswerk der Bundesrepublik Deutschland negativ", vermißte Dienstherr Waigel schlicht das "sachliche Bedürfnis für eine finanzielle Förderung".

Tatsächlich erlebt die Beratungsstelle seit dem Zusammenbruch des RGW und der Öffnung der Mauer geradezu einen Ansturm. Zwangsarbeiter, Bibelforscher, Zwangssterilisierte, verschleppte Kinder - alle Opfergruppen können dort Hilfe erhalten, und nach einem Urteil des Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, dem FDP-Abgeordneten Lüders, ist gerade der von Echternach inkriminierte Leitfaden "einzigartig und bis auf wenige Kleinigkeiten mustergültig" (FR, 15.10.93 und 14.10.93).

14. Altfaschisten, Bombenleger und brave Bürger. Der MSI - eine Partei mit mehreren Gesichtern und einer Leitfigur: Mussolini

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:09

Der Movimento Sociale Italiano ("Italienische Soziale Bewegung") wurde am 26. Dezember 1946 in Rom gegründet. Sein Name erinnert bewußt an die Repubblica Sociale Italiana der Jahre 1943 bis 1945, Mussolinis von der deutschen Besatzungsmacht abhängiges Marionettenregime mit Sitz in Salò am Gardasee. Auch programmatisch setzte der MSI auf Kontinuität. Disziplin, Gehorsam, Hierarchie, Gesetz und Ordnung sind Werte an sich. Über das neofaschistische Staatsideal schrieb Rutilio Sermonti, ehemaliger SS-Offizier und Berater des späteren MSI-Sekretärs Pino Rauti, 1974 in der neofaschistischen Zeitschrift Civiltà : "Unser Staat ist organisch. In ihm sind Individuen oder Persönlichkeit in eine feste hierarchische Bindung gestellt - einen Egalitarismus gibt es nicht. Der organische Staat ist qualitativ strukturiert nach dem Wert des Einzelnen. Die Legitimation bezieht er aus folgenden Basisprinzipien: Ehre, Treue, Glauben, Opfer, Heroismus, Liebe zum Vorgesetzten, zum Ideal, zum Wahren ... Selektion ist Strukturprinzip dieses Staates ... die an solcher hierarchischen Wertordnung ausgerichtete Ordnung wird durch die Streitkräfte garantiert." (1)

Der Wahlkampfschlager aller europäischen Rechtsextremisten, der Rassismus, wurde vom MSI erst relativ spät entdeckt. Anders als beim Front National des Jean-Marie Le Pen, ein gern gesehener Gast in der Parteizentrale in Rom, spielte der Rassismus aber nie die zentrale Rolle in der Agitation des MSI. Für Le Pens häufige Anspielungen auf den verderblichen Einfluß der Juden gibt es in der Politik seiner italienischen Partner so gut wie keine Entsprechung. Die 1938 von den Nazis übernommenen faschistischen Rassengesetze werden vom MSI verurteilt. Das Londoner Institut of Jewish Affairs, das seit 1992 einen Antisemitism World Report herausgibt, berichtet gar von Artikeln gegen den Antisemitismus im Parteiblatt Il Secolo d'Italia.

Außenpolitisch kombinierte der MSI zunächst militanten Antisowjetismus mit schroffer Abgrenzung von den USA. In faschistischer Tradition wurde das Mittelmeer zum "mediterranen Lebensraum Italiens" proklamiert und eine "Rückkehr an die Arbeit in Afrika" gefordert. Mit Fortdauer des Kalten Krieges schwenkte die Partei auf eine "überspitzt proatlantische, proamerikanische Haltung" um. (Rosenbaum: 39) Ihr Bekenntnis zu einem auch nach außen starken Staat brachte ihr erhebliche Unterstützung in den Streitkräften und den Geheimdiensten ein, ebenso bei den Carabinieri und anderen Polizeitruppen. Aus Fallschirmjägerkasernen wurden Abstimmungsergebnisse bis zu 99% für den MSI gemeldet. Eine Reihe prominenter Offiziere saß für den MSI im Parlament.

Zu den MSI-Mitgliedern und -Wählern der Anfangsjahre gehören darüberhinaus reaktionäre Kleinbürger, vor allem aus dem Süden des Landes, altfaschistische Kader und Monarchisten. Erst 1963 konnte der MSI auf nationaler Ebene die Monarchisten überflügeln. Bis zur Parlamentswahl des Jahres 1972, als sich die Reste der Monarchistischen Partei (Partito democratico di unità monarchica - PDIUM) dem MSI anschlossen, konkurrierten Neofaschisten und Monarchisten um die Vorherrschaft auf der extremen Rechten. Seit dem Zusammenschluß lautet der Name der Partei MSI-DN. Der Zusatz steht für Destra Nazionale ("Nationale Rechte"). Ihre höchste Mitgliederzahl (mehr als 400.000) erreichte die Partei in den 70er Jahren.

Die "Schicksalswahl" des Jahres 1948, bei der die Democrazia Cristiana mit 48,5% triumphierte, brachte dem MSI, der über 2% (sechs Mandate) nicht hinauskam, eine empfindliche Niederlage. Daß er überhaupt kandidieren durfte, ist der Inkonsequenz der demokratischen Kräfte anzulasten. Im Dezember 1947 war ein Gesetz verkündet worden, das die Fortsetzung faschistischer Bestrebungen unter Strafe stellte. In Artikel 1 hieß es: "Wer die aufgelöste faschistische Partei in irgendeiner Form, sei es Partei oder Bewegung oder paramilitärischer Organisation, wiedergründet und militärisch oder paramilitärisch Gewalt als Mittel für den politischen Kampf anwendet sowie die Ziele der aufgelösten faschistischen Partei verfolgt, wird mit Gefängnis von zwei bis zu 20 Jahren bestraft." (zitiert bei Rosenbaum: 37) Dieses klare Verbot wurde aber nicht durchgeführt. Angewendet wurde statt dessen ein Gesetz, das faschistische "Mitläufer" amnestierte. Federführend war Justizminister Palmiro Togliatti, der langjährige Sekretär der Kommunistischen Partei und Begründer des "italienischen Weges zum Sozialismus."

Geschützt und gefördert wurden die Neofaschisten immer wieder durch die Democrazia Cristiana. Zwar hatte ihr Innenminister Mario Scelba 1951 ein Gesetz vorgelegt, das die Auflösung des MSI und seiner paramilitärischen Untergliederungen zum Ziel hatte. 1953 wurde das Gesetz, nach seinem Urheber Legge Scelba genannt, schließlich auch verabschiedet - angewandt wurde es nicht. Der christdemokratische Ministerpräsident Adone Zoli verhalf dem MSI 1957 sogar zu einem besonderen Triumph, als er die Überführung von Mussolinis Leichnam an dessen Heimatort erlaubte. Die Beisetzung im Mausoleum von Predappio wurde zu einer unübersehbaren faschistischen Manifestation.

Bündnisse mit der DC

Daß der MSI sich von seiner Niederlage des Jahres 1948 erholen konnte, ist nicht zuletzt auf die Bündnispolitik der Democrazia Cristiana zurückzuführen. Als Statthalter des Westens, unterstützt und geführt vom Großen Bruder in den USA, war die DC stets auf der Suche nach Bündnispartnern zur Absicherung antikommunistischer Mehrheiten. Zwar vermied sie zunächst Bündnisse mit dem MSI auf nationaler Ebene, regierte aber ab 1953 zusammen mit ihm die südlichen Regionen Campania und Apulien. Hinzu kam eine Vielzahl von Rathauskoalitionen.

Den ersten und bislang einzigen Versuch, die Neofaschisten indirekt an der Regierung des Landes zu beteiligen, unternahmen die Christdemokraten im Jahre 1960. Ministerpräsident Fernando Tambroni stützte sein am 8. April gewähltes rein christdemokratisches Kabinett auf eine hauchdünne Parlamentsmehrheit, zu der ihm Monarchisten und Neofaschisten verhalfen.

Nach dem Rücktritt dreier christdemokratischer Minister - aus Protest gegen das neofaschistische "Zünglein an der Waage" - spitzte die MSI-Führung die innenpolitische Krise weiter zu und berief ihren nationalen Kongreß in die ligurische Hauptstadt Genua, eine der Hochburgen des antifaschistischen Kampfes, ein. Am Vorabend des Kongresses demonstrierten 100.000 Menschen gegen die faschistische Provokation und belagerten die Hotels, in denen die MSI-Delegierten abgestiegen waren. Die Regierung ließ Panzer auffahren, Polizeikräfte griffen mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeln an. Auch bei Solidaritätsdemonstrationen in anderen Landesteilen griff die Polizei brutal ein. In Reggio Emilia wurden fünf Kommunisten erschossen; insgesamt kamen elf Antifaschisten ums Leben. Der MSI-Kongreß wurde verboten - aus Sicherheitsgründen; Tambroni mußte zurücktreten.

Bei der Wahl christdemokratischer Staatspräsidenten akzeptierte die DC den MSI noch zweimal als Mehrheitsbeschaffer: 1962 wurde Antonio Segni, 1971 Giovanni Leone mit Hilfe neofaschistischer Stimmen in das höchste Staatsamt gewählt.

"Ehrbare Bürger" und Bombenleger

Nach dem Scheitern des Experiments von 1960 war die extreme Rechte isoliert, der polo escluso ("ausgeschlossene Pol"), dem die Parteien des Arco costituzionale ("Verfassungsbogen") unter Einschluß des PCI gegenüberstanden. Die DC wendete sich in den folgenden Jahren den Sozialisten zu und schaffte es in den siebziger Jahren, auch den PCI in eine informelle "Regierung der nationalen Solidarität" einzubinden. Innerhalb des MSI setzten sich die "Radikalen" durch, die den "gemäßigten", auf Respektabilität und Bündnisfähigkeit gegenüber der DC orientierten Kurs der bisherigen Parteiführung schon immer mit Argwohn betrachtet hatten. 1969 kehrte Pino Rautis konspirativ organisierte Gruppe Ordine Nuovo, die sich 1956 aus Protest gegen den "gemäßigten" Kurs der MSI-Mehrheit abgespalten hatte, in die Partei zurück.

Im gleichen Jahr wurde Giorgio Almirante Parteisekretär und blieb das, bis er 1987, ein Jahr vor seinem Tode, zugunsten seines Kronprinzen Gianfranco Fini abdankte. Almirante gelang es fast zwei Jahrzehnte lang, die konkurrierenden Strömungen des MSI zusammenzuhalten. Während von der Parteiführung zumindest geduldete Schlägertrupps gegen rebellierende Arbeiter und Studenten vorgingen, wurde in Wahlkämpfen an die von der Stärke der Linken verunsicherten "anständigen Italiener" appelliert.

Diese Doppelstrategie brachte dem MSI 1972 sein bisheriges Spitzenergebnis von 8,7% bei nationalen Wahlen; in einigen Großstädten des Südens erreichte er einen mehr als doppelt so hohen Stimmenanteil: 23% in Catania, fast 20% in Neapel und Reggio Calabria.

Über die direkte Beteiligung der MSI-Zentrale an der Ausführung der terroristischen "Strategie der Spannung" seit 1969 fehlen juristisch einwandfreie Beweise. Indizien für das Wirken neofaschistischer Hintermänner und

auch ausführender Täter gibt es allerdings reichlich. So hatte Giorgio Almirante im Juni 1972 öffentlich zur Gewalt aufgerufen: "Unsere Jungen müssen sich auf den frontalen Zusammenstoß mit den Kommunisten gefaßt machen. Damit meine ich auch den physischen Zusammenstoß." (zitiert bei Rosenbaum: 92) Die unzähligen Anschläge mit Beteiligung von MSI-Mitgliedern und Ehemaligen, die sich kleineren Terrorgruppen angeschlossen hatten, zeigen, daß die Botschaft verstanden wurde. Ermittlungen gegen Almirante und Rauti wegen des Verdachts der Beteiligung an Bombenanschlägen blieben ergebnislos.

Weiterhin zwei Wege

Die Unterscheidung der "gemäßigten" von den "radikalen" bzw. "intransigenten" MSI-Führern ist nicht immer ganz einfach. Zumindest taktisch zeigen sie sich mitunter erstaunlich flexibel. Das gilt nicht nur für Almirante, den Altfaschisten und langjährigen Opponenten gegen die Parteilinie, der als Parteisekretär zur Integrationsfigur wurde. Auch Pino Rauti, der Organisator rechten Straßenterrors gegen Linke, kennt, wenn es der Partei nützt, keine Berührungsängste. Nachdem er 1990 den Almirante-Zögling Gianfranco Fini als Parteisekretär abgelöst hatte, erklärte er seine Bereitschaft zur Koalition auch mit Grünen, Sozialisten und Kommunisten. Rautis taktischer "Antikapitalismus", der an die faschistischen Ursprünge anknüpft, sollte dem MSI auch Stimmen enttäuschter Linkswähler zuführen.

Fini wiederum, der 1991 den Parteivorsitz zurückerobern konnte, wird in der Presse gern als Exponent eines modernen, fast schon gewaltfreien Rechtsextremismus porträtiert. Tatsächlich wird er - im Unterschied zu seinem Kontrahenten Rauti - nicht als Drahtzieher des schwarzen Terrors verdächtigt. Daß er als Politiker nicht weniger gefährlich ist als Rauti, belegen einige unmißverständliche Äußerungen. Es sei keineswegs skandalös, "die bleibenden Werte des Faschismus zu aktualisieren" (2), erklärte er 1987 auf dem MSI-Kongreß von Sorrento, auf dem er erstmals zum Parteisekretär gewählt wurde. Während Rauti allgemein die aus dem Kollaps des Realsozialismus erwachsenden Chancen beschwor, wurde Fini angesichts des Zerfalls Jugoslawiens konkret: "In diesem historischen Augenblick kann und darf Italien nicht darauf verzichten, die Rückkehr Istriens und Dalmatiens zum Mutterland anzustreben." (3) Was auf den ersten Blick "extrem" anmutet, ist tatsächlich nur die Zuspitzung einer auch von anderen - dem ehemaligen sozialistischen Außenminister Gianni De Michelis und seinem Nachfolger, dem Christdemokraten Emilio Colombo - ganz offiziell betriebenen Machtpolitik.

Berührungspunkte zwischen dem MSI und den staatstragenden Parteien gab und gibt es auch auf anderen Politikfeldern. Dem mit der "Spitzhacke" selbst gegen seine eigene Partei, die Christdemokratie, wütenden Staatspräsidenten Cossiga versicherte der MSI bei jeder Gelegenheit seine volle Unterstützung. Mit dem langjährigen PSI-Sekretär Craxi forderten die Neofaschisten eine Präsidialrepublik nach französischem Muster. Auch in der All-Parteien-Koalition gegen die Lega Nord spielt der MSI seinen Part. Wo alle anderen das Modewort "Föderalismus" im Munde führen - in der Absicht, der Lega den Boden zu entziehen - macht sich der MSI zum bedingungslosen Fürsprecher des italienischen Zentralstaats, der notfalls auch mit Waffengewalt gegen die nordischen Separatisten zu verteidigen sei.

Lob und Anerkennung erfährt der MSI allerdings nicht erst, seitdem er sich um die bedrohte nationale Einheit verdient macht. Craxi forderte schon 1983, zu Beginn seiner vierjährigen Amtszeit als Ministerpräsident, die Ausschlußpolitik gegen den MSI zu beenden. Seitdem besuchen Vertreter anderer Parteien regelmäßig die Parteikongresse der Neofaschisten.

Das offene Bekenntnis der Neofaschisten zum historischen Faschismus und zu Mussolini wurde von den staatlichen Organen bislang ungerührt zur Kenntnis genommen. So marschierten am 17. Oktober letzten Jahres - in nicht zufälliger zeitlicher Nähe zum 70. Jahrestag des "Marsches auf Rom" am 28. Oktober 1922, als dessen Folge Mussolini von König Vittorio Emanuele III. zum Regierungschef ernannt wurde - mindestens 20.000 Neofaschisten durch die italienische Hauptstadt. Aus der Demonstration, die von der Polizei völlig unbehelligt blieb, ertönten immer wieder Rufe "Duce, Duce" und "Viva il fascismo", Tausende reckten den Arm zum "römischen Gruß".

"Warum wird Apologie des Faschismus nicht mehr als Verbrechen gewertet?" fragte angesichts des faschistischen Aufmarsches das Parteiblatt der Republikaner, La Voce, und gab selbst die Antwort: "Vielleicht weil die politisch dominanten Kräfte meinen, es sei nützlich, Proteststimmen einer Rechten zuzuführen, die sich in jeder Phase ihrer parlamentarischen Geschichte als den Interessen der Christdemokratie gefügig

erwiesen hat; einer Christdemokratie, die während des Wahlkampfes nicht zufällig den Sender Tg1 ausführliche Berichte über die Aktivitäten des MSI hat bringen lassen?"

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen von Rom und Neapel zeigen die Hinfälligkeit dieses zynischen Kalküls. Die Christdemokratie hat zwei Drittel ihrer Wähler verloren, der MSI seinen Stimmenanteil mehr als verdreifacht. Wenn vom Untergang der einstigen Staatspartei DC die Erben Mussolinis profitieren, dann ist das kein unerklärliches Naturereignis; die Christdemokraten tragen dafür einen erheblichen Teil der Verantwortung.

Js.

Anmerkungen:

1) zitiert in : Petra Rosenbaum: Neofaschismus in Italien, Frankfurt/Köln (EVA) 1975, S.23

2) Giorgio Galli: I partiti politici italiani: 1943-1991. Dalla Resistenza all'Europa integrata, Mailand (Rizzoli) 1991

3) Frankfurter Rundschau, 10.7.1991

Die Wahlergebnisse der äußersten Rechten

Wahlen zur Abgeordnetenkammer 1948-1992

, MSI, Mon.(1)

1948, 2,0, 2,8

1953, 5,8, 6,9

1958, 4,8, 4,8

1963, 5,1, 1,7

1968, 4,4, 1,3

1972, 8,7,

1976, 6,1,

1979, 5,3,

1983, 6,8,

1987, 5,9,

1992, 5,4,

1) Die Monarchisten kandidierten unter wechselnden Bezeichnungen. 1972 schloß sich der Partito democratico di unità monarchica (PDIUM) dem MSI an.

15. Mussolinis Erben auf dem Vormarsch. Zweifelhafter "Sieg der Linken" bei den Kommunalwahlen in Italien

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:26

Zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale tanzten die Menschen auf den Straßen der italienischen Hauptstadt. Alles schien wieder gut: "Die Linke triumphiert, MSI und Lega geschlagen", titelte der Corriere della sera am Tag danach. Weder die Neofaschisten vom MSI-DN (Movimento sociale italiano-destra nazionale - Italienische Soziale Bewegung-Nationale Rechte) noch die Separatisten der Lega Nord hatten es geschafft, ihre Kandidaten bei der in fünf italienischen Großstädten notwendigen Stichwahl um das Bürgermeisteramt durchzubringen. Auch Silvio Berlusconis offene Parteinahme zugunsten von Gianfranco Fini konnte daran nichts ändern. Fini, Sekretär des MSI, scheiterte in Rom gegen den Grünen und Ex-Radikalen Francesco Rutelli; Alessandra Mussolini, Enkelin des faschistischen Diktators, unterlag in Neapel dem PDS-Gewerkschafter Antonio Bassolino. Beide MSI-Kandidaten konnten allerdings ihren Stimmenanteil aus dem ersten Wahlgang noch erheblich steigern. Das zweitschlimmste Ergebnis ist eingetreten: Fast jedeR zweite, der/die in Rom und Neapel zur Wahl ging, stimmte für den MSI, die Nachfolgeorganisation von Mussolinis Faschistischer Partei.

Bekenntnis zum Faschismus?

Nun argumentieren einige, das neu eingeführte Mehrheitswahlrecht verzerre das Bild. Viele Stimmen für Fini seien "eigentlich" Stimmen gegen Rutelli, der als Zögling von Marco Pannella, dem langjährigen Anführer der Radikalen Partei und "enfant terrible" der italienischen Politik, den braven Bürgern nicht vertrauenswürdig erschienen sei. In Neapel hätten es viele Mussolini-WählerInnen nur nicht über sich gebracht, den "Ex-Kommunisten" Bassolino zu wählen. Das mag für einige strenggläubige Katholiken zutreffen, denen jahrzehntelang eingetrichtert wurde, die Kommunisten seien Abgesandte des Satans. Andererseits hatten kirchliche Würdenträger öffentlich erklärt, auch mit linken Bürgermeistern leben zu können. Auch wurde immer wieder der "Pragmatismus" der zur Wahl stehenden "Linken" gerühmt.

Nicht wegzudiskutieren ist die jeweils deutlich über 30% liegende Zustimmung zur Liste des MSI in den beiden größten Städten Italiens. Also fast ein Drittel FaschistInnen in der italienischen Hauptstadt und der bisher als "unregierbar" geltenden Metropole des Südens? Oder handelt es sich mehrheitlich um ProtestwählerInnen, die es den völlig diskreditierten Regierungsparteien nur mal zeigen wollten? Für eine solche Denkzettelwahl standen allerdings auch reichlich andere Kräfte zur Verfügung. Allein in Rom gab es 17 BürgermeisterKandidatInnen, die von 25 Listen unterstützt wurden.

Um die Wiederbelebung des Faschismus geht es vermutlich nur einer Minderheit der MSI-Wählerschaft. Aufschlußreich ist das Wahlverhalten der römischen Juden, über das die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung schreibt: "Auch im Wahlbezirk des ehemaligen römischen Ghettos, der noch weitgehend von Juden bewohnt wird, hat der MSI die meisten Stimmen erhalten, eine Tatsache, die in der Gemeinde am Tiber zu heftigen Diskussionen führte. Vor allem Geschäftsleute, einer von ihnen kandidierte sogar selbst auf einer rechten Liste, unterstützen den MSI-Chef. Sie hielten es wie ihr Kollege Fiorentini, der öffentlich erklärte: ‚Ich habe nicht den MSI gewählt, sondern die Person Fini.`" (AJW, 2.12.) Letzterer hat mit einigem Erfolg versucht, sich als konservativer Demokrat darzustellen. Sein eindeutiges Bekenntnis zu den "Werten des Faschismus" (siehe Artikel über den MSI) hat er in letzter Zeit durch Äußerungen relativiert, der Faschismus sei Geschichte und kein Leitbild der aktuellen Politik seiner Partei.

Wer den WählerInnen des MSI unbedingt mildernde Umstände zubilligen will, kann das allenfalls mit Blick auf den Sonderfall Südtirol tun. In der Provinzhauptstadt Bozen erreichte der MSI 33% - jedeR zweite Italienischsprachige hat hier neofaschistisch gestimmt. Der MSI hat es in Südtirol verstanden, sich als "Partei der Italiener" zu präsentieren, und wird von allen gewählt, die sich - nicht ganz zu Unrecht - als Opfer des die "Deutschen" begünstigenden Autonomiestatuts sehen. Auf regionaler Ebene - am 21. November war im Trentino-Alto Adige (Trento-Südtirol) Regionalwahl - sieht das Ergebnis des MSI allerdings schon nicht mehr ganz so glänzend aus. Die 7,3% bedeuten einen Zugewinn um 0,8 Prozentpunkte.

Eine Verdreifachung seines Stimmenanteils hat der MSI nur in Rom und Neapel erreicht. Eine auf der Basis der aktuellen Wahlergebnisse vorgenommene Hochrechnung auf die nationale Ebene würde eher eine Verdopplung des bisherigen Stimmenanteils der Neofaschisten (1992: 5,4%) auf über 10% ergeben.

Über die reale Sitzverteilung in der nächsten Abgeordnetenkammer und im Senat besagt diese hypothetische Zahl wenig. Bei der ab Frühjahr 1994 möglichen Neuwahl werden 75% der Mandate nach Mehrheitswahlrecht und in nur einem Wahlgang vergeben werden. Das restliche Viertel der Sitze wird wie bisher nach Verhältniswahlrecht verteilt. Ob und wie der MSI es schafft, etwa mit Teilen der alten Democrazia Cristiana zu Wahlabsprachen über die gegenseitige Unterstützung aussichtsreicher Wahlkreiskandidaten zu kommen, ist heute noch nicht abzusehen.

Zweiter und dritter Sieger: Lega Nord und PDS

Verglichen mit den spektakulären Zugewinnen des MSI wirken die Ergebnisse der Lega Nord bescheiden. Sowohl in Venedig als auch in Genua hat sie ihr Ziel, den Bürgermeister zu stellen, nicht erreicht; in Triest kam sie nicht einmal in die Stichwahl. Dennoch bedeuten die 25 bis 30%, die sie in den norditalienischen Großstädten erreicht hat, und die knapp 50% in Umberto Bossis Heimatstadt Varese die - wenn auch verlangsamte - Fortsetzung des Erfolgstrends. Selbst in Genua, der ligurischen Hafenstadt mit ausgeprägter linker und antifaschistischer Tradition, hat sie knapp 30% im ersten und 40% im zweiten Wahlgang erreicht.

Das Problem der Lega Nord ist nach wie vor ihre regionale Beschränktheit. In Rom kam sie trotz wohlüberlegter Umbenennung in "Lega Italia Federale" über 1% nicht hinaus. Bossi sei "der Strauß der Lombardei, dem ein Kohl fehlt", formulierte treffend Massimo D'Alema, die "Nummer zwei" des PDS: Ein potenter Bündnispartner der nordischen Separatisten ist auf nationaler Ebene nicht in Sicht.

Der von einigen linken Optimisten (z.B. Neues Deutschland und Il Manifesto) zum Wahlsieger erklärte Partito democratico della sinistra (PDS) hat, für sich allein betrachtet, einen sehr viel bescheideneren Aufwärtstrend zu verzeichnen als die Lega. Was ihn so strahlend erfolgreich aussehen läßt, ist seine Bündnispolitik mit dem Lager der "demokratischen Reformer". Und genau darauf wird es bei den bevorstehenden Parlamentswahlen ankommen. Stabilisiert hat sich auch die linke PCI-Abspaltung Rifondazione comunista (RC), die nun ihrerseits Ansprüche stellen kann und im nächsten Jahr vom PDS ebenfalls in Wahlabsprachen einbezogen werden muß.

Pyrrhussieg des PDS?

Ob der PDS die führende Rolle in der nächsten Regierung spielen kann, ist höchst ungewiß. Die gegenwärtig desolaten Reste der alten DC und der kleineren Regierungsparteien sind noch keineswegs vernichtend geschlagen. DC-Dissident Mario Segni, der "Vater" des als "Revolution" gefeierten Referendums zur Wahlrechtsreform im April 1993, will Ministerpräsident einer "demokratischen Allianz" werden und bemüht sich derzeit, einen "gemäßigten Pol" zustande zu bringen. Die klare Alternative zwischen PDS und MSI, die bei den wichtigsten der jetzigen Stichwahlen den Linksdemokraten den Sieg relativ leicht machte, könnte im nächsten Jahr durch den Zweikampf "Mitte-Links" gegen "Mitte-Rechts" abgelöst werden. Zwar beteuert Segni, es werde "keine Kompromisse mit der extremen Rechten" geben. Für die Lega Nord gilt dieser Unvereinbarkeitsbeschluß allerdings nicht. Umberto Bossi wiederholte denn auch am Wahlabend sein Angebot, auf den Sezessionismus zu verzichten und Italien statt dessen nach föderalistischen Gesichtspunkten neu zu strukturieren - ein Vorschlag, den auch PDS-Sekretär Achille Occhetto diskutabel findet.

Occhettos Sprachrohr Massimo D'Alema warnt schon heute vor übertriebenen Hoffnungen. Die nächste Regierung werde eine Regierung des Übergangs sein, die - auch personell - auf "Kontinuität" angewiesen sei. D'Alema möchte gern einige Minister aus Ciampis amtierender Spar-Regierung weiterbeschäftigen und - im Rahmen eines Regierungsbündnisses des "gemäßigten" mit dem "fortschrittlichen" Lager - auch Mario Segni an dem Unternehmen beteiligen. Für die "Postkommunisten" des PDS wird dabei außer der symbolträchtigen Besetzung von Ministerposten - erstmals nach dem Rauswurf der PCI-Minister im Jahre 1947 - wenig herausspringen. Segni hat Umberto Bossis "Analyse" übernommen, nach der Italien "das letzte Land des realen Sozialismus in Europa" sei. Die sich daraus ergebende Politik forcierter Privatisierung und Deregulierung läßt keinen Raum für linksdemokratische Reformpolitik. Sie wird, um Italien "Anschluß an Europa" finden zu lassen, die Kluft zwischen Norden und Süden weiter vertiefen.

Marco Pannella hat den Ausgang der Kommunalwahlen als Pyrrhussieg für die Linke bezeichnet. Wir erinnern uns: Der Molosserkönig Pyrrhus wurde nach zwei verlustreichen Siegen im Jahre 275 v. u.Z. von den Römern geschlagen. Wie viele solcher "Siege" der linke Hoffnungsträger PDS verkraften kann, werden wir vermutlich schon sehr bald erleben.

Js.

Ausgewählte

Kommunalwahl-

Ergebnisse

Erster Wahlgang am 21.11.1993

Rom, , ,

, 1993, 1989, 1992(1)

DC, 11,1, 31,9, 27,5

PDS, 17,7, 26,6, 18,9

RC, 7,1, (2), 5,8

MSI, 32,0, 6,8, 9,7

, , ,

Neapel, , ,

, 1993, 1990, 1992

DC, 9,9, 29,8, 31,6

PDS, 19,8, 12,7, 16,6

RC, 8,9, 4,1, 5,2

MSI, 31,2, 9,2, 9,5

, , ,

Genua, , ,

, 1993, 1990, 1992

DC, 9,3, 22,8, 17,0

PDS, 25,2, 30,7, 21,9

RC, 8,9, (2), 7,7

MSI, 5,5, 3,1, 4,6

Lega, 29,2, 5,8, 14,0

, , ,

Venedig, +, ,

, 1993, 1990, 1992

DC, 12,3, 25,9, 19,1

PDS, 20,6, 23,6, 17,1

RC, 6,5, (2), 6,7

MSI, 3,4, 3,0, 3,8

Lega, 29,9, 3,1, 17,3

, , ,

Triest, , ,

, 1993, 1990, 1992

DC, 14,3, 21,0, 22,0

PDS, 10,4, 7,3, 11,6

RC, 5,5, 6,3, 6,3

MSI, 12,8, 13,0, 12,8

Lega, 25,2, 9,6, 8,0

Anmerkungen: 1) Die Vergleichszahlen von 1992 beziehen sich auf die Wahlen zur Abgeordnetenkammer. 2) Kandidatur des PCI, Ergebnis siehe bei PDS.

Quelle: Corriere della sera, 23.11.1993.

16. Die Republik des Nordens. Der aggressive Regionalismus der Lega Nord

Autor: Jens Renner · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:01

Für Giorgio Forattini, den wohl bekanntesten politischen Karikaturisten Italiens, war das Schicksal des italienischen Nationalstaates besiegelt. Nach den erdrutschartigen Umschichtungen bei den Teilkommunalwahlen vom 6. Juni 1993 zeichnete er Italien als Gruppe eisschollenartig auseinandertreibender Inseln: Der Norden besetzt von Umberto Bossi, dem Anführer der Lega Nord; Mittelitalien beherrscht von Achille Occhettos PDS; Sizilien unter Kontrolle der Antimafia-Partei La Rete ("Das Netz") des ehemaligen Christdemokraten Leoluca Orlando. Die Parteichefs von Democrazia cristiana (DC) und sozialistischer Partei (PSI) ließ Forattini im Meer um ihr Leben strampeln.

Die grobe Vereinfachung, die man dem Karikaturisten durchgehen lassen kann, beherrschte auch die politischen Kommentare. Vom Ende der seit 1945 regierenden Quasi-Staatspartei DC war da zu lesen (La Repubblica: "Era una volta la DC" - "Es war einmal die DC"); der Zweikampf zwischen Bossi und Occhetto würde alle anderen Mitbewerber zu Statisten machen.

Einen auffälligen Kontrast zu den starken Worten von "Erdbeben" und "Zusammenbruch" bildeten die vergleichsweise gelassenen Kommentare zum Aufstieg der Lega Nord. Der gescheiterte christdemokratische Bürgermeisterkandidat in Mailand, Piero Bassetti, der sich nach dem Triumph der Lega zu dem Ausspruch "Es gibt kein Mailand mehr" verstiegen hatte, wurde von Eugenio Scalfari, dem Herausgeber der Tageszeitung La Repubblica, zurechtgewiesen: "Was für eine Dummheit." Erstens lohne es nicht, "gegen die Realität zu polemisieren"; zweitens müsse die Lega erst noch "die Karten aufdecken". (La Repubblica, 8.6.1993)

Kommentatoren wie Politiker verschiedener Couleur warnen davor, die Lega zu "dämonisieren". Bossis Sprüche von der Lostrennung der Nordregionen dürften nicht allzu wörtlich genommen werden; durch die Übernahme von zunächst kommunaler "Regierungsverantwortung" werde die Lega schon lernen, was Realpolitik bedeutet. Mailands neuer Lega-Bürgermeister, Marco Formentini, kündigte denn auch gleich an, er werde ein Bürgermeister "für alle Mailänder" sein.

Andere, z.B. der Republikaner Giovanni Spadolini, als Senatspräsident zweiter Mann im Staate, verwiesen auf eine angebliche Wandlung der Lega. Eine Kapitulation vor dem nordischen Sezessionismus, der noch vor nicht allzu langer Zeit laut beschworenen Gefahr einer "Balkanisierung" bzw. "Jugoslawisierung"? Oder hat sich die Lega wirklich gewandelt?

Revolte der Kleinbürger

Die mehr als zehnjährige Geschichte der Lega Nord zeigt eine gewisse Flexibilität zumindest in ihrer Darstellung nach außen. Toni Visentini beschreibt die Lega der Anfangsjahre als Gruppierung politisch orientierungsloser und verunsicherter Klein- und Kleinstunternehmer aus den Randzonen des Veneto und der Lombardei. Zusammen mit Handwerkern und Kaufleuten bilden sie die soziale Basis der Lega: "Sie alle haben einen gemeinsamen Feind: den Staat, der sie knallhart besteuert und kleinlich mit ihnen umspringt, während er gleichzeitig im Süden ... in Spendierlaune auftritt; in jenem Süden, der immer mehr der organisierten Kriminalität anheimfällt." (Visentini:28)

Betrachtet man die sehr unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit der 20 Regionen Italiens, wird das Hauptmotiv des nordischen Regionalismus schnell deutlich: Man will nicht länger "für andere" zahlen, sondern sein hart erarbeitetes Geld selbst verbrauchen. Nach einer Untersuchung der Agnelli-Stiftung decken die acht südlichen Regionen ihren Finanzbedarf maximal zu 70 Prozent (Abruzzen), die Basilicata gar nur zu 37%. Von den acht Nordregionen erwirtschaften die vier größten (Piemont, Lombardei, Venetien, Emilia-Romagna) dagegen erhebliche Überschüsse; die Lombardei deckt ihren Finanzbedarf zu 183%. Anders gerechnet: "Jeder Lombarde gibt dem Staat jedes Jahr 2.385.000 Lire (z.Zt. etwa 2.385 DM) mehr, als er aus der Staatskasse erhält." (Visentini:145) Das Programm der Lega gegen diese "Ungerechtigkeit": Teilung des Landes in drei "Makro-Regionen" mit Steuer- und Finanzhoheit. Nur noch die Landesverteidigung, die Außenpolitik und die Polizei sollen von Rom aus gelenkt werden.

Neben dem Steuerprotest steht die Kritik an der ineffizienten, die "unternehmerische Initiative" hemmenden staatlichen Verwaltung im Vordergrund. Daß Umberto Bossi später zum unangefochtenen Idol der Lega werden konnte, ist nicht nur seinem machtpolitischen und demagogischen Geschick zuzuschreiben. Er verkörpert als abgebrochener Student aus kleinen Verhältnissen, der es dennoch "aus eigener Kraft geschafft" hat, die nordischen Tugenden: Fleiß, Strebsamkeit, Opferbereitschaft.

Ein spezieller Rassismus

Der noch unbekannte Umberto Bossi verfaßt im März 1982 den Leitartikel der ersten Nummer der Zeitschrift "Lombardia autonomista"- "eine Hymne auf die Autonomie und die Einheit der lombardischen Stämme" (Visentini). Der Lokalpatriotismus der ersten kommunalen Wahllisten im Zeichen der Lega wird erweitert um Regionalismus; einen rassistischen Regionalismus, der sich aggressiv von den als faul und kriminell angesehenen Süditalienern abgrenzt. Die Frage der Zuwanderung von Menschen aus Nicht-EG-Staaten wird erst 1989 in das Programm aufgenommen und ebenfalls mit aggressiver Abgrenzung beantwortet. Zeitweilig wird ein Referendum angedroht, um einen Einwanderungsstopp durchzusetzen.

Später erscheint diese Linie nicht mehr opportun. Vor den nationalen Parlamentswahlen im April 1992 bemüht Bossi sich um Distanz zu Jean-Marie Le Pens Front National, der bei den französischen Regionalwahlen mit seiner brutalen Ausländer-raus-Kampagne gerade knapp 14% der Stimmen kassiert hatte. "Nichts, absolut nichts" habe er mit Le Pen gemein, betonte Bossi schon zwei Tage nach der französischen Regionalwahl und distanzierte sich vom "Rassismus" der französischen Nationalisten: "Jene sind Faschisten, wir sind Demokraten. Le Pen ist für den Zentralismus, wir für den Föderalismus. Wir sind Freunde aller Völker, auch der bedauernswerten Nichteuropäer, die hier keine Arbeit finden können." (Panorama, 5.4.1992)

Daß die angeblich sein Mitleid erregenden ImmigrantInnen nach dem Willen der Lega unverzüglich abgeschoben gehören, verschwieg Bossi an dieser Stelle. Bleiben darf nur, wer - unabhängig von Herkunft und Hautfarbe - sich bedingungslos den "lombardischen" (und den "deutschen" so ähnlichen) Sekundärtugenden unterwirft. In seiner Autobiographie "Vento dal nord. La mia Lega la mia vita" schreibt Bossi: "Der schwärzeste der Schwarzen hat dieselben Rechte wie mein Nachbar. Er hat aber auch dieselben Pflichten. Das heißt, er muß seinen Beitrag zum nationalen Reichtum leisten, bevor er Anspruch auf die Zuteilung von Wohnungen, Arbeitslosenunterstützung und sanitäre Betreuung erheben kann." (deutsch in Visentini:161)

In der Praxis bedeutet Bossis scheinheilige Toleranz rabiateste Abgrenzung. Dafür sorgen nicht nur der real existierende Kapitalismus und die staatlichen Gesetze; auch Bossis Parteifreunde wissen zu verhindern, daß Einwanderer wie Nachbarn behandelt werden. Zu den bevorzugten Betätigungs- wie Rekrutierungsfeldern der Lega gehören lokale Komitees gegen die Niederlassung von ImmigrantInnen. Solche Vereinigungen gedeihen besonders gut in einem Klima, das durch Lokalpatriotismus und Heimatverbundenheit geprägt ist. Für unerwünschte Eindringlinge macht es keinen Unterschied, ob sie im Namen des Nationalismus oder des Regionalismus angefeindet und vertrieben werden.

Daß für die Lega "die Ausländerfeindlichkeit nur ein Thema unter mehreren ist", macht die Sache, wie Michael Braun richtig schreibt, keineswegs besser: "Im Gegenteil: gerade daß sich die Lega nicht exklusiv und nicht erstrangig als fremdenfeindliche Partei profiliert, macht sie für eine Vielzahl von Bürgern, die es ‚nur` einmal den Politikern in Rom zeigen wollen, aber nie einem Front National die Stimme geben würden, wählbar." (Braun:134)

Wenn heute - nicht nur von Politikern, die mit Bossi ins Geschäft kommen wollen - die Lega gegen den Vorwurf des Rassismus in Schutz genommen wird, hat das weniger mit einer "Wandlung" der Lega zu tun als mit dem parteienübergreifenden Konsens, der auch in Italien in der Frage der "Ausländerbegrenzung" besteht. Brutaler als der christdemokratische Innenminister Scotti hätte auch kein Lega-Minister gegen die in Bari und Brindisi gelandeten albanischen Einwanderer vorgehen können.

"Inländer raus!"

Die Besonderheit der Lega Nord besteht in ihrem inneritalienischen Rassismus. Auch die faulen "terroni" aus Kalabrien und Sizilien sollen aus dem reichen Norden verschwinden. Nachgeholfen werden soll über spezielle Verordnungen, die den in der Region Geborenen vorrangige Berücksichtigung bei der Vergabe von

"Arbeitsplätzen, Aufträgen, Wohnungen, Fürsorge, Zuschüssen" garantiert. In einem Flugblatt der Liga Veneta wird diese Forderung konkretisiert. Aus dem Süden zugezogene Lehrerinnen und Lehrer sollten aus den Schulen des Nordens verschwinden, "damit man in unseren Schulen unsere Sprache spricht und unsere Luft atmet; damit unsere Lehrer nicht arbeitslos bleiben, um den Privilegien anderer Platz zu machen; damit unsere Kinder gute Verteidiger unserer Freiheiten werden und nicht gute Sklaven." (zitiert in La Repubblica, 6.11.1986)

Unmittelbaren Terror gegen die "Schmarotzer aus dem Süden" (Italiens und der Welt) überläßt die Lega den Skinheads, deren zweite Hochburg neben Rom die lombardische Metropole ist. Seit den 80er Jahren hat es Hunderte schwerer Körperverletzungen gegen Zuwanderer aus dem Süden gegeben; mindestens ein Süditaliener ist aus rassistischen Motiven von Landsleuten aus dem Norden erschlagen worden.

Von der Lega wird die Einschüchterung und Vertreibung der Zugereisten mit etwas feineren Mitteln betrieben. Ende Oktober 1992 tauchten im Trentino Plakate der Giovani del Nord, der Jugendorganisation der Lega, auf, die in ganz Italien für Schlagzeilen sorgten. In dem sarkastisch-höflich gehaltenen Offenen Brief werden die in Norditalien lebenden "ehrlichen und braven" Sizilianer, Calabresen und Campanier zu einem "mutigen Akt" aufgefordert: "Geht nach Hause! Die organisierte und protegierte Kriminalität hat sich Eurer Heimat bemächtigt, und die armen Menschen dort brauchen Euch. Unsere Söhne sind dorthin gegangen und wurden mit Gewehrschüssen empfangen. In ein feindseliges Land, wo Rassismus und Kriminalität überhand nehmen und wo die Präsenz der Gebirgsjäger und aller unserer jungen Soldaten angefeindet wird, soll die Zivilität zurückkehren." (zitiert in La Repubblica, 27.10.1992)

Zwar sah sich Umberto Bossi, dem die "Ungeschicklichkeit" der Lega-Jugendlichen zweifellos ungelegen kam, zu einer halbherzigen Distanzierung gezwungen. Andererseits sind solche "spontanen" Aktionen logische Folge der jahrelangen Agitation der Lega, der ständigen Beschwörung der Katastrophe. "Falls der Niedergang weitergeht, wird Italien definitiv ein mediterranes Land: eine Mischung aus Nordafrika, Balkan und Mittlerem Osten" - diese Schreckensvision von Gianfranco Miglio, dem Chefideologen der Lega, der mit seinen Tiraden Bossi bisweilen in den Schatten stellt, legt akuten Handlungsbedarf nahe.

Die Lega hat den Haß des Nordens auf den Süden zweifellos nicht geschaffen. Als die inneritalienische Migration in den 50er und 60er Jahren Millionen von Menschen aus den Südregionen in die Industriestädte des Nordens führte, ging es ihnen dort zunächst kaum besser als italienischen "Gastarbeitern" in Deutschland. Pensionswirte in Turin und Mailand hängten Schilder aus mit der Aufschrift: "Wir vermieten nicht an Süditaliener". Die Militanz der Arbeiterkämpfe im "Heißen Herbst" 1969, deren Träger fast ausschließlich zugewanderte Süditaliener waren, erklärt sich auch aus den außerhalb der Fabrik erlebten Demütigungen.

Anfang der 80er Jahre sorgten menschenverachtende Sprüh-Parolen international für Schlagzeilen: "Forza Etna" - eine Aufforderung an den wieder aktiv gewordenen Vulkan, ganz Sizilien zu verschlingen. Fans des AC Mailand ("Brigate Rossonere" - "Schwarzrote Brigaden") erschienen mit einem riesigen Transparent im Stadion: "No alla vivisezione - usiamo i Napoletani" ("Nein zu Tierversuchen - nehmen wir Neapolitaner").

Die Lega hat die Parole "Inländer raus!" zum politischen Programm erhoben und ihr damit Seriosität verliehen. Noch im Dezember 1992 forderte Gianfranco Miglio "Grenzpfähle zwischen denen und uns". (Der Spiegel, 52/1992) Um das durch den Korruptionsskandal ramponierte Ansehen ihrer Stadt wiederherzustellen, argumentierten Mailänder Repräsentanten der Lega mit den Einflüssen von Blut und Boden: Wohl sei Bettino Craxi, der Oberschurke, ein Sohn ihrer Stadt, er habe aber süditalienische Vorfahren! Aus Sicht dieser Leute wurde die einstige "moralische Hauptstadt Italiens" von einer gezielt eingeschleppten römischen Krankheit infiziert.

Als Verteidiger des "Gesunden" und "Normalen" treten Bossi und Gefolgschaft auch gegenüber Schwulen auf. "Ein Homosexueller ist eine Person mit schwacher, instabiler Toleranz", findet Bossi (L'Europeo, 14.9.1990, zitiert bei Balbo/Manconi), und Gianfranco Miglio geht noch weiter: "Die Homosexuellen sind Kranke: es ist die Form einer weit verbreiteten Krankheit genetischen Typs; sie können nicht als normal betrachtet werden." (La Stampa, 15.3.1993, zitiert ebd.)

Rechtspopulismus

und Nationalismus

Der Rassismus der Lega und ihre Intoleranz gegenüber Minderheiten erklären den Wahlerfolg aber nur zum Teil. Unverzichtbarer Bestandteil ihres Erfolgsrezepts ist die Konfrontation mit den Parteien des "alten Systems", die vor allem Umberto Bossi mit seinen maßlosen, aber wohlkalkulierten Schimpftiraden gegen "Rom" meisterhaft zu inszenieren versteht. Die Democrazia cristiana sei eine "Partei von Schurken, die wir in zwei Teile spalten werden". Der zentrale Slogan der Lega hieß über Jahre hinweg "Roma ladrona - la Lega non perdona" (zu deutsch etwa: "Räuberisches Rom - die Lega kennt kein Pardon"). 1991 erfand Bossi eine besonders eingängige und entsprechend häufig zitierte Parole: "La Lega ce l'ha duro" ("Die Lega hat einen stehen") - so werden die (nicht nur politisch?) impotenten Konkurrenten der Lega zusätzlich der Lächerlichkeit preisgegeben.

Auch Lynchjustiz sei eine Art von Justiz, befand Gianfranco Miglio. Der Lega-Deputierte Leoni Orsenigo erschien im März 1993 in der Abgeordnetenkammer mit einem Galgenstrick, den er drohend in Richtung der Regierungsparteien schwenkte. Im September 1993 bezeichnete Bossi die auf Zeit spielenden Führer der Regierungsparteien als "Banditen, die man an die Wand stellen sollte, so wie sie die Faschisten nach dem Krieg liquidiert haben." (La Repubblica, 24.9.1993) Auch vor Drohungen gegen die in Sachen Korruption ermittelnden Richter und Staatsanwälte schreckte er nicht zurück: "Wenn ein Richter uns in die Schmiergeldaffäre hineinziehen will, soll er wissen, daß sein Leben nur noch 300 Lire wert ist. Wir sind schnell mit den Händen, und bei uns kosten Patronen nur 300 Lire." (ebd.) Der Ansehensverlust des "alten Systems" der Partitocrazia (Parteienherrschaft), das Bedürfnis nach Rache und die Sehnsucht nach unbelasteten Saubermännern machen es möglich, daß die Lega mit solchen faschistoiden Provokationen auch bei Menschen Sympathien gewinnt, denen die "Republik des Nordens" ziemlich gleichgültig ist.

Vor allem Bossi und Miglio beherrschen die Kunst, mit Aktionen und Verlautbarungen Politik zu machen, die "eher provokatorischer und symbolischer" als realpolitischer Natur sind (der Politologe Renato Mannheimer in l'Unità , 1.7.1991). In die Kategorie Symbolpolitik gehört auch Bossis vielzitierte Drohung, zu den "Kalaschnikows" zu greifen, die Gianfranco Fini, der Sekretär des neofaschistischen MSI, sogleich dankbar aufgriff: "Wenn Bossi wirklich, wie er androht, die Kalaschnikows herausholen würde, könnte man, glaube ich, jemandem, der Italiener bleiben will, nicht verbieten, nicht nur mit Ideen, sondern auch mit den Händen zu kämpfen." (La Repubblica, 20.10.92)

Solche verbalen Kraftmeiereien lassen Lega und MSI als Todfeinde erscheinen. Was beide vor allem trennt, ist ihre Stellung zum italienischen Einheitsstaat. Die Neofaschisten sind naturgemäß die vehementesten Verteidiger der "heiligen unverletzlichen Einheit der Nation" (der christdemokratische Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro).

Die Versuche der Lega, einen eigenen Nationalismus des Nordens zu schaffen, sind bislang wenig erfolgreich gewesen. Die Liga Veneta beschwört den Mythos einer "venezianischen Nation", die Lega Lombarda gründet die lombardische "Identität" auf den mittelalterlichen Helden Alberto da Giussano, der im 12. Jahrhundert dem deutschen König Friedrich I. Barbarossa trotzte und dessen Bild zum Symbol der Lega Nord wurde. (Mittlerweile bezweifeln die Historiker, ob der edle Ritter mit dem hoch erhobenen Schwert überhaupt existiert hat.) Bei medienwirksamen Veranstaltungen in Pontida und anderen Wallfahrtsorten der Bewegung kleiden sich Lega-Anhänger auch gern in Kostüme der mittelalterlichen Lega Lombarda, des norditalienischen Städtebundes gegen Barbarossa. Auf dem Lega-Fest in Gorgonzola im Sommer 1991 forderte Bossi für die Olympischen Spiele in Barcelona eine italienische Mannschaft "mit gekennzeichneten Mannschaftsteilen für den Norden, das Zentrum und den Süden" (La Repubblica, 13.8.91). Skurrilitäten dieser Art scheinen bei den lombardischen Regionalpatrioten anzukommen.

Darüberhinaus erstreckt sich die Traditionspflege der Lega auf den jeweiligen Heimatdialekt - was Umberto Bossi auf dem letzten Kongreß der Liga Veneta allerdings als "Absurdität" bezeichnete. Mit Provinzialismus wird "Rom" nicht einzunehmen sein. Und "Europa" schon gar nicht. Eine wesentliche Triebkraft der Revolte des Nordens ist die Angst, den Anschluß an die europäische Einigung zu verpassen, weil man, behindert durch den süditalienischen Klotz am Bein, das Tempo nicht mithalten kann. So wurde denn - ganz im Stil der neuen Zeit - die "lombardische Kultur der Arbeit" zur identitätsstiftenden Ideologie.

Woher kommen

die Wähler der Lega?

Es liegt nahe, in der Lega Nord eine reine Mittelstandsvereinigung zu sehen. Alexander Langers Charakterisierung der "typischen" Lega-Anhänger klingt plausibel: "... erfolgreiche 'self-made-men', deren utopischer Horizont noch am ehesten in den Schweizer Kantonen und den dazugehörigen Banken und der allgemeinen Volksbewaffnung zu suchen ist." (Kommune 6/1990) In den vergangenen Jahren hat die Lega ihre soziale Basis erheblich verbreitert. Ein Spiegelbild der Gesellschaft ist die Anhängerschaft der Lega zwar nicht; entsprechende Behauptungen sollen lediglich den Anspruch untermauern, die Lega müsse als neue "Volkspartei" nunmehr den Platz der DC einnehmen. Nach wie vor dominieren - vor allem in der Mitgliedschaft - die alten und neuen Mittelschichten, während Arbeiter nicht nur als Mitglieder, sondern auch in der Wählerschaft der Lega unterrepräsentiert sind.

Während der neofaschistische MSI sein Hauptpotential bei den Über-Fünfzigjährigen hat, zieht die Lega verstärkt junge Leute an, auch Studenten. Selbst von der im Norden aufgewachsenen zweiten Generation der Einwanderer aus dem Süden wird sie inzwischen gewählt.

Für die Parlamentswahlen im April 1992 hat das Meinungsforschungsinstitut DOXA die Wählerwanderungen zur Lega ermittelt. 24,5% haben noch 1987 DC gewählt; 18,9% PCI; 11,2% PSI; 5,9% PRI (Republikaner); 7,7% MSI. (La Repubblica, 8.4.92) Berücksichtigt werden muß dabei allerdings, daß der PCI 1987 knapp doppelt so viele Stimmen bekommen hatte wie der PSI und viereinhalb mal so viele wie der MSI. Die Ergebnisse der Teilkommunalwahlen im Juni 1993, die, auf die nationale Ebene hochgerechnet, eine Verdopplung des Stimmenanteils der Lega bedeuten würden, zeigen zudem einen von den DOXA-Zahlen abweichenden Trend: Die Lega gewann hauptsächlich zu Lasten von PSI und DC, während der PDS sein Ergebnis von 1992 stabilisieren konnte.

Daß dem Boom der Lega auch im rechtslastigen, offen fremdenfeindlichen Wählerpotential Grenzen gesetzt sind, belegt die Region Trentino/Alto Adige (Trento-Südtirol). Gegen die dominierende Kraft der Deutschsprachigen, die Südtiroler Volkspartei (SVP), hat die Lega keine Chance. Bei der Wahl zwischen rechten Krakeelern und ebensolchen Realpolitikern haben sich die "Deutschen", eine der privilegiertesten nationalen Minderheiten der Welt, aus gutem Grund für letztere entschieden. Die 8,9% der Lega im Wahlkreis Trento-Bozen - nur 0,2% mehr als in Gesamt-Italien und etwa die Hälfte ihres Stimmenanteils in sämtlichen Nordregionen - sind fast ausschließlich "italienische" Stimmen, von denen 2,3% als Verluste des MSI zu Buche schlagen.

Dabei zeigt die Programmatik der SVP auffallende Ähnlichkeiten mit den Forderungen der Lega. Ziel ist die Schaffung einer "grenzüberschreitenden europäischen Region Tirol" in einem "Europa der Regionen" und eine "echte Föderalisierung Italiens". Trotz dieser Gemeinsamkeiten sieht die SVP den steilen Aufstieg der Lega Nord mit gemischten Gefühlen, und das nicht nur wegen der Konkurrenz bei den Wahlen. Die SVP hat es, aufbauend auf die Bombenanschläge der 60er Jahre (verniedlichend "Bumserzeit" genannt) und unterstützt von der "Schutzmacht" Österreich und anderen einflußreichen Freunden (Strauß), verstanden, für ihre Klientel optimale Bedingungen herauszuholen. Ernsthafte Motive für eine Abspaltung Südtirols und seine Angliederung an Österreich gibt es nicht. Das Durchschnittseinkommen ist in Südtirol erheblich höher als in Gesamtitalien, es übersteigt auch das österreichische. Die Arbeitslosenrate im südlich angrenzenden Trentino ist doppelt so hoch wie die in Südtirol; in Österreich gibt es, prozentual gerechnet, sogar dreimal so viele Erwerbslose wie in der nördlichsten italienischen Provinz.

Solange das so bleibt, wird Gianfranco Miglios Herzenswunsch, man werde ihn eines Tages beim Grenzübertritt "in das Gebiet, das heute Alto Adige heißt, nach dem Paß fragen" (La Repubblica, 24.9.1993), nicht in Erfüllung gehen. Die schrillen Töne, die von den Repräsentanten der SVP immer dann zu hören sind, wenn sie sich von "Rom" brüskiert fühlen, sind stets wohlkalkuliert. Das sehr viel hemmungslosere Los-von-Rom-Geschrei der Lega stiehlt der SVP nun mehr und mehr die Schau. Die Produzenten von Sensationsmeldungen, die noch vor ein paar Jahren den Nationalitätenkonflikt in Südtirol mit der Situation im Kosovo verglichen (und damit der SVP Argumente für die Verhandlungen um das Autonomie-Paket lieferten), konzentrieren ihre Phantasie nunmehr auf potentielle Bürgerkriegsschauplätze in den angrenzenden Regionen.

Italien ohne Italiener?

Neben dem Trentino/Alto Adige gibt es im Norden zwei weitere Regionen mit Sonderstatut: das Aostatal im Westen und Friuli/Venezia-Giulia im Osten. Die übrigen beiden Regionen mit Sonderstatut sind Sardinien und Sizilien. Der besondere Status der fünf Regionen "besteht in der Regelung der Rechte der jeweiligen ethnischen Minderheiten auf Ausübung bzw. Respektierung der kulturellen und sprachlichen Eigenarten in Schule, öffentlichen Stellen und weitergehende Autonomie im Verkehrswesen, Tourismus und Wasserwirtschaft". (Drüke:138)

In Sizilien kommt die regionale Polizeihoheit hinzu. Das dort 1946 ausgehandelte Sonderstatut ist nur scheinbar das Ergebnis separatistischer Bestrebungen. Entscheidend war die vorausschauende Politik der Mafia, die schon 1943 den US-Truppen bei ihrer Landung auf Sizilien beratend zur Seite gestanden hatte und mit Posten in den kommunalen Verwaltungen belohnt worden war. Zur Absicherung und zum Ausbau ihrer wieder erlangten Macht warb die Mafia "Banditen wie den legendären Salvatore Giuliano an, die Angriffe auf Polizei- und Carabinieri-Stationen und -Trupps vornahmen und in Rom den Eindruck einer mächtigen Separatistenbewegung hervorriefen. In Flugblättern und Wandplakaten (die z.T. der amerikanische Geheimdienst hergestellt hatte) wurde gar eine Angliederung Siziliens an die Vereinigten Staaten gefordert. Endeffekt: um der ‚Bewegung` die Spitze zu nehmen, gab die letzte monarchistische Regierung den Sizilianern ihr Sonderstatut." (Raith:56)

In den süditalienischen Festlandsregionen sind Autonomiebestrebungen dagegen marginal. Werner und Xenia Raith erklären diesen Umstand auch mit der jahrhundertelangen Beherrschung Süditaliens durch fremde Mächte. Die Menschen Süditaliens hätten gelernt, "sich mit den Mächtigen, den jeweils Herrschenden zu arrangieren." - "Wie es scheint, sind die Neapolitaner und die Calabresen vor allem daran interessiert, von Rom einigermaßen in Ruhe gelassen zu werden - mehr nicht." (Raith:58)

Auf dem Hintergrund der italienischen Geschichte seit der Staatsgründung im Jahre 1861 erscheint es paradox, daß separatistische Bestrebungen nun ausgerechnet im reichen Norden massenhaft Anhänger mobilisieren. Durch die Art und Weise der Staatsgründung - Anschluß der einzelnen Staaten an Piemont -, den Zentralismus nach napoleonischem Muster und das Zensuswahlrecht, das die bäuerlichen Massen auch nach der Reform von 1882 besonders benachteiligte, wurde die Spaltung zwischen Stadt und Land, zwischen Norden und Süden ein wesentliches Merkmal des neuen "Einheitsstaates". Seine Freihandelspolitik öffnete ausländischer Konkurrenz die Grenzen und führte vor allem im Süden zum völligen Verschwinden der Heimindustrie und zum Sinken der Agrarpreise. "Der neue Staat erhielt so einen stark bürokratischen, von den großen Vermögen beherrschten Charakter. Der großen Mehrheit erschien der Staat lediglich in der Gestalt des Steuereintreibers verkörpert und bestand im wesentlichen aus der Verpflichtung zum Militärdienst. Der neue Staat wurde bald unpopulär ... Die Unpopularität und die Distanz zwischen Regierenden und Regierten waren der eigentliche Preis der Einigung. Auch heute noch hat Italien dafür zu bezahlen." (Procacci:279)

Die berühmte Forderung Cavours - "Italien haben wir geschaffen. Nun geht es darum, die Italiener zu schaffen" - konnte selbst der Faschismus nicht in seinem Sinne zufriedenstellend erfüllen. Darüber konnte auch der Rückgriff auf das "Römertum", die operettenhafte Kopie des antiken Rom zur Zeit des Kaisers Augustus, nicht hinwegtäuschen: "Das Römertum blieb ein Wert, der bei den Massen keinen großen Anklang hatte." (De Luna:85) Am größten war die nationale Begeisterung nach dem Überfall auf Äthiopien und der Ausrufung des italienischen Kaiserreichs durch Mussolini im Mai 1936.

Die Herstellung nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls durch Abgrenzung von einem äußeren "Feind" funktioniert auch heute; und leider nicht nur, wenn es gilt, andere Nationen im Fußball zu besiegen. Die Feindseligkeiten gegenüber den "extracomunitari" (Einwanderer von außerhalb der EG) kulminierte in den vergangenen Jahren immer wieder in regelrechten Menschenjagden, auch im Süden des Landes. In der apulischen Ortschaft Stornara schlug die mit Knüppeln bewaffnete Bevölkerung im August 1993 Hunderte afrikanischer Saisonarbeiter in die Flucht.

Das in solchen rassistischen Rasereien hergestellte Gefühl der Gemeinsamkeit ist allerdings mit dem Begriff Nationalismus höchst unzureichend beschrieben, auch wenn der Mob sich - bei der Verfolgung der "marocchini" (Marokkaner, rassistischer Sammelbegriff für afrikanische Einwanderer) so richtig "italienisch" vorkommen mag. Der inneritalienische Riß bleibt, das rassistische Überlegenheitsgefühl des Nordens ebenso wie das tiefe Mißtrauen des Südens gegen die "Piemontesen".

Das Ende des "alten Systems" in Osteuropa und in Italien

In den ersten Jahren ihres Bestehens kamen die Leghe (Ligen) über bescheidene Wahlerfolge nicht hinaus. Bei den nationalen Wahlen des Jahres 1987 erhielt die Lega Lombarda 0,7% und einen Sitz in der Abgeordnetenkammer (camera dei deputati). Selbst in den Nordregionen kam die Lega 1897 nur auf 2,9%. Umberto Bossi wurde in seinem Heimatwahlkreis Varese in den Senat (senato), die zweite Kammer des Parlaments, gewählt. Obwohl er mittlerweile in die Abgeordnetenkammer gewechselt ist, wird er von seinen Anhängern weiterhin als "senatùr" angeredet (lombardisch für senatore).

Der eigentliche Durchbruch gelang bei den Europawahlen 1989, als die Lega in der Lombardei 8,1% und zwei Sitze im europäischen Parlament erreichte. 1989 ist nicht zufällig das "Jahr der Wende" auch für die Lega Nord. Mit dem Ende des Realsozialismus, das sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre abgezeichnet hatte, änderten sich auch wesentliche Bedingungen der italienischen Politik.

Seit Kriegsende war die Parteienkonstellation ein verkleinertes Abbild des globalen Ost-West-Gegensatzes gewesen. Als die Anti-Hitler-Koalition zerbrach, waren auch die Tage der antifaschistischen Einheitsfront gezählt. An die Stelle des Comitato di Liberazione Nazionale (CNL), bestehend aus Kommunisten, Sozialisten, Liberalen, Christdemokraten und den Radikaldemokraten der Aktionspartei (Partito d'azione) traten zwei politische Blöcke. Um die seit 1945 ununterbrochen regierenden Christdemokraten gruppierten sich die kleineren laizistischen Parteien. Den Gegenpol bildete die kommunistische Partei, bis 1956 im Bündnis mit den Sozialisten. Gestützt auf den "fernen, aber wirksamen Schutz der USA" (Lucio Caracciolo, Frankfurter Rundschau, 2.4.1992), übernahm die DC die Funktion einer Staatspartei. Als eines von zwölf Gründungsmitgliedern trat Italien im April 1949 der NATO bei und blieb bis heute deren wichtigster Stützpunkt im Mittelmeerraum.

Die scharfe Konfrontation zwischen links und rechts drückte sich auch in enger Bindung der Menschen an "ihre" Partei aus. Ganze Familien dachten und wählten christdemokratisch, kommunistisch oder sozialistisch. Konnte sich die DC der Unterstützung durch die katholische Kirche sicher sein, so verstand es der PCI, eine linksdemokratische Gegenkultur zu schaffen. Die in den 70er Jahren forcierten Bemühungen des PCI, im Bündnis mit der DC "Regierungsverantwortung" zu übernehmen, scheiterten nicht etwa an unüberbrückbaren Differenzen. Alle Selbstverleugnung nutzte dem PCI nichts, nicht nur wegen der teils offenen, teils versteckten Einmischung der USA (und auch der BRD unter Helmut Schmidt). Für die DC war der Antikommunismus unverzichtbarer Bestandteil ihrer politischen Identität. Mit dem Kollaps des Realsozialismus geriet nicht nur der Kommunismus, sondern auch der Antikommunismus in die Krise.

Die veränderte Weltlage war letztlich auch die Voraussetzung dafür, daß das im Prinzip bekannte System der illegalen Parteienfinanzierung unter Anklage genommen werden konnte. Ermittlungen gegen die drei vor kurzem noch mächtigsten Männer der italienischen Politik - Craxi, Andreotti und Forlani - konnten nunmehr als interne Angelegenheit Italiens behandelt werden. Der Aburteilung der Schurken steht keine Einschränkung der "nationalen Souveränität" durch die Führungsmacht des westlichen Bündnisses mehr im Wege.

Nicht nur die abnehmende Ausstrahlung nicht mehr zeitgemäßer Ideologien (vor allem des christdemokratischen Antikommunismus), auch die organisatorische Schwäche der einstmals mächtigen Parteien erleichtert vielen WählerInnen die Neuorientierung: Vor allem im Norden haben die politischen Kräfte, ohne die bis vor kurzem bei der Vergabe von Aufträgen und Jobs nichts lief, nicht mehr viel anzubieten.

Die Lega Nord, die ihre Agitation ganz auf das "korrupte System" und dessen kriminelle Profiteure ausgerichtet hat, besitzt in den Augen vieler einen entscheidenden Vorteil. Sie hat anscheinend keine Schmiergelder genommen, kann sich also - glaubwürdiger als der mitbelastete PDS - als Vereinigung von Saubermännern präsentieren. (Die Versuche, der Lega doch irgendwelche unsauberen Geschäfte anzuhängen, haben bisher etwas Klägliches; u.a. wurde der Vorwurf erhoben, es seien Fraktionsgelder aus dem Europaparlament zweckentfremdet worden.)

Sezessionismus

oder Föderalismus?

Politiker und Kommentatoren, die einen politischen "Reifungsprozeß" der Lega Nord behaupten - gewissermaßen vom "Fundamentalismus" zur "Realpolitik" - können für ihre These einige Indizien vorbringen:

z.B.: Bossis Überlegung, in Mittel- und Süditalien künftig unter dem Namen "Lega Italia Federale" anzutreten, um die Lega auch außerhalb der Nordregionen wählbar zu machen. Daß diese Ligen des "föderalistischen Italien" keineswegs autonom wären, sondern nur den "Wind des Nordens" in den Süden tragen sollen, hat Bossi sogleich klargestellt: "Es ist der Wind des Nordens, der weht, nicht der Wind Orlandos und nicht der mafiose Wind: es ist der Wind desjenigen, der schon in Europa ist, einem Europa, das auch der Süden zu wollen beginnt." (La Repubblica, 24.4.1993)

Als Absage an den Sezessionismus kann auch Bossis Aufforderung auf dem Lega-Fest in Pontida im Juli 1993, der Süden solle sich an einem künftigen Steuerstreik beteiligen, interpretiert werden. Seine Parole von der "Auferstehung des Südens" ist innerhalb seiner weniger flexiblen Anhängerschaft zwar ebenso umstritten wie die Redewendung, "dem Süden noch eine Chance zu geben." Bisher sind das allerdings bloße Redensarten zum Zwecke des Einsammelns von Wählerstimmen. Als die von Entlassung bedrohten Chemiearbeiter von Crotone (Kalabrien) im September 1993 unerwartet militant für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpften, waren es nicht zuletzt Exponenten der Lega, die vor Zugeständnissen warnten: Die Schaffung eines Präzedenzfalles würde nur zur Nachahmung ermuntern und die notwendige Stillegung unrentabler Industrieanlagen verzögern.

Bossi verwendet auch einige Mühe darauf zu beteuern, daß die immer mal wieder angedrohte Lostrennung des Nordens nicht gegen den Süden, sondern gegen das "alte System" gerichtet sei. In seiner am 26.9.1993 in Curno gehaltenen Rede, die international für Aufregung sorgte, stellte Bossi dem Staatspräsidenten und den Parteien ein Ultimatum, in dem der Corriere della sera (27.9.1993) "drei Schritte zur Sezession" sah: ab sofort Steuerstreik (Zahlungen nur noch an die Kommunen), Plebiszit über den Föderalismus und, falls nicht ein Wahltermin spätestens im Frühjahr 1994 verbindlich festgelegt werde, Rückzug der Lega-Abgeordneten und -Senatoren aus Rom und Bildung eines eigenen Parlaments der zu gründenden Republik des Nordens.

Auch diese Kampfansage - eigentlich eine strafbare, weil gegen die staatliche Einheit gerichtete Handlung - wollte Bossi nicht als antisüdlichen Sezessionismus, sondern als revolutionären Akt des Volkes gewertet wissen: "Nicht der Norden ist gegen den Süden, sondern das Land ist gegen die Regierung, gegen das System." (Corriere della sera, 27.9.1993) Nach der einhelligen Empörung, die seine Rede auslöste, verwahrte Bossi sich gegen die "Verleumdung", er habe zur Spaltung des Landes aufgerufen: "In Curno habe ich im Namen des ganzen italienischen Volkes gesprochen." (Corriere della sera, 1.10.1993)

Wie dieses zweifelhafte Angebot zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind - "das System" - vom "Volk" des Südens aufgenommen wurde, ist den italienischen Medien nicht zu entnehmen. Die Entrüstung der Parteienvertreter vom MSI bis hin zu Rifondazione comunista war einhellig: "Italien ist nicht teilbar" (Ministerpräsident Ciampi). Auch der Papst intervenierte, wenn auch ohne Namen zu nennen, zugunsten des "Gemeinwohls" und gegen "Partikularinteressen". Noch deutlicher wurde Italiens bekanntester Kapitalist, FIAT-Chef Giovanni Agnelli: "Die Spaltung des Landes wäre kriminell und gegen die Geschichte." (Corriere della sera, 1.10.1993)

Die falschen Feinde der Lega

Daß die Breite und Lautstärke der Ablehnungsfront gegen Bossis Ultimatum nicht nur beruhigend wirkt, hat der Historiker Ernesto Galli della Loggia hervorgehoben. Im Leitkommentar des Corriere della sera (1.10.1993), überschrieben "Die falschen Feinde Bossis und der Lega", geißelt er die Leerheit der wortgewaltigen Empörung, die immer dann inszeniert wird, wenn die nationale Einheit bedroht scheint: "Der Antileghismo ... zielt fast ausschließlich darauf ab, die sezessionistische Drohung zu übertreiben, um sie rhetorisch gegen Bossi zu wenden." Wer die Gefahr des Sezessionismus ernst nehme, müsse eigentlich unverzüglich handeln: "Dem, der einen auf offener Straße überfällt, erklärt man nicht, daß er ein großer Schurke sei; man versucht zu verhindern, daß er einen angreift". Unfähig, "der Idee der italienischen Einheit neues Leben zu geben", sei der parteiübergreifende Anti-Bossi-Chor nicht nur sinnlos, sondern kontraproduktiv. Der Öffentlichkeit bestätige er Bossis These, er sei der Hauptfeind des Regimes und alle seien gegen ihn.

Die Kommunalwahlen im November und Dezember 1993 haben darüberhinaus gezeigt, daß nicht nur die Lega, sondern mehr noch der neofaschistische MSI von der alles beherrschenden Konfrontation gegen den nordischen Separatismus profitiert. Über 30% in Rom und Neapel bedeuten für den MSI eine Steigerung um mehr als das Dreifache; bei den Stichwahlen um das Bürgermeisteramt votierten in den beiden größten

Städten Italiens gar fast 50% für die Kandidaten des MSI. Das ist auch Folge eines parteienübergreifend verbreiteten Katastrophismus, demzufolge die Einheit des Landes unmittelbar bedroht ist. In Rom und Neapel hat der MSI - vehementester Vertreter der Parole "Dreigeteilt niemals!" - auch von der bewußt geschürten Angst vor dem Sezessionismus profitiert.

Nach dem Schock, den die neofaschistischen Erfolge von Rom und Neapel ausgelöst haben, ist eine Option wahrscheinlicher geworden, die sich die Vertreter des "Regimes" - bei aller wortgewaltigen Verurteilung des nordischen Sezessionismus - immer offen gehalten haben: die Zusammenarbeit (was nicht notwendigerweise heißen muß: Koalition) mit der Lega Nord. Diese Zusammenarbeit gibt es ja bereits. Achille Occhetto, der nach Bossis Rede in Curno die Lega als die mit allen Mitteln zu bekämpfende neue Rechte definierte, vertraute dabei auf das kurze Gedächtnis seiner Anhänger. In Varese hat der PDS der Lega Anfang 1993 zum ersten Bürgermeisterposten in einer Provinzhauptstadt verholfen. Das eigenartige Bündnis der "neuen Formation der Linken" (Occhetto) mit der "neuen Rechten" (derselbe) wäre auch auf höherer Ebene möglich, vorausgesetzt, die Lega läßt ihren Sezessionismus fallen.

Ob sie das kann, ist fraglich. Ernesto Galli della Loggia, der Kommentator des Corriere della sera: "Vielleicht gehört die Sezession nicht zu den wahren Zielen der Lega, aber sicherlich ist sie ein absolut unverzichtbares Element ihres Image, der Art, wie ihre politische Botschaft insgesamt wahrgenommen wird. In der Tat ist das sezessionistische Spektrum mit dem brisanten in ihm enthaltenen subversiven Potential, das was die antagonistische Radikalität der Lega garantiert, der nicht integrierbare Charakter ihrer Opposition. Der Sezessionismus ist also die symbolische Hülle der Andersartigkeit, das Versprechen, daß man es ernst meint." (Corriere della sera, 1.10.1993)

Wenn diese Interpretation stimmt, könnte die Lega, je nach Lage und Taktik, das Spiel noch eine gute Weile weiter treiben: mal militant sezessionistisch, mal staatstragend und konstruktiv wie bei der Konstituierung der Regierung Ciampi im Mai 1993, als ihre Parlamentarier sich der Stimme enthielten. Und - nach einer weiteren Steigerung des Stimmenanteils bei den nächsten Wahlen - wäre sie im Prinzip bereit zum Eintritt in die Regierung, ohne auf separatistische Drohgebärden ganz zu verzichten.

Warum ist die Lega gefährlich?

Während der PSI-Politiker Ugo Intini vor dem Bürgerkrieg warnte - "Jugoslawien ist nicht so weit entfernt, wie manche glauben" (FR, 28.9.1193) - versuchte Gianfranco Miglio dem Konzept der "Republik des Nordens" die Bedrohlichkeit zu nehmen: "Zuerst wird es im Norden ein Plebiszit über den Föderalismus geben, bei dem wir dem neuen Parlament vorschlagen werden, unsere Verfassung auszuhandeln. Wenn das nicht geschieht, werden wir sie allein ausarbeiten und präsentieren: zur Annahme oder Ablehnung. Eine föderale Verfassung bedeutet nicht Zerfall. Sie ist nur ein anderes Modell der Gewaltenteilung." (Corriere della sera, 5.10.1993)

Dieser scheinbar legale Weg zur Autonomie könnte auch für Kräfte akzeptabel sein, die die Gefahr des Sezessionismus in den schrillsten Tönen beschreien. "Föderalismus" ist ein von allen Parteien benutztes Modewort. Auch FIAT-Chef Agnelli, "Piemontese" und "Italiener" aus Überzeugung, räumt ein, "daß Italien sehr zentralisiert ist und daß Gewalten und Institutionen dezentralisiert werden müssen." (Corriere della sera, 1.10.1993) Die von ihm ins Leben gerufene Agnelli-Stiftung, ein Kultur- und Forschungsinstitut, hat schon 1992 vorgeschlagen, die Zahl der Regionen von 20 auf zwölf zu reduzieren, indem z.B. die Toskana und Umbrien zur "Toscumbria" zusammengefaßt werden - eine Idee, die Umberto Bossi mit den Worten kommentierte: "Wenn man anfängt, über die Anzahl der Regionen zu diskutieren, dann ist es offenkundig, daß ich gewonnen habe." (zitiert bei Visentini:163) Statt bisher drei brachte Bossi "fünf oder sechs Makroregionen" ins Spiel, die sich selbst finanzieren sollen - ein etwas anderes Modell der Abkopplung des Südens.

Daß die Subventionen für den Süden reduziert werden müssen, ist zwischen Bossi und Agnelli unstrittig. Als Verfechter einer wirtschaftspolitischen Radikalkur, der gleichzeitig als Rebell gegen das korrupte Parteiensystem auftritt, könnte Bossi für die italienischen Kapitalisten noch von einigem Nutzen sein. Seine "Analyse" gehe davon aus, "daß Italien ein Land des realen Sozialismus ist bzw. war", hat Bossi erklärt. (Interview in Das Parlament, 9./16.4.1993) Bei der Abwicklung dieses Wirtschaftssystems sollen die bekannten Rezepte helfen: Privatisierung, Reduzierung der Staatsverschuldung, "wirkliche Industriepolitik", Abbau des Sozialstaats. Damit das Kapital gegen seine europäischen Konkurrenten bestehen kann, müßten im

Dienstleistungsbereich mehr als eine Million Beschäftigte eingespart werden, weiß der "senatùr", fügt allerdings hinzu: "theoretisch".

Opfer sollen nach seinem Willen vor allem im Süden erbracht werden: "Man muß dem Süden helfen, sich vom Zentralismus und vom Subventionismus zu befreien. Ein erster Schritt wäre, die Löhne an die 30 bis 40 Prozent niedrigeren Lebenshaltungskosten im Süden anzupassen. Dadurch würden die Unternehmer im Mezzogiorno endlich wettbewerbsfähig." (Interview im Hamburger Abendblatt, 9./10.10.1993)

Ob die Lega wegen dieser hemmungslosen Offenheit in eine der nächsten Regierungen gerufen wird, ist dabei nicht die alles entscheidende Frage. "Nicht die Rechten sind das Problem, das Problem ist der Rechtsruck der anderen", erklärte der ehemalige Abgeordnete der Grünen, Sergio Andreis, schon nach den Wahlen im April 1992: "Das Anwachsen rassistischer, fremdenfeindlicher und partikularistischer Gruppen hat bereits heute seine Entsprechung in der allgemeinen Disposition für autoritäre Lösungen auch in der sogenannten Mitte, dem liberalen und sogar teilweise linken Bürgertum." (Interview in der taz, 15.5.1992) Diese "anderen" ereifern sich zwar über den Sezessionismus der Lega, leugnen aber deren Rassismus und nehmen auch nicht zur Kenntnis, was sich hinter der "neuen Hilfsbereitschaft" der Lega für den Süden verbirgt.

Die zuweilen freundlichere Wortwahl ändert nichts an der Tatsache: Die Lega Nord ist die Partei der aggressiven Abgrenzung, des Wohlstandschauvinismus und der Intoleranz gegenüber Minderheiten. Es ist kein Zufall, daß die "lombardische Kultur" bzw. die des Nordens "vorzugsweise negativ definiert wird", wie Laura Balbo und Luigi Manconi schreiben, d.h. "mittels der Abwertung der Kultur anderer: der süditalienischen Einwanderer und der Einwanderer aus Nicht-EG-Staaten. Aus diesem Grunde darf die Ablehnung der ‚terroni` (die heute sicherlich abgeschwächt ist) oder der ‚marocchini` weder unterschätzt noch als sekundärer Zug oder als ‚Extra` betrachtet werden. Diese Ablehnung ist wesentlicher Bestandteil der Identität der Lega und manifestiert sich konstant als unüberwindliches Bedürfnis nach einem Feind. Es gibt also eine sehr enge Verbindung zwischen dem Bedürfnis nach einem Feind und diesem Zusammenspiel von Aggressivität und politischem Priapismus, das die Sprache und Gestik der Lega kennzeichnet. Intolerante Parolen und Handlungen sind für diese emotionale Mobilisierung funktional, die nicht einfach ein Instrument der politischen Strategie der Lega ist. Sie ist die Lega selbst." (Corriere della sera, 28.9.1993)

Diese Lega ist gefährlich - auch wenn die "Republik des Nordens" niemals Wirklichkeit werden sollte.

Jens Renner

Quellen

Balbo, Laura und Manconi, Luigi: Razzismi: un vocabulario, Mailand (Feltrinelli) 1993; Vorabdruck in: Corriere della sera, 28.9.1993

Braun, Michael: Rechtsextremismus und Rassismus in Italien; in Butterwegge, Jäger: Rassismus in Europa, Köln (Bund) 1992

De Luna, Giovanni: Mussolini, Reinbek (Rowohlt) 1978

Drüke, Helmut: Italien. Politik - Gesellschaft - Politik, Opladen (Leske + Budrich) 1986

Procacci, Giuliano: Geschichte Italiens und der Italiener, München (Beck) 1983

Raith, Werner und Xenia: Süd-Italien Sizilien. Reisen und Begegnungen im Mezzogiorno, Köln (Förtner & Kroemer) 1987

Scarinzi, Cosimo: Die Genossen von der Lega, in: Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst, Heft 105/108 (August 1993), Hamburg (Nautilus)

ders.: Nationalismus und Partikularismus in Italien: Lega Nord, in: Autonomes Zentrum Marbach (Hrsg.): Zur Kritik von Nationalismus, Nation, Nationalstaat, nationaler Identität. Ergebnisse eines Seminars in Pesina/Giardino Futuro vom 30.9. bis 5.10.1992, Tübingen (Martin Jung) 1993

Uesseler, Rolf: Die regionalistischen 'Leghe' und das Unbehagen an Italien, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (April 1992), Bonn (Dietz Nachf.)

Visentini, Toni: Die Lega. Italien in Scherben, Bozen (Edition Raetia) 1993

Vorabdruck aus: Krisenherd Europa. Nationalismus, Regionalismus und Krieg, Verlag Die Werkstatt, Göttingen, ca. 320 Seiten, ca. 36,- DM. Erscheint im Januar 1994

17. Die große und die kleine Verschwörung. Italiens unendliche Geschichte von Staatsterror und Subversion

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:08

Affari di Stato - Staatsaffären nannte der Politologe Giorgio Galli sein 1991 erschienenes Buch über das "unterirdische Italien" zwischen 1943 und 1990. (1) Der reißerische, aber nicht übertriebene Klappentext preist das Werk als alternatives Geschichtsbuch der "Skandale und Intrigen, okkulten Mächte und Geheimdienste, der politischen Macht und organisierter Kriminalität in einer perversen Verbindung zwischen dem offiziellen und einem unterirdischen Italien". Das Personenregister ist ein Who-is-Who der berühmtesten Politiker und Dunkelmänner: 37 Eintragungen für Giulio Andreotti, kaum weniger für andere christdemokratische Spitzenpolitiker wie Alcide De Gasperi, Amintore Fanfani und Franceso Cossiga, 46 allein für Aldo Moro, der allerdings sowohl als Täter wie als Opfer geführt wird. Aus der Kategorie der eindeutigen Schurken ohne politisches Mandat bringen es nur Licio Gelli, Michele Sindona und Roberto Calvi auf ähnlich viele Erwähnungen. Berühmte Mafiosi kommen kaum vor, ebenso wie Rotbrigadisten und andere Linksradikale, die doch in den "bleiernen Jahren" den Staat angeblich in seinen Grundfesten erschütterten.

Nun ist es sicherlich kein wissenschaftlich einwandfreies Verfahren, anhand des Personenregisters eines einzigen, allerdings unbedingt "zitierfähigen" Buches auf die kriminelle Energie der jeweiligen Tatbeteiligten zu schließen. Erschwerend kommt hinzu, daß die übergroße Mehrheit der erwähnten Politiker, Geheimdienstler und Geschäftemacher nie vor Gericht gestellt, geschweige denn rechtskräftig verurteilt worden ist. Gerade dieser Umstand erklärt wiederum den Jagdeifer, mit dem gegenwärtig Legionen von "Enthüllungsjournalisten" den einstmals Mächtigen nachspüren.

Daß dabei manche Ente als Geier ausgegeben wird, ist unvermeidlich und hängt nicht allein mit der Struktur der Medienlandschaft zusammen. Wer sich kontinuierlich - oder doch immer mal wieder - mit den italienischen Staatsaffären beschäftigt, kann einen verständlichen, aber ziemlich unrealistischen Wunsch kaum unterdrücken: Daß eines Tages doch noch "die ganze Wahrheit" ans Licht kommen möge. Die Wahrheit über die nie aufgeklärten Bombenattentate von Mailand (1969), Brescia (1974) und Bologna (1980), bei denen mehr als 100 Menschen ums Leben kamen; die Wahrheit über die Entführung und Ermordung Aldo Moros; die Wahrheit über die Morde an den Anti-Mafia-Ermittlern Falcone und Borsellino und viele andere blutige Gewalttaten. Jeder neue Anschlag wirft die gleichen Fragen auf und erinnert an die ungelösten Fälle: Wer konspirierte mit wem, wurde von welcher offiziellen Stelle gedeckt, welche Rolle spielten in- und ausländische Geheimdienste, wer beschaffte Waffen und Sprengstoff?

So ist es nicht nur der sensationslüsternen Presse anzulasten, wenn im Oktober tagelang Putschgerüchte die Schlagzeilen bestimmten. Die wundersamen Erzählungen der "Mata Hari von Udine", Donatella Di Rosa, waren nicht ohne Reiz. "Una spy story tra sesso e stellette" ("Eine Agentenstory zwischen Sex und Sternchen") schrieb La Repubblica - allerdings erst nachdem deren Urheberin wegen falscher Anschuldigungen verhaftet worden war. Frau Di Rosas Enthüllung: Ihr ehemaliger Geliebter, der General und Kommandant der schnellen Eingreiftruppe Franco Monticone, habe für 1994 einen bewaffneten Staatsstreich vorbereitet. Zu seinen Komplizen hätten auch Generalstabschef Goffredo Canino und der Rechtsextremist Gianni Nardi gehört, der offiziell seit 1976 tot ist. Wegen der Behauptung, Nardis Mutter habe den Tod ihres Sohnes vorgetäuscht, wurden Donatella Di Rosa und ihr Lebensgefährte später inhaftiert. Der Vorwurf des illegalen Anhäufens von Waffen und der Putschvorbereitung ist dadurch zwar nicht widerlegt, verliert aber erheblich an Glaubwürdigkeit.

Auf der Suche nach der historischen Parallele

So konstruiert und klischeehaft die Geschichte erscheinen mag - vor dem Hintergrund der jüngsten italienischen Geschichte ist sie durchaus vorstellbar. In der laufenden Diskussion um Hintermänner, die Frau Di Rosa mit ihrem Insider-Wissen ausgestattet haben müssen, wird auch immer wieder an den Putschversuch des Geheimdienst-, später Carabinieri-Generals Giovanni De Lorenzo erinnert. Nach dessen Piano Solo sollte im Sommer 1964, gestützt allein ("solo") auf Carabinieri-Einheiten, ein klassischer Umsturz versucht werden.

Den Divisisionskommandos der Carabinieri wurde eine Liste mit Namen von 731 Persönlichkeiten der Linken übermittelt, die am Tag X sofort zu verhaften seien.

Um Schlimmeres zu verhindern, beendeten die Sozialisten durch einseitige Zugeständnisse die Krise der zweiten Mitte-Links-Regierung unter Moro. PSI-Sekretär Pietro Nenni begründete diesen Schritt mit den grassierenden Putschgerüchten, die damals viele Linke veranlaßten, nicht mehr zu Hause zu übernachten: "Wir wußten, was sie wollten, und man muß sagen, daß sie es beinahe erreicht hätten. Wenn die Mitte-Links-Koalition das Handtuch geworfen hätte, wäre die Regierung des Arbeitgeber- und des Bauernverbandes schon bereit gewesen." (2)

Bei der Ende desselben Jahres notwendig gewordenen Wahl eines Nachfolgers für den verstorbenen Staatspräsidenten Segni sprangen schließlich auch die Kommunisten über ihren Schatten. Im zwanzigsten Wahlgang wählten sie den Sozialdemokraten Saragat, um eine autoritäre Bereinigung der verfahrenen Situation zu verhindern.

Wer die Krise des Jahres 1964 mit dem sich gegenwärtig vollziehenden, erheblich tiefer gehenden Umbruch des politischen Systems in Italien vergleicht, könnte zu dem Schluß kommen, daß die Putschgefahr derzeit mindestens genauso groß sein muß.

Vergessen wird bei dieser allzu mechanischen Anwendung "historischer Erfahrungen", daß die globalen Kräfteverhältnisse sich spätestens seit 1989 entscheidend verändert haben. Potentiellen Rechtsputschisten dürfte bewußt sein, daß sie auf keinerlei ausländische Unterstützung rechnen können. Das war in den 60er und 70er Jahren anders; die Standardrechtfertigung der verhinderten Putschisten, sie hätten einer drohenden "kommunistischen Machtübernahme" zuvorkommen wollen, stieß bei den westlichen Geheimdiensten auf offene Ohren, wenn nicht auf Sympathie. Namentlich die CIA ist an den Umsturzversuchen mitschuldig, hatte sie doch seit 1947 an der Aufstellung der geheimen Bürgerkriegsarmee Gladio mitgewirkt. (Im Falle De Lorenzo darf die CIA allerdings das "Verdienst" beanspruchen, den Staatsstreich rechtzeitig abgewendet zu haben - nachdem das angestrebte Ziel, die Verhinderung "sozialistischer Experimente", auf "friedliche" Weise erreicht worden war.)

Eine große oder

viele kleine Verschwörungen?

Wenn auch der Untergang des Realsozialismus Putschpläne unwahrscheinlicher gemacht hat, bedeutet das keineswegs das Ende subversiver Bestrebungen. Bei den fünf Bombenanschlägen dieses Jahres in Rom, Florenz und Mailand starben zehn Menschen; eine Bombe ohne Zünder, deponiert im Auftrag des Genueser Geheimdienstchefs Augusto Citanna, wurde im Zug Palermo-Turin gefunden; Anfang November gab der Verwaltungschef des Geheimdienstes SISDE, Antonio Galati, an, aus den Kassen des SISDE seien zwischen 1982 und 1992 Monat für Monat 100 Millionen Lire (nach aktuellem Kurs etwa 100.000 DM) an den jeweils amtierenden Innenminister gezahlt worden.

Staatspräsident Scalfaro, als Innenminister zwischen 1983 und 1987 einer der angeblich Begünstigten, dementierte sogleich per Fernsehansprache und machte Andeutungen über finstere Machenschaften zum Schaden der Republik: "Zuerst hat man es mit Bomben versucht, jetzt mit dem schändlichsten und niederträchtigsten der Skandale." Welche dunklen Mächte er am Werke sieht, sagte Scalfaro nicht.

Auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der fingierten Bombe im Zug und den echten Autobomben, die im Frühjahr und Sommer detonierten, wies Ende November der inhaftierte Raffaele Catapano hin, früher die rechte Hand von Camorra-Boß Raffaele Cutolo. Nach seinen Aussagen ist der SISDE-Spitzel Rosario Alloca, der wegen der falschen Bombe verhaftet wurde, auch schon im Auftrag der Camorra tätig gewesen. Für den Corriere della sera (25.11.) ist nach dieser neuen Wendung SISDE das "Schlüsselwort für die Ermittlungen ... Ein Passe partout, das allerdings die mafiose Spur der Bomben nicht ausschließt."

Zur gleichen Zeit wurde auch wieder einmal die These erneuert, die Entführung und Ermordung Aldo Moros im Jahre 1978 sei nicht von den Roten Brigaden allein begangen worden. Die bislang neueste Variation eines in unregelmäßigen Abständen wiederkehrenden Themas: Der ehemalige Geheimdienstoffizier Francesco Delfino habe ein Mitglied der 'Ndrangheta (das kalabresische Pendant zur Mafia) in die Brigate Rosse eingeschleust.

Diese Geschichte wiederum veranlaßte Massimo D'Alema, die "Nummer zwei" des PDS, auf ein beliebtes PCI-Vorurteil aus den 70er Jahren zurückzukommen: Der bewaffnete Kampf von links sei von den Herrschenden stets zumindest geduldet, wenn nicht aktiv gefördert worden. Der ehemalige Rotbrigadist Alberto Franceschini habe ihm, D'Alema, wörtlich gesagt: "Die Roten Brigaden haben wir gegründet, aber die Macht hat uns dazu benutzt, das zu tun, was ihr nützte. Niemand hat uns während der Entführung Aldo Moros aufgehalten. Im Gegenteil, um uns herum bildete sich ein Schutzgürtel." (Corriere della sera, 2.11.)

Der abgehalfterte ehemalige starke Mann der italienischen Politik, Bettino Craxi, der zum wirklichen Hergang der Moro-Affäre sicher Interessantes zu sagen hätte, zieht es derweil vor, düstere Andeutungen über noch bevorstehende Subversion zu machen. Bisher, so Craxi, habe es in Italien nur "Operettenputsche" gegeben, aber jetzt bestehe die Gefahr einer "Operation Z" (in Anspielung auf den Film von Costa Gavras). Craxi wörtlich: "Die Bomben (des Jahres 1993) sind politisch terminiert gewesen. Ich spreche nicht davon, wer sie gelegt hat. Aber oben gibt es jemand anderen, der organisiert und die Zeitpunkte aussucht. Wie der Große Alte ("il Grande Vecchio") über den Roten Brigaden." (Corriere della sera, 14.10.)

Craxi, der völlig diskreditierte Oberschurke des italienischen Bestechungsskandals, hat natürlich ein allzu offensichtliches Motiv für die Verbreitung solcher Verschwörungstheorien. Falls es ihm gelingt, Teile der Öffentlichkeit von der Existenz eines gigantischen Komplotts zu überzeugen, könnte er auch glaubhaft machen, selbst dessen Opfer zu sein. Ähnliches hat der ebenfalls gestürzte Christdemokrat Andreotti, über Jahrzehnte der mächtigste Mann der italienischen Politik, bereits vorexerziert. Über seinen Parteifreund, Innenminister Nicola Mancino, ließ er mitteilen, hinter den Anklagen gegen ihn stünden "mächtige Kreise der Hochfinanz, die ihn wegen seiner philo-arabischen, PLO-freundlichen Positionen im Visier haben." Keine Komplott-Legende scheint so schwer auszurotten wie die von der "jüdischen Weltverschwörung".

Auflösung

aller Geheimdienste!?

Nicht nur wegen ihrer fast unvermeidlichen antisemitischen Implikationen muß Verschwörungstheorien mit größtem Mißtrauen begegnet werden. Zumindest solchen, die eine "Zentrale des Bösen" unterstellen, einen obersten Marionettenspieler, der nach Belieben seine Puppen in Bewegung setzt.

Ebenso ist allerdings davor zu warnen, sich auf die jeweils naheliegendste Erklärung zu stürzen. Die am 11. November mit Erleichterung verkündete Nachricht, für die Ermordung von Giovanni Falcone, dem Chef des Anti-Mafia-Pools, sei allein der Cosa-Nostra-Clan aus Corleone verantwortlich, wurde schon einen Tag später wieder in Zweifel gezogen.

Weiterhin wird auch in eine andere Richtung ermittelt: in die der Geheimdienste. Schon nach dem Mordanschlag im Mai 1992 hatte Nando dalla Chiesa, der Sohn des 1982 ermordeten Präfekten Carlo Alberto dalla Chiesa, Zweifel angemeldet: "Dieses Attentat zeigt eine Regie, die weit über mafioses Tun auf der Insel hinausgeht." (taz, 25.5.92)

Gutgläubige Menschen interpretieren die - erwiesenen - Aktivitäten der Geheimdienste als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im eigenen Interesse. Demnach wäre die eigenhändig plazierte und später gefundene Bombe als Beweis der Unentbehrlichkeit konspirativ organisierten Staatsschutzes gedacht gewesen. Aber was ist von einer hochgerüsteten Organisation zu halten, die wohl ihre eigenen Attrappen wiederfindet, jedoch nicht in der Lage ist, die Detonation echter Sprengsätze zu verhindern?

Ob gefährlich oder nur überflüssig: Italienische Under-Cover-Agenten liefern ständig beste Argumente für die - auch außerhalb Italiens uneingeschränkt richtige - Forderung nach Auflösung aller Geheimdienste. Doch ergibt sich da eine über die Frage der Durchsetzbarkeit dieser Forderung hinausgehende Schwierigkeit: Wie würde die Reaktion der vom wohlverdienten Berufsverbot Bedrohten aussehen? Soll man die Kräfte, die ihre kriminelle Energie unzählige Male unter Beweis gestellt haben, lieber nicht reizen, ihre Planstellen nicht antasten?

Ein echtes Dilemma, das an ein anderes dunkles Kapitel der italienischen Nachkriegsgeschichte erinnert und mit dem sog. "Chile-Syndrom" des PCI verknüpft ist. PCI-Sekretär Enrico Berlinguer hatte 1973 den "historischen Kompromiß" wesentlich mit den Erfahrungen des chilenischen Rechtsputsches begründet. Nur in einer großen Koalition mit der Christdemokratie könnten der PCI und die übrigen "Fortschrittskräfte" "die

konservativen und reaktionären Gruppen isolieren und besiegen" und so den Bürgerkrieg verhindern. Seitdem im Herbst 1990 die Existenz der antikommunistischen Geheimarmee Gladio ans Licht kam, wird offen darüber spekuliert, ob die italienischen Kommunisten bereits damals Hinweise auf die Existenz von Gladio und ähnlicher weißer Garden erhalten haben könnten. Auch Berlinguers Aussage von 1976, er fühle sich in der NATO sicherer als außerhalb, könnte einen makabren doppelten Sinn haben. Vielleicht wollte er - in Kenntnis ihrer bis an die Zähne bewaffneten Einheiten zur vorbeugenden Aufstandsbekämpfung - davor warnen, sich die NATO zum Feind zu machen, da man ihr ebensowenig entfliehen könne wie der Mafia-Aussteiger den auf ihn angesetzten Killern?

Die "zweite" italienische Republik, die aus den Trümmern des korrupten Systems der Partitocrazia entstehen soll, ist mit vielen Vorschußlorbeeren versehen worden. Wie es scheint, wird sie der "ersten" ziemlich ähnlich sehen. Während einzelne Exponenten des "alten Systems" tatsächlich erledigt sein dürften, dominiert in den Bereichen, die sich besonders effektiv der öffentlichen Kontrolle entziehen - dazu gehört nicht zuletzt der Staatsschutz - auch personelle Kontinuität. Anfang Dezember wurde ein Gesetzentwurf der Regierung zur Reform der Geheimdienste zurückgezogen. Die Ankündigung, bis zu 1200 Stellen sollten eingespart werden, hatte bei den Staatsschützern beträchtliche Unruhe ausgelöst; auch Geheimdienstchefs verbündeter Länder hatten ihre Besorgnis ausgedrückt über die zu erwartende Überlastung der italienischen Kollegen.

Die Wachsamkeit namentlich der US-amerikanischen Untergrundkämpfer, die sich in Sachen internationaler Solidarität erwartungsgemäß besonders hervortaten, steht nur scheinbar im Widerspruch zu den Verlautbarungen der eigenen Regierung. In einem Interview des Corriere della sera (24.11.) hatte US-Außenminister Christopher den Italienern die Beteiligung von Linken an der kommenden Regierung gestattet - ein "Zugeständnis", das leicht fällt, wenn man die im Kampf gegen den Kommunismus bewährten Seilschaften in alter Frische am Werke weiß.

Js.

Anmerkungen:

1) Giorgio Galli: Affari di Stato. L'Italia sotteranea 1943:1990: storia politica, partiti, corruzione, misteri, scandali; Mailand (Kaos Edizioni) 1991

2) zitiert nach Friederike Hausmann: Kleine Geschichte Italiens seit 1943, Berlin (Wagenbach) 1989, S.55

Vom "Volksgefängnis" in den "Gulag"

Gab es einen Geheimplan zur "Dekonditionierung" Aldo Moros?

Wieder einmal scheint die Phantasie von der Wirklichkeit eingeholt, wenn nicht übertroffen zu werden. Dario Fo, Autor und Hauptdarsteller politischer Komödien und Farcen, hatte in die erste Fassung seines neuen Stückes "Mamma! I sanculotti!" eine Szene aufgenommen, die dann letztendlich der Streichung zum Opfer fiel: Aldo Moro, der 1978 von den Brigate Rosse (BR) entführte und ermordete christdemokratische Spitzenpolitiker, wird nach seiner Befreiung aus dem "Volksgefängnis" von seinen Parteifreunden interniert und einer Gehirnwäsche unterzogen.

Was Dario Fo als satirische Überzeichnung der Realität gemeint hatte, soll für den Fall, daß Moro die Entführung überlebt hätte, tatsächlich geplant gewesen sein. Zumindest wird das von dem ehemaligen Staatspräsidenten Francesco Cossiga behauptet, der zur Zeit der Moro-Entführung Innenminister war. Aus "Liebe zum Vaterland" habe er nach Moros gewaltsamem Tod geschwiegen, jetzt aber wolle er die volle Wahrheit sagen. Cossigas Wahrheit sieht so aus: Der Gefangene sollte in einem Krankenhaus in Quarantäne gehalten und "dekonditioniert" werden; durch seine Briefe aus der Haft, in denen er die harte Linie vor allem von DC und PCI - keine Verhandlungen mit den Entführern - kritisiert hatte, war Moro zu einem "Sicherheitsrisiko" geworden. Schon 1978 hatte der amtierende Ministerpräsident Andreotti Moros Briefe als "von ihm unterzeichnete Wische" bezeichnet. Die halboffizielle Sprachregelung lautete: Moro sei verwirrt, von seinen Bewachern indoktriniert, unter Drogen gesetzt, vielleicht überhaupt verrückt geworden.

Die Einrichtung eines komfortablen, aber total abgeschirmten "Gulag für Moro" (La Repubblica), in dem der Widerspenstige bis zu seiner erfolgreichen "Dekonditionierung" gehalten worden wäre, ist durchaus vorstellbar. Allerdings kann das nur ein Plan für den "Notfall" gewesen sein, der nach Lage der Dinge nicht

eintreten konnte: Daß Moro von den Vertretern staatlicher Unnachgiebigkeit zum Tode verurteilt war, hat erst jüngst der inhaftierte Mafioso Tommaso Buscetta wieder bestätigt. Während der 55 Tage der Moro-Entführung sei er, Buscetta, von dem Cosa-Nostra-Clan um Stefano Bontade beauftragt worden, mit den BR Kontakt aufzunehmen. Das Unternehmen scheiterte, als der Corleonese Pippo Calò, Kompagnon von Salvatore Riina, gegenüber dem Bontade-Clan mit seinem Herrschaftswissen auftrumpfte: "Habt ihr denn nicht verstanden, daß in seiner Partei jemand einen toten Moro will?"

Js.

18. Ein Schritt vor, ein halber Schritt zurück. Zur Situation in Nordirland

Zur Situation in Nordirland - Dietrich Schulze-Marmeling

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:28

Am Sonntag, den 28. November, explodierte in London eine Bombe. Schuld war nicht die IRA, sondern die Enthüllung des renommierten Sonntagsblatts "Observer", die britische Regierung stehe bereits seit Jahren mit der IRA in Kontakt und führe seit Februar 1994 gar einen Dialog mit der republikanischen Guerilla.

Daß eine Regierung darum bemüht ist, über Mittelsmänner eine indirekte Kommunikation mit dem militärischen und politischen Gegner zu betreiben, ist, für sich genommen, zumal wenn es sich dabei um einen politisch und militärisch so formidablen wie die IRA handelt, keine Sensation. Man tut dies gewöhnlich allein schon, um über die Absichten des Gegners und Veränderungen seines Denkens und seiner Strategie informiert zu sein.

Das eigentliche Novum besteht deshalb nicht in der Kontaktpflege als solcher, sondern darin, daß diese seit Februar dieses Jahres die Form eines Dialogs, wenn nicht gar von Verhandlungen annahm. Dabei soll die britische Regierung die IRA auch über den Stand ihrer Diskussionen mit der südirischen Regierung unterrichtet haben. Was seither geschah, war kein Alleingang des Geheimdienstes, der Armeeführung oder irgendeiner unteren Ebene des Staatsapparates, sondern war von höchster Stelle abgesegnet und Gegenstand von Kabinettsdiskussionen. Bereits 1992 hatte die Armeeführung dem Nordirlandministerium einen aus 60 Punkten bestehenden Entwurf für einen Friedensplan vorgelegt, nachdem ihr von einem Informanten zugetragen worden war, daß die IRA bereit sei, ihre militärischen Aktivitäten zu reduzieren. Der Plan fand zwar die Unterstützung von Nordirlandminister Sir Patrick Mayhew, scheiterte jedoch am Einspruch der nordirischen Polizeiführung wie an Widerständen innerhalb des Nordirlandministeriums.

Die "Observer"-Enthüllungen versetzten die Regierung vorübergehend in eine peinliche Lage, hatte sie doch bis dahin hartnäckig geleugnet, mit "Terroristen" zu verhandeln. Vehementer Protest kam allerdings nur von den nordirischen Unionisten, allen voran der semi-faschistischen Democratic Unionist Party (DUP) des bigotten fundamentalistischen Predigers Ian Paisley. Dessen Auftritt im Unterhaus, bei dem er den Premierminister als "Lügner" bezeichnete, was ihm die "Rote Karte" einbrachte, dokumentierte allerdings auch das gesamte Dilemma der protestantischen Führer. Die Mehrheit der Tories sowie die Opposition aus Labour und Liberalen billigten hingegen die Kontakte. Auch die Presse äußerte sich überwiegend positiv.

Chronologie eines Dialogs

Der Verdacht, die Regierung kommuniziere mit der IRA, existierte bereits seit längerer Zeit, weshalb auch einige unionistische Politiker davon gewußt haben dürften. Informiert war natürlich auch John Hume, der Vorsitzende der moderat-nationalistischen Social Democratic and Labour Party (SDLP), der größten Wahlpartei der nordirischen Katholiken/Nationalisten, dessen Verdienst es ist, als erster etablierter Politiker die Veränderungen innerhalb der republikanischen Bewegung und deren authentischen Wunsch nach einem Ende des Konflikts registriert zu haben.

Was sich seit Februar real zugetragen hat, läßt sich mit letzter Gewißheit kaum sagen, zumal beide Seiten diesbezüglich unterschiedliche Angaben machen. Außerdem hat die britische Regierung, was sie mittlerweile auch teilweise eingestanden hat, einige der nach der "Observer"-Story freigegebenen Dokumente nachträglich verändert.

Die Unklarheiten beginnen damit, welche Seite den Dialog eigentlich eröffnete. Laut London begann alles am 22. Februar mit einem mündlichen Statement von Martin McGuinness, Sinn-Féin-Vizepräsident und nach britischer Auffassung auch IRA-Stabschef. In diesem habe McGuinness der britischen Regierung mitgeteilt, der Konflikt sei vorüber, und die IRA suche Verhandlungen mit dem Ziel der Beendigung des bewaffneten Kampfes. Des weiteren soll McGuinness damals einen inoffiziellen Waffenstillstand und den Beginn von Friedensgesprächen vorgeschlagen haben.

Diese Darstellung wird von Sinn Féin heftig dementiert. Vielmehr habe die britische Regierung den ersten Schritt unternommen, indem sie Sinn Féin/IRA nach einem Ausweg aus der nordirischen Krise gefragt habe. Tatsache ist indes, daß beide Seiten ihr Interesse an "echten Verhandlungen" betonten. Es folgte ein reger Austausch von Dokumenten, der auch durch die Fortsetzung der IRA-Kampagne - in Nordirland wie in England! - nicht unterbrochen wurde. Im Gegenteil: Zwei Tage nach der verheerenden IRA-Bombe von Warrington, die in der englischen Kleinstadt zwei Kinder tötete und zum Auslöser zahlreicher "Friedensmärsche" und Brandreden wider die republikanische Bewegung wurde, kam es in Derry zu einem ersten direkten Treffen zwischen McGuinness und Emissären der Regierung. Zuvor waren bereits mehr als ein Dutzend Dokumente ausgetauscht worden, in der Regel durch Mittelsmänner, bei denen es sich um Kirchenleute und Geschäftsleute gehandelt haben soll.

Mittlerweile war der Dialog soweit gediehen, daß man sich auf förmliche Verhandlungen und eine zweiwöchige IRA-Feuerpause einigte. Die britische Seite erklärte der IRA, daß eine offizielle Absichtserklärung bezüglich eines britischen Rückzugs aus Nordirland, wie von der IRA gewünscht, wahrscheinlich nicht möglich sei. Doch sei man davon überzeugt, in direkten Gesprächen über einen Zeitraum von vier bis fünf Tagen der IRA und Sinn Féin verdeutlichen zu können, daß eine derartige Erklärung auch gar nicht notwendig wäre. Soweit die Version des "Observer", die mit der von Sinn Féin/IRA weitgehend übereinstimmt.

Die britische Version differiert hier allerdings: So behauptet London, die andere Seite habe sogar die totale Beendigung des bewaffneten Kampfes in Aussicht gestellt, wie es die britische Regierung als Vorbedingung für direkte Gespräche bzw. eine Beteiligung von Sinn Féin/IRA an Verhandlungen stets gefordert hatte, was indes von diesen immer abgelehnt wurde. Fakt ist, daß die britische Position Mitte des Jahres an Flexibilität verlor und republikanische Erwartungen enttäuscht wurden. Hierfür existieren zwei Erklärungsversuche: Entweder hatten sich die Emissäre der Regierung zu weit vorgewagt und etwas angeboten, was im Kabinett nicht Konsens war; oder aber der Prozeß geriet dadurch ins Stocken, daß Premierminister Major und sein Kabinett bei der Unterhaus-Abstimmung über Maastricht auf die Stimmen der nordirischen Unionisten angewiesen waren und das labile neue Bündnis nicht aufs Spiel setzen mochten. Denn von der Zustimmung des Unterhauses zum Maastricht-Vertragswerk hing das Überleben der Regierung ab.

Die republikanische Führung war offensichtlich davon ausgegangen, die Regierung würde sich auf das Angebot eines zunächst nur befristeten Waffenstillstands einlassen, was eine Modifizierung der britischen Position bedeutet hätte. Die seit Anfang Juni ausgetauschten Dokumente, wenn sie denn authentisch sind, zeigen, daß die britische Regierung die Furcht plagte, von der IRA während etwaiger Verhandlungen militärisch erpreßt zu werden. So heißt es in einem Brief der Regierung an die IRA: "Wir können Ihre Gründe, aus denen sie nicht über einen dauerhaften Waffenstillstand reden wollen, verstehen, aber der Friedensprozeß kann nicht von der Akzeptanz einer einzigen und besonderen Analyse abhängig gemacht werden. Können Sie bestätigen, daß Sie einen Friedensprozeß beabsichtigen, der (...) nicht davon abhängt, daß Ihre Analyse als der einzige Weg nach vorne bestätigt wird?" Umgekehrt plagte die IRA die Furcht, von der britischen Regierung über den Tisch gezogen zu werden, wie dies vor allem bei dem Waffenstillstand von 1975 der Fall gewesen war, aus dem die IRA militärisch geschwächt hervorging, ohne ihrem politischen Ziel näher gekommen zu sein.

Die letzte britische Botschaft an die IRA datiert vom 5. November 1993. In ihr schlägt London die Eröffnung offizieller Vorgespräche für Mitte Januar vor. Allerdings ist dieser Vorschlag an die Bedingung gekoppelt, daß die IRA unmittelbar und in aller Form ein Ende ihrer bewaffneten Kampagne erkläre. Genau hier scheint es aber Probleme zu geben, da Sinn Féin/IRA verständlicherweise die Katze nicht im Sack kaufen möchten, sondern britische Gegenleistungen verlangen.

Hier bleibt London jedoch äußerst vage. So heißt es lediglich, im Falle einer Beendigung des bewaffneten Kampfes würden "neue Türen geöffnet". Die IRA hat mittlerweile angedroht, ihre militärische Kampagne im vollen Umfang erneut aufzunehmen, nachdem sie diese in den letzten Wochen in Erwartung einer politischen Initiative weitgehend ausgesetzt hatte. Die IRA tat exakt so viel, wie notwendig war, um der Behauptung von einem einseitigen Waffenstillstand zu widersprechen. Offensichtlich will die IRA der Regierung die Illusion nehmen, sie könne eine Einstellung der militärischen Kampagne zum Nulltarif erreichen. Auch die Regierung in Dublin und die SDLP drängen London, konkrete Zugeständnisse zu formulieren.

Das Ende

republikanischer Isolation

Für Sinn Féin war 1993 ein bemerkenswertes Jahr. Die Partei, die noch vor einem Jahr als völlig isoliert galt, steht plötzlich im Mittelpunkt der diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Nordirlandkonflikts. Jahrelang von Verhandlungen ausgesperrt, stehen Sinn Féin und die IRA nun in einem engen Kontakt mit fast allen am Konflikt beteiligten Fraktionen. All jene Journalisten, die in den letzten Jahren vorschnell in einen Abgesang auf Sinn Féin einstimmten, sind nun mehr oder weniger blamiert. Als (vorgebliche) Kenner der Szenerie hätten sie es besser wissen müssen.

Im Mai 1993 gewann Sinn Féin bei den Kommunalwahlen überraschend 12,5% der abgegebenen Stimmen, das beste Ergebnis der Partei seit den Unterhauswahlen von 1983. Nur einige Monate nach den Kommunalwahlen kam es anläßlich eines öffentlichen Empfangs in der Sinn Féin/IRA-Hochburg West Belfast zum aufsehenerregenden "hand shake" zwischen Parteiführer Gerry Adams und der irischen Präsidentin Mary Robinson. Einige Monate zuvor war Mary Robinson im Rahmen einer Friedenskonferenz in Derry bereits mit McGuinness zusammengetroffen. Nicht, daß in Belfast und Derry große Worte ausgetauscht wurden, aber daß sich das irische Staatsoberhaupt und die Sinn-Féin-Führer problemlos im gleichen Raum aufhalten konnten, hatte doch eine unübersehbare symbolische Ausstrahlung.

Weitere Erfolge für die Partei waren, daß die südirische Regierung ihre Zensurgesetze gegenüber Sinn Féin/IRA zu überdenken begann, sowie die Gespräche zwischen Adams und Hume, wofür letzterer nicht nur von den Unionisten, sondern auch von einigen südirischen Kommentatoren und Politikern scharf attackiert wurde. Der Adams-Hume-Dialog wurde mit dem Ziel geführt, in koordinierter Form auf die Entwicklung der britischen Nordirlandpolitik einzuwirken. In indirekter Form war auch die südirische Regierung daran beteiligt, die von Hume auf dem laufenden gehalten wurde.

Aber selbst ins unionistische Lager geriet Bewegung bezüglich Sinn Féin/IRA. Mittlerweile gilt als bestätigt, daß in diesem Jahr wiederholt Gespräche zwischen der IRA und Repräsentanten der protestantischen/unionistischen community stattgefunden haben. Die IRA war stets an einem direkten Dialog mit der "anderen" community interessiert, wobei sich dieser in der Vergangenheit allerdings lediglich auf liberalere Kirchenmänner reduzierte, da die unionistischen Politiker jeden Kontakt mit der republikanischen Bewegung strikt ablehnten. In den aktuellen Dialog sollen jedoch auch protestantische Geschäftsleute, moderatere unionistische Politiker sowie Vertreter von "community groups" involviert sein. Dies könnte auch erklären, warum die Reaktionen der Ulster Unionist Party (UUP), der größeren und weniger bigotten der beiden unionistischen Parteien, auf die "Observer"-Enthüllungen relativ moderat ausfielen.

Zweifellos kam Sinn Féin in diesem Jahr zugute, daß die Gespräche zwischen den sogenannten konstitutionellen Parteien - worunter die unionistischen Parteien DUP, UUP und Alliance (liberale Unionisten) sowie die moderat-nationalistische SDLP verstanden werden - im Vorjahr gescheitert waren und 1993 auch nicht wieder aufgenommen wurden. So existierte ein politisches Vakuum, in das sich Sinn Féin hineinschob, aber auch von interessierter Seite geschoben wurde. Die Situation war geradezu ideal, um etwas Neues zu versuchen. Eine Aufwertung erfuhr Sinn Féin aber vor allem, weil alles andere gescheitert war. Vor diesem Hintergrund begann die britische Position sich langsam zu verändern: Bis dahin war es das Ziel der Regierung, einen "neo-unionistischen" Pakt zwischen den Unionisten und der SDLP zu schmieden, der die republikanische Bewegung isolieren und zur Aufgabe zwingen sollte. Ein ziemlich illusorisches Vorhaben, nicht nur aufgrund der bornierten Haltung und Politikunfähigkeit der unionistischen/loyalistischen Seite. Niemand konnte ernsthaft glauben, daß allein schon die Konstruktion eines derartigen Paktes die IRA in die Knie zwingen würde. So nahm die Zahl der Stimmen, die eine Einbeziehung Sinn Féins in die Suche nach einer politischen Lösung forderten, in England wie in der Republik Irland beständig zu, ohne daß die IRA ihre Aktivitäten reduzierte. Die Zunahme loyalistischer Gewalt dürfte hier ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Je brutaler sich die loyalistischen Paramilitärs an der katholischen Zivilbevölkerung vergingen, desto intelligenter und moderater wirkte die IRA.

Die Motive der Briten

Bereits seit Jahren lassen sich in der britischen Nordirlandpolitik zwei Entwicklungen beobachten: 1. Die britische Regierung sucht nach Entlastung, was eine Stärkung der lokalen Kräfte erfordert; 2. Die britische Regierung möchte sich diesbezüglich nicht ausschließlich auf die Protestanten/Unionisten stützen. Allein

schon die demographische Entwicklung verlangt nach einer Ausbreitung der Basis britischer Nordirlandpolitik ins katholische/nationalistische Lager hinein. Ohne Konzessionen ist dies jedoch nicht zu haben. Der bislang deutlichste Versuch in diese Richtung war das anglo-irische Abkommen von 1985, das massiven protestantischen Protest mobilisierte, obwohl es primär gegen Sinn Féin und die IRA gerichtet war und die Konzessionen an die katholische/nationalistische Minderheit äußerst bescheiden ausfielen. Entscheidender war allerdings, daß dieses Abkommen zwischen London und Dublin, dessen Kernstück eine engere Kooperation zwischen den beiden Regierungen in Sachen Nordirland ist, zwar mit Wissen der SDLP bzw. katholischer/nationalistischer Politiker, aber ohne Konsultation, geschweige denn Zustimmung der Unionisten beschlossen wurde. Die Unionisten fühlten sich deshalb gedemütigt und verraten.

Es waren vor allem die Unionisten, die das Zustandekommen eines "konstitutionellen"/"interkonfessionellen" Paktes mit ihrer intransigenten Haltung verhinderten. Das den Unionisten über Generationen zugesicherte Vetorecht gegenüber jeder Veränderung des Status quo wurde plötzlich zum Hindernis für die britische Politik. Typisch für diese Entwicklung war die Empfehlung des ehemaligen konservativen Premiers Edward Heath an die Regierung, Paisley und die DUP vom Verhandlungstisch auszuschließen, um statt dessen Sinn Féin einzuladen. Zumindest Teile des britischen Establishments fühlen sich von den Unionisten genervt, die einerseits ständig betonen, "britisch" zu sein, sich aber aus englischer Sicht "irischer" als die Katholiken verhalten. Tatsächlich ist der Wille zum Frieden und zum politischen Kompromiß bei der republikanischen Bewegung allemal ausgeprägter als bei der DUP, deren Politik und Politiker von der sektiererischen Polarisierung leben.

Sollte die britische Regierung nun tatsächlich die "grüne Karte" ausspielen, d.h. mit den Nationalisten an einem Teil der Unionisten vorbei verhandeln und eine neue Nordirlandpolitik formulieren, die sich hauptsächlich auf das nationalistische Lager stützt, so haben sich dies die protestantischen Politiker selbst zuzuschreiben. Offensichtlich unterlagen sie der Illusion, daß ihre "No surrender"-Position bis in alle Ewigkeit ausreichen würde, um eine Reform des konstitutionellen Status quo zu verhindern. Die größten Verbrechen an der protestantischen community hat nicht die IRA begangen, sondern jene politischen Repräsentanten, die darauf verzichteten, Zukunftsvisionen zu entwickeln und ihre community auf eine Kooperation mit den Nationalisten und Dublin einzustellen. Sie haben es nicht einmal verstanden, der community die simple geographische Tatsache zu verdeutlichen, daß Katholiken und Protestanten, Unionisten und Nationalisten auf ein und derselben Insel leben, was politisch nur heißen kann, diese auch in irgendeiner Form gemeinsam zu verwalten.

Das Dilemma unionistischer Politik ist traditionell deren Stillstand. Die Grenzen des nordirischen Staates von britischen Gnaden, seinerzeit in der Absicht gezogen, eine "künstliche" probritische Mehrheit herzustellen, bestimmen auch die engen Grenzen unionistischen Denkens, das sich in der Regel lediglich zwischen den (Schein)Optionen totale Integration in das Vereinigte Königreich, interne Autonomie und nordirische Unabhängigkeit bewegt, aber kaum gen Süden blickt.

Gerade Republikaner haben die unionistischen Politiker immer vor dem Tag gewarnt, an dem London sich von ihnen abkoppeln würde, und deshalb aufgefordert, von sich aus den Dialog zu suchen. Aber offensichtlich haben sich die unionistischen Politiker nie gefragt, was die britische Präsenz in Nordirland eigentlich noch soll, wenn die Regierung dort keinen Verbündeten mehr hat. Solange die Unionisten zu einer Verständigung mit den Nationalisten nicht in der Lage sind, ist ihr politischer Spielraum extrem begrenzt und es bleiben ihnen nur zwei Optionen: Ein blutiger Bürgerkrieg entlang konfessioneller Linien, mit dem Ziel, den britischen Rückzug zu stoppen, oder aber ein unabhängiges (protestantisches) Nordirland auszurufen, was allerdings die Unterwerfung der Katholiken erfordert; oder die bedingungslose Anpassung an die britische Nordirlandpolitik, von der man allerdings nicht weiß, ob sie die protestantischen/unionistischen Interessen nicht eines Tages verraten wird.

Neben politischen Erwägungen für einen sukzessiven Rückzug existieren für die britische Regierung natürlich auch militärische: Die IRA ist militärisch nicht zu besiegen. 25 Jahre Krieg in Nordirland haben nicht nur dort eine gewisse Kriegsmüdigkeit erzeugt, zumal das Risiko für London in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Mit ihrer "mainland campaign", dem Export der militärischen Konfrontation nach England, traf die IRA einen empfindlichen Nerv: Die Auseinandersetzung ließ sich plötzlich weniger denn je zuvor auf Nordirland begrenzen. Noch wichtiger als die Interessen der nordirischen Protestanten ist London, daß das eigene Land

nicht in die Auseinandersetzung hineingezogen wird. London oder Manchester zur Weihnachtszeit ähneln mit ihren Checkpoints fast schon Belfast.

Die Aussicht, in Zukunft auch im eigenen Land mit dem Terror leben zu müssen, schreckt die Regierung. Die Kosten, die die Kampagne in England dieses Jahr verursachte, waren enorm. Allein bei den zwei spektakulären Anschlägen auf die Londoner City, die mit 527 Banken aus 76 Ländern mehr Auslandsbanken als jedes andere Finanzzentrum der Welt beherbergt, der größte Handelsplatz für Auslandsaktien und der größte Emissions- und Handelsplatz für internationale Anleihen ist, entstand ein Sachschaden von insgesamt ca. 650 Millionen Pfund (= ca. zwei Milliarden DM). Nicht, daß die "mainland campaign" allein geeignet wäre, London zum Rückzug zu nötigen, aber sie ist trotzdem ein Ärgernis, das die Suche nach einem Ende der militärischen Konfrontation möglicherweise fördert. Gleichzeitig machte sich die IRA auch in Nordirland daran, jeden Anschein von Normalität zu zerstören. Große Bomben legten die Geschäftszentren einiger mehrheitlich protestantischer Städte wie Portadown in Schutt und Asche. Irgendwann merkt auch die dümmste Regierung, daß sie mit ihrer herkömmlichen Politik nicht weiterkommt und etwas Neues probieren muß.

Modifizierte Positionen der republikanischen Bewegung

Innerhalb der republikanischen Bewegung gibt es bereits seit einigen Jahren Indizien für eine Bereitschaft, die militärische Kampagne unterhalb der alten Maximalforderungen zu beenden. Martin McGuinness im September dieses Jahres: "Wir würden gerne eine aus 32 Grafschaften bestehende irische Republik haben, aber was wir versuchen, ist eine Situation herzustellen, in der das gesamte irische Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung erhält. (...) Es kann dabei passieren, daß sich die Menschen für Dinge entscheiden, die weder wir noch einige Unionisten noch irgendjemand in Cork großartig findet. Wir sagen nicht, daß wir alle Antworten besitzen. Wir sagen nicht, daß alle unsere Antworten korrekt sind. Was wir sagen, ist, daß wir den Leuten, die als unsere Feinde betrachtet werden, etwas zu sagen haben." Im Oktober erklärte Gerry Adams, daß "Interimslösungen", also Modelle diesseits einer Wiedervereinigung wie eine vorübergehende gemeinsame britisch-irische Verwaltung, durchaus denkbar seien.

Tatsächlich steht auch die Zahl der eigenen Opfer (getötete IRA-Aktivisten und Gefangene) in keinem Verhältnis zu dem, was die Kampagne bislang erreichte, ja wahrscheinlich nicht einmal zum Ziel. Strukturelle Gewalt und Repression verliehen ihr zwar Legitimität, aber die Repression war nicht unwesentlich auch eine Folge bzw. Begleiterscheinung der militärischen Kampagne.

Gleichzeitig wurde auch Sinn Féin/IRA gewahr, daß sich auf der britischen Seite etwas bewegte. Als Hume bereits 1989 der IRA mitteilte, was die Nordirlandminister Brooke (1990) und Mayhew (1993) später ganz offiziell verkündeten, nämlich nicht mehr länger eigennützige Interessen in Nordirland zu verfolgen, mochte die republikanische Bewegung dem keinen Glauben schenken. Tatsächlich schien die tagtägliche Praxis der Briten eher das Gegenteil zu bestätigen. Beweisen konnte Hume seine Behauptung damals nicht. Doch seit einigen Jahren sind die neuen Töne unüberhörbar. 1990 erklärte der damalige Nordirlandminister Peter Brooke, daß die "britische Regierung keine eigennützigen strategischen oder ökonomischen Interessen in Nordirland" verfolge. "Unsere Rolle ist zu helfen, zu befähigen und zu ermutigen."

Sein Nachfolger Sir Patrick Mayhew sorgte mit einem Interview in der deutschen "Zeit" im April 1993 für einen regelrechten Eklat in der Provinz. Mayhew antwortete auf die Frage, ob Gespräche je Erfolg haben könnten, solange Sinn Féin und die IRA nicht am Verhandlungstisch säßen: "Im Augenblick würde sich niemand mit ihnen an einen Tisch setzen (was zu diesem Zeitpunkt - s.o. - bereits nicht mehr stimmte; Anm. dsm), auch die Regierung der Republik nicht. Ich bin so weit gegangen, wie ich kann. Ich habe gesagt, daß das Streben nach einem vereinten Irland völlig legitim ist - aber ohne Gewaltanwendung. Viele Leute glauben, wir wollten Nordirland nicht aus dem Königreich entlassen. Wenn ich ganz ehrlich bin: Mit Handkuß! - Nein, den Handkuß nehme ich zurück. Aber wir würden Nordirland, wenn eine Mehrheit das will, nichts in den Weg legen. Die Provinz kostet uns drei Milliarden Pfund im Jahr. Drei Milliarden Pfund für eineinhalb Millionen Menschen! Für uns steht dort weder ein strategisches noch ein wirtschaftliches Interesse auf dem Spiel."

Bereits einige Monate zuvor hatte Mayhew in einer Rede im nordirischen Coleraine erklärt, die britische Regierung würde niemanden daran hindern, mit friedlichen Mitteln für eine Integration Nordirlands in ein vereinigtes Irland zu arbeiten. Sollte die Mehrheit der nordirischen Bevölkerung dieser Idee folgen, würde die Regierung kein Hindernis darstellen. Diese Passagen der "Coleraine-Rede" richteten sich direkt an Sinn Féin.

Die größere Sensibilität von Sinn Féin/IRA gegenüber möglichen Veränderungen in der britischen Position wird begleitet von einer intensiveren Beschäftigung mit den Interessen und der Psyche der Loyalisten, was in der Vergangenheit in der Regel als Kniefall vor dem loyalistischen Vetorecht denunziert wurde. Es begann mit der öffentlich bekundeten Einsicht, daß man die Protestanten zur Wiedervereinigung nicht zwingen könne, was bis dahin jedoch mehr oder weniger vorausgesetzt wurde. Vielmehr müsse man akzeptieren, daß auch nach einem britischen Abzug mehr als 900.000 Menschen auf der Insel verbleiben würden, die sich historisch und kulturell in einem britischen Kontext definieren. Es folgte das Eingeständnis, daß der bewaffnete Kampf, der sich zwangsläufig auch gegen Mitglieder der protestantischen community richtet, da sich die nordirischen "Sicherheitskräfte" - von der britischen Regierung an die vorderste Front gestellt - zu über 90% aus dieser rekrutieren, den Dialog zwischen Nationalisten und Unionisten/Loyalisten erschweren würde.
Sinn-Féin-Sprecher Mitchel McLaughlin erklärte bereits im September 1992: "Wir in Sinn Féin sind mit John Hume völlig einer Meinung, daß Spaltung (gemeint ist die sektiererische Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten; Anm. dsm) nicht mit Gewalt geheilt werden kann."

Es war John Hume, der zuvor am deutlichsten formuliert hatte, daß die "irische Einheit" nicht in erster Linie eine territoriale Angelegenheit sei, sondern Menschen beträfe. Hume bestritt damit keineswegs ein Recht auf irische Selbstbestimmung. Aber das eigentliche Problem lautete für ihn, wie dieses Selbstbestimmungsrecht angesichts der Polarisierung zwischen Nationalismus und Unionismus praktisch auszuüben sei.

Im Kontext einer neuen Analyse der protestantischen community modifizierte die republikanische Bewegung auch ihre Position eines britischen Rückzugs. So ist seit einiger Zeit nicht mehr einfach nur von "withdrawal" die Rede. Zweifelsohne bleibt ein britischer Rückzug der zentrale Schlüssel für eine Lösung des Konflikts, aber Sinn Féin/IRA ist klar, daß ein Rückzug allein noch keinen Frieden bringt. Sicherlich wurde diese neue Sichtweise auch durch die Eskalation des loyalistischen Terrors gefördert, der die Illusion zunichte machte, daß die protestantische community auf einen Abzug der Truppen und eine Veränderung des Status quo mit totaler Passivität reagieren würde. Die republikanische Bewegung realisierte, daß ein britischer Rückzug ab einem bestimmten Punkt der Entwicklung, nämlich nach einer entsprechenden Bereitschaftserklärung Londons, nicht länger gegen die Briten, sondern nur mit ihnen gemeinsam durchzusetzen ist.

Unklare Aussichten

Völlig falsch liegt, wer diese Entwicklungen als Ausdruck politischer und militärischer Schwäche der republikanischen Bewegung wertet. Rein militärisch gesehen gibt es für die IRA keinen Anlaß, ihre Kampagne einzustellen. Die IRA hat in den letzten Jahren selbst die katastrophalsten Eigentore überlebt. Eine Fortsetzung der militärischen Kampagne dürfte ihr - bei einem Ausbleiben einer akzeptablen britischen Reaktion auf ihren Friedenswillen - kaum Probleme bereiten.

Sicherlich war die Chance, daß alle militärischen Kampagnen in Nordirland zum Stillstand kommen und der politische Dialog an ihre Stelle tritt, noch nie so groß wie zur Zeit. Entscheidend dafür ist, daß auf allen Seiten etwas in Bewegung geraten ist, auf protestantischer/unionistischer Seite allerdings in höchst zwiespältiger Weise. Dem erwähnten Dialog von Repräsentanten der protestantischen/unionistischen community mit der republikanischen Führung steht die neue Konjunktur des protestantischen Paramilitarismus in den Arbeiterbezirken gegenüber. Die militärische Kampagne der loyalistischen Paramilitärs gegen die behauptete "pan-nationalistische Front" aus Dublin, SDLP und Sinn Féin bedeutet mittlerweile, daß auch moderate Nationalisten als legitime Ziele betrachtet werden. Als Stichwortgeber und wohl auch Auftraggeber dieser Kampagne agieren die gleichen "respektablen" unionistischen Politiker, die sich mit Sinn Féin nicht an einen Tisch setzen wollen, weil die Partei die IRA unterstützt.

Eine weitere Eskalation loyalistischer Gewalt ist nicht auszuschließen. Das britische Establishment hat mit dem Unionismus/Loyalismus seinerzeit ein Monster geschaffen, das es heute nur noch schwer unter seine Kontrolle bekommt. Man kriegt dieses Monster nicht in den Griff, wenn man ihm gestattet, mit sich allein zu bleiben. Ein Rückzug der britischen Regierung vom Dialog mit der IRA würde den protestantischen Paramilitarismus keineswegs schwächen, sondern eher ermutigen. Je mehr der Unionismus genötigt wird, die Realität anzuerkennen, daß außer den ca. 900.000 Protestanten/Unionisten auch noch weitere ca. 3,5 Millionen Menschen auf der Insel leben, je mehr für die Protestanten Kontakte mit der anderen Seite - den nordirischen Katholiken wie der Bevölkerung des Südens - unumgänglich werden, desto pragmatischer wird der unionistische "mainstream" werden. Denn als extrem exklusiver Nationalismus (im Gegensatz zum irischen

Nationalismus) und extrem separatistische Ideologie (separatistisch gegenüber dem Rest der Insel und deren Bevölkerung) verträgt der Unionismus den direkten Kontakt mit anderen Vorstellungen nicht. Da seine materielle Basis mehr und mehr erodiert, ist er darauf angewiesen, die "Andersartigkeit" der protestantischen Iren zu betonen. "Irish OUT!" kann man heute an den Mauern des protestantischen East Belfast lesen. Konfessionszugehörigkeit wird so zur "Rasse". Kein Sinn Féiner kommt heute auf den Gedanken, den Protestanten ihr Existenzrecht in Irland mit Verweis auf ihre nahezu 400 Jahre zurückliegende Einwanderung streitig zu machen. Aber eine wachsende Zahl extremer Protestanten übernimmt die Cruithin-Theorie des Historikers Ian Adamson, nach der die heutigen Protestanten die Nachfahren eines Völkchens seien, das noch vor den Gälen in Irland lebte. Demnach sind die Protestanten die eigentlichen Ureinwohner Irlands, die Katholiken hingegen Eindringlinge, die zumindest aus dem protestantischen Nordosten vertrieben gehören. Wenn es noch eines Beweises dafür bedarf, daß Nationen nicht zuletzt eine (furchtbare) Erfindung von Historikern sind, so wird dieser in Nordirland aktuell geliefert.

Das weitgehende Verschwinden der materiellen Basis für protestantische Überlegenheitsphilosophie hat zur Folge gehabt, daß der Unionismus eine Transformation zu einer mehr und mehr kulturellen Angelegenheit erfuhr. Dieser Prozeß birgt Chancen wie Gefahren in sich. Niemand wird den Protestanten das Recht absprechen, ihrer pro-britischen Tradition zu frönen, auch nicht in einem irischen Einheitsstaat. Ein irischer Einheitsstaat darf kein "gälischer" sein, sondern muß in kultureller Hinsicht einen betont pluralistischen Charakter besitzen. Ansonsten würde er keinen gesellschaftlichen Fortschritt darstellen und wäre aus linker Sicht nicht zu rechtfertigen.

Auf britischer Seite tut sich bislang sichtbar nicht mehr, als daß das loyalistische Vetorecht eine gewisse Relativierung erfährt, indem mehr denn jemals zuvor betont wird (s.o.), daß man eine nordirische Mehrheitsentscheidung pro Wiedervereinigung akzeptieren würde. Möglicherweise hat das britische Interesse an Nordirland - bedingt durch das Verhalten der traditionellen Verbündeten, die Kosten und den scheinbar endlosen Charakter der IRA-Kampagne und die abnehmende strategische Bedeutung der Insel mit dem Ende des "Kalten Krieges" (ein Argument, das u.a. vom "Observer" strapaziert wird) - tatsächlich nachgelassen, weshalb die britische Regierung nach einem Ausweg aus dem Konflikt sucht und Rückzugsoptionen sondiert.

Die entscheidende Frage lautet jedoch: Was ist London bereit, für ein gesamtirisches Arrangement - und nur ein solches kann die britische Regierung entlasten - zu tun? Genau hier haben sich SDLP und Sinn Féin offenbar von London mehr an Bewegung erhofft, nämlich ein Bekenntnis zur irischen Einheit als der besten aller denkbaren Lösungen, sowie eine Absichtserklärung, sich für dieses Ziel aktiv zu engagieren. Hierunter wäre vor allem zu verstehen, daß die britische Regierung innerhalb der protestantischen community Überzeugungsarbeit leistet, d.h. dieser verdeutlicht, daß es für ihre Zukunft das Beste wäre, sich mit den nordirischen Katholiken wie der Bevölkerung der Republik Irland zu arrangieren.

Gäbe es eine solche Absichtserklärung, könnte Dublin ohne weiteres seinen verfassungsmäßig verankerten Anspruch auf Nordirland suspendieren und der protestantischen community die Angst nehmen, in irgendetwas hineingezwungen zu werden, was sie partout nicht will. Damit wäre der Weg frei für weitere positive Bewegungen. Was einmal an deren Ende stehen wird, darüber läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur spekulieren.

19. 1994 - Jahr der Regierungsübernahme durch den ANC

Südafrika

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:37

Fast vier Jahre nach Legalisierung des ANC und der Freilassung seines Präsidenten Nelson Mandela aus 27jähriger Haft im Februar 1990 steht die südafrikanische Befreiungsbewegung seit Anfang dieses Monats im unmittelbaren Vorhof der Regierungsmacht. Mit der Einrichtung eines Transitional Executive Council (TEC), eines Übergangs-Exekutivrates, wurde ein vom ANC beeinflußtes Organ geschaffen, das bis zu den Wahlen am 27. April 1994 gegenüber der Regierung in allen wesentlichen Bereichen ein Kontroll- und Vetorecht besitzt.

Im zähen Verhandlungsprozeß der vergangenen Jahre hat der ANC letztlich alle Winkelzüge von Staatspräsident de Klerk und der herrschenden National Party zunichte gemacht, die ihn auf eine dauerhafte Machtteilung ("power sharing") mit der weißen Minderheit festlegen wollten. Aber zugleich verzichtete der ANC auf die Durchsetzung seiner sozialistischen Programmatik: Das neue, das schwarze Südafrika wird eine kapitalistische parlamentarische Demokratie sein.

Derweil ziehen die faschistischen und rassistischen Gruppen mit ihrem nach wie vor enormen Gewaltpotential weiter ihre blutige Spur durch das Land. Politisch haben sie sich isoliert und sind ohne Konzept - doch je aussichtsloser ihre Lage, um mit so größeren Verbrechen von ihrer Seite muß gerechnet werden.

Bis über die Mitte des Jahres 1992 hinaus hatte die weiße Regierung in Zusammenarbeit mit der schwarzen Zulu-Partei Inkatha versucht, den ANC mit Hilfe von Verhandlungen zu schwächen und hinzuhalten. Zugleich hatte sie billigend in Kauf genommen (wenn nicht sogar aktiv gefördert), daß rassistische Kräfte im Polizei- und Militärapparat sowie terroristische Kommandos der Inkatha durch fortgesetzte Überfälle, Morde und Massaker die in ihrer großen Mehrheit mit dem ANC sympathisierende Bevölkerung in den schwarzen Townships zu demoralisieren suchte. Hinzu kamen (und kommen bis in die Gegenwart hinein) gezielte Hinrichtungen von ANC-Aktivistinnen und Aktivisten. Seit Anfang 1990 kamen so bei (wie es offiziell heißt) "politisch motivierten Gewalttaten" mehr als 12.500 Menschen ums Leben - eine Zahl, die noch zu niedrig gegriffen sein dürfte, denn insgesamt starben im selben Zeitraum in Südafrika über 53.000 Menschen eines gewaltsamen Todes. Und auch in den Jahren zuvor fielen ab 1984 dem durch Inkatha verursachten Terror schätzungsweise über 5.000 Menschen zum Opfer.

Die "Goldstone-Kommission" zur Untersuchung von Gewalttaten in Südafrika hat inzwischen die Zusammenarbeit zwischen Inkatha und der südafrikanischen Armee an konkreten Beispielen belegen können. So wurden 1986 200 junge Mitglieder der Zulu-Partei, rekrutiert durch den persönlichen Assistenten des Inkatha-Präsidenten Buthelezi, im damalig südafrikanisch annektierten Namibia durch die südafrikanische Armee in Techniken des städtischen Guerilla-Kampfes unterwiesen. Später wurden diese Männer dann nach und nach der Polizei des Homelands von KwaZulu eingegliedert. (Weekly Mail, Johannesburg, 2.7.93) Jüngst legte nun die Goldstone-Kommission Beweise dafür vor, daß fünf Polizisten aus KwaZulu einer Todesschwadron angehörten, die zwischen 1992 und 1993 mindestens neun Personen getötet habe, unter ihnen Führungsmitglieder des ANC. (FAZ, 9.12.93)

Doch bekanntlich ließ sich der wachsende Einfluß des ANC weder durch sein jahrzehntelanges Verbot noch durch militärische und terroristische Bekämpfung noch durch Verhandlungstricks brechen. Nachdem der ANC ab Juni 1992 durch eskalierende Massenproteste klar gemacht hatte, daß Südafrika ohne ihn nicht mehr zu regieren ist, orientierte die de Klerk-Regierung ab September 1992 auf eine Verständigung mit der Befreiungsorganisation. Der ANC hatte dafür das Zugeständnis gemacht, in eine zukünftige "Übergangsregierung der nationalen Einheit", also eine Regierungsbeteiligung der Weißen, einzuwilligen. (siehe ak 353, 7.4.93)

Fortan ging die Auseinandersetzung zwischen ANC und Regierung nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie einer Machtbeteiligung bzw. Machtübergabe an den ANC. Ein halbes Jahr dauerte es noch einmal, bis am 1. April dieses Jahres zum dritten Mal seit Ende 1991 der Versuch startete, in

Mehrparteienverhandlungen unter Einschluß aller politischen Kräfte des Landes (einschließlich der Regierungen der "unabhängigen" Homelands) den Modus der Machtübergabe an die schwarze Bevölkerungsmehrheit auszuhandeln. (Ihre Teilnahme an dieser Runde abgelehnt hatten nur zwei Nazi-Organisationen, darunter die "Afrikaaner Weerstandsbeweging" (AWB), sowie die "Azanian People's Organisation" (AZAPO).) Tragende Basis dieser Neuaufnahme der Gespräche war , daß sich der ANC einerseits und die südafrikanische Regierung andererseits als die beiden wichtigsten Machtzentren des Landes im Grundsatz bereits im Vornherein einig geworden waren, was hieß: Allgemeine Wahlen sollen 1994 stattfinden und anschließend eine Übergangsregieung unter Beteiligung der Weißen installiert werden.

Streit um die Verfassung

Die (Regierungs-)Machtfrage gerann zu einem Verhandlungsclinch, bei dem die weiße Regierung verbissen um jeden Zentimeter Boden kämpfte, und der im Ergebnis ein getreues Abbild des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in Südafrika darstellt. Folgende Fragen standen zur Klärung an:

- Der Wahltermin. Hier drängte der ANC, zumal nach dem Mord an dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei (SACP), Chris Hani, am 10. April, nach Wiederaufnahme der auf Grund des Mordes unterbrochenen Gespräche Ende April auf eine rasche Bekanntgabe eines definitiven Datums. Die Regierung versuchte dies hinauszuzögern, weil sie dem ANC zuvor eine Einigung über die Grundlagen der künftigen Verfassung abhandeln wollte. Die Lösung des Problems (zugleich ein Musterbeispiel für die Zähigkeit der Verhandlungen): Am 7. Mai hieß es, der Termin werde binnen eines Monats bekanngegeben. Sodann willigte der ANC darin ein, daß ein Unterausschuß Grundzüge einer künftigen Übergangsverfassung erarbeiten solle. Am 3. Juni einigte sich die Runde dann "provisorisch" auf den 27. April 1994 als Wahltermin. Zugleich brachte die Regierung ein Wahlgesetz in das südafrikanische Parlament ein. Am 16. Juni sollte der Termin definitiv beschlossen werden, was jedoch den Auszug der weißen faschistischen Gruppen aus der Sitzung zur Folge hatte. Die Verabschiedung des Beschlusses wurde daraufhin auf den 25. Juni und dann - nachdem sich auch die Inkatha Freedom Party (IFP) der Ablehnung der Rassisten angeschlossen hatte - nochmals verschoben. Am 1. Juli wurde dann die Einigung über die Übergangsverfassung verkündet, am 2. Juli daraufhin der 27. April 1994 als Wahltermin endgültig festgelegt.

- Die künftige Verfassung. Der ANC hatte den logischen und demokratischen Standpunkt vertreten, daß die neue Verfassung Südafrikas von der künftigen, von allen erwachsenen Südafrikanerinnen und Südafrikanern gewählten Nationalversammlung erarbeitet und mit sechzig Prozent der Stimmen verabschiedet werden sollte. Da jedoch nicht auszuschließen ist, daß der ANC bei den Wahlen allein die sechzig Prozent erreicht, wollte die südafrikanische Regierung bereits vorweg die wichtigsten Elemente einer bürgerlichen Demokratie gesichert wissen.

Der Kompromiß zwischen ANC und Regierung: Das künftige, demokratisch gewählte Parlament wird die endgültige Verfassung Südafrikas erstellen und mit mehr als sechzig Prozent der Stimmen beschließen. In der künftigen Verfassung müssen aber die Grundprinzipien der dem ANC abgehandelten Übergangsverfassung aufgenommen sein. Bei Interpretations-Streitigkeiten entscheidet das neu einzurichtende Verfassungsgericht. Dessen Richter aber werden durch den künftigen Staatspräsidenten (also voraussichtlich Nelson Mandela) ernannt. Aufgenommen wurden in die Übergangsverfassung solche Grundsätze wie Mehrparteiendemokratie und Gewaltenteilung, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Enteignungen (bei Entschädigung), das Streikrecht ebenso wie das Recht auf Aussperrung (allerdings nicht bei Lohnkämpfen) sowie das Recht des Staates, Maßnahmen zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und fairen Arbeitsverhältnissen durchzuführen.

- Die föderalen Strukturen im künftigen Südafrika. Bei den diesbezüglichen Beschlüssen standen die Verfassung Spaniens sowie das BRD-Grundgesetz Pate. Die zukünftig neun Regionen (über deren Grenzen im übrigen bis heute noch nichts bekannt ist) erhalten eine weitgehende Autonomie auf solchen Gebieten wie Kultur und Erziehung, Stadt- und Regionalplanung, Landwirtschaft, Gesundheit und Soziales, Polizei. (Die Leitung der regionalen Polizei wird allerdings durch die Zentralregierung bestimmt.) Außerdem sollen die Provinzen eigene Steuern und Abgaben erheben dürfen, wofür sie jedoch die Zustimmung des Nationalparlaments einholen müssen. Überhaupt kommt dem nationalen Parlament das Recht zu, auf allen Gebieten minimale Standards festzulegen, regionale Mißbräuche zu verhindern und die Einheit des südafrikanischen Wirtschaftsraums zu gewährleisten. Im Falle von Streitigkeiten zwischen der Zentralregierung

und den Regionalregierungen entscheidet das Verfassungsgericht. Letztlich hat die Zentralregierung das Recht, den Regionen übertragene Befugnisse zu widerrufen.

- Die Kompetenzen des Übergangsexekutivrates (TEC). Mit der Bekanntgabe des Wahltermins am 2. Juli stimmte die Mehrparteienkonferenz "im Prinzip" auch der Schaffung eines Übergangsexekutivrates zu. Am 7. September wurde dann definitiv seine Einrichtung beschlossen (der ANC rief daraufhin dazu auf, die noch verbliebenen Sanktionen gegen Südafrika aufzuheben), wobei zu diesem Zeitpunkt noch offen war, wann er seine Arbeit aufnehmen würde. Der TEC, der seit dem 7. Dezember existiert, fungiert als Kontrollinstanz der Regierung, die weiter die Geschäfte führt. Im TEC sind alle diejenigen Parteien und Gruppierungen mit jeweils einer oder einem Delegierten vertreten, die am Verhandlungsforum teilgenommen haben und die Ziele und Grundsätze des TEC schriftlich anerkennen. Während die Regierung ihm ursprünglich nur beratende Funktion zuerkennen wollte, ist letztlich vereinbart worden, daß seine "mit ausreichender Mehrheit" zu fällende Entscheidungen für die Regierung und Einzelressorts bindend sind. Der Exekutivrat besitzt sieben Ausschüsse: Recht und Ordnung (hierunter fällt im wesentlichen die Kontrolle der Polizei), Verteidigung (Armee), Geheimdienste, Finanzen, Außenpolitik, Frauenfragen, Kommunal- und Regionalverwaltung. Seine erste Amtshandlung: Zustimmung zur Aufnahme eines Weltbankkredits in Höhe von 850 Millionen Dollar.

- Die Zusammensetzung der künftigen "Regierung der nationalen Einheit". Die ursprüngliche Forderung de Klerks war es, die weiße Minderheit dauerhaft an der Regierung zu beteiligen und sie mit einem Vetorecht auszustatten. Ein letztes Mal hatte er dies noch Ende Mai öffentlich artikuliert. Außerdem hätte nach seinen Vorstellungen das Präsidentenamt von den drei stärksten Parteien im Rotationsverfahren besetzt werden sollen. Der ANC war hier zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit. So werden nach den Wahlen am 27. April 1994 alle Parteien (lediglich) gemäß ihrem Stimmenanteil an der Regierung beteiligt, sofern sie die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Die stärkste Partei stellt den Präsidenten und einen Vizepräsidenten; ein zweiter Vizepräsident wird von der zweitstärksten Partei nominiert. Kabinettsbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefällt, "im Geist der Regierung der Nationalen Einheit", so die wenig konkrete Zusage des ANC. Nach den nächsten Wahlen - 1999 - wird die Regierungsbildung dann unabhängig von Sondervereinbarungen getroffen. Einer denkbaren ANC-Alleinregierung steht dann nichts mehr im Wege. Somit ist von dem von de Klerk einst angestrebten Ziel, nicht die gesamte Staatsmacht der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu überlassen, sondern lediglich eine Machtteilung ("power sharing") zuzugestehen, auf der formal rechtlichen Ebene wenig übriggeblieben.

Armee bleibt erhalten, "Speer der Nation" wird eingegliedert

Wesentliche Machtstrukturen der Apartheid-Ära bleiben jedoch bis auf weiteres weitgehend unangetastet und werden den politischen Spielraum einer ANC-geführten Regierung begrenzen. Erhalten bleiben die bisherigen Armeestrukturen, wobei allerdings führende rassistische Generäle und Offiziere von Staatspräsident de Klerk schon vor längerer Zeit entweder aus der Armee entlassen oder in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurden. Für die Zukunft soll dann die südafrikanische Armee um die vier Armeen der ehemals "unabhängigen" Homelands sowie um die bewaffneten Einheiten aller Parteien, die an den Wahlen teilnehmen, erweitert werden. Während sich APLA, der bewaffnete Arm des PAC dieser Möglichkeit entziehen dürfte, hat die ANC-Armee "Speer der Nation" die Absicht bekundet, dem TEC vollständige Listen über den Umfang ihrer Verbände und Waffenlager auszuhändigen. (SZ, 9.12.) Bisherige Versuche des ANC, die auf die Schaffung einer neuen "Friedenstruppe" im Umfang von rund 7.000 Mann zielten und die zunächst in den Townships eingesetzt werden sollte, konnten bislang nicht realisiert werden. Der TEC-Ausschuß Verteidigung soll eine unabhängige Kontrollbehörde einsetzen, die Verstöße von Armeeangehörigen gegen die Ziele des TEC untersuchen soll.

Ähnliches soll der TEC-Ausschuß für Recht und Ordnung leisten. Eine nationale Kontrollinstanz hat die Beobachtung und Kontrolle aller Polizeikräfte zu gewährleisten, der Ausschuß selber besitzt Untersuchungsbefugnis gegenüber der Polizeiführung. Er wird ein neues Polizeikonzept und Leitlinien für polizeiliches Verhalten entwickeln. Zugleich wird er Polizisten auflisten, die aus der Polizei entlassen werden sollen. Die 120.000 Mann starke Polizei wird dem Präsidenten direkt unterstellt werden bzw. auf die zukünftigen Regionen aufgeteilt. In letzter Zeit artikulieren sich unter den schwarzen Polizeiangehörigen zunehmend Anhänger des ANC.

Entlassungen von Richtern sowie Beamten aus dem bisherigen rassistischen Staatsapparat wird es nicht geben. Quasi als Gegenleistung handelte der ANC aus, daß alle Personen, die für das neue Südafrika "Opfer gebracht und Dienste im öffentlichen Interesse" geleistet hätten (also ehemalige Befreiungskämpfer und -kämpferinnen) Renten erhalten sollen.

Für Land, das nach 1913 enteignet wurde, wurde in der neuen Übergangsverfassung ein Anspruch auf Rückgabe vereinbart (bei gleichzeitiger Entschädigung der jetzigen Besitzer). Über die konkrete Umsetzung des Beschlusses gibt es bislang noch keine Vorstellungen. Gleiches dürfte auch für die vom Mehrparteienforum zu guter Letzt noch beschlossene Auflösung der vier bisher "unabhängigen" Homelands sowie der sechs weiteren, sogenannten "autonomen" Homelands (u.a. KwaZulu) gelten. Konkret umgesetzt würde dies nämlich bedeuten, daß der IFP schlagartig ihre bisherige Machtbasis unter den Füßen weggezogen wird und bislang ist schwer einzuschätzen, wie die IFP darauf reagieren wird. Unwahrscheinlich, daß eine der zukünftigen neun Regionen (deren Grenzen sicher nicht zufällig immer noch nicht bekannt sind) genau das bisherige Territorium von KwaZulu umfassen wird; dazu ist dieses Gebiet wie alle Homelands zu klein und überdies zu zersplittert. Zudem liegt KwaZulu vollständig innerhalb der bisherigen Provinz Natal, welche von ihrer relativen Kleinheit geradezu prädestiniert wäre, im bisherigen Umfang weiterzuexistieren. Von Regierungsseite wurde zurückhaltend der Vorschlag ins Gespräch gebracht, eventuell "Subregionen" zu bilden. Dieses Angebot, gezielt auf Inkatha sowie die weißen Rassisten, macht zumindest den einen Sinn, die verhandlungsbereiten Kräfte, die sich hauptsächlich bei der IFP (in Widerspruch zu Buthelezi) finden, gegenüber denen, die auf eine bewaffnete Konfrontation orientieren, zu stärken.

Weißer "Volksstaat" angekündigt

Die weißen südafrikanischen Faschisten und Rassisten, die sich im Mai des Jahres fast vollzählig zur "Afrikaaner Volksfront" (AVF) zusammenschlossen sowie die IFP nebst den Homeland-Führungen von Bophuthatswana und Ciskei haben sich seit ihrem fast gleichzeitigem Rückzug aus dem Mehrparteienforum (im Juli) im Oktober zu einer "Freiheitsallianz" zusammengeschlossen und erklärt, fortan nur noch mit einer Stimme sprechen zu wollen. Dieses charakterlose Bündnis eint der Wunsch, sich jeweils einen Teil Südafrikas anzueignen, um dort dann die Privilegien und Machtpositionen der Vergangenheit in die Zukunft hinüberzuretten.

Das in den Händen der Rassisten angehäufte Gewaltpotential ist enorm, zumal sie über eingespielte Verbindungen zur Armee und der Polizei verfügen. Doch selbst innerhalb der weißen Minderheit (5 Millionen Südafrikaner) können die Konservative Partei sowie die Nazi-Gruppen nicht auf eine Mehrheit bauen. Ihre Drohungen, daß es Krieg geben werde, dürfte zusätzlich etliche Weiße verschrecken, denn eine offen angezettelte militärische Konfrontation könnte angesichts der hohen Militanz unter den Schwarzen in einer blutigen Katastrophe mit unabsehbaren Folgen zuallererst für die Weißen selber enden.

Die Gewaltrhetorik ebenso wie der alltäglich ausgeübte blutige Terror in Natal und den Townships läßt sich freilich als Indiz dafür nehmen, daß es den weißen Rassisten an einer tragfähigem politischen Konzeption mangelt. Daß sie ihre Hauptforderung - ein eigenes weißes Homeland - nicht realistisch zu lokalisieren vermögen und dies vermutlich auf Grund der Bevölkerungsverteilung in Südafrika auch objektiv gar nicht können, zeigt die politische Sackgasse, in der sie sich befinden. Darum dürften sie auch nicht die Kraft für eine militärische "Lösung" finden. Ihre Ankündigung, Anfang 1994 einen "Volksstaat" auszurufen und eine "Volksarmee" aufzustellen (SZ, 26.11.; 1.12.), dürfte wenig Chancen auf Umsetzung haben. Die politische Aussichtslosigkeit ihrer Situation läßt jedoch erwarten, daß sie weiter den Terror gegen die Schwarzen lancieren werden.

J./Westberlin

20. Extremistische Siedler, palästinensische Desperados - Provokationen gegen is.-pal. Frieden

Provokationen gegen den israelisch-palästinensischen Frieden

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:42

"Bei den Palästinensern wie auch bei uns ertönt der hysterische Ruf: Verrat! Von beiden Seiten hören wir dunkle Drohungen, diesen neuen Frieden zu ersticken, ehe er überhaupt die Chance hat, auf eigenen Füßen zu gehen." (Amos Oz auf der Kundgebung vom 4.9.93 in Tel Aviv)

Am 30.8., dem Tag, an dem die Abstimmung über die "Grundsatz-Erklärung für eine Übergangs-Selbstverwaltung im Gazastreifen und in Jericho" erfolgen sollte, zogen mehrere tausend Demonstranten, zum größten Teil Siedler aus den besetzten Gebieten, vor Rabins Amtssitz auf. "Rabin ist ein Verräter" und "Rabin ist ein Lügner" waren die Standardparolen. Die Parolen des Mobs auf der Straße wurden von der rechten Opposition "intellektuell" fundiert. Likud-Chef Netanjahu verglich in der Knesset die "Grundsatz-Erklärung" mit dem Vertrag, der am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zwischen Nazi-Deutschland und Großbritannien geschlossen worden war. Der Likud-Abgeordnete Hanegbi rief zum Widerstand gegen die Regierung auf und kündigte an, er werde "50.000 Juden mobilisieren", wenn israelische Truppen für die (vorgesehene) palästinensische Polizei Stellungen räumen. Und der "Rat der Siedler" in den besetzten Gebieten drohte, es werde "einen Bürgerkrieg um Judäa, Samaria (Westbank; d.V.) und Gaza" geben.

Obwohl Siedler in den vergangenen Jahren der Intifada schon verschiedentlich in pogromartiger Manier durch palästinensische Ortschaften gezogen waren, wurde die Gefahr, daß sie ihre Drohung wahr machen könnten, gering geschätzt. Nur ein sehr geringer Teil der Siedler sei, hieß es offiziell, tatsächlich gewaltbereit. Von antizionistischer Seite war ebenso wie von dem Friedensaktivisten Uri Avnery zu hören, eine wirkliche Gefahr gehe von den Siedlern nicht aus, da sie von der israelischen Öffentlichkeit kaum unterstützt würden.

So richtig die Feststellung ist, daß die Siedler in der israelischen Öffentlichkeit kaum Unterstützung finden - sie werden als "Schmarotzer", "Friedensgegner" und "Extremisten" angefeindet -, so falsch ist die darin eingeschlossene Folgerung, die Siedler würden einer auch noch so geringfügigen Teilung "ihres" Landes tatenlos zusehen.

Siedlermilitanz ...

Am 29.10. wurde Chaim Misrachi, ein Siedler aus Beit-El (Westbank), entführt und ermordet. Die Hamas (Islamische Widerstandsbewegung) bekannte sich zu diesem Mord - nach anderen Meldungen nahm noch eine nationalistische Palästinenserorganisation die Tat für sich in Anspruch.

Nachdem etwa zum gleichen Zeitpunkt die über acht Monate aufrechterhaltene Totalabsperrung von Westbank und Gazastreifen partiell (für Frauen, für Männer über 40 und Kinder unter 16 Jahren) wieder aufgehoben wurde, blockierten Tausende von Siedlern nach dem Bekanntwerden des Mordes an etwa fünfzig Stellen die Straßen der Westbank, verbrannten Autoreifen, zerstörten Autos von Palästinensern und stürmten ein Flüchtlingslager. 200 Beit-El-Siedler zogen durch eine nahegelegene palästinensische Ortschaft und zerschlugen Wagenfenster. Die Blockaden der Siedler, die auf den Gazastreifen ausgedehnt wurden, legten den Verkehr mit Israel lahm und hielten über drei Tage an.

Zu einer ernsthaften Krise in den Verhandlungen zwischen PLO und Israel kam es, als sich herausstellte, daß Chaim Misrachi nicht von Hamas-, sondern von Fatah-Mitgliedern ermordet worden war. Fünf jugendliche Mitglieder einer Fatah-Gruppe hatten bei ihrem Verhör erklärt, die Tat begangen, aber nicht auf Anweisung, sondern auf eigene Rechnung gehandelt zu haben. Arafat folgte dem Verlangen, die Tat zu verurteilen: "Wir verlangen, daß alle sich an die Abmachungen halten und Gewaltakte aufgeben, um den Friedensprozeß nicht zu gefährden." Hamas verdammte daraufhin Arafat als Lakaien Israels und der USA.

Am 7.11. wurde bei einem Anschlag auf den Wagen des Siedler-Rabbiners Druckman dessen Fahrer getötet, der Rabbiner selbst leicht verletzt. Zu der Tat bekannte sich die Democratic Front for the Liberation of Palestine (DFLP, Teil der Ablehnungsfront innerhalb des PNC). Einige Stunden später wurden im Gazastreifen vier Palästinenser von Siedlern erschossen. Machte der Anschlag auf Druckman noch tagelang Schlagzeilen,

war die Ermordung von vier Palästinensern nur eine knappe Notiz und anscheinend nicht einmal eine Fahndung nach den Tätern wert. Die Siedler reagierten auf den Anschlag auf Druckman wiederum zu Tausenden mit Straßenblockaden, legten so den Verkehr der Westbank mit Israel lahm, zerstörten Marktstände in Hebron, überfielen eine Schule nördlich von Jerusalem und brannten eine leerstehende Schulklasse nieder, beschädigten Häuser und bewarfen palästinensische Fahrzeuge mit Steinen. An einer ihrer Straßensperren wurden zwei Palästinenser durch Schüsse verletzt.

Am 13.11. wurde wiederum ein Palästinenser durch Schüsse schwer verletzt, der Schütze soll ein Siedler gewesen sein.

In der letzten Novemberwoche machte das israelische Militär seine Ankündigung wahr, bis zum Beginn der Selbstverwaltung des Gazastreifens noch so viele "Terroristen" wie möglich zu erledigen. Der Leiter des militärischen Flügels von Hamas, Imad Aqal, wurde am 24.11. im Gazastreifen von einer Spezialeinheit auf dem Boden eines Hauses mit einer Panzerabwehrrakete zerfetzt. Am 26.11. wurde ein weiterer (tatsächlicher oder vorgeblicher) Leiter des militärischen Flügels von Hamas in einem Olivenhain in der Westbank erschossen. Der Erschießung der beiden Hamas-Aktivisten folgten die schwersten Unruhen seit Monaten im Gazastreifen. Die Fatah-Falken kündigten die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes an. Am 25.11. und den folgenden Tagen, an denen der Generalstreik ausgerufen worden war, wurden mindestens 80 Palästinenser von israelischen Soldaten mit Schüssen verletzt, ein Palästinenser wurde erschossen. Der Gazastreifen wurde bis auf weiteres abgeriegelt, auch Journalisten war der Zugang untersagt.

Am 30.11. starben bei einem Anschlag auf einen israelischen Wagen eine Siedlerin und ein Siedler. Hamas bekannte sich zu der Tat, die die Rache für die Tötung Imad Aquals sei. Die DFLP beanspruchte gleichzeitig die Täterschaft für sich. Siedler zogen durch mehrere palästinensische Orte der Westbank. In der Innenstadt von Hebron feuerten sie in die Luft, warfen Scheiben ein und schlitzten die Reifen von Wagen auf, die Palästinensern gehörten. Drei Palästinenser wurden in Hebron durch Schüsse verletzt, einer davon schwer.

Am 3.12. feuerte ein Siedler auf ein palästinensisches Taxi, das zuvor an einer von Siedlern errichteten Straßensperre aufgehalten worden war, und erschoß einen der Insassen. Ein palästinensisches Paar, das auf dem Balkon seines nahegelegenen Hauses saß, wurde von Querschlägern verwundet - was nicht, anderes heißt, als daß der Siedler mit Dauerfeuer auf das Taxi, also mit gezielter Tötungsabsicht, geschossen hat.

Am 9.12. wurde im Gazastreifen eine Siedlerin von Palästinensern bei einer Messerattacke verletzt. Am selben Tag wurde in der Westbank ein palästinensischer Bauer von Siedlern erschossen.

Am 10.12. wurden in der Nähe von Hebron drei Palästinenser von Siedlern aus dem fahrenden Auto heraus erschossen.

... und soldatische Passivität

Die Aktionen der Siedler waren voraussehbar, aus ihren Reihen war lauthals mit einem Bürgerkrieg und mit "Szenen wie in Sarajevo" gedroht worden. Im israelischen Fernsehen waren Siedler beim nächtlichen Waffentraining zu besichtigen. Im November war von Siedlern mehrfach der gesamte Verkehr zwischen der Westbank und Israel lahmgelegt worden. Siedler waren vielfach randalierend und zerstörend durch palästinensische Ortschaften gezogen. Und Siedler hatten mehrfach Palästinenser willkürlich angeschossen, einige von ihnen ermordet. Wie anders kann noch offener Aufruhr gegen den eigenen Staat und seine Politik aussehen? Welcher demokratische Staat müßte nicht mit aller Härte gegen seine mordenden und brandschatzenden Bürger vorgehen? Welcher demokratische Staat kann es sich leisten, Palästinenser wegen Steinwürfen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen zu verurteilen - wenn der Steinwerfer, weil er Soldaten "in eine lebensbedrohliche Situation" gebracht hat, nicht gleich erschossen wird -, israelische Siedler aber sogar dann noch gewähren zu lassen, wenn sie auf Palästinenser schießen.

Bei vielen der oben dargestellten Vorfälle waren Soldaten zugegen. Fotos und Fernsehfilme zeigen, wie Soldaten tatenlos in der Nähe von Siedlern stehen, die auf Palästinenser schießen. Symptomatisch ist eine Szene, die von einem Fernsehteam in der Westbank bei einer der Blockaden aufgenommen wurde: Siedler werfen in Anwesenheit von Soldaten Steinbrocken auf eine Straße, die Soldaten tragen die Brocken wieder an den Straßenrand, die Siedler holen die Steine dort wieder ab und schichten sie auf die Straße. Hin und her, her und hin - Siedler und Soldaten im Kreisverkehr, ohne auf den anderen zu reagieren.

Rabin bezeichnete das Vorgehen der Siedler als "genau die Reaktionen, auf die arabische Friedensfeinde bauen, um den Verhandlungsprozeß kaputtzumachen." Palästinensische Terroristen und Siedler seien "Partner in Sachen Friedenstorpedierung". (So bemerkenswert eine solche Bemerkung gerade aus dem Munde Rabins auch ist, so schief ist doch die Gleichsetzung palästinensischer Desperados, die wenig mehr als eine Schußwaffe und ihre Verzweiflung haben, mit den Siedlern, die ungehindert über Land ziehen, die ungehindert morden und überdies sicher sein können, daß sie notfalls vom israelischen Militär wieder rausgehauen werden.) "Unsere Aufgabe ist es," mahnte Rabin, "die Gegner des Friedens zu besiegen."

Beim Militär verhallten Rabins Worte wirkungslos. Die Soldaten ließen weiterhin die Siedler gewähren oder überließen ihnen - im Rahmen des "Truppenrückzugs" - gleich ganz das Feld.

Allerdings ist die Lage für Siedler wie Soldaten verwirrend.

Siedlungspolitik

Seit 1967, somit 26 Jahre lang, galten die besetzten Gebiete als unverzichtbar für Israels Sicherheit. Während des Wahlkampfes im letzten Jahr und bei seinem Regierungsantritt hatte Rabin zwar von einem "Siedlungsstopp" gesprochen, zugleich aber klargestellt, daß lediglich der Bau "ideologischer Siedlungen" eingestellt werden solle, die "strategischen" oder "sicherheitsrelevanten" Siedlungen sollten verstärkt und vermehrt werden.

Wenige Monate nach dem Ende des sog. Sechs-Tage-Krieges begann die seinerzeitige Arbeitspartei-Regierung, in den besetzten Gebieten unumstößliche Fakten zu schaffen. Nach dem Plan des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Allon sollte ein möglichst großer Staat Israel mit einer möglichst kleinen palästinensischen Bevölkerung entstehen. Neben der Okkupation Ostjerusalems wurden ein 115 Kilometer langer und 20 Kilometer breiter Siedlungsstreifen am westlichen Jordanufer und weitere "Sicherheitszonen" im Gazastreifen und auf den Golanhöhen geschaffen. Im ersten Jahrzehnt der Besetzung entstanden unter der Regie der Arbeitspartei-Regierung(en) 48 Siedlungen auf der Westbank, 45 davon auf der Grundlage des Allon-Plans. Mit der Regierungsübernahme 1977 durch den Likud und bis zu seiner Wahlniederlage 1992 galt die Besiedlung Israels einschließlich der besetzten Gebiete neben der "Sicherheitsfrage" als höchste Priorität. Schamir mochte selbst dann nicht von einer hysterisch forcierten Siedlungspolitik Abstand nehmen, als die USA dringend benötigte Kredite von einem Siedlungsstopp abhängig machten.

Die Siedler können sich in ihrem Vorgehen auch heute noch bestärkt sehen:

- Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Jerusalemer Bürgermeisters Olmert (Likud) war es, die Order seines Vorgängers Kollek (Arbeitspartei) zu widerrufen, eine provisorische Jeschiwa (jüdische Religionsschule), die in Ostjerusalem auf einem Grundstück errichtet wurde, das für den Bau einer palästinensischen Schule vorgesehen war, aufzulösen.

- Gleichsam parallel zu den Verhandlungen mit der PLO über die Modalitäten der Übergangs-Selbstverwaltung begannen ultraorthodoxe Siedler mit dem Bezug von 750 Appartements in Kirjat Sefer (Westbank).

- Jüngst wurde der Plan bekannt, das gesamte Gebiet zwischen Jerusalem und Jericho mit Wohnungen für 70.000 Israeli zu besiedeln.

In den gewaltsamen und zum Teil mörderischen Protestaktionen der Siedler kommt auch das Unverständnis darüber zum Ausdruck, daß sie, nachdem sie mehr als ein Vierteljahrhundert lang mit aller regierungsamtlichen Förderung nicht zuletzt gegen den "Staatsfeind Nr. 1", die PLO, "die Stellung gehalten" haben, nun mit dieser PLO als Verhandlungspartner der Regierung Israels konfrontiert sind und ihnen ein palästinensischer Staat über dem Haupte schwebt. Die Siedler sind nicht nur Gegner eines Friedens mit den Palästinensern, von dem sie kaum profitieren würden, sie sehen in den Vereinbarungen mit der PLO eine Gefahr für den Staat Israel, einen Verrat am zionistischen Projekt.

Klaus Mellenthin

Quellen

Div. Ausg. von Ende Okt. bis zum 10.12. von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post - int. ed. (Israel), israel & palästina - Zeitschrift des DIAK, Jerusalem Report (Israel), Junge Welt, Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), SonntagsZeitung (Schweiz), Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), The Other Front (Israel)

Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bonn (Bouvier) 1992

The West Bank an Gaza Atlas. Hg. von Meron Benvinisti u. Shlomo Khayat. The West Bank Data Base Project (Jerusalem) 1988

21. 100 Jahre Mao Zedong

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; China · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:40

Vor 100 Jahren, am 26. Dezember 1893, wurde in dem kleinen Dorf Shaoshan Chong, in der Nähe von Changsha, der Provinzhauptstadt Hunans, ein Junge namens Mao Zedong geboren.

Geburtstage und Jahrestage sind eigentlich ein denkbar schlechter Anlaß, sich mit einer Person oder einem Ereignis auseinanderzusetzen. Daß auch der AK offenbar diesen Anlaß braucht zeigt, daß die Beschäftigung mit Leben und Werk Maos für den KB in den letzten Jahren keine wichtige Rolle mehr gespielt hat. Dabei wäre letztlich schon die Gründung des KB 1971 ohne die maßgeblich durch Maos Theorie und Politik entwickelte revolutionäre Strömung in der internationalen kommunistischen Bewegung der 60er Jahre undenkbar gewesen.

Mit dem für die letzten Peking-Treuen der auslaufenden "ML"-Bewegung spätestens Anfang der 80er Jahre offenbar werdenden Scheitern des chinesischen Sozialismusmodells schwand auch das Interesse an Mao Zedong. Immerhin hat der AK in einer 1981/82 erschienenen Artikelserie (1) über die Geschichte der chinesischen Kulturrevolution von Jo./Freiburg mit der kritischen Aufarbeitung des für die Entstehung des KB wichtigsten Bestandteils von Maos Lebenswerk begonnen. Anläßlich des 3. KB-Kongresses im Januar 1989 wurde die Bedeutung Maos für den KB ausführlich dargestellt und einer Verabschiedung vom Bezug auf Mao Zedongs Theorien entgegengetreten. (2) Das Pekinger Massaker im Juni 1989 führte nicht nur zu einer kurzfristig recht ausführlichen Berichterstattung, sondern auch zum Nachdruck oben genannter Artikelserie und einer Zusammenstellung wichtiger China-Artikel des AK aus den Jahren 1976 bis 1989. (3)

Aufgrund des Auflösungsprozesses der DDR, des Endes auch der meisten anderen "realsozialistischen" Systeme und der Krise im KB traten wenig später andere Themen in den Vordergrund. Im AK wurde weder die China-Berichterstattung noch die Aufarbeitung unserer "maoistischen Vergangenheit" fortgesetzt. Dieser Beitrag soll somit nicht nur an einen der bedeutendsten Revolutionäre und Marxisten dieses Jahrhunderts erinnern, sondern auch ein erster kleiner Schritt sein, diesen Zustand in Zukunft zu ändern.

Mao Zedong war der Sohn eines südchinesischen Mittelbauern, der während der Endphase der letzten Dynastie des chinesischen Kaiserreiches eine klassische Bildung erhielt. Der Niedergang der Qing-Dynastie und die schlechte Lage der Bauern in seiner Heimatprovinz weckten schon während der Schulzeit sein Interesse an den Ideen von Reformpolitikern wie Kang Youwei. Mao wurde Volksschullehrer, nahm dann aber 1918 eine Stelle als Bibliothekar an der Peking-Universität an.

Hier geriet er unter den Einfluß von Li Dazhao und Chen Duxiu, die ihn mit dem Marxismus-Leninismus bekannt machten. 1921 nahm er als Delegierter für Hunan am Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) teil. In der frühen Geschichte der KPCh spielte er aber keine wichtige Rolle. Nach 1924 nahm er aktiv an der damaligen taktischen Zusammenarbeit zwischen KPCh und Guomindang (GMD) teil. Etwa ab 1926 entwickelte er seine Position, die die Orientierung der KPCh auf die armen Bauern als revolutionäres Potential forderte. Damit geriet er in Widerspruch zur Parteiführung, die weitgehend die theoretischen Vorgaben der KPdSU bzw. der KI akzeptierte und auf das in China nur schwach entwickelte städtische Proletariat setzte.

Nach dem Verrat der Einheitsfront durch die GMD und Jiang Jieshi (Tschiang Kai-schek), der 1927 die Shanghaier Kommunisten massakrieren ließ, begann Mao hauptsächlich Bauernaufstände zu organisieren. 1928 gründete er in den Jinggang-Bergen der Provinz Jiangxi die Rote Armee. Nachdem sich die ersten befreiten Gebiete konsolidieren konnten, wurde 1931 in Ruijin die erste chinesische Sowjet-Republik errichtet; Mao Zedong wurde ihr Vorsitzender. Das ZK der KPCh wurde schrittweise aus dem Shanghaier Untergrund in die befreiten Gebiete verlegt.

Da die GMD ihre Angriffe auf die Sowjet-Republik verstärkte, mußte diese im Oktober 1934 aufgegeben werden. Die Rote Armee begann einen taktischen Rückzug, der unter dem Namen "Langer Marsch" als eine der größten Leistungen in die Militärgeschichte des 20. Jahrhunderts einging. In Nord-Shaanxi, mit Yan'an als Zentrum, wurde ein neues befreites Gebiet gegründet. Das militärisch geprägte kommunitäre Staatswesen, das hier entstand, wurde nicht nur bei der örtlichen bäuerlichen Bevölkerung begrüßt, sondern entwickelte eine Anziehungskraft für progressive Intellektuelle und Künstler, die aus ganz China anreisten.

In der Anfangsphase des Langen Marsches hatte Mao, nach einer Reihe von militärischen Niederlagen der Roten Armee, auf der Konferenz von Zunyi (in der Provinz Guizhou) die militärische und politische Führung der KPCh übernommen. Bis zu seinem Tode im Jahre 1976 sollte er sie nicht mehr verlieren.

1937 gelang es der KPCh mit Hilfe zweier sympathisierender GMD-Generäle, die Jiang Jieshi in Xi'an unter Hausarrest stellten, diesen zu einer erneuten Zusammenarbeit mit der KPCh zu zwingen, diesmal im Krieg gegen Japan. Aufgrund dieser Zusammenarbeit konsolidierte sich die Situation in den befreiten Gebieten. Mao Zedong hatte Gelegenheit, seine ersten bedeutenden Werke wie "Über die Praxis" (1937), "Über den Widerspruch" (1937) und "Reden bei der Aussprache in Yan'an über Literatur und Kunst" (1942) zu verfassen. Kennzeichnend für diese Schriften ist das stark von der klassischen chinesischen Philosophie geprägte dialektische Denken Maos, das sich mit dem Marxismus-Leninismus in seiner damaligen stalinschen Prägung zu einem neuen theoretischen Komplex verband, der sich als optimale Grundlage für die weitere Politik der Partei erweisen sollte.

Maos Führungsanspruch und Autorität in der Partei leitete sich gleichermaßen aus seinen militärischen und theoretischen Leistungen ab. In den Jahren 1942 bis 1944 wurden die moskauorientierten Kräfte in der Partei politisch weitgehend ausgeschaltet. Auf dem 7. Parteitag der KPCh 1945 konnte ein von Maos Theorien geprägtes Parteiprogramm verabschiedet werden.

Da die GMD-Armee unter Führung Jiang Jieshis im Kampf gegen die Japaner nur sehr mäßiges Engagement zeigte, hingegen die Einheitsfront mit der KPCh immer wieder durch Blockaden und Übergriffe aller Art belastete, konnten sich die Kommunisten unter der Führung Maos auch als Träger der Hoffnungen auf nationale Befreiung Chinas profilieren. Dieses starke nationale Element, das in der späteren Entwicklung der KPCh immer mehr zu einem zentralen Bestandteil der Ideologie des "sinisierten" Marxismus wurde, ist heute das einzige, was der Partei von den ursprünglichen politisch-theoretischen Ansätzen noch geblieben ist.

Im Sommer 1945 kapitulierten die Japaner. Trotz der Bemühungen Maos, mit der GMD zu einer friedlichen Einigung zu kommen, die die Systemfrage offen gelassen und die Interessen beider Parteien berücksichtigt hätte, kam es zu einem weiteren Bürgerkrieg. Nach vier Jahren war die anfangs an Mannschaftsstärke und Ausrüstung den Kommunisten um ein Vielfaches überlegene GMD-Armee besiegt. Am 1. Oktober 1949 konnte Mao in Beijing vom Tor des Himmlischen Friedens aus die Volksrepublik China ausrufen.

Mao hatte in seinen militärtheoretischen Schriften die Strategie entwickelt, die "Städte von den Dörfern aus einzukreisen". Dieser Weg erwies sich als erfolgreich für die chinesische Revolution. Die hauptsächlich von Lin Biao formulierte Übertragung dieses Konzeptes auf das Verhältnis zwischen den Staaten der sogenannten "Dritten Welt" und den Industrienationen (4) scheiterte jedoch.

Jiang Jieshi floh auf die Insel Taiwan, auf der heute noch eine sogenannte "Republik China" besteht, die das gesamte Kontinental-China für sich beansprucht und sich in der Tradition der Chinesischen Republik von 1912 sieht.

Trotz Maos Bedenken blieb der chinesischen Außenpolitik nach 1949, vor allem wegen der US-amerikanischen Militärintervention im Korea-Krieg, nichts anderes übrig, als sich eng mit der UdSSR zu verbünden. Mao wurde Parteivorsitzender und Staatspräsident. Bereits Mitte der 50er Jahre begann er jedoch, eigene Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus zu entwickeln, die deutlich vom sowjetischen Modell abwichen (5).

Mit den beiden großen Projekten, die Mao 1958 zu realisieren begann, der beschleunigten Kollektivierung und Gründung der "Volkskommunen" und dem "Großen Sprung nach vorn", der industrielle Produktionsweisen auch unter der Landbevölkerung verbreiten sollte, gelangen ihm gewisse politische Erfolge. In einigen Bereichen (Wasserbau, Brücken-, Straßen-, Eisenbahnbau etc.) entstanden Grundlagen, auf denen die heutige marktwirtschaftliche Entwicklungsform aufbaut und von denen sie zum Teil heute noch zehrt.

Trotzdem waren die Kampagnen, die mit dem Konzept der Massenmobilisierung arbeiteten und in ihrer Durchführung gleichzeitig die Menschen tiefgreifend verändern sollten, kurzfristig ökonomisch ein Mißerfolg, der in der Hungerkatastrophe 1959-1961 über 10 Millionen Menschenleben kostete (6). Einschränkend muß ergänzt werden, daß auch Naturkatastrophen und der Stop aller sowjetischen Hilfsleistung mitsamt dem totalen Abzug aller "Experten" zu diesem großen Ausmaß des Unglücks beitrugen.

Mao trat von seinem Posten als Staatspräsident zurück (1959) und verlor an praktischem Einfluß auf die Politik. In der ersten Hälfte der 60er Jahre konnte die Fraktion um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping ihre Vorstellungen von "solider" Wirtschaftsentwicklung realisieren. Dabei standen im Unterschied zur heutigen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Position Deng Xiaopings noch planwirtschaftliche Konzepte im Vordergrund.

Das damit verbundene Wachsen der bürokratischen Apparate, vor allem des Staats- und Partei-Apparats, wurde für Mao 1966 zum Ausgangspunkt der Kulturrevolution, in der bis 1969 durch Mobilisierung vor allem jugendlicher Massen viele alte Parteikader von ihren Posten entfernt wurden. Gleichzeitig wurde der Fraktionskampf in der Parteispitze zu Maos Gunsten entschieden und das ganze Land mit einem abstrusen Personenkult überzogen.

Überwogen in der Anfangsphase (1966/67) trotz teilweise bürgerkriegsähnlicher Gewalt-Exzesse noch anti-autoritäre und emanzipative Elemente innerhalb der vielen Rebellen- und Rotgardistenfraktionen, hatten sich die Parteifraktionen, vor allem die um Zhou Enlai, den Ministerpräsidenten, und die um die "Shanghaier Vier" ("Viererbande": Jiang Qing, Yao Wenyuan, Zhang Chunqiao und Wang Hongwen) bald eigene Verbände geschaffen, die anfangs noch um die Macht kämpften, um sich dann zusammenzuschließen und gemeinsam gegen die fraktionsunabhängigen, linken Kräfte vorzugehen.

Auf dem 9. Parteitag 1969 manifestierte sich eine neue Partei, die hauptsächlich die Interessen der Staatsbürokratie (Zhou Enlai) und der Militärbürokratie (Lin Biao) vertrat. Millionen neuer Mitglieder waren teils wahllos, teils gezielt von den Fraktionen gesteuert in die Partei aufgenommen worden und hatten deren Charakter grundlegend verändert. Die alte Parteibürokratie lag, durch die Kulturrevolution zerschlagen, am Boden und konnte erst nach Maos Tod nennenswerten Einfluß zurückgewinnen.

In den frühen 70er Jahren, vor allem nach dem mysteriösen Tod Lin Biaos 1971, verschlechterte sich der Gesundheitszustand Maos zusehends, und es muß bezweifelt werden, daß er noch aus eigener Initiative seinen Einfluß in der Partei geltend machen konnte. Die Linie der Politik wurde zwischen den Kräften um Zhou Enlai und die spätere "Viererbande" austariert; beide Seiten benutzten den alternden, kranken Mao, um ihre eigenen Positionen zu legitimieren. Sowohl die Rehabilitierung Deng Xiaopings 1973 als auch sein erneuter Sturz Anfang 1976 wurden weniger durch autonome Entscheidungen Maos als durch das jeweilige Kräfteverhältnis in der Parteiführung bestimmt.

Am 9. September 1976 starb Mao; vier Wochen später wurde die "Viererbande" um Maos Witwe Jiang Qing, die den rechten Flügel der kulturrevolutionären Linken vertrat, in einem gut organisierten Putsch entmachtet. Nach einer Übergangsphase unter dem farblosen zentristischen Lokalpolitiker Hua Guofeng eroberten die Kräfte um Deng Xiaoping die Macht in der Partei. Seit der 3. Plenartagung des 11. ZK im Jahre 1981 formen sie China immer offener zu einer kapitalistischen Entwicklungsdiktatur um.

Die politischen Krisen, die dieser Weg zwangsläufig erzeugt, zuerst unter Studenten und Intellektuellen (1986/87), dann zunehmend auch unter Stadtbevölkerung und Arbeitern (1989) und schließlich in den letzten Jahren unter den Bauern vieler Provinzen, sind Ausdruck der neuen Klassenkämpfe, die möglicherweise bereits das Ende des Deng-Xiaoping-Regimes, sicherlich aber nicht das Ende des kapitalistischen Entwicklungsweges Chinas einläuten.

Die Renaissance des Mao-Kultes, die heute allerorten in China beobachtet werden kann, verehrt den Mao, der "Großes für das chinesische Volk" geleistet hat, den "nationalen Helden", dem China seine heutige Stärke weitgehend verdankt. Der Internationalist und ruhelose Revolutionär gehört dem ein für allemal gescheiterten Versuch an, ein "halbfeudales" Land direkt in den Sozialismus zu überführen, dabei auch noch die Diktatur einer Bürokratie zu verhindern und als Vorbild für weitere Revolutionen in anderen Trikont-Ländern zu dienen. Dieser Versuch war großartig, aber er ist ohne Frage restlos gescheitert.

Die bleibende Aktualität Mao Zedongs als einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker des 20. Jahrhunderts leitet sich zum einen aus seinen philosophischen und militärtheoretischen Schriften ab. Zum anderen bleiben viele seiner Analysen und Erkenntnisse über die Spezifik der chinesischen Kultur und Sozialgeschichte und das daraus abzuleitende politische Handeln auch für zukünftige chinesische Revolutionäre wichtig. Wir wollen versuchen, beides in Zukunft in dieser Zeitung in einer Artikelserie ausführlicher zu behandeln.

nyg., westberlin

Anmerkungen:

(1) Nachgedruckt in der Broschüre "Rebellion ist gerechtfertigt! Zur chinesischen Kulturrevolution", Hamburg, Juli 1989

(2) In: "Organisations-Bulletin" Nr. 68 (1.1.89), S. 14-27

(3) AK-Sonderausgabe Juli 1989, 40 S.

(4) Lin Biao, "Es lebe der Sieg im Volkskrieg", Peking 1965, 80 S.

(5) Vor allem in den Schriften "Über die zehn großen Beziehungen" (1956) und "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" (1957)

(6) Wer den Zahlen immer noch nicht glauben will, mag sich einmal die Alterspyramiden in den Ergebnissen der letzten beiden Volkszählungen (1982 und 1990) anschauen. Alle Demographen halten die Zahl von 10 Millionen eher noch für konservativ.

22. Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien in der BRD. Ein Überblick von 1949 bis heute

Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:21

Nach einer langen Phase des Niedergangs und der Stagnation fahren seit Ende der achtziger Jahre rechtsextreme Parteien wieder Wahlergebnisse oberhalb der Fünf-Prozent-Marke ein. Mit Abgeordneten vertreten sind sie derzeit in den Landtagen von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, in der Bremer Bürgerschaft, im Europa-Parlament und in einer unüberschaubar großen Zahl von Gemeinde- und Stadträten. Das "Super-Wahljahr" 1994 könnte ihnen weitere Erfolge bescheren. Zu wählen sind dann u.a. der Bundestag, das Europa-Parlament, die Landtage in den östlichen Bundesländern sowie in Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen; außerdem stehen in vielen Bundesländern Kommunalwahlen an.

Ein Langzeit-Vergleich der Wahlergebnisse seit Bestehen der BRD, 1949, zeigt klar, daß die Sympathiekurve rechtsextremer Parteien so starken und schnellen Schwankungen unterworfen ist, wie es bei keiner anderen politischen Richtung auch nur annähernd der Fall ist. Nehmen wir als Beispiel die Bundestagswahlergebnisse der NPD:

1965: 2,0 %

1969: 4,3 %

1972: 0,6 %

1976: 0,3 %

Das beste Ergebnis verhält sich zum schlechtesten wie 14 zu 1, innerhalb von nur sieben Jahren. Ähnlich sieht die Entwicklung aus, wenn wir die Landtagswahlen in Niedersachsen betrachten, das bundesweit die Hochburg des frühen Nachkriegs-Rechtsextremismus war:

1951: 13,2 %

1955: 3,8 %

1959: 3,6 %

1963: 1,5 %

1967: 7,0 %

1970: 3,2 %

1974: 0,6 %

1978: 0.4 %

(1951: SRP plus DRP; 1955-1963: DRP; seit 1967: NPD)

Diese Zahlenreihen mögen genügen, um zu demonstrieren, daß rechtsextremes Wahlverhalten einer eigenen Untersuchung und Interpretation bedarf, daß es also nicht ohne weiteres mit dem breiteren Feld rechtsextremer Einstellungen vermengt werden sollte. Die Annahme ist sicher begründet, daß politische Einstellungen, "Weltanschauungen", Verhaltensmuster über einen längeren Zeitraum hin relativ stabil sind. Um beim Beispiel der letzten Zahlenreihe zu bleiben: Niemand wird wohl ernsthaft behaupten wollen, in Niedersachsen habe sich die Zahl der rechtsextrem Orientierten zwischen 1963 und 1967 mehr als vervierfacht, und habe sich anschließend in den elf Jahren bis 1978 auf ein Achtzehntel verringert.

Offensichtlich taugen also Wahlergebnisse nur sehr eingeschränkt als Indikator für die Gesamtentwicklung rechtsextremer Einstellungen und ihres Potentials in der Bevölkerung. Da aber Wahlergebnisse nun einmal das sichtbarste, spektakulärste Signal für politische Veränderungen darstellen, werden sie meist doch entsprechend vordergründig interpretiert. Verständlicherweise sorgt ein aktuelles Wahlergebnis von 7 Prozent allemal für mehr Aufsehen und Beunruhigung als die relativ konstante Tatsache, daß je nach Kriterien und

Methode der Untersuchung mindestens 15 Prozent der deutschen Bevölkerung eine rechtsextreme Grundeinstellung haben. Der harte Kern, der unter allen Umständen explizit rechtsextrem wählen möchte, ist bisher äußerst klein. Maximal liegt er vielleicht bei einem Prozent der Bevölkerung, macht also nur höchstens ein Fünfzehntel aller Personen mit rechtsextremer Grundeinstellung aus.

Die übrigen mehr als 90 Prozent aller rechtsextrem Eingestellten sind Wechselwähler, die zum Teil unter bestimmten Voraussetzungen für eine Partei rechts von der CDU/CSU ansprechbar sind, unter anderen Bedingungen wiederum nicht. Ihr Verhalten ändert sich in diesem Punkt, wie oben gezeigt, sehr schnell und sehr stark.

Abgesehen von wechselnden Rahmenbedingungen unterscheidet sich das Stimmverhalten auch sehr nach der angenommenen "Wertigkeit" des zu wählenden Gremiums. Außer dem ersten Bundestag, der 1949 gewählt wurde und für den die Fünf-Prozent-Sperre noch nicht galt, hat bisher noch nie eine explizit rechtsextreme Partei den Sprung in das Bonner Parlament geschafft. Eher sind zum Rechtsextremismus tendierende Personen bei Landtagswahlen bereit, entsprechend zu wählen, und möglicherweise noch etwas mehr bei Kommunalwahlen. Als äußerst unwichtig gelten bisher die Europa-Wahlen, was sich nicht nur in außerordentlich niedriger Wahlbeteiligung ausdrückt, sondern auch darin, daß sehr viel großzügiger als sonst Stimmen an kleinere Parteien außerhalb des Bonner Trios vergeben werden.

Ein erheblicher Grund für dieses abgestufte Wahlverhalten liegt sicher in der wahnhaften Überschätzung des Werts der eigenen Wählerstimme. Deutsche Wähler, quer durch die politischen Lager, denken vor allem staatsmännisch: Man möchte seine Stimme nicht gern "verschenken", indem man eine "Splitterpartei" wählt, die voraussichtlich ohnehin an der Fünf-Prozent-Hürde hängen bleibt. Dieses Herumgeizen mit der wertvollen Wählerstimme läßt jedoch nach, je weniger wichtig die anstehende Wahl genommen wird. Mit abnehmender Wichtigkeit wächst die Bereitschaft, sich an der Partei, die man ansonsten vielleicht gewählt hätte, für dies und jenes durch einen "Denkzettel" zu rächen. Das gilt erwiesenermaßen nicht nur für rechtsextreme Parteien, sondern beispielsweise auch für die Grünen und für linke Parteien.

Das, sowie auch die großen Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern und Regionen, macht es sehr schwierig, die Entwicklung der rechtsextremen Wahlergebnisse über einen längeren Zeitraum hin vergleichend zu bewerten. Oft wird umstandslos Unvergleichbares in Beziehung zueinander gesetzt, also beispielsweise eine Bundestagswahl mit irgendeiner vorausgegangenen Landtagswahl, oder die Ergebnisse in zwei Bundesländern mit sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Gelegentlich ist zu erkennen, daß nicht nur methodisches Unvermögen die Hand bei solchen Vergleichen führt, sondern auch politische Absicht: meist selbstverständlich mit dem Ergebnis, daß die rechtsextremen Parteien schon wieder im Niedergang seien. In der Regel kann dabei immerhin der gute Wille unterstellt werden, diese Parteien kleinzuschreiben, indem man ihr Wählerpotential entmutigt. So war es zuletzt 1990, als anhand weniger und zum Vergleich kaum geeigneter Wahlergebnisse sowie aufgrund parteiinterner Querelen vorschnell und falsch "prognostiziert" wurde, der 1989 sichtbar gewordene Zuspruch für die REP sei beendet, die Partei gehöre eigentlich schon der Vergangenheit an.

Die Nachkriegs-Phase

(bis 1961)

Auf den ersten Blick sehen die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in der unmittelbaren Nachkriegsphase verblüffend mager aus, gemessen am zweifellos großen Potential der nazistisch "Sozialisierten". Für die Bundestagswahlen ergibt sich folgende absteigende Reihe:

1949: 1,8 Prozent für die Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei (DKP/DReP). Da es noch keine Fünf-Prozent-Sperre gibt, langt es aufgrund des herausragenden Ergebnisses in Niedersachsen (8,1 Prozent) für 5 Sitze im Bundestag. Eine weitere Partei mit starken Affinitäten zum Rechtsextremismus, die WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Partei), kam auf 2,9 Prozent und 12 Mandate. Es handelte sich um eine kurzlebige, nur in Bayern aktive Regionalpartei, die dort allein 14,4 Prozent hatte.

1953: 1,1 Prozent für die Deutsche Reichspartei (DRP), mit dem "Spitzenergebnis" von 3,5 Prozent in Niedersachsen.

1957: 1,0 Prozent für die DRP.

1961: 0,8 Prozent für die DRP.

Auf der Ebene von Landtags- und Kommunalwahlen sah es für rechtsextreme Parteien auch nicht wesentlich besser aus. Ausnahme war Norddeutschland, vor allem Niedersachsen, das sowohl organisatorisch (Zahl der Parteimitglieder) wie vom Wählerzuspruch her die alles überragende Hochburg der DRP ebenso wie der zeitweise mit ihr konkurrierenden SRP (Sozialistische Reichspartei) war. Während die DRP überwiegend eine konservative Partei mit bürgerlicher Basis war, die sich ebenso beharrlich wie erfolglos als Juniorpartnerin der CDU/CSU bereithielt, stellte sich die SRP eindeutiger in die Tradition der NSDAP und schlug auch in sozialen Fragen "radikalere" Töne an.

Den größten Wahlerfolg jener Jahre erreichten die Rechtsextremen bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951: 11 Prozent (16 Mandate) für die SRP, plus 2,2 Prozent (3 Abgeordnete) für das Wahlbündnis DRP/Nationale Rechte. Die SRP hatte Spitzenergebnisse von 29 bis 33 Prozent in Lüneburg (Stadt und Landkreis), Diepholz, Bremervörde, Aurich, 23,5 Prozent in Emden, 21,5 Prozent im Regierungsbezirk Stade. In 35 Gemeinden Niedersachsens erreichte sie die absolute und in 375 die relative Stimmenmehrheit.

Absolut einmalig in der Geschichte der BRD blieb, daß die CDU daraufhin Koalitionsverhandlungen mit der SRP begann. Daß sie nicht zuende geführt wurden, lag wesentlich an der Intervention Adenauers, der auf die negativen außenpolitischen Rückwirkungen einer Regierungsbeteiligung der SRP verwies. Vergleichbares gab es ansonsten gelegentlich auf kommunaler Ebene, aber niemals in einem Landtag. Hier galt und gilt strikt der Grundsatz, daß rechtsextreme Parteien nicht koalitionsfähig sind. Politiker, die dies in Frage stellen, wie vor einiger Zeit Lummer bezüglich der REP, sind bisher eine seltene Ausnahme.

Stark zeigte sich die SRP auch bei Bundestagsnachwahlen im März und Mai 1952 in den Wahlkreisen Harz, Neumünster-Segeberg, Friedberg-Büdingen (Hessen) und Bremerhaven/Bremen-Nord: ihre Ergebnisse lagen zwischen 10,4 und 11,9 Prozent. Bei den großen Teilen der Bevölkerung, die zum einen stark nazistisch beeinflußt und zum anderen durch den verlorenen Krieg wirtschaftlich deklassiert waren, kam die radikale Phraseologie der SRP sehr viel besser an als der "gutbürgerliche" Konservativismus, den die DRP zur Schau trug. Wahrscheinlich hätte die SRP ihre Konkurrentin stimmenmäßig weit überflügelt und bedeutungslos gemacht, wenn sie nicht im Oktober 1952 durch das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts außer Gefecht gesetzt worden wäre.

In Niedersachsen reichte es für die DRP 1955 mit 3,8 Prozent noch einmal zu 6 Mandaten; 1959 war auch das vorbei. Eine kleine Sensation bedeuteten, ebenfalls 1959, die 5,1 Prozent für die DRP in Rheinland-Pfalz, die ihr zu einem Mandat und damit auch zur letzten Vertretung der Partei in einem Landtag verhalfen. Ansonsten hatten die rechtsextremen Parteien damals in den südlichen Bundesländern überhaupt nicht Fuß fassen können.

Eine vergleichende Betrachtung rechtsextremer Wahlergebnisse kann sich für die fünfziger und sechziger Jahre nicht nur auf DRP und SRP beschränken, da es große rechtsextreme Potentiale auch in zwei Parteien gab, die als "demokratisch" galten und zu den ständigen Koalitionspartnern der CDU/CSU gehörten: die Flüchtlingspartei BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und die konservative DP (Deutsche Partei). Zwar würde es das Bild verfälschen, wenn man die Ergebnisse dieser zwei Parteien einfach mit denen von DRP und SRP zusammenrechnen würde, da BHE und DP nicht in vergleichbar eindeutiger Weise rechtsextrem ausgerichtet waren. Andererseits waren die Grenzen fließend, örtlich kam es zu Wahlbündnissen und Absprachen mit der DRP wie auch zu Verschmelzungsprozessen. In erster Linie stellten BHE und DP Zwischenkräfte dar, die es der CDU/CSU ermöglichten, dem Rechtsextremismus zuneigende Bevölkerungsteile zunächst von der DRP und SRP fernzuhalten und sie schließlich zu integrieren. Soweit es den BHE angeht, war das mit der materiellen Integration und Besserstellung der meisten Flüchtlinge eng verbunden.

Die Ergebnisse der beiden Parteien bei Bundestagswahlen entwickelten sich so:

1949: DP 4,0 Prozent (17 Mandate).

1953: DP 3,3 Prozent (15 Mandate); BHE 5,9 Prozent (27 Mandate).

1957: DP 3,4 Prozent (17 Mandate); BHE 4,6 Prozent.

Die Mandate der DP verdankten sich schließlich nur noch der Wahlhilfe der CDU/CSU, dem sog. Huckepack-Verfahren, bei dem mindestens ein sicherer Wahlkreis zur Verfügung gestellt wird. Aufgrund ihrer immer schwächeren Wahlergebnisse entschlossen sich DP und BHE im April 1961 zur Fusion als Gesamtdeutsche Partei (GDP)/BHE. Gemeinsam erreichten sie bei der Bundestagswahl im September 1961 aber auch nur 2,8 Prozent.

Die Folge war ein Auseinanderfallen des parteimäßigen Zusammenhangs. Mitglieder und Wähler wanderten teils zur CDU/CSU ab, teils beteiligten sie sich am Neuformierungsprozeß der extremen Rechten, der dann zur Gründung der NPD führte, teils kandidierten sie noch als autonome Verbände zu Landtagswahlen. Ein allerletzter Nachzügler dieser Phase war der Wahlerfolg einer neubelebten DP bei der Bremer Bürgerschaftswahl 1963 mit 5,2 Prozent. Chef der Partei war der Fabrikant Friedrich Thielen, kurz darauf maßgeblich an der Gründung und Anfangsphase der NPD beteiligt.

1961 war das erste Jahr, in dem nur drei Parteien - CDU/CSU, SPD und FDP - Abgeordnete in den Bundestag schicken konnten. Im ersten Bundestag (1949) waren noch zehn Parteien vertreten gewesen, 1953 waren es sechs Parteien, 1957 nur noch vier. Mit dem Drei-Parteien-System schien der Bonner Parlamentarismus seine klassische Form erreicht zu haben: zwei große "Volksparteien" abwechselnd in den verteilten Rollen von Regierung und Opposition; die kleine FDP als mobiles "Zünglein an der Waage". Dieses Modell hielt sich bis zur Bundestagswahl 1980, als es durch den Einzug der Grünen aufgebrochen wurde.

Die Bundestagswahl 1961 kann, unter dem Aspekt rechtsextremer Wahlergebnisse, als Ende der Nachkriegsphase gewertet werden. Nicht nur verschwand die DRP mit 0,8 Prozent von der Bildfläche - selbst in ihrem Stammland Niedersachsen reichte es nur noch zu 1,6 Prozent -, sondern zugleich war die weitgehende Aufsaugung der Potentiale von BHE und DP gelungen. Das zeitweise wohl nicht unrealistische Risiko des Entstehens einer stabilen Partei rechts von der CDU/CSU konnte damit vorerst als gemeistert gelten.

Die Erfolge der NPD (1966-1969)

Die NPD wurde im November 1964 gegründet, als Versuch maßgeblicher DRP-Kader, nach dem Niedergang ihrer Partei sowie dem Zerfall von BHE und DP eine neue rechte Sammlungsbewegung einzuleiten. Zugute kamen der "neuen" Partei vor allem drei Faktoren:

- Die erste (kurzfristige) Rezession um 1965-66 führte nach einer Phase der Vollbeschäftigung zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und erschütterte den zur Staatsdoktrin überhöhten Glauben an den unaufhörlichen wirtschaftlichen Aufschwung.

- Die Bildung der Großen Koalition (Dezember 1966) wurde von Wählern am rechten Rand der CDU/CSU als Verrat an der konservativen und deutschnationalen Politik interpretiert.

- Die "Neue Ostpolitik", die von der Großen Koalition eingeleitet wurde, zerstörte das von der CDU/CSU selbst aufrechterhaltene Dogma der Reichsgrenzen von 1937 und der kategorischen Ablehnung eines "Verzichts auf die deutschen Ostgebiete".

Die erste Wahl, an der sich die NPD beteiligte, war gleich die zum Bundestag, im September 1965. Mit 2 Prozent schnitt sie nicht sehr eindrucksvoll ab, wenn auch besser als je zuvor eine rechtsextreme Partei in der BRD. Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern im März 1966 brachten erste parlamentarische Erfolge, z.B. 10,6 Prozent in Bayreuth, 9,5 Prozent in Erlangen.

In Hamburg schnitt die NPD Ende März 1966 mit 3,9 Prozent recht gut ab; die DRP hatte hier zuletzt, 1961, bei 0,9 Prozent gelegen. Die Wahl in Hessen am 6. November 1966 brachte dann mit 7,9 Prozent den Durchbruch und führte zum ersten Einzug der NPD in einen Landtag. Das deutsche und internationale Medienecho war enorm. Es folgte zwei Wochen später die Landtagswahl in Bayern, die die NPD mit 7,4 Prozent zum zweiten Mal erfolgreich sah. Es zeigte sich, daß die NPD im Vergleich zu den Kommunalwahlen vom März sogar noch deutlich zugelegt hatte. Sie erreichte nun 13,9 Prozent in Bayreuth, 13 Prozent in Nürnberg, 12,7 Prozent in Erlangen, allerdings "nur" 8,5 Prozent in Augsburg und Würzburg, 7 Prozent in München und Regensburg.

Insgesamt gewann die NPD 1966-68 Mandate in sieben Landtagen - außer in Hessen und Bayern auch in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Baden-Württemberg. Dort schaffte die NPD

im April 1968 mit 9,8 Prozent ihr bestes Landesergebnis überhaupt. Die DRP hatte hier, ebenso wie in Bayern, niemals Fuß fassen können, während sich für die NPD plötzlich örtliche und regionale Spitzenwerte ergaben, die sich dann auch über den späteren Niedergang der Partei hinaus als latent stabil erwiesen, wie die neueren Ergebnisse der REP in diesen alten NPD-Hochburgen zeigen.

Erstaunlich und sehr ungewöhnlich war, daß die NPD ihre Erfolge gleich im ersten Anlauf, gewissermaßen aus dem Stand, erreicht hatte. Das gelingt neu auftretenden Parteien in der Regel nicht so schnell und leicht.

Wie gewonnen, so zerronnen

Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent. Zwar war dies mit Abstand das beste Ergebnis, das eine rechtsextreme Partei in der BRD von 1945 bis heute erzielte, aber es reichte eben nicht und leitete den Absturz der NPD ein. In Bonn wurde die erste sozialliberale Regierung gebildet, und die CDU/CSU mußte zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Bundestag in die Opposition gehen. Alle folgenden Landtagswahlen brachten der NPD in zunehmendem Maß Verluste:

- In Hamburg, wo im März 1970 gewählt wurde, fiel die NPD auf 65 Prozent ihres Resultats von 1966.

- In Niedersachsen erreichte sie im Juni 1970 nur noch knapp 46 Prozent ihres Ergebnisses von 1967.

- In Hessen und Bayern lag sie im November 1970 bei 38-39 Prozent der vorangegangenen Wahl.

In Schleswig-Holstein fiel sie im April 1971 sogar unter ein Viertel ihres Ergebnisses von 1967.

Die vorgezogene Bundestagsneuwahl am 19.11.72 zeigte, daß der kurze Höhenflug der NPD definitiv beendet war. In einer Situation größter Polarisierung zwischen SPD und CDU/CSU, die zur Schicksalswahl der deutschen Nation hochstilisiert wurde, kehrten rechtsextrem eingestellte Wähler massenhaft zur CDU/CSU zurück, in der (vergeblichen) Hoffnung, damit die "Sozi-Herrschaft" in Bonn beenden zu können. Die NPD lag bei 0,6 Prozent, weniger als ein Siebtel ihres Ergebnisses von 1969.

Zu diesem Zeitpunkt war die Partei schon in keinem Landtag mehr vertreten; in ihrer einstigen Hochburg Baden-Württemberg hatte sie es vorgezogen, zur Landtagswahl im April 1972 gar nicht erst anzutreten. Nutznießer war die CDU, die 8,8 Prozent dazugewann.

Der wahlmäßige Niedergang der NPD hielt im gleichen Tempo an. Typisch ist die Entwicklung in Bremen, wo die NPD bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen - 1971, 1975 und 1979 - jedesmal rund 60 Prozent der Stimmen verlor, die sie bei der vorangegangenen Wahl gehabt hatte. In Baden-Württemberg lag die Partei acht Jahre nach ihrem spektakulären Erfolg von 1968 nur noch bei einem knappen Zehntel ihres damaligen Ergebnisses, und 1980 landete sie dort sogar bei 0,1 Prozent. Auch im Bundestag hatte die NPD 1980 - das Jahr der Strauß-Kandidatur - mit 0,2 Prozent ihren absoluten Tiefstand.

Dem Verlauf der Wahlergebnisse entsprach ungefähr die Mitgliederentwicklung der Partei: Von 13.700 Mitgliedern 1965, im ersten Jahr nach ihrer Gründung, verdoppelte sich die Zahl fast auf 25.000 in 1966 und war dann mit 27-28.000 in den Jahren 1967-69 stabil. 1970, im Jahr der ersten Wahlrückschläge, ging sie auf 21.000 zurück, lag 1972 noch bei 14.500, 1976 bei 9.700 und Anfang der achtziger Jahr bei knapp 6.000.

Als Deutung für den rasanten Abstieg der NPD seit 1969 wird vorwiegend angeführt, daß die nun in der Opposition befindliche CDU/CSU sich hemmungslos als Speerspitze deutsch-nationaler Polemik gegen die "neue Ostpolitik" der SPD in Szene setzte und damit der NPD ein zentrales Thema einfach weggenommen habe. Überhaupt habe die CDU/CSU damals durch ihre extrem rechte Propaganda gegen die SPD-Politik - man denke nur an die "Freiheit statt Sozialismus"-Wahlkämpfe und das Agieren von F.J. Strauß - der NPD den Wind aus den Segeln genommen und das rechtsextreme Wählerpotential schnell reintegrieren können.

Das scheint auf den ersten Blick einleuchtend. Andererseits wird heute die Übernahme rechtsextremer Positionen durch die CDU/CSU - vor allem in der "Asylpolitik" - aber auch gern als eine wesentliche Ursache für die Stärkung der REP, DVU usw. angeführt. Das bedeutet, mit einer im Grunde analogen Politik der CDU/CSU soll im einen Fall der Niedergang einer rechtsextremen Partei und im anderen Fall ihr Aufstieg erklärt werden. Das weist auf eine unzulässige Beliebigkeit und Austauschbarkeit der Argumentation hin.

Gegen eine Überdehnung des eben zitierten Erklärungsansatzes spricht, daß der wahlmäßige Niedergang der NPD sofort nach der Bundestagswahl 1969 einsetzte, noch bevor sich die CDU/CSU richtig in der Oppositionsrolle profiliert hatte und noch vor den großen Schlammschlachten um die "Neue Ostpolitik".

Einige weitere Faktoren müssen deshalb für die Erklärung des rasanten Abstiegs der NPD zumindest mit herangezogen werden:

- Die starke Polarisierung in Bonn, die für die Jahre 1970-1980 (Strauß-Kandidatur) kennzeichnend war. Aus rechter und um so mehr aus rechtsextremer Sicht war die Beendigung der "Sozi-Herrschaft" das vorrangige Ziel. Das bedeutete nach Lage der Dinge, daß es für die CDU/CSU auf jede Stimme anzukommen schien, und begünstigte eine wahlmäßige Konzentration auf die Hauptpartei der Rechten. Stimmen für die NPD waren entsprechend leicht als "objektive" Wahlhilfe für die SPD denunzierbar.

- Die erkennbar sehr kurze Dauer der Rezession von 1965-66. Wenn es zutrifft, daß Phasen hoher rechtsextremer Wahlergebnisse etwas mit problematischen Wirtschaftssituationen zu tun haben - dafür sprechen die erste Etappe des Nachkriegs-Rechtsextremismus, die derzeitige rechtsextreme Welle wie auch historisch der Aufstieg der NSDAP -, dann war der NPD durch die Beruhigung der Wirtschaftslage insoweit eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung entzogen.

- Die Identifizierung der NPD mit Gewalt und Nazismus. Das Auftreten der NPD mit bewaffneten Schlägerbanden sorgte für anhaltende Skandale und machte die Partei in den Augen konservativer Interessenten anrüchig und unseriös. Die eindeutige Ablehnung als Altnazi- und Radauhaufen, auf die die NPD im allgemeinen auch bei der CDU/CSU stieß, verunsicherte große Teile der NPD-Wähler, die ihrer Mentalität, Weltsicht und sozialen Situation nach angepaßte Konservative waren; in der Rolle von Außenseitern, Systemkritikern und Radaubrüdern fühlten sie sich auf Dauer nicht wohl. Auch das parteiübergreifend beliebte Argument, NPD-Erfolge seien schädlich für das deutsche Ansehen in der Welt, beeindruckte viele nationalistisch Orientierte.

- Die NPD war organisatorisch nicht in der Lage, die ihr so plötzlich und ohne eigenen Vorlauf zugefallenen Erfolge zu verwalten. Das begann bei der desolaten Rolle, die ihre Abgeordneten in den Parlamenten spielten, wo es dann auch alsbald zu zahlreichen Aus- und Übertritten kam, die in der allgemeinen Meinung das Bild völliger Unseriosität und Inkompetenz vertieften. Abgesehen von hundert persönlichen Fehden, in die sich die Möchtegern-Politiker untereinander verstrickten, brach auch der grundlegende Widerspruch zwischen der "besitzbürgerlichen", konservativen Traditionslinie einerseits und der im Sinne des Nazismus zu mehr Radikalität geneigten Linie andererseits schnell wieder auf, den man bei der NPD-Gründung durch personalpolitische Deals überbrückt hatte. Die ersten Rückschläge führten zu einem Wust von gegenseitigen Schuldzuweisungen und zum rasanten Zerfall der Partei in verfeindete Strömungen.

Neuer Boom im Zeichen des Staats-Rassismus

1979 faßte die zusammengeschrumpfte NPD auf ihrem Parteitag den Beschluß, den Bundestagswahlkampf des nächsten Jahres mit der zentralen Parole "Ausländerstopp - Deutschland den Deutschen" zu bestreiten. Es war das gleiche Jahr, in dem die Bonner Parteien und die Medien zum ersten Mal das große Wehgeschrei über die "Asylantenwelle" anstimmten, die angeblich die BRD zu "überrollen" drohte.

Die NPD hatte sich also mit gutem Instinkt auf das zentrale rechtspopulistische Thema für das anbrechende Jahrzehnt und darüber hinaus geworfen. Der Erfolg war zwar sichtbar, hielt sich aber zunächst noch in bescheidenen Grenzen. 3,8 Prozent für die Kieler Liste für Ausländerbegrenzung bei der Kommunalwahl im März 1982 zeigten immerhin, daß sich auf diesem Gebiet etwas machen ließ. Eine ähnliche Liste (HLA) kam in Hamburg im Juni 1982 auf 0,7 Prozent - mehr als doppelt soviel wie die NPD 1978. Bei der Bundestagswahl 1983 blieb die NPD mit 0,2 Prozent statistisch konstant, doch erhöhte sich die Zahl ihrer Stimmen von 68.000 auf 91.000. Die lange Phase sinkender Ergebnisse war damit, wenn auch in mikroskopischen Ausmaßen, erstmals durchbrochen. Die Europawahl 1984 brachte der NPD 0,8 und bestätigte damit den Trend zum Anstieg auf niedrigem Niveau. Bei der Bundestagswahl im Januar 1987 kam die NPD auf 0,6 Prozent und 227.000 Stimmen, zweieinhalb mal soviel wie 1983.

Den "großen Durchbruch" schaffte aber erst die REP-Partei. Im November 1983 von frustrierten Provinzpolitikern der CSU gegründet, hielt sie sich wahlmäßig zunächst zurück. Erst zur bayerischen

Landtagswahl im Oktober 1986 trat sie an und holte auf Anhieb 3,0 Prozent. Dahinter standen 343.000 Stimmen, also mehr, als die NPD ein Jahr später bundesweit einzusammeln vermochte.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß diese Premiere der REP weit hinter dem Blitzstart der NPD von 1966 zurückblieb, als in Bayern gleich auf Anhieb 7,4 Prozent rechtsextrem gestimmt hatten. Doch gab es bereits einige aufsehenerregende Lokalergebnisse, mit Spitzen um die 7 Prozent in Rosenheim, Altötting und Bayreuth, sowie über 4 Prozent in Fürth, Erlangen und Coburg.

Im September 1987 schaffte erstmals nach fast zwanzig Jahren wieder eine rechtsextreme Partei den Sprung in ein Länderparlament, wenn auch nur aufgrund eines besonderes Wahlsystems: In Bremen erhielt die DVU (Deutsche Volksunion) unter dem Namen Liste D 3,41 Prozent. Da sie aber im Wahlbereich Bremerhaven bei 5,4 Prozent lag, konnte sie über diesen Weg einen Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft schicken. Hinter der DVU steht mit der Person des Dr. Frey eine seit Jahrzehnten bekannte Traditionsfigur des Rechtsextremismus, Herausgeber der auflagenstärksten Zeitungen dieses Spektrums. Parteipolitisch hatte er Ende der 60er Jahre Anschluß an die NPD gesucht, doch war dieser von maßgeblichen NPD-Führern unterstützte Fusionsversuch am wütenden Widerstand der Parteibasis gescheitert. Im allgemeinen markiert die DVU eine "noch härtere", explizitere Version des Rechtsextremismus als die REP. In Bremen hatte die NPD zur Wahl der DVU aufgerufen, während die REP selbst kandidierte und weitere 1,2 Prozent (in Bremerhaven 1,65) rechtsextreme Stimmen holte.

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 1988 bestätigte die ansteigende Tendenz rechtsextremer Parteien, zeigte zugleich aber auch wieder, daß der Aufschwung langsamer verlief als in der zweiten Hälfte der 60er Jahre: Die NPD erreichte 2,1, die REP 1 Prozent.

Um so mehr machte das Westberliner Wahlergebnis vom 29.1.89 Sensation, als die REP mit 7,5 Prozent 11 Mandate gewann und außerdem 36 Abgeordnete in die Bezirksvertretungen schicken konnte. Wenn man den Hintergründen dieses erstaunlichen Ergebnisses nachspürt, ist zu bedenken, daß dank der Politik der Alliierten die NPD in Westberlin stets verboten gewesen war und folglich nicht kandidieren durfte. Hier war weit mehr rechtsextremes Potential vorhanden, als sich in den Wahlergebnissen widerspiegelte. Einen Eindruck davon gab das Ergebnis des BFD (Bund Freies Deutschland), der 1975 in Westberlin kandidierte und 3,4 Prozent holte. Der BFD gehörte zu den von Strauß und Springern vorangetriebenen Versuchen, eine Vierte Partei auf den Weg zu bringen, die zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus so genau die Balance halten sollte, daß sie für die CDU/CSU koalitionsfähig gewesen wäre. Allerdings hat dieses Projekt damals nirgendwo Resultate erzielt, die auch nur halbwegs an Berlin heranreichten.

Die REP wiederholte ihren großen Erfolg bei der Europawahl im Juni 1989, als ihr 7,1 Prozent zu 6 Abgeordneten verhalfen. Weitere 1,6 Prozent entfielen auf die DVU. Allgemein wurde auf das große "Nord-Süd-Gefälle" zwischen den REP-Anteilen in einzelnen Bundesländern aufmerksam gemacht: 14,6 Prozent in Bayern, 8,7 in Baden-Württemberg, aber unter 5 Prozent in Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen - mit Ausnahme Hamburgs (6 Prozent). Einige örtliche Spitzenergebnisse der REP: 22,1 Prozent in Rosenheim; 19,6 in Augsburg; 17,6 in Nürnberg; 15 in München; 9,2 in Stuttgart.

Eine Reihe von Kommunalwahlen im Jahr 1989 - Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, NRW, Baden-Württemberg, sowie Bayern im März 1990 - verschafften den REP eine Flut von Mandaten in den Gemeindeparlamenten. In Hessen war zusätzlich auch noch die NPD erfolgreich, die mit 6,6 Prozent in Frankfurt überraschte.

Vorschnell totgesagt

Die bayerischen Kommunal- und Regionalwahlen gaben aber auch den ersten Anlaß, eine abnehmende Sympathiekurve der REP zu behaupten und ihr baldiges Ende zu prognostizieren. Grundlage war der schwere methodische Fehler, das Sonderergebnis der Europawahl (14,6 Prozent in Bayern) mit dem Kommunalwahl-Ergebnis zu vergleichen, das aufs Land umgerechnet "nur" bei 5,4 Prozent lag. In München holten die REP mit 7,3 Prozent immerhin 6 Mandate im Stadtparlament, aber vielen Kommentatoren schien wichtiger, daß die REP "nur" noch halb soviel Stimmen bekommen hatten wie bei der Europawahl.

Einige Landtagswahlen 1990 und 1991 schienen die Einschätzung allerdings noch zu bestätigen, daß die REP und überhaupt die rechtsextremen Parteien "den Höhepunkt schon überschritten" hätten. Die folgende

Zahlenreihe zeigt die entsprechenden Prozentanteile der REP; dahinter zum Vergleich ihre Ergebnisse im jeweiligen Bundesland bei der Europawahl 1989.

Saarland (28.1.90): 3,3 (5,8)

NRW (13.5.90) : 1,8 (4,1)

Niedersachsen (13.5.90): 1,5 (4,8)

Bayern (14.10.90): 4,9 (14,6)

Hessen (20.1.91): 1,7 (6,5)

Rheinl.-Pfalz (21.4.91): 2,0 (4,6)

Hamburg (2.6.91): 1,2 (6,0)

Der Vergleich zeigt, daß die REP bei diesen Landtagswahlen sehr stark gegenüber der Europawahl verlor - was aber wegen des speziellen Charakters jener Wahl nicht viel aussagt. Auf einen echten Rückgang deutete hin, daß die REP in Hessen und Hamburg unter ihren Ergebnissen bei der vorangegangenen Bundestagswahl blieb. Die von der Forschungsgruppe Wahlen für das Politbarometer des ZDF laufend erstellten Umfragen ("Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?") schienen zu bestätigen, daß es mit dem Wählerpotential der REP steil bergab ging. Demnach hatte die REP ihr höchstes Ergebnis im April 1989 mit bundesweit 10,3 Prozent, und seither verlief ihre Kurve abwärts. Im Oktober 1989 lag sie erstmals unter 5 Prozent und im Juni 1990 sogar nur noch bei einem halben Prozent.

Analog zum Niedergang der NPD seit 1969 wurde vielfach angenommen, daß auch der Rückgang der REP-Ergebnisse linear und irreversibel sein werde. Seit Herbst 1990 publizierten Wahlforscher und Politologen Abgesänge auf den "schnellen Aufstieg und tiefen Fall einer Protestpartei am rechten Rand" (Dieter Roth).

Das vorherrschende Deutungsmuster für den vermeintlichen Zusammenbruch der REP lautete: der Partei seien die Wähler weggelaufen, weil mit der "Wiedervereinigung" eines ihrer zentralen Themen plötzlich und erfolgreich von der CDU/CSU besetzt war. Damit wurde vorausgesetzt, daß für die Erfolge der REP (und NPD) 1986-89 die "deutsche Frage" ein entscheidendes Wählermotiv gewesen sei. Diese Annahme ist angesichts des eindeutigen Schwerpunkts der Rechtsextremen auf die "Ausländerproblematik" nicht ohne weiteres nachzuvollziehen. Für einen erheblichen Teil des rechtsextremen Potentials war die "Wiedervereinigung" von Anfang an mehr negativ als positiv besetzt, besonders wegen der Sorge, jetzt "für die Ossis zahlen zu müssen".

Allen Spekulationen über ein rasches Austrocknen der Rechtsextremen machte die Bremer Bürgerschaftswahl am 29.9.91 ein hartes Ende: Die DVU kam auf 6,1 Prozent, in Bremerhaven sogar auf 10 Prozent.

Am 5.4.92 zogen die REP mit 10,9 Prozent (15 Mandaten) in den baden-württembergischen Landtag ein. Baden-Württemberg war auch schon die Hochburg der NPD gewesen, mit 9,8 Prozent 1968.

Ebenfalls am 5.4.92 schaffte die DVU in Schleswig-Holstein mit 6,3 Prozent den Sprung in den Landtag, mit Spitzenergebnissen über 9 Prozent in Lübeck. Die ebenfalls kandidierende REP kam auf 1,2 Prozent.

Die Wahl der Berliner Bezirksverordnetenversammlungen im Mai 1992 bescherte den REP im Westteil der Stadt ein neues Rekordergebnis von 9,9 Prozent. (In Ostberlin "nur" 5,4).

Die Kommunalwahlen in Hessen im März 1993 führten dazu, daß die REP dort Abgeordnete in ca. 80 Prozent aller Gemeinde- und Stadtparlamente schicken konnte. Spitzenergebnisse gab es in Offenbach (15,1), Hanau (14,9), Wiesbaden (13,1) und Frankfurt (9,3). Hinzu kam, daß auch die NPD angetreten war und örtlich ebenfalls erfolgreich war: insgesamt konnte sie die Zahl ihrer kommunalen Mandate um rund 50 Prozent auf 47 steigern. In Frankfurt stimmten neben den 9,3 Prozent der REP auch noch 2,7 für die DVU und 0,9 für die NPD.

In Hamburg scheiterte die REP am 19.9.93 mit 4,8 Prozent sehr knapp an der Fünf-Prozent-Grenze. Ohne die Zersplitterung der rechtsextremen Stimmen (2,8 Prozent für die DVU) hätte es bequem gereicht.

Generell ist festzustellen, daß überall, wo Vergleiche möglich sind, die aktuellen rechtsextremen Ergebnisse über denen des NPD-Booms von 1966-68 liegen.

Wer wählt die Faschisten?

Eine kontinuierliche Eigenheit der rechtsextremen Wahlstimmen seit 1945 ist, daß sie weit mehr von Männern als von Frauen kommen. Nur etwa ein Drittel der NPD-Wählerschaft waren Frauen, und gleiches wird heute für die REP und die DVU behauptet. Ob das nun vorwiegend daran liegt, daß Frauen eine überdurchschnittlich große Resistenz gegen das machistische, aggressive Auftreten der Rechtsextremen haben, oder ob sie vielleicht größere Probleme haben, eine radikale Wahlentscheidung zu treffen, ist schwer zu beantworten.

Die meisten übrigen Kennzeichen der rechtsextremen Wählerschaft haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verschoben. Die DRP und anschließend die NPD waren im Kern konservative Mittelstandsparteien, die vor allem rückwärts blickten - Ehrenrettung des deutschen Soldaten, Ablehnung der Entnazifizierung und der Kollektivschuld, Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete - und die wenig Voraussetzungen boten, um soziale Unzufriedenheit agitatorisch zu nutzen. Überdurchschnittlich stark gehörten Bauern und kleine Selbständige zu ihren Wählern. Soweit sie auch für Arbeiterwähler attraktiv waren, kamen diese überwiegend aus kleinen oder mittleren Städten sowie aus mittelständischen Betrieben. Den Altersschwerpunkt der NPD bildete die "Kriegsgeneration", die zur Zeit der NPD-Erfolge in den Sechzigern etwa 45-60 Jahre alt war. Jugendliche und Erstwähler waren deutlich unterdurchschnittlich vertreten.

Die REP ist die erste rechtsextreme Partei in der Nachkriegszeit, die ihren altersmäßigen Schwerpunkt bei der jüngsten Wählergruppe (bis 30 Jahre) hat. So wurde nach der Berliner Wahl im Januar 1989 analysiert, daß 14,3 Prozent der Wähler von 18-23 Jahren die REP gewählt hatte; in der Gruppe von 24-29 waren es noch 9,6 Prozent; hingegen hatten nur etwa 4,6 Prozent der Menschen über 60 für die REP gestimmt. In der Gruppe der männlichen Wähler von 18-23 Jahren soll der REP-Anteil sogar 18,8 Prozent betragen haben. Bei Frauen dieses Alters lag der REP-Anteil immerhin bei 9,1 Prozent, verglichen mit 5,9 Prozent im Durchschnitt aller Wählerinnen. Eine Analyse der baden-württembergischen Landtagswahlen 1992 zeigt im Prinzip das gleiche Bild, wenn auch insgesamt die Unterschiede zwischen den Altersgruppen und Geschlechtern nicht ganz so kraß ausfielen wie in der Metropole Berlin.

Alle Wahlen der letzten Jahre ergaben stark überdurchschnittliche Ergebnisse der Rechtsextremen in den klassischen "Arbeiterbezirken" der Großstädte. Eine bundesweite Untersuchung der Europawahl 1989 kommt zur Schlußfolgerung: "Besonders in sozial benachteiligten und städtebaulich abgekoppelten Stadtteilen erhielten die ‚Republikaner` Zulauf (...) Vielfach handelt es sich bei diesen großstädtischen Hochburgen um dichtbesiedelte Wohngebiete mit z.T. alten und schlechten Wohnungen, mit mangelnder Infrastruktur und erheblichen sozialen Problemen. Wie Berlin-Neukölln sind es Stadtviertel, die von der städtebaulichen Modernisierung der Zentren und der Prosperität der bürgerlichen Wohlstandsviertel an den Rand gedrängt wurden und leer ausgingen. (...)"

Wo der Arbeiteranteil an der Bevölkerung besonders hoch ist, traditionell Hochburgen der SPD, liegen auch die rechtsextremen Wahlergebnisse weit über dem Durchschnitt. Das haben sämtliche Wahlen der letzten Jahre gezeigt. Hingegen ist der Zusammenhang mit Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit sehr viel weniger deutlich. Zwar fallen selbstverständlich oft Arbeiterwohnviertel mit Zonen relativ hoher Arbeitslosigkeit zusammen, aber die bisherigen Untersuchungen gehen davon aus, daß der Anteil Arbeitsloser an der rechtsextremen Wählerschaft nur unterdurchschnittlich ist.

Abweichend von der skizzierten Struktur der REP-Wähler in den Großstädten ist für die Hochburgen der Partei in Süddeutschland zusätzlich festzustellen, daß sie dort auch im kleinstädtischen und agrarischen Milieu - dies speziell in Bayern - gute Ergebnisse erzielt, auch in prosperierenden Regionen ohne manifeste ökonomische und soziale Probleme.

Eine Infas-Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 gab folgende Zahlen für den Prozentanteil der REP-Wähler in einzelnen Gruppen an:

Arbeiter 20,5

Selbständige 11,3

Arbeitslose 9,7

Rentner 8,6

Angestellte und Beamte 8,5

Hausfrauen 6,2

Das Gesamtergebnis der REP war 10,9 Prozent, woraus sich ergibt, daß nur die Arbeiter weit und Selbständige leicht über dem Durchschnitt lagen. Abweichend davon ist eine analoge Untersuchung für die DVU-Wählerschaft bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1992. Danach haben - bei einem Gesamtergebnis von 6,3 Prozent - 10,2 Prozent der Arbeiter und 8,1 der Arbeitslosen, aber nur 4,5 Prozent der Selbständigen und der Angestellten/Beamte DVU gewählt.

Bundesweite Untersuchungen der REP-Wählerschaft zeigen, daß Menschen mit Hauptschlußabschluß überdurchschnittlich stark diese Partei gewählt haben, hingegen Abiturienten nur gering vertreten waren, und Wähler mit Mittlerer Reife dazwischen lagen. Das galt aber nur für die Altersgruppen bis 50. Bei den 50- bis 59jährigen bildeten Menschen mit Mittlerer Reife die größte REP-Wählergruppe, und bei den noch Älteren die Abiturienten. So jedenfalls im ersten Halbjahr 1989. Ein Jahr später zeigte dann auch die Gruppe der über 59jährigen das gleiche Bild wie die jüngeren Gruppen.

Sehr stark hat sich seit 1949 die regionale Verteilung der rechtsextremen Wählerschaft verschoben. DRP und SRP, ebenso übrigens auch die DP, waren dezidiert norddeutsche Parteien, mit einem eindeutigen Schwerpunkt in Niedersachsen, wo auch die Mehrheit ihrer Mitglieder beheimatet war. Die REP hingegen ist eine Partei, die in Süddeutschland entstanden ist und dort auch mitgliedermäßig/strukturell ganz eindeutig ihren Schwerpunkt hat, während sie sich im Norden immer noch schwer tut. (vgl. Wahlerfolge der DVU in Bremen und Schleswig-Holstein). Von den DRP-Stimmen bei der Bundestagswahl 1961 kamen nur 23 Prozent aus Bayern und Baden-Württemberg; bei der NPD waren es 1965 und 1969 rund 36 Prozent. Die REP hingegen holte bei der ersten "gesamtdeutschen" Wahl 1990 in den beiden südlichen Bundesländern rund die Hälfte ihrer Stimmen, obwohl dort nur etwa ein Viertel aller Wahlberechtigten lebt. Damit ist auch die früher geltende Feststellung, Katholiken seien vergleichsweise resistent gegen den Rechtsextremismus - soll heißen: gegen das Wählen solcher Parteien, selbstverständlich nicht unbedingt auch gegen deren Ideologie - hinfällig geworden.

In der Ex-DDR, den "fünf neuen Bundesländern", haben REP und NPD bei den bisherigen Wahlen deutlich weniger Stimmen geholt als im Westen:

Landtagswahlen am 14.10.90: REP 0,56 %; NPD 0,33 %. Die REP hatte ihr bestes Ergebnis in Brandenburg mit 1,15 %.

Bundestagswahl am 2.12.90: REP 1,3 % (im Westen 2,3 %); NPD 0,3 % (im Westen ebenso).

Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 2.12.90: REP 1,9 % (in Westberlin 3,7 %).

Wahl zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen im Mai 1992: REP 5,4 % (in Westberlin 9,9 %).

Heute steht die REP in der Ex-DDR vermutlich noch schlechter da als 1990, weil sie als unverkennbare Westpartei ein Fremdkörper geblieben ist und kaum über Organisationsstrukturen verfügt. Chancen haben eher lokale Gruppen, die noch dezidierter faschistisch sind, die aber weit davon entfernt zu sein scheinen, eine flächendeckende rechtsextreme Organisation bilden zu können.

Rechts von der CDU existiert in der Ex-DDR außerdem immer noch die DSU, die von der CSU protegiert wird. Bei der letzten Volkskammerwahl in der DDR (März 1990) erreichte sie immerhin 6,27 Prozent und 25 Mandate. Bei den Landtagswahlen (Oktober 1990) scheiterte sie überall an der Fünf-Prozent-Sperre, bei Höchstwerten von 3,3 und 3,5 Prozent in Sachsen und Thüringen. Bei der Bundestagswahl (Dezember 1990) blieb die DSU in den östlichen Bundesländern unter einem Prozent, was auf die gesamte BRD bezogen einem Ergebnis von 0,2 Prozent entsprach. Somit kann wohl auch dieses Kapitel in der Endlos-Reihe "bundesweite Ausdehnung der CSU" als erledigt gelten.

Schlußfolgerungen?

In der BRD ist bisher weder die Entwicklung einer rechtsextremen Stammwählerschaft noch einer stabilen Partei rechts von der CDU/CSU gelungen, obwohl offenbar rein theoretisch das Potential für beides vorhanden ist: Rechtsextreme Auffassungen sind bei mindestens 15 Prozent der Bevölkerung vorherrschend. Auf die Frage, ob sie vielleicht eine Partei rechts von der CDU/CSU wählen würden oder schon einmal gewählt haben, antworteten im August 1992 bei einer Infas-Untersuchung 19 Prozent mit Ja. Aber noch nicht einmal ein Viertel davon kann wirklich als konstante Wählerschaft rechtsextremer Parteiangebote gelten.

Die starken Schwankungen der rechtsextremen Wahlergebnisse im zeitlichen Verlauf, oft sogar innerhalb kurzer und sehr kurzer Zeitabstände, sowie der evidente Zusammenhang dieses Phänomens mit krisenhaften Entwicklungen legen folgende Schlußfolgerung nahe: Rechtsextremes Wahlverhalten dient (bisher) nicht primär dazu, einem entsprechenden Weltbild Ausdruck zu verleihen, sonst müßte es insgesamt betrachtet sehr viel stabiler und gleichförmiger sein. Es kann vielmehr als Protest- und "Denkzettel"-Verhalten interpretiert werden, das sich an die etablierten Parteien insgesamt und vielleicht besonders an die "eigene" Partei richtet, mit der man in irgendwelchen Einzelpunkten nicht einverstanden ist.

Nicht nur problematisch, sondern schlicht falsch wird es, wenn daraus verharmlosend geschlußfolgert wird, weil die meisten REP-Wähler "nur" Protestwähler sind, seien sie keine Rechtsextremen. Von Dummköpfen und schlichten Gemütern abgesehen, muß man selbstverständlich eine rechtsextreme Grundeinstellung haben, um überhaupt unter bestimmten Umständen die Wahl der REP, NPD oder DVU für eine mögliche Form des Stimmzettel-Protests zu halten. Allerdings sollte man den Anteil der Menschen mit geringem politischen Horizont, die allen Ernstes überlegen, ob sie lieber die Rechtsextremen oder die Grünen wählen sollen, um "die da oben" mal richtig zu ärgern, und die vielleicht sogar noch die PDS in ihre Überlegungen einbeziehen würden, auch nicht völlig unterschätzen.

Eine weitere Schlußfolgerung: Der Anteil der REP- oder DVU-Wähler, die sich Herrn Schönhuber oder Frey als Chef einer Regierung in Bonn wünschen, die sich also eine gesellschaftliche Verfaßtheit entsprechend den rechtsextremen Parteiprogrammen ersehnen, ist minoritär. Das wird u.a. daran deutlich, daß die Zahl der Wähler rechtsextremer Parteien mit abnehmender "Wichtigkeit" der Wahl steigt und mit Abstand am größten bei der Wahl des Europaparlaments war, das kaum jemand ernst nimmt. Weil dies so ist, spielen das negative Erscheinungsbild rechtsextremer Parteien, ihre offenkundige Unseriösität und Inkompetenz, ihre innerparteilichen Schlammkämpfe, ihre gesellschaftspolitischen Gesamtvorstellungen usw. für ihre Erfolgskurve nur eine sekundäre Rolle, solange sie sich aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Aufwind befinden.

Wie sich die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien weiterentwickeln werden, im "Superwahljahr" 1994 und danach, kann schlecht prognostiziert werden. Die wild ausschlagende Fieberkurve ihrer Ergebnisse seit 1949 beweist diesbezüglich eigentlich nur eines, nämlich eine hochgradige Unberechenbarkeit. Analogieschlüsse aufgrund früherer Verläufe können leicht in die Irre führen, wie die voreilige Voraussage des Untergangs der REP 1990/91 demonstriert.

Ein Einzug in den bayerischen Landtag, vielleicht verbunden mit dem Verlust der absoluten Mehrheit für die CSU, liegt 1994 im Bereich des Möglichen. Allerdings verlangt das Wahlrecht in diesem Bundesland nicht nur ein Gesamtergebnis über 5 Prozent, sondern mehr als 10 Prozent in mindestens einem der sieben Regierungsbezirke. Die NPD schaffte diese Voraussetzung 1966 in Mittelfranken.

Groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Rechtsextremen bei der anstehenden Neuwahl des Europaparlaments wieder erfolgreich sein werden. Völlig offen ist hingegen ihr Abschneiden bei der Bundestagswahl 1994: Die REP lag in den Meinungsumfragen der letzten Monate gleichbleibend bei 5 Prozent, aber das kann sich innerhalb eines Jahres stark nach unten oder vielleicht auch nach oben verändern. Negativ für die Rechtsextremen insgesamt könnte sich auswirken, daß es für die Regierung Kohl 1994 vermutlich um das politische Überleben gehen wird. Es wird also wieder einmal "auf jede Stimme ankommen", um eine Rückkehr der SPD in die Regierung zu vereiteln. Das treibt erfahrungsgemäß einen Großteil der rechtsextrem Gestimmten zum Votum für die CDU/CSU.

Zumindest droht der REP eine Wiederholung der Hamburger Konstellation: ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Sperre aufgrund der Aufsplitterung der rechtsextremen Stimmen. Das könnte rein theoretisch Fusionsprojekten neuen Auftrieb geben, wie sie auch schon in der Vergangenheit wiederholt versucht wurden,

aber noch jedesmal gescheitert sind. Die taktische Linie, die Schönhuber um den Preis von zahlreichen Ausschlüssen und Abspaltungen in seiner Partei durchgesetzt hat, zielt auf klare Abgrenzung vom expliziten, skandalösen Rechtsextremismus, wozu insbesondere DVU und NPD gerechnet werden. Daher sind erstens im Wahljahr Fusionsversuche eher unwahrscheinlich, und sie würden zweitens die internen Probleme der Beteiligten erheblich verschärfen.

Die Hypothese, daß aufgrund der anhaltenden und sich eher noch vertiefenden Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und Mietenexplosion usw. eine Abschwächung der rechtsextremen Wahlergebnisse in nächster Zeit nicht zu erwarten sei, sondern daß eine weitere Steigerung und sogar eine Verstetigung und Stabilisierung zu befürchten sei, ist zweifellos wohlbegründet. Sie muß sich aber nicht unbedingt bewahrheiten. Vielleicht überhöht und verabsolutiert sie auch den Zusammenhang zwischen sozialer Krise und rechtsextremem Wahlverhalten. Vielleicht auch geht diese Hypothese von einem übertriebenen Pessimismus aus, was die Möglichkeiten angeht, auf Krisensituationen anders als rechtsextrem zu reagieren.

Jedenfalls erscheinen die bestehenden Parteien REP, DVU und NPD allesamt ungeeignet, die politische und organisatorische Basis für die Entwicklung einer breiteren rechtsextremen Stammwählerschaft auf Bundesebene abzugeben. Im Vergleich mit den sehr viel "moderneren", effektiveren und eben auch erfolgreicheren Parteien in Frankreich, Italien, Österreich u.a. wird das sehr deutlich: Während REP und ähnliche Parteien sogar das vorhandene rechtsextreme Potential bei weitem nicht auszuschöpfen vermögen, präsentierte sich die italienische MSI bei den letzten Wahlen als eine rechtspopulistische Partei, die weit über faschistische Kreise hinaus Stimmen ziehen kann.

Entwicklungshilfe ist schon angekündigt: "Wir können uns vorstellen, daß wir in absehbarer Zeit in Deutschland mit einer eigenen Freiheitlichen Partei kandidieren", droht FPÖ-Chef Jörg Haider. Vielleicht schon bei den nächsten Wahlen und bundesweit könne das der Fall sein. Die FPÖ wolle nach ihrem Austritt aus der Liberalen Internationale ein neues Kontaktnetz aufbauen, vor allem mit der italienischen Lega Nord und der CSU. Die REP sei jedoch in diese Überlegungen nicht einbezogen, grenzte sich Haider zur schmuddeligen Rechtsaußen-Flanke hin ab. (SZ, 4.12.93)

Das klingt auf den ersten Blick erfolgversprechend und also aus linker Sicht brandgefährlich. Andererseits ist die selbstverständlich weder originelle noch neue Idee, eine "saubere", "moderne", "jungdynamische" rechtsextreme Partei ohne maßgeblichen Einfluß von Altnazis, kleinkarierten Erzkonservativen, Vereinsmeierern, Politclowns, Paranoikern und Streithammeln aufzubauen, bisher in der BRD noch jedesmal an den Realitäten gescheitert. Aus dem gleichen Grund wurde ja auch aus Straußens rein theoretisch völlig einleuchtender Idee einer berechenbaren und koalitionsfähigen Vierten Partei rechts von der CDU nichts: Es stellt sich eben bei jedem neuen rechtsextremen Parteiprojekt als erstes gleich wieder die bekannte alte Klientel ein.

Kt.

23. Rassismus und Rechtsextremismus. Der Streit um die Ursachen

Der Streit um die Ursachen - von Birgit Rommelspacher

Autor: Birgit Rommelspacher · Rubrik: Rassismus-Debatte; Antirassismus, Antinationalismus; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:25

Birgit Rommelspacher ist Professorin an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin. Ihren Beitrag entnahmen wir - mit freundlicher Genehmigung - dem Band "Rechte Gewalt und der Extremismus der Mitte", herausgegeben vom Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen. Das Buch hat 130 Seiten und kostet 5 DM. Erhältlich ist es in allen gut sortierten Parteibüros von Bündnis 90/ Die Grünen.

Die Frage nach den Ursachen rassistischer und rechtsextremer Gewalt in der BRD hat inzwischen eine Geschichte: Zunächst waren sich alle relativ einig, daß der Ausbruch der Gewalt viel mit Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Orientierungslosigkeit zu tun habe. Dies Bild hat sich inzwischen differenziert. So gibt es vielfältige Erklärungen: Rassistische Gewalt als Protest, als Ausdruck von Jugendproblemen, als männlicher Chauvinismus, als aktiver Beitrag zum Aufbau der "Festung Europa", als Ausdruck psychosozialer Problemlagen, als Angst vor dem Fremden oder als Folge des Versagens der Eltern und PädagogInnen der 68 Generation.

Es wird viel gestritten und die Konfliktlinien, so unübersichtlich sie auch sind, machen sich m.E. immer wieder daran fest, ob Rassismus und Gewalt ein Symptom der herrschenden Gesellschaft ist, ein aus ihrer Logik und ihren Interessen heraus erklärbares Phänomen, oder aber eher eine Krisenerscheinung, die vorübergeht und in der besondere Problemlagen und Belastungssituation von Randgruppen zum Ausdruck kommt.

Um dies genauer zu beleuchten, werde ich die wichtigsten Erklärungsansätze aus der Soziologie, der Psychologie und von Seiten der Feministinnen einander gegenüber stellen und fragen, welchen Stellenwert sie dem Rassismus im gesellschaftlichen Kontext geben.

1. Die Individualisierungsthese

Zentral in der soziologischen Diskussion ist die These von der Risikogesellschaft (Beck 1986), die besagt, daß die klassischen Werte immer mehr zerfallen, sich traditionelle Lebensformen immer weiter auflösen und unsichtbare Gefahren, wie die drohende ökologische Katastrophe, zunehmend das Leben bestimmen. Darüberhinaus hat die Auflösung der politischen Blöcke zu einer Krise der Weltbilder und einem Verlust traditioneller Feindbilder geführt, so daß viele nun Verläßlichkeit und Halt in rechtsextremen Bezügen suchen.

Völlig unstrittig ist, daß ein solcher Individualisierungsprozeß seit Jahrzehnten, wenn man es genau betrachtet sogar seit der Industrialisierung, in Gang ist. Keine Frage, daß die Kapitalisierung aller Lebensbereiche inzwischen zu einer Situation geführt hat, in der die Einzelnen wie nie zuvor auf sich selbst zurückgeworfen sind. Daß nun allerdings diese Vereinzelung und Auflösung allgemein verbindlicher normativer Bezüge zwangsläufig zur Suche nach stabilen, rechten Denkmustern führt, ist m.E. keineswegs zwingend. Denn die Individualisierung kann zugleich auch zu einem Mehr an Selbstbestimmung und damit auch an Respekt für die Eigenart führen. Die Pluralisierung der Lebenswelten wird zugleich auch Toleranz und Offenheit fördern und es erleichtern, selbstverständliche Normen und Ausgrenzungen zu hinterfragen. D.h. der Individualisierungsprozeß kann sowohl zu einer zunehmenden Orientierungslosigkeit wie auch zu einer wachsenden Fähigkeit führen, Uneindeutigkeiten und Widersprüche besser auszuhalten.

Auffallend ist aber, daß in den vorliegenden Analysen, der Individualisierungsprozeß primär oder gar ausschließlich negativ gewertet wird. Bei einer solchen Diagnose liegt dann die Therapie bereits auf der Hand: Eine Wiederherstellung traditioneller Bindungen und Orientierungen.

Gehen wir aber von einer durchaus widersprüchlichen Entwicklung aus, so läßt sich die Frage, in welche Richtung der Prozeß ausschlägt, nicht abstrakt beantworten, hier ist dann die Empirie gefragt.

Zunächst einmal zeigt die Untersuchung von Heitmeyer (1989), dem bekanntesten Vertreter der Individualisierungsthese, daß sich kein Zusammenhang zwischen den von ihm vermuteten Faktoren finden

läßt. D.h. weder soziale Einbindungen bezüglich Arbeit und Familie, noch das eigene Selbstkonzept, sei es nun positiv oder negativ, wie auch allgemein Orientierungsschwierigkeiten korrelieren mit autoritär-nationalisierenden Sichtweisen. Auch in seiner neueren Untersuchung, der Bielefelder Rechtsextremismusstudie (1992), ist kein Zusammenhang zwischen den einzelnen Faktoren herzustellen.

Es gibt nur einen signifikanten Zusammenhang, und der besteht zwischen einer instrumentalistischen Arbeitsorientierung, d.h. der vorrangigen Orientierung an Geld, Aufstieg und Status und rechtsextremen Orientierungen. D.h. bei denjenigen Jugendlichen, für die Geld in ihrer Arbeitsorientierung eine hohe Wichtigkeit besitzt, ist die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft besonders ausgeprägt. Stärke und Überlegenheit sind hier die wichtigsten Normen, und die anderen Menschen werden vorrangig unter dem Aspekt ihres Nutzens beurteilt. Eine solche auf Leistung und Erfolg fixierte Ideologie führt zur Mißachtung all derer, die in diese Verwertungslogik nicht hineinpassen.

In dieselbe Richtung geht die Tübinger Untersuchung von Held Horn Leiprecht und Marvakis (1992): Sie befragten repräsentativ für den Tübinger Raum Jugendliche und junge Arbeitnehmer nach ihren politischen Orientierungen und teilten sie in Benachteiligte und Nicht-Benachteiligte auf nach den Faktoren Arbeitsplatz, berufliche Zukunft, Bildung, ökonomische Absicherung und soziale Einbindung. Es zeigte sich, daß die Benachteiligten signifikant weniger rassistisch waren als die Nicht-Benachteiligten. Diese auch für die Forscher überraschenden Ergebnisse versuchten sie genauer zu ergründen und stellten fest, daß sich bei diesen Jugendlichen vor allem Aufstiegs- und Leistungsideologie mit rigiden Ausgrenzungsforderungen gegenüber EinwanderInnen verbinden. Sie fassen diesen Komplex in den Begriff des "Wohlstandschauvinismus", in dem die ökonomische Überlegenheit mit politisch kultureller und persönlichem Vormachtsanspruch identifiziert wird. Er zeigt sich in einer Überidentifikation mit "deutschen Wirtschaftsinteressen" nach dem Motto: Wir sind die besten und es ist unser Verdienst. Wie bei Heitmeyer herrscht bei diesen Jugendlichen ein instrumentelles Nutzendenken vor: Einwanderer und Flüchtlinge werden ausschließlich danach beurteilt, ob sie schaden oder nützen. Sie selbst sind meist in gutsituierten Positionen und fühlen sich nicht realiter, aber allgemein und diffus von den EinwanderInnen bedroht.

Wie ist diese Diskrepanz zwischen Bedrohtheitsgefühlen und realer Absicherung zu erklären?

Hier hilft eine neue Untersuchung von Hoffmeister und Sill (1993) weiter: Auch sie gingen von der Individualisierungsthese aus und untersuchten knapp 500 Jugendliche und junge Erwachsene hinsichtlich der Frage, ob Verunsicherungen zu autoritären Einstellungen führen.

Auch diese Forscher erlebten, wie sie selbst sagen, bei der Auswertung eine Überraschung, als sie feststellten, daß es keinen Zusammenhang zwischen Versorgtsein und Autoritarismus gibt. Erfreulicherweise halten sie dann - im Unterschied zu Heitmeyer - nicht mehr an ihrem theoretischen Konzept fest, sondern untersuchen weiter die zwei voneinander unterschiedlichen Variablen von Autoritarismus und Instabilität.

D.h. die Instabilen sind nicht notwendig autoritärer, in der Summe sogar etwas weniger als die Stabilen. Demgegenüber sind relativ viele Jugendliche, die aus gut situierten stabilen Verhältnissen kommen und mit einem entsprechend stabilen Selbstbild ausgestattet sind, autoritär und neigen zu rechten und rassistischen Einstellungen.

Diese Jugendlichen haben die Forscher nun genauer betrachtet und festgestellt, daß sie durchweg unter einem sehr hohen Leistungsdruck stehen, den sie unkritisch von ihren Eltern übernommen haben. Sie bewundern und idealisieren ihre Eltern ob ihres beruflichen und ökonomischen Erfolgs, und für sie ist selbstverständlich, daß sie selbst auch einmal zu den Erfolgreichen gehören werden. Allerdings widerspricht das oft ihren Erfahrungen, etwa wenn sie schlechte Noten in der Schule haben oder auch Alkoholprobleme etc. Dennoch halten sie ihr Ideal aufrecht und projizieren ihre Versagensängste auf alle anderen: auf unfähige Lehrer, korrupte Politiker und arbeitsscheue Ausländer. Diese müssen alle abgewertet werden, um sich selbst und das Prinzip von Leistung und Disziplin hochzuhalten. Die Jugendlichen haben sich selbst (noch) nicht bewährt, gehören aber ihrer Meinung nach selbstverständlich zur Elite, und diese Diskrepanz mündet in einem allseitigen Bedrohtheitsgefühl. Alle könnten ihnen irgendwie ihren Platz streitig machen. So werden sie mißtrauisch beäugt, und das Leben als ein ständiger Kampf aller gegen alle erlebt und der Stärkste sich durchsetzt.

Es gibt natürlich auch die instabilen Jugendlichen, die autoritär sind. Auch sie empfinden ihre Umwelt überwiegend als feindselig. Aber das Motiv ist ein anderes: Sie hatten i.d.R. in ihrem Leben ständig mit einer Unzahl von Widrigkeiten zu kämpfen. Sie haben meist eine sehr schwierige Familiengeschichte und viel negative soziale Erfahrungen hinter sich. Insofern hat ihr Mißtrauen auch viel mit der Realität zu tun. Daher werden ihre Auffassungen auch durch neue Erfahrungen wieder verändert. Das geht bis hin zu einer extremen Außenorientierung und einem ständigen Schwanken zwischen widersprüchlichen Einschätzungen. Dementsprechend lassen sie sich auch leicht beeinflussen. Wohingegen sich bei den Stabil-Autoritären Mißtrauen und Kriegermentalität zu einem allgemeinen Weltbild verfestigt haben, die sie gegen alle kämpfen läßt, die ihren Vormachtsanspruch in Frage stellen könnten.

D.h. hier schließt sich also die obige Verständnislücke: Ein solcher gut situierter Jugendlicher ist real z.B. nicht von den EinwanderInnen bedroht, sondern viel eher von seinem eigenen Versagen, dem Unvermögen, das er sich nicht zugestehen kann und will. Er muß es auf andere projizieren. Je größer also die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, je stärker die Realität in Idealisierungen gepreßt wird, desto größer ist der Projektionsbedarf, um sich in diese idealisierte Gemeinschaft hinein zu definieren und sich der Zugehörigkeit zu dieser Elite zu vergewissern.

An der Stelle ist also die Psychologie gefragt. Zuvor aber noch eine zusammenfassende Einschätzung der soziologischen Analysen:

1. Übereinstimmend wird festgestellt, daß ökonomische Notlagen, kein erhöhter Risikofaktor für rechtsextreme Einstellungen sind. Die Annahme, rassistisches Denken wäre vorwiegend in unteren Schichten zu finden, erweist sich, wie schon in früheren Untersuchungen, als Mittelschichtvorurteil.

2. Auch soziale Integration im Bezug auf Arbeitsplatz, Familie und Freundeskreis schützt nicht vor rechten und rassistischen Orientierungen.

3. Und schließlich ist auch kein Faktor Orientierungslosigkeit oder Instabilität auszumachen, der für autoritär-nationalistische Einstellungen prädestinieren würde.

In allen drei genannten Untersuchungen kristallisiert sich aber ein relevanter Komplex heraus, den Heitmeyer eine instrumentalistische Arbeitsorientierung, die Tübinger Wohlstandschauvinismus und die Münsteraner Leistungsvergötterung und Kriegspfadmentalität nennen. Darin zeigt sich eine forcierte Identifikation mit den Werten von Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld aus der heraus sich die Abwehr gegen alle die begründet, die als leistungsunfähig gelten oder anscheinend ohne eigene Anstrengung versorgt werden.

Für die Relevanz dieses Einstellungskomplexes spricht die Tatsache, daß die Eskalation rassistischer Gewalt in Deutschland in den letzten 2-3 Jahren nicht nur Flüchtlinge, MigrantInnen und schwarze Deutsche getroffen hat, sondern auch Behinderte, Schwule und Lesben, Obdachlose und Linke, vor allem wenn sie sich als Anti-Rassisten exponiert haben.

Darüberhinaus setzte sich diese Gewalt auf die bereits "normale" sexistische Gewalt auf, die es bei uns zum Alltag gemacht hat, daß Frauen vergewaltigt, mißhandelt und umgebracht werden.

Das Gemeinsame in dieser Gewalt ist, daß es sich hier nicht um individuelle Verbrechen im Sinne gewöhnlicher Kriminalität handelt, sondern um das, was im angloamerikanischen Raum als "Hate-Crimes", Haß-Verbrechen, bezeichnet wird. In diesen Verbrechen kommt in erster Linie ein Haß gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen zum Ausdruck. D.h. sie sind in erster Linie instrumentelle und nicht expressive Akte, wie wir in der Psychologie sagen. Sie haben nicht einfach ihren Sinn in sich selbst, indem Gefühls- und Triebspannung ausagiert werden, sondern mit ihnen soll etwas gezeigt und bewiesen werden.

Gezeigt werden soll mit diesem Gewalthandeln, daß die Täter sich eine weiße, heterosexistische, patriarchale Gesellschaft wünschen, in denen nur die Leistungsfähigen, Angepaßten und Erfolgreichen die Macht und das Sagen haben und beweisen wollen sie, daß sie diejenigen sind, die dazu gehören.

Angegriffen werden alle, die diesen Vorstellungen widersprechen und sie tatsächlich oder scheinbar in Frage stellen. Sie werden auf "ihren Platz" verwiesen an den Rand der Gesellschaft oder ganz aus ihr hinaus gedrängt.

Insofern hat der Haß auf die sog. Fremden sehr viel mit der eigenen Selbstvergewisserung zu tun, mit der Angst nicht zu genügen und zu denen zu gehören, die erfolgreich und mächtig sind.

Dies Motiv greift, wie gesagt, die psychologische Debatte auf: Für sie sind es nicht die Fremden da draußen, die uns bedrohen, sondern die abgespaltenen, verdrängten Anteile in uns selbst: Wir sind uns selbst fremd, und nur wenn wir diese Spaltung in uns überwinden, ist ein Zugang zu den Fremden möglich.

2. Die Fremdenangst

Wie bereits die Münsteraner Untersuchung zeigte, ist es vor allem die Angst zu versagen, die verdrängt werden muß. Es sind die eigenen Schwächen, die Wünsche nach Versorgtwerden, sich gehen lassen zu können, diese passiven Bedürfnisse, die durch eine Fixierung aufs Leistungsprinzip abgespalten werden müssen. Die "Fremden" spiegeln nun diese verdrängten Impulse wieder: Sie sind es scheinbar, die unbekümmert in den Tag hineinleben können, sich um nichts zu sorgen haben und nur die "Hand aufhalten " müssen und reichlich bekommen. Der aggressive Neid ist hier unverkennbar. Insofern ist es m.E. nicht zufällig, daß vor allem Sinti und Roma besonders reizen. Sie sind es, bzw. ihr Bild von ihnen ist es, das unsere Werte wohlanständiger Seßhaftigkeit und die Dominanz des Leistungsprinzips besonders effektiv in Frage stellen.

Dem Bedürfnis nach Versorgtwerden steht das harte "Selbst ist der Mann" entgegen, der alles nur alleine sich selbst zu verdanken hat und mit Tüchtigkeit und Disziplin alle Abhängigkeiten und Verwöhnungswünsche von sich weist. Diese Selbstdisziplinierung und Härte gegen sich, wendet sich in Haß all denen gegenüber, die angeblich sorglos und vor allem auf Kosten anderer ihr Leben genießen.

Auch im Falle der Behindertenfeindlichkeit bzw. des eugenischen Rassismus, sind solche Abspaltungen zu beobachten: Hier ist es vor allem die Angst vor eigener Verletzlichkeit, die Angst vor sozialer Isolation und vor Abhängigkeit. Diese Ängste werden uns in der Begegnung mit Behinderten zurückgespiegelt. Um diese Ängste zu bearbeiten, läge es durchaus nahe, sich mit den Behinderten zu solidarisieren, wenn sie für menschenwürdige Lebensbedingungen und gleichberechtigte Chancen kämpfen. Schließlich muß jede/r damit rechnen, irgendwann einmal zum Pflegefall zu werden. Insofern gäbe es durchaus gemeinsame Interessen.

Dieser Solidarisierung mit den Behinderten steht aber die Gefahr entgegen, aus dem Kreis der Privilegierten ausgeschlossen zu werden. Insofern muß die eigene Angst vor Beschädigung mit allen Mitteln versucht werden abzuwehren, um sich der Zugehörigkeit zu den Leistungsfähigen, Mächtigen und Privilegierten zu vergewissern.

D.h. es genügt offensichtlich nicht zu fordern, wie in den meisten psychologischen Analysen (vgl. beispielsweise Kristeva 1990 oder Bauriedl 1992), sich mit sich selbst auseinanderzusetzen und seine Verdrängungen aufzuheben und die abgespaltenen Anteile zu integrieren, sondern es muß gleichzeitig nach dem Warum der Verdrängung gefragt werden. Warum sind so viele bereit, so elementare Bedürfnisse zu unterdrücken und sich selbst zu disziplinieren? Warum machen soviel freiwillig an ihrer eigenen Unterdrückung mit?

Hier können wir m.E. aus der Geschlechterpsychologie eine Menge lernen: Die Disziplin und der Erfolgsdruck, unter dem die meisten westlichen Männer von Kindheit an stehen, scheint sich für sie wohl zu lohnen. Auch wenn die Sensibleren unter ihnen über Defekte in ihrer Persönlichkeitsstruktur klagen, darüber daß ihnen vieles sozial und emotional versperrt sei, so ist das für kaum einen Mann Grund genug, seine Situation zu ändern. Gesellschaftliche Macht und Ansehen scheinen reichlich für die beklagten Defizite zu entschädigen.

D.h. die psychologischen Analysen, die allein den Verdrängungsprozeß betrachten, sind an dem Punkt verkürzt, an dem nicht die Rolle materieller und sozialer Privilegien mitgedacht wird. Nur dann ist zu verstehen, warum die Selbstdisziplinierung so eine große Rolle bei uns spielt und warum vor allem diejenigen Aggressionen provozieren, die Werte wie Autonomie und Leistungsfähigkeit in Frage stellen.

So wenig in diesen psychologischen Analysen die Privilegierung gesehen wird, sowenig wird hier auch die Machtbeziehung zwischen den Mehrheiten und Minderheiten angesprochen. Ja es hat sogar den Anschein, daß die Psychologisierung diese Dimension direkt auszublenden versuchen. So wird z.B. so gut wie nie gefragt, ob z.B. das Unbehagen der Weißen gegenüber ethnischen Minderheiten, vor allem denen mit dunkler Hautfarbe, nicht auch etwas mit der Kolonialgeschichte zu tun hat, ob dies Unbehagen nicht auch aus verbotenen Überlegenheitsgefühlen resultiert. Gefühle sind nicht einfach abstrakte oder gar natürliche

Gegebenheiten, die uns überkommen. Sie sind ein Niederschlag der persönlichen Erfahrungen, in die auch die Geschichte der Nation oder des Volkes eingegangen ist.

Sehr deutlich wird dieser Niederschlag der Geschichte bei uns z.B. im Verhalten und in den Gefühlen in der Begegnung mit Juden und Jüdinnen. Die meisten nicht-jüdischen Deutschen empfinden dabei Beklommenheit und diffuse Schuldgefühle. Dies Unbehagen kommt nicht von Ungefähr, denn in diesen Gefühlen kommt die Erinnerung an unserer Zugehörigkeit zu diesem Volk und seinen Untaten unbegriffen zum Ausdruck.

Wenn hingegen ein solcher Kontakt in der psychologischen Analyse zu einer Begegnung zwischen "dem Selbst" und "dem Fremden" abstrahiert wird, dann wird das hierin wirksame Machtverhältnis und deren konkrete Geschichte negiert und die Beziehung zwischen den Dominanten und Diskriminierten zu einer Episode der Selbsterfahrung entwirklicht. Da wird Fremdheit zum Spiegel der Selbstentfremdung, zu einer Aufforderung, sich umso intensiver mit sich selbst zu beschäftigen und die Tiefe der eigenen Tragik auszuloten.

Frantz Fanon (1986), der schwarze Psychoanalytiker aus der Karibik, spricht in dem Zusammenhang von einem Superioriätskomplex der Weißen, die Schwarzen dazu benützen, um ihr Selbst aufzublasen.

Eine solche Funktionalisierung des Anderen ist nach dem Muster eines männlichen Selbstverständnisses gestrickt, das sich vor allem in Abgrenzung zum Anderen und in Unterwerfung der Anderen selbst bestätigt. Insofern sagen die Feministinnen m.E. zurecht, daß dieses Dominanzstreben tief in unserer patriarchalen Tradition verankert ist.

Auch der Augenschein spricht für diese These: Sind es doch Männerhorden, die Flüchtlingsheime stürmen, Minderheiten überfallen und ermorden. Die Frage also, ist Rassismus ein Männerproblem?

Zuvor aber noch eine zusammenfassende Einschätzung der psychologischen Argumentation:

1. Zweifellos bildet sich im Rassismus und Fremdenhaß auch die eigene Problematik der dominanten Mehrheit ab. Sie externalisiert ihre Widersprüche und inneren Konflikte und benützt bzw. funktionalisiert die anderen um die eigenen Probleme auszuagieren. In diesem Sinn kann man auch von einer psychologischen Ausbeutung sprechen.

2. Die Problematik der Mehrheitsgesellschaft rührt vor allem aus den Anstrengungen, die zur Absicherung ihrer Dominanz und ihrer Privilegien notwendig sind. Insofern sagt eine psychologische Analyse nur die halbe Wahrheit, wenn sie Verdrängung und Selbstentfremdung als Ursache erkennt, nicht aber auch den Gewinn mitbenennt, der daraus gezogen wird. D.h. wenn nicht nach dem Warum der Verdrängung gefragt wird und welche Vorteile sie mit sich bringt.

3. Die Einstellungen und Gefühle "dem Fremden" gegenüber sind nicht abstrakte, anthropologische Konstanten, die über Raum und Zeit sich gleich bleiben, sondern sie haben ein je konkret historisches Gesicht: In der Beziehungen zu EinwanderInnen und ethnischen Minderheiten bildet sich auch unsere Geschichte mit ab, die vor allem auch vom Kolonialismus und vom Holocaust geprägt ist. Eine psychologische Abstraktion, die nur "das Fremde" sieht, trägt zur Verdrängung dieser Geschichte bei und sieht nicht, wie sehr auch ökonomische, kulturelle und psychologische Ausbeutung die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheiten prägt.

Angesichts der realen Machtverhältnisse zwischen Einheimischen und EinwanderInnen hier in Deutschland entpuppt sich die Angst vor "dem Fremden" in erster Linie als Angst vor der Infragestellung der hier herrschenden Normen und Lebensgewohnheiten, in denen zugleich auch die ökonomische und politisch-ideologische Vormachtstellung der westlichen Welt verankert ist.

Die Angst vor Machtverlust und Infragestellung von Dominanz wird in der Diskussion aber meist gleichgesetzt mit den existentiellen Ängsten um Arbeit, Wohnung und Lebensperspektive. Ängstliche Besitzstandwahrung wird hier zum Kampf ums Überleben umgedeutet.

Je mehr einer zu verlieren hat, desto mehr ist er auf Absicherung bedacht. Nur so läßt sich erklären, warum die armen Länder ein Vielfaches an Flüchtlingen im Vergleich zu den reichen aufnehmen. Und genauso wie wir die Mauern um das reiche Westeuropa immer höher ziehen, so ziehen wir auch die Mauern um uns selbst immer höher mit Hilfe der Ansprüche, was uns zusteht im Vergleich zu den EinwanderInnen.

Nun aber zur Frage über den Zusammenhang von Rassismus und Sexismus.

3. Rassismus = Männergewalt?

Wenn wir die gewalttätigen rassistischen Ausschreitungen betrachten, ist der Zusammenhang offensichtlich: Es sind in der Tat fast ausschließlich Männer, nämlich zu 95%. In den rechtsextremen Cliquen herrscht protziges Männergebaren. Frauen agieren, wenn, dann als Freundinnen unterstützend im Hintergrund.

Diese brutale Gewalt der Männer ist allerdings nicht neu. Hunderte von Frauen werden jährlich Opfer sexistischer Gewalt. Neu ist, daß sie sich öffentlich zeigt und explizit Bestandteil eines politischen Konzepts ist.

Zweifellos besteht ein enger Zusammenhang zwischen Rassismus und Sexismus. Allein im Begriff "Herrenrasse" wird deutlich, daß in erster Linie die Herren davon zu profitieren gedenken. Auch sind die Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Frauen und ethnischen Minderheiten in der Konstruktion der/des "Anderen" kulturgeschichtlich in vielen Dimensionen nahezu identisch (kindlich, emotional, sexualisiert im Sinne von bedrohlich und verführerisch zugleich).

Daraus nun in der Umkehrung zu schließen, Frauen seien weniger rassistisch ist keineswegs zwingend. Gerade ihre Unterdrückung innerhalb der patriarchalen Herrschaft könnte für sie Grund genug sein, sich nun ihrerseits wiederum an den Schwächeren schadlos zu halten. Zudem ist es gerade das Kennzeichen "herrschender" Ideologien, daß sie Teil des Selbstverständnisses der Unterdrückten werden. Und die Geschichte zeigt - zumindest die deutsche Geschichte - daß Frauen weder in Zeiten des Kolonialismus noch im NS in besonderer Weise gegen Rassismus und Antisemitismus immun waren oder gar aktiv dagegen gekämpft hätten.

Insofern müssen wir die Äußerungsformen von Rassismus auf ihre geschlechtsspezifischen Erscheinungsformen hin untersuchen. Dabei ist festzustellen, daß Gewalttaten fast ausschließlich von Männern verübt werden. Beim Wahlverhalten jedoch sind die Unterschiede nicht mehr so kraß: Rechtsextreme Parteien werden zu 2/3 von Männern und zu einem Drittel von Frauen gewählt. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle westlichen Industrienationen, ein internationaler gender gap. Schließlich finden sich bei Einstellungsuntersuchungen zur Ausländerfeindlichkeit meist keine Unterschiede mehr zwischen Frauen und Männern. (Roth, 1989. Das gilt auch für die oben zitierten soziologischen Untersuchungen, die i.d.R. zwar immer eine etwas geringere ausländerfeindliche Einstellung bei Mädchen und jungen Frauen im Vergleich zur männlichen Vergleichsgruppe feststellen. Diese Differenz erreicht aber nie ein relevantes Signifikanzniveau.)

Frauen gehen also dann offensichtlich in Distanz, wenn rassistisches Verhalten mit männlich-chauvinistischem Gebaren amalgiert. Ebenso haben sie wenig Interesse an einer Partei, die vornehmlich Männerinteressen vertritt. Aber in ihrer rassistischen Programmatik wird auch eine rechtsextreme Partei für Frauen interessant. Daraus erklärt sich z.B. der zwar verminderte aber durchaus relevante Anteil von Frauen an den Wahlerfolgen der Republikaner.

Aber Frauen hängen sich nicht nur an Männer an, sondern es gibt durchaus auch frauenspezifische Formen des Rassismus, so wenn Tagesmütter sich weigern, schwarze Kinder in Pflege zu nehmen, oder im schwarzen Mann den Prototyp des Vergewaltigers ausmachen. Das hat für sie die Entlastungsfunktion, sich nicht selbst mit der Gewalt und Mißachtung der "eigenen" Männern auseinandersetzen zu müssen - auch hier ein Form der psychologischen Ausbeutung, die letztlich selbstschädigend ist, da sie der Auseinandersetzung mit den konkreten Gewalttätern aus dem Weg geht.

D.h. nur solange wir uns allein auf den gewalttätigen Rassismus konzentrieren, läßt er sich mit Sexismus identifizieren. Dann wird Rassismus in erster Linie zur Männersache, für die Frauen nicht verantwortlich zu machen sind. Der Entlastungsgewinn ist hier offensichtlich.

Dennoch stimmt, daß es eine enge Verwandtschaft zwischen Rassismus und Sexismus gibt, denn beidesmal werden Unterschiede zur Diskriminierung benützt, die an biologischen Merkmalen festgemacht werden. Auch verweist die männliche Selbstdefinition über Abgrenzung und Entwertung anderer, das Primat von Autonomie und Leistungsstreben in ihrem Selbstverständnis auf diesen Zusammenhang. Aber das macht Rassismus nicht zu einer exklusiven Männersache, denn insoweit weiße Frauen Teil dieses Systems sind und ihre Interessen sich mit denen des weißen Mannes verknüpfen, insoweit ist er genauso auch ihr Problem.

Resümee

Wenn wir nun die verschiedenen Erklärungsansätze Revue passieren lassen, so wird in ihren jeweiligen Argumentationen und vor allem in der Verabsolutierung ihres Standpunktes ihr Abwehrcharakter deutlich:

Bei den Feministinnen liegt in der Überbetonung des männlich chauvinistischen Anteils die Abwehr, daß Rassismus im wesentlichen Sache der Männer sei.

In der psychologischen Argumentation erscheint die Abwehr in der Internalisierung "des Fremden" als Eigenes, als Widerspiegelung des Verdrängten. Damit wird die Fremdenangst zu einer ahistorischen, anthropologischen Konstante abstrahiert und die konkreten Interessen und Machtverhältnisse ausgeklammert.

Und schließlich verschieben die soziologischen Analysen in Form der Individualisierungsthese das "Problem" auf die unteren Schichten, Randgruppen, und vor allem machen sie es zu einem Jugendproblem. Jugend und Gewalt heißt dann das Thema, das so seines politischen Charakters beraubt zur Verzweiflungstat oder zum Hilfeschrei der Modernisierungsverlierer hochstilisiert wird.

Zugleich kristallisiert sich in all diesen Ansätzen ein gemeinsamer Nenner heraus: Anfällig für autoriär-nationalistische und rassistische Einstellungen sind vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich mit den herrschenden Werten von Geld, Karriere und Erfolg identifizieren und unkritisch die Anforderungen ihrer Eltern übernehmen, das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für die Eigeninteresse hin reduzieren.

D.h. entgegen der Erwartungen der meisten Forscher ist dies kein vorrangiges oder gar ausschließliches Problem der Zukurzgekommenen, sondern in seiner systematischen Erscheinungsform vor allem ein Problem der Etablierten, bzw. jener, von denen erwartet wird und die es von sich selbst erwarten, daß sie einmal dazu gehören werden - mit aller Gewalt. Einer Gewalt, die sich gegen sie selbst und gegen die anderen richtet.

Insofern kann wohl kaum von Protest gesprochen werden, sondern eher von dem verbissenen Versuch, mitzuhalten.

Angesichts dieser Gewaltträchtigkeit muß die Gesellschaft sich fragen, wie hoch sie eigentlich die Latte hängen möchte, um ein Entree zu gewähren, wie eng die Lebensentwürfe sich allein auf Leistungsstreben und Erfolg reduzieren müssen, um in die vorgegebenem Raster hineinzupassen und wie selbstverständlich überall in unserer westlichen Dominanzkultur, ökonomischer Erfolg mit kultureller, politischer und menschlicher Überlegenheit gleichgesetzt wird.

So erscheint es geradezu kontraproduktiv, wenn nun nach einer Rückbesinnung auf die alten Werte von Fleiß, Ordnung und Familie gerufen und den 68ern vorgeworfen wird, sie hätten die Autoritäten zu sehr in Frage gestellt und damit die nachfolgende Generation sich selbst überlassen. Nicht zuviel, sondern zuwenig 68 möchte ich dagegen halten. Denn wo hat sich denn tatsächlich die Kritik von damals an der Wirtschaftswundermentalität durchgesetzt, die tüchtig und fleißig "die Vergangenheit weggeschafft" hat? Gerade diese Reduktion auf den homo oeconomicus und die elterlichen Verdrängungsbemühungen wurden von den 68ern angegriffen. - Was nicht bedeutet, daß sich in ihrer Bewegung teilweise analoge Einstellungen in Form eines moralischen Rigorismus und Autoritarismus widerspiegelten.

Auch war z.B. die ganze sog. Ausländerpolitik der Nachkriegszeit nichts anderes als Wirtschaftspolitik, d.h. die ImmigrantInnen wurden auf wirtschaftliche Faktoren reduziert. Und diese funktionalistische Denkweise kommt nun in den Einstellungen der Jugendlichen zurück - verschärft unter dem Druck, den Erfolgsansprüchen der Elterngeneration genügen zu müssen.

Und vor allem: Analysen, die so unbefangen nach Familie, naturwüchsigen Milieus und Arbeitstugenden hier in Deutschland als Bollwerk gegen Rassismus rufen, sind nicht nur unpolitisch, sondern gefährlich geschichtsvergessen. Wenn die Aufarbeitung der Vergangenheit sich nicht an der Anzahl der Gedenkfeiern und der Buchpublikationen bemißt, sondern daran, wie gegenwärtig die Vergangenheit in unserem Denken ist, so kann man nur sagen, daß solche Autoren von dieser Aufarbeitung weitgehend unberührt geblieben sind. Dazu paßt die Tatsache, daß in all den zitierten Untersuchungen nach den politischen Traditionen in den Familien nicht gefragt wurde.

D.h., daß in der Tat eine Wertediskussion geführt werden muß, nämlich eine solche, die die Werte dieses Wohlstandschauvinismus in Frage stellt.

Dazu gehört z.B. die entschiedene Kritik der Frauenbewegung an der Dominanz des sog. Produktionsbereichs und der wirtschaftlichen Verwertungslogik gegenüber der Bedeutung von Beziehung, Mitmenschlichkeit und Privatheit. Oder aber die Ökologiebewegung mit ihrer Distanzierung von einem Fortschritts- und Wachstumsdenken, an dessen Stelle sie Verantwortlichkeit für uns, die nachfolgende Generation und die Natur einfordert.

Dabei müssen wir im Besonderen aber auch unsere Verantwortung für die Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern und Kontinenten wahrnehmen.

Das erfordert eine kritische Reflexion des eigenen Dominanzanspruchs, der nicht zuletzt auch durch die Verdrängung der NS-Vergangenheit genährt wird. Denn die spezifische deutsche Variante des Rassismus, die sich durch eine besondere Brutalität auszeichnet, ist nicht zuletzt auch durch diese Vergangenheit bestimmt, die uns einmal suggerierte, es gäbe ein ethnisch homogenes Deutsch-sein. D.h. die Vorstellung, deutsch können nur diejenigen sein, die weiß, christlich sozialisiert und von deutschen Vorfahren abstammen, diese Vorstellung lebt heute bei uns noch weiter fort und legitimiert die Gewalttäter, Menschen aus dem Lande zu jagen, die diesen Vorstellungen nicht entsprechen.

Damit wird aber auch deutlich, daß allein eine Wertediskussion nicht genügt, sondern diese nur bei einer gleichzeitigen Veränderung der politischen Realität Bestand haben kann. Dazu gehört in erster Linie ein gleichberechtigter Umgang mit allen Menschen, die hier leben, gleich welcher ethnischer Herkunft sie sind, sowie die aktive Unterstützung ihrer politischen und gesellschaftlichen Partizipation. D.h. hier ist nicht nur die Politik im engeren Sinn gefragt, sondern in gleicher Weise Gewerkschaften und Arbeitgeber und andere gesellschaftliche Institutionen, um die faktische Diskriminierung ethnischer Minderheiten am Arbeitsplatz, in den Schulen, im Wohnbereich, in den Medien etc. abzubauen. Denn eines der wichtigsten Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung in Bezug auf ein produktives interkulturelles Zusammenleben ist, daß eine ungleiche Repräsentanz der ethnischen Gruppen auf verschiedenen Statuspositionen die Ungleichheit und damit ein entsprechendes Über- bzw. Unterlegenheitsgefühl tagtäglich reproduziert und so alle wohlmeinenden Bemühungen um Antirassismus und Interkulturalität letztlich unterläuft. Erst wenn die türkische Professorin genauso selbstverständlich geworden ist wie der deutsche Putzmann oder der schwarze Politiker genauso wie seine islamische Kollegin, kann davon ausgegangen werden, daß sich auch die Einstellungen der Einheimischen verändert haben.

Das bedeutet aber auch, daß alle, die hier als Mitglieder der Mehrheit aufgewachsen sind, die Dominanzerfahrungen als Einstellungen internalisiert haben. Diese Haltungen und Gefühle sind bewußt zu machen und einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Insofern ist auch je individuell notwendig ein "unlearning of racism/antisemitism", wie das im englischen Sprachraum benannt und mit entsprechenden Programmen umgesetzt wird. Hier stehen wir noch ganz am Anfang, z.B. auch was die kritische Prüfung der Schulbücher und anderer Sozialisationsinstrumente anbetrifft.

Wir leben in einer Dominanzkultur und haben uns daran gewöhnt, einen Vormachtsanspruch geltend zu machen und andere für unsere Interessen zu funktionalisieren. Eine Gegenstrategie, die dem Anspruch auf Gleichheit und Freiheit auch nur im Ansatz gerecht werden möchte, muß deshalb gleichzeitig an den verschiedenen Ebenen der individuellen, sozialen und politischen Verstrickung ansetzen.

Literatur:

Bauriedl, Thea: Wege aus der Gewalt. Analyse von Beziehungen. Freiburg: Herder 1992

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: suhrkamp 1986

Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken. Frankfurt: Syndikat, 1980

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. München: Juventa, 1989

Ders.: Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. München: Juventa 1992

Held, J. & Horn, H.W. u.a.: "Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst..." Diss. Text N.18 Duisburg 1991

Herek, Gregory M. & Berrill, Kevion T.: Hate Crimes. Confronting Violence Against Lesbians and Gay Men. London: Sage 1992

Hoffmeister, Dieter & Sill, Oliver: Zwischen Aufstieg und Ausstieg. Autoritäre Einstellungsmuster bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Opladen: Leske u. Budrich, 1992

Holzkamp Christine und Rommelspacher, Birgit: Frauen und Rechtsextremismus. Päd Extra H1991 S.33-39

Kristeva, Julia: Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt: suhrkamp, 1990

Senatsverwaltung f. Jugend u. Familie (Hg): Gewalt gegen Schwule - Gewalt gegen Lesben. Ursachenforschung und Handlungsperspektiven im internationalen Vergleich. Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation des Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen Nr. 6 Berlin 1992

Rommelspacher, Birgit: Ethnischer und eugenischer Rassismus. Aspekte psychologischer und kultureller Dominanz. In: randschau Z.f. Behindertenpolitik Nr.2/93

Dies.: Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Foitzik A. u.a.: ".. ein Herrenvolk von Untertanen" Rassismus-Nationalismus-Sexismus Duisburg: Diss, 1992

Dies.: Nationale Identität und Größenwahn. In: B. Schoch (Hg): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft. Frankfurt: suhrkamp 1992.

Roth, Dieter: Forschungsgruppe Wahlen: Charakteristische Einstellungsunterschiede zwischen Männern und Frauen. Unv. Manuskript 1989

Willems, Helmut: Strukturen und Ausbreitungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt. Vortrag Soziologentag v. 28.9.-2.10.92 in Düsseldorf

Birgit Rommelspacher ist Professorin an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin. Ihren Beitrag entnahmen wir - mit freundlicher Genehmigung - dem Band "Rechte Gewalt und der Extremismus der Mitte", herausgegeben vom Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesvorstands von Bündnis90/Die Grünen. Das Buch hat 130 Seiten und kostet 5 DM. Erhältlich ist es in allen gut sortierten Parteibüros von Bündnis90/Die Grünen.

24. Multikultur statt Deutschtum? (Buchvorstellung)

Buchbesprechung

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:06

"Multikulturelle Gesellschaft" heißt die Zauberformel, die gleichermaßen von Teilen der CDU, den Kirchen und den GRÜNEN als Gegenkonzept zur neudeutschen Entwicklung beschworen wird. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der scheinbar breite Begriffskonsens allerdings entweder als rein arbeitsmarktpolitische Maßnahme oder als Wunsch nach folkloristischer Alltagsbereicherung. Und letztendlich steht die Sorge um das heimische Bruttosozialprodukt oder die Reminiszenz an Paella, Pide oder Pizza doch wieder in der Tradition des deutschen Nationalstaatsgedankens, von einer wirklichen Öffnung dem "Fremden" gegenüber keine Spur. Das "Multi-Kulti" der Parteien bleibt dem Vorstellungskreis völkisch-deutscher Kulturzugehörigkeit verhaftet; denn da, wo Kultur eine dauerhafte, abgeschlossene Einheit, die ethnisch zugeordnet ist, definiert, ist sie oftmals lediglich Synonym für Rasse. Die in diesem Kontext immer wiederkehrende Forderung nach ethnischer Quotierung der Einwanderung bereitet letztendlich den Boden für eine weitere Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik.

Auf 150 Seiten liefert Petra Wlecklik einen Überblick über die aktuellen Diskussionen und Positionen - für alle die, die an einer antirassistischen Perspektive arbeiten.

Frank Grünberg

Petra Wlecklik: Multikultur statt Deutschtum? Antirassismus zwischen Folklore und ethnischem Mythos.

PROTEXT-Verlag, 1993. 157 S.,

DM 16.- ISBN: 3-929118-31-9

25. Grund- und Menschenrechte - aber nicht für alle. Wie sich der Willkürstaat in der Demokratie durchsetzt

Wie sich der Willkürstaat in der Demokratie durchsetzt - von Oliver Tolmein

Autor: Oliver Tolmein · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:16

Demokratie durchsetzt - von Oliver Tolmein

Dokumentation eines Vortrages von Oliver Tolmein, gehalten bei der Veranstaltung "Rassismus und Polizei" des Hamburger "Bündnis gegen Staatsgewalt" am 17.11.1993

"Ausländerfeindliche Übergriffe und Unterlassungen" ist eine Chronik von SOS Rassismus aus Bonn betitelt. Auf 23 eng bedruckten Seiten werden Staatsaktionen aufgelistet, bei denen zumindest der Verdacht aufkommt, daß ihnen auch rassistische Motive zugrundeliegen: Die Mißhandlungen eines Senegalesen auf dem Polizeirevier 4 in Frankfurt am Main am 10. Juni 1991 wird dort ebenso dokumentiert wie eine Razzia zur Aufspürung von Diebesgut, in deren Verlauf 90 Polizisten in einer Flüchtlingsunterkunft bei Freiberg (Sachsen) die Asylsuchenden z.T. erheblich verletzten. Bei diesen, wie auch bei fast allen anderen dokumentierten Übergriffen, bleiben Anzeigen gegen Polizeibeamte erfolglos: 1990 gab es bundesweit 698 Strafverfahren gegen Polizeibeamte, von denen 688 eingestellt wurden; 1992 wurden allein in Berlin von 590 Strafanzeigen gegen Polizeibeamte 570 sofort niedergeschlagen, lediglich in 20 Fällen wurde überhaupt aufgrund eines "ernsthaften Verdachts" weiter ermittelt. Entweder lassen sich nach Anzeigen die Namen der Beamten nicht mehr feststellen, oder die Verletzungen der ImmigrantInnen oder Flüchtlinge werden mit dem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte erklärt, den sie angeblich geleistet haben. Unterlassene Hilfeleistung durch Polizeibeamte, wie am 25. November 1990 in Eberswalde, als zwei Polizeibeamte tatenlos zusahen wie Skins den Angolaner Antonio Amadeu zu Tode prügelten, ergänzen das triste Szenario.

Wenn sich Unregelmäßigkeiten und Übergriffe häufen, wächst der Verdacht, daß es sich dabei nicht um etwas Außerordentliches oder Zufälliges handeln könnte, sondern darum, eine neue Normalität zu setzen. Dies um so mehr, als die öffentlichen Spekulationen über die beträchtliche Resonanz, auf die die rechtsextremen Parteien bei der Polizei stoßen, zwar nachgelassen haben - nicht aber die offensichtlichen Sympathien der Vertreter von law and order für die rechtsextremen law-and-order-Parteien.

Beunruhigend ist aber nicht nur das oftmals so selbstverständliche Zusammenwirken von rassistischer Ideologie und rassistischer Praxis im Alltag von einzelnen, wenngleich nicht vereinzelten Beamten des Apparats. Beunruhigend ist auch das polizeiliche Sonderrecht und die systematische sicherheitsstaatliche Diskriminierung, die gegenüber Ausländerinnen und Ausländern betrieben wird. Die deutsch dominierte Einigung West-Europas verschärft diesen Prozeß durch Export deutscher Staatssicherheitsideologie und -technik.

Eine herausragende Rolle kommt dabei dem Kampf gegen die sogenannte "Organisierte Kriminalität" zu. "Organisierte Kriminalität" ist, wie ehedem die "terroristische Vereinigung", ein ideologischer Kampf- und kein materieller Rechtsbegriff. Nicht einmal das 1992 in Kraft getretene "Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" definiert, was unter diesem Konstrukt zu verstehen wäre. Klar ist allerdings eines: Es sind Ausländer, die diese aktuell angeblich bedrohlichste Form der Kriminalität organisieren. Und weil es Ausländer sind, bedarf es besonderer Methoden, sie zu bekämpfen. Der seit einigen Jahren verstärkt in die Diskussion gebrachte sogenannte "große Lauschangriff" ist dafür ein bedrückend präzises Beispiel: Ziel des "großen Lauschangriffs" ist es, ein Grundrecht auszuhebeln. Noch 1983 hat der Bundesgerichtshof das Abhören von Gesprächen in der Wohnung als Verstoß gegen die Menschenwürde qualifiziert und strikt untersagt: "Selbst überwiegende Interessen der Allgemeinheit können einen Eingriff in den geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen; deshalb scheidet eine Abwägung nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus."

Heute, zehn Jahre später, steht der Gesetzgeber kurz davor, diesen Eingriff in die Menschenwürde als ultima ratio der Inneren Sicherheit zu legalisieren. Der FDP-Sicherheitsexperte Jörg van Essen hat die Notwendigkeit

für diesen scharfen Einschnitt dankenswert offen begründet: "Die organisierte Kriminalität wird in besonderem Maße von ethnisch abgegrenzten Gruppen begangen, von der sizilianischen Mafia, der neapolitanischen Camorra, von chinesischen Triaden, von russischen Tschetschenen um nur diese Beispiele zu nennen. In die Spitzen dieser Gruppen lassen sich verdeckte Ermittler, also deutsche Kriminalbeamte, praktisch nicht einschleusen." Und der Vorsitzende der Gewerkschaft der deutschen Polizei, Lutz, formuliert ähnlich prägnant: "... die organisierten Banden sind fest in der Hand von ethnischen Gruppen, in deren Führungsspitze aus Italienern oder Jugoslawen niemals ein Deutscher eindringen wird."

Zusätzlich zum rassistischen Grundton ist bemerkenswert, daß hier ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte gefordert wird, weil sich ein kaum weniger schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte als nicht effizient genug erwiesen hat: Ist die Effizienz aber ersteinmal als alleiniger Maßstab für die Beurteilung eines polizeilichen Vorgehens anerkannt - und diese Schwelle wird gerade überschritten - sind die Grund- und Menschenrechte an sich nicht mehr zu halten: Auch Anwaltsgeheimnis, Zeugnisverweigerungsrecht, das Verbot der Folter sind letzten Endes den polizeilichen Ermittlungen im Wege.

Während im Kampf gegen die "Organisierte Kriminalität" das allgemeine Strafrecht mit Verweis auf die besonders rücksichtslose und gefährliche Kriminalität von Ausländern verschärft werden soll ist bei der "normalen" Kriminalität ein anderer Zugang zu beobachten: Ausländerinnen und Ausländer werden zusätzlichen polizeilichen Kontrollen und juristischen Sanktionsmechanismen unterworfen.

Ganz offensichtlich ist das z.B. in Bremen geschehen, wo die Polizei sogenannte "no go areas" eingerichtet hat, die von Schwarzen nicht betreten werden sollten. Mit dem polizeirechtlichen Instrumentarium, welches ED-Behandlung, Durchsuchungen, Festnahmen bei Gefahr im Verzuge und einem Anfangsverdacht erlaubt, wird eine tagtägliche rassistische Routine etabliert. Die Folge von Gesetzesverstößen, die dabei entdeckt werden, ist aber nicht etwa deren reguläre Bestrafung, sondern es wird immer häufiger das spezielle Ausländerrecht angewandt und die Ausweisung verfügt: "Es ist deshalb dringend geboten, daß gegen ausländische Straftäter unter voller Anwendung und Ausschöpfung des Ausländerrechts vorgegangen wird. Wer das Aufenthaltsrecht für kriminelle Machenschaften mißbraucht, hat es verwirkt. Insbesondere ausländische Drogendealer müssen konsequent abgeschoben werden", fordert z.B. der Leitantrag des Bundesvorstands der CDU auf deren letztem Parteitag. Und auch die Worte des NRW Innenministers Herbert Schnoor (SPD) klingen noch nach, der wenige Tage nach dem mörderischen Brandanschlag in Solingen forderte, die angeblichen türkischen Rädelsführer z.B. der Autobahnblockaden umgehend abzuschieben. Die Ausweisung kann dabei ggf. auch ohne, daß ein rechtskräftiges Urteil in einem Strafverfahren gesprochen worden wäre, erfolgen.

Aber Immigrantinnen und Immigranten und vor allem Flüchtlinge geraten nicht erst ins Visier der Polizei, nachdem sie tatsächlich oder angeblich Straftaten begangen haben - gegen sie besteht ein prinzipieller, weitgehender und folgenreicher Anfangsverdacht.

Z.B. Flüchtlinge: Ihr Grenzübertritt muß aufgrund der de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl illegal erfolgen, wollen sie nicht gleich in den "sicheren Drittstaat" aus dem sie kommen, abgeschoben werden. Werden sie vom Bundesgrenzschutz festgenommen, werden sie, unabhängig davon, ob sie Asyl beantragen oder nicht, zu einer erkennungsdienstlichen Behandlung gezwungen. Werden sie, was allerdings nur in Ausnahmefällen geschieht, in eine Erstaufnahmestelle gebracht, kommt in der Regel noch eine umfassende medizinische Untersuchung und ein AIDS-Zwangstest dazu. Die Daten werden gespeichert: Diese Daten der zwangsweise genommenen Fingerabdrücke im "Automatischen Fingerabdruckidentifizierungssystem" (AFIS), das im Dezember 1992 beim BKA angelegt worden ist. AFIS soll in Zukunft auch um andere Daten, z.B. aus der Datei "Asylon", in der die Akten aus Asylverfahren automatisiert erfaßt werden, erweitert werden. Ausdrückliches Ziel ist, damit einen Grundbestand für die kriminalistische Arbeit z.B. für die Bekämpfung der Drogenkriminalität zu haben. Folgerichtig wird derzeit daran gearbeitet, AFIS auch auf europäischer Ebene zu führen, um zu verhindern, daß Flüchtlinge in mehreren Ländern Asyl beantragen können.

Nicht nur Flüchtlinge, auch Immigrantinnen und Immigranten unterliegen dauerhafter und in einem für Deutsche schwer vorstellbaren Ausmaß staatssicherheitlicher Kontrolle. Im Ausländerzentralregister in Köln waren 1987 etwa 10 Millionen Datensätze gespeichert, die Auskunft über Verurteilungen geben, aber auch ausländerrechtliche Verwaltungsbescheide enthalten. Die Revolutionären Zellen, die 1986 im Rahmen ihrer Kampagne für "Freies Fluten" einen Anschlag auf das Zentralregister machten, haben recherchiert, daß hier

bis zu 60 Einzelangaben pro gespeicherter Person erfaßt werden. Dazu können Eheschließung, Wohnungsgröße, das Maß der erreichten Integration, Art und Weise des Lebensunterhaltes, politische Betätigung oder HIV-Infektion gehören - eben all die Daten, deren Erhebung das Ausländergesetz für notwendig hält.

Selektiver was die Anzahl der gespeicherten Personen, nicht was die Zerstörung der Intimsphäre angeht, geht das Bundesamt für Verfassungsschutz vor, das ebenfalls eigene Dateien zur Erfassung von Ausländern hat: Die Datensammlung erfolgt extensiv - während von 60 Millionen Deutschen laut Verfassungsschutzbericht von 1991 77.000 Personen gespeichert wurden, waren zu diesem Zeitpunkt von 4,6 Millionen Ausländerinnen und Ausländern 97.250 erfaßt. Auch in den aktuellen Dateirichtlinien des Bundeskriminalamtes gibt es einen Sondervermerk, der vorschreibt, daß Ausländerinnen und Ausländer als besonders gefährliche Personen zu speichern sind, bei denen das "nach grenzpolizeilichen, ausländerrechtlichen, paßrechtlichen und sonstigen Rechtsvorschriften" erforderlich erscheint. Während in der INPOL-Fahndung die Daten von strafrechtlich auffällig gewordenen Menschen nach einem Jahr gelöscht werden, beträgt die Löschfrist für Daten über Ausweisungen und Abschiebungen zehn Jahre.

Diese hochbrisanten Datensätze sollen in zunehmendem Maße auch ausgetauscht werden können: innerhalb der BRD zwischen Polizei, Verfassungsschutz, Ausländer- und verschiedenen Sozialbehörden - international über das nach Inkrafttreten des Schengener Abkommens in Betrieb gehende "Schengener Informationssystem". Ziel des Schengener Informationssystems ist es, Menschen, die zur Festnahme oder zur Abschiebung ausgeschrieben sind oder die "polizeilicher Beobachtung" (früher: "beobachtende Fahndung") unterliegen, europaweit festnehmen oder überwachen zu können. Auf das Schengener Informationssystem werden auch Geheimdienste Zugriff haben - sie können sowohl Personen ausschreiben, als auch sämtliche Daten ausgeschriebener Personen abfragen.

Die umfangreiche Verdatung von AusländerInnen speziell aus sogenannten Dritt-Staaten ist in Zusammenhang zu sehen mit den Versuchen, die Polizeiarbeit möglichst weit nach vorne zu verlagern, also in einen Zeitraum bevor Straftaten tatsächlich begangen werden. In der Zeitschrift "Kriminalistik" resümiert der Leitende Kriminaldirektor Winfred Tabarelli die Vorzüge der von ihm so bezeichneten "aktiven Informationsbeschaffung": "Die Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung ist eines der wichtigsten Fahndungsinstrumente im Vorfeld der konkreten Verdachtsgewinnung ... Dieses Persönlichkeitsbild der Zielperson kann aber nur dann vollständig sein, wenn ich weiß, in welchem regionalen und personalen Umfeld sich meine auszuforschende Person bewegt." Ähnlich beschreibt auch der Leiter des bayerischen Landeskriminalamtes, Lenhard, das Ziel der ausufernden Datensammlung, in deren Mittelpunkt die Nicht-Staatsbürgerinnen gerückt worden sind: "die ereignisunabhängige Fahndung im Raum durch ständig wechselnde Kontrollstellen." Das klingt harmloser als es ist: Eine Fahndung im Vorfeld der konkreten Verdachtsgewinnung - ist nichts anderes als polizeiliche Repression, die auf willkürlich bestimmten, keineswegs zu kontrollierenden Gründen beruht. Die ereignisunabhängige Fahndung ist eine Fahndung, die auch ohne daß Straftaten begangen worden sind, eingeleitet werden kann - auch das: Legalisierte polizeiliche Willkür, von der, wie die anfangs beschriebenen Übergriffe gegen Flüchtlinge, Immigrantinnen und Immigranten, belegen, nur Schlimmes erwartet werden kann. Berechenbar ist diese tatunabhängige Polizeiintervention nur insofern, als daß das ihr zugrundliegende Feindbild, die staatliche Bedrohungsanalyse bekannt ist: Ausländer haben darin einen Platz in der ersten Reihe.

Die Außengrenzen werden befestigt, im Inneren, das ist der Befund dieser kurzen Reise durch die Polizeistrukturen und ihre Datensammlungen, werden Selektionsautomatismen entwickelt, die die Gesellschaft in eine Vielzahl von Risikogruppen unterteilen. Die in den Augen der deutschen Sicherheitsexperten gefährlichste, gleichzeitig aber auch am wenigsten geschützte Gruppe, wird derzeit mit immer präziseren Methoden eingekreist. Wenn das drohende Verbot der PKK und mit ihr sympathisierender Organisationen Realität werden sollte, wird sich zeigen, wie effizient der Apparat seine Erkenntnisse umsetzen kann. Der Drang zur Perfektion in der Abschottung der Außengrenzen und die rücksichtslose, im Inland kaum zur Kenntnis genommene Außer-Kraftsetzung traditioneller rechtsstaatlicher Normen lassen auf staatliche Einsicht zum Besseren kaum hoffen.

26. Chronologie rassistischer Anschläge (5.11.4.12.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Normalität

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:22

In Storkow (Brandenburg) haben Unbekannte den russischen Ehrenfriedhof geschändet. 23 Gedenksteine wurden umgestoßen, ein Obelisk mit NS-Symbolen beschmiert. (General-Anzeiger, GA, 8.11.)

6.11.

In Erfurt überfielen acht Jugendliche ein Obdachlosenheim. Nachdem sie die Tür eingetreten und ein Fenster zerstört hatten, schlugen sie auf einen 53 Jahre alten Bewohner ein, so daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte. Die Täter, von denen mindestens drei Glatzen hatten, flüchteten mit zwei Autos. - Zuvor hatten mehrere hundert Menschen gegen "Fremdenhaß, Rassismus und Neofaschismus" demonstriert. (GA, FR und FAZ, 8.11.)

In Hochheim wurden in einem Festzelt 14 Skinheads festgenommen, nachdem sie "Heil Hitler" gebrüllt und den rechten Arm zum "Hitlergruß" erhoben hatten. Die Faschisten waren nach Protesten einiger Besucher zunächst in der Menge untergetaucht und konnten erst Stunden später in einer Gaststätte gefaßt werden. Auf dem Weg dorthin hatten sie ausländerfeindliche Parolen gebrüllt und einen Schuß aus einer Schreckschußpistole abgefeuert. (FR, 8.11.)

7.11.

In Küssaberg-Rheinheim im Kreis Waldshut-Tiengen wurde ein Brandanschlag auf eine Familie kurdischer Flüchtlinge verübt. Ihr Wohncontainer brannte völlig aus, die Familie blieb unverletzt. Die 14 anwesenden Asylsuchenden konnten sich rechtzeitig retten; ein Feuerwehrmann erlitt eine Rauchvergiftung. Der Schaden beträgt 200.000 Mark. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes. (GA und Berliner Zeitung, BZ, 8.11.)

In Freital (Kreis Pirna) legten Unbekannte in einem Mehrfamilienhaus vor der Wohnung eines Türken Feuer, indem sie einen Schuhschrank im Hausflur anzündeten. Niemand wurde verletzt; es entstand ein Sachschaden von etwa 20.000 Mark. Die Polizei hat zu Tätern und Motiven "keine Hinweise". (FR, 9.11.)

In Wittstock wurde die von der Bürgerinitiative "FREIeHEIDe" aufgestellte Mahnsäule gegen die militärische Weiternutzung des Bombodroms abgesägt und entwendet. (BZ, 10.11.)

8.11.

In Münster äußerte sich der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, in rechtsextremer Art und Weise zu den Ursachen der fremdenfeindlichen Gewalt. Nach Lutz befinde sich die Polizei in einem Dilemma: Benenne sie die Probleme nicht, die sie mit der Ausländerkriminalität habe, werde ihr Vertuschung vorgeworfen. Weise sie darauf hin, werde ihr der Vorwurf der Ausländerhetze gemacht. Lutz: "Hätten wir nicht die Kriminaltouristen, die durch Europa reisen, und Leute, die mit dem Wort Asyl nach Deutschland kommen, hätten wir eine stagnierende Kriminalität". (SZ, 9.11.)

10.11.

In Berlin wurde auf den ehemaligen Führer der nazistischen Gruppierung "Nationale Alternative" (NA), Ingo Hasselbach, ein Attentat versucht. Der Mutter des NA-Aussteigers war eine Paketbombe zugestellt worden. Sprengstoffexperten konnten sie entschärfen. Die Polizei vermutet einen Racheakt von Rechtsextremisten. (taz, 12.11.)

11.11.

In Jüterbog riefen sechs Jugendliche in und vor dem Rathaus "Sieg Heil" und andere Naziparolen. Zwei wurden festgenommen, gegen weitere wird ermittelt. (BZ, 13.11.)

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im September 296 fremdenfeindlich motivierte Straftaten vom Bundeskriminalamt registriert. Dabei handelte es sich um 52 direkte Angriffe gegen Ausländer, sechs

Brandanschläge und 238 "sonstige Straftaten". Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL mit.

In Frankfurt/Oder wird drei Polizisten, die bei dem tödlichen Überfall auf den Angolaner Amadeu Antonio 1990 nicht entschlossen genug eingriffen haben sollen, vorerst nicht der Prozeß gemacht. Wie das Bezirksgericht Frankfurt/Oder zur Begründung mitteilte, bestehen "Zweifel am Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts". Den Beamten wird fahrlässige Körperverletzung mit Todesfolge im Amt vorgeworfen. Nachdem die Polizei im November 1990 von dem geplanten Überfall auf die Gaststätte erfahren hatte, warnte sie den Wirt und postierte drei Mann in Sichtweite. Die aber griffen nicht ein, als es tatsächlich zu dem Überfall kam. (Neues Deutschland und taz, 12.11.)

12.11.

In Ilsenburg, Drübeck und Wernigerode im Harz verhinderte die Polizei Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und AntifaschistInnen. (Welt, 15.11.)

In Kobern-Gondorf bei Koblenz kann CDU-Bürgermeister Franz Dötsch die Entscheidung der Bundeswehr, nicht mit einem Traditionsverband der Waffen-SS gemeinsam die Gefallenenehrung am Volkstrauertag auf dem Kriegerehrenfriedhof begehen zu wollen, nicht verstehen. Seit 1957, so Dötsch, sei die Bundeswehr dabei gewesen. Ebensolang habe auch die Beziehung zum "Traditionsverband" bestanden. Für Dötsch zählt nur, daß die Waffen-SS-Gebirgsdivision während der Rückzugskämpfe bei Koblenz einen Brückenkopf hielt. 186 Tote hätte die Division zu beklagen gehabt. Für Dötsch ergibt sich daraus ein besonderes Verhältnis der Bevölkerung zur Waffen-SS. (FR, 13.11.)

14.11.

In Hamburg wurde bei einem Streit zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen ein 15jähriger Türke durch einen Pistolenschuß lebensgefährlich verletzt. (taz, 16.11.)

In mehreren Bundesländern nahm die Polizei über 200 Faschisten fest, die auf dem Weg zu "Heldengedenkfeiern" waren. Dabei wurden Reichskriegsflaggen und Propagandamaterial sowie Waffen - u.a. Gaspistolen, Messer, Eisenstangen und asiatische Würgehölzer - beschlagnahmt. An zahlreichen Autobahnabfahrten und auf Bundesstraßen kontrollierten Polizeibeamte die anreisenden Faschisten, die zum Teil in Konvois fuhren. Allein an Straßenkontrollen im Ruhrgebiet sowie in Westfalen nahm die Polizei 86 Personen vorübergehend fest. Alle Fahrzeuge seien mit CB-Funk oder Mobiltelefon ausgestattet gewesen. In Sachsen-Anhalt wurden an der Autobahnabfahrt in Richtung Genthin etwa 34 Personen festgesetzt. In Berlin-Schöneweide nahm die Polizei ebenfalls Faschisten fest. Zahlreiche Mitglieder der "Wiking-Jugend" und der FAP waren von Hamburg aus in Richtung Brandenburg aufgebrochen, trafen am Nachmittag aber in Hameln in Niedersachsen ein. Gegen sieben Personen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verstoß gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz sowie wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole.

Nach Angaben des brandenburgischen Innenministeriums hätten insgesamt 300 bis 500 Mitglieder des "harten Kerns" versucht, den Soldatenfriedhof in Halbe zu erreichen. Die Anreise sei generalstabsmäßig organisiert worden. Man habe nicht verhindern können, daß Nazis auf kleineren Friedhöfen Kränze niederlegten. (FR, 15.11. und SZ, 16.11.)

15.11.

Im Land Brandenburg klärte die Landespolizei seit Januar 1992 mit Hilfe von Sonderkommissionen 1123 von 1914 Fällen faschistisch motivierter Gewalt auf. Ermittelt wurden 2584 Täter, aber nur in 95 Fällen erging Haftbefehl. (Welt, 16.11.)

In Weilheim wurde der österreichischen Autorin Gertrud Fussenegger, die unter dem Naziregime treue Mitarbeiterin der einschlägigen Parteiorgane, von 1933 bis 1945 NSDAP-Mitglied war, der Literaturpreis der Stadt verliehen. Schon zuvor bekam sie trotz des Protestes des Zentralrats der Juden in Deutschland den mit 25.000 Mark dotierten Jean-Paul-Literaturpreis des Freistaates Bayern verliehen. (SZ, 16.11.)

16.11.

In Görzke bei Belzig wurden vier Jugendliche festgenommen, als sie mit "Sieg Heil"- und "Ausländer raus"-Rufen durch den Ort zogen. (BZ, 18.11.)

17.11.

In Hövelhof in Nordrhein-Westfalen konnte die Polizei nur mit Mühe gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen 100 Anhängern des rechtsextremen "Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes" und 70 GegendemonstrantInnen verhindern. Die Polizei ging gegen die AntifaschistInnen vor und verhaftete zehn von ihnen. (FR, 19.11.)

In Berlin-Kreuzberg warf ein Mann Steine gegen die Synagoge der Jüdischen Gemeinde. Da das Haus mit Kameras überwacht wird, wurde der Täter fotographiert. Er hatte schon wiederholt Steine gegen die Synagoge geworfen. (BZ, 20.11.)

In Berlin-Prenzlauer Berg veranstalteten ca. 60 Faschisten in einer Kneipe eine Geburtstagsfeier, riefen dabei "Sieg Heil" und "Heil Hitler" und provozierten Rangeleien mit AntifaschistInnen. Die Kripo ermittelt gegen die Faschisten. (BZ, 19.11.)

In Thüringen ist laut Angaben des Innenministeriums die Zahl der Rechtsextremisten - 150 - in "neonationalsozialistischen Personenzusammenschlüssen" seit dem vergangenen Jahr gleichgeblieben. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten sei auf 47 gesunken. (1992: 80 Gewalttaten). (FAZ, 18.11.)

18.11.

In Friedersdorf verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine von Asylsuchenden bewohnte Unterkunft. Die Unterkunft brannte aus, niemand wurde verletzt. (taz, 20.11.)

In Münster griff ein angetrunkener 20jähriger Mann einen 17jährigen Libanesen an: Er schlug ihn zu Boden und schleuderte ihn dann in eine Schaufensterscheibe. Der 17jährige wurde mit Schnittwunden an Kopf und Hals ins Krankenhaus eingeliefert. Als die Polizei am Tatort eintraf, gröhlte der Täter ausländerfeindliche Parolen. (FR, 19.11.)

21.11.

In Falkensee mußte die Polizei mehrere Nazi-Schmierereien entfernen, die in der Nacht auf Wahlkampfplakate, Werbetafeln und Telefonverteilerkästen geschmiert worden waren. Mit schwarzer Farbe hatten die Täter Hakenkreuze, NPD-Zeichen, einen Judenstern und die Parole "Schlesien bleibt unser" angebracht. Es wurde Anzeige gegen Unbekannt erstattet. (BZ, 23.11.)

22.11.

In Nordrhein-Westfalen sind in den ersten zehn Monaten dieses Jahres deutlich mehr Menschen bei ausländerfeindlichen Straftaten verletzt und getötet worden als im gesamten Jahr 1992. Nach Mitteilungen des Innenministeriums registrierte die Polizei bis Ende Oktober insgesamt 2.106 fremdenfeindliche Straftaten, 332 mehr als im gesamten Vorjahr. Dabei wurden sechs Menschen getötet und 293 verletzt. (BZ, 23.11.)

In Berlin erklärte der Präsident des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, daß es im Bereich des Rechtsextremismus "Grundzüge einer Vernetzung" gebe. Dies lasse den Gedanken einer terroristischen Vereinigung aufkommen, sagte Zachert im Nachrichtensender n-tv. Es gebe Anzeichen, daß Rechtsradikale über eine moderne Kommunikationstechnik verfügen, "ein mobiles Telefonnetz haben, mit Paßwörtern arbeiten". Polizei und Justiz sollten angesichts dieser Entwicklung an den Paragraphen 129 StGB denken. (SZ, 23.11.)

23.11.

In Nürnberg beantragte der REP-Stadtrat Franz Fischer im Rahmen der Haushaltsberatungen für 1994, der jüdischen Gemeinde die städtischen Gelder gänzlich zu streichen. Laut Fischer seien "die Herren der Kultusgemeinde" gewiß "nicht so arm". Gegen einen protestierenden Stadtrat der FDP wetterte Fischer: "Mir ist der röteste Sozialist von hinten eindeutig lieber als ein verkommener Liberaler von vorne." Nach dem Marxismus-Leninismus müsse als nächstes der Liberalismus "von diesem Erdball verschwinden". - Der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde fühlte sich an den Judenhasser und fränkischen NS-Gauleiter

Julius Streicher erinnert. Er habe nicht geglaubt, dergleichen noch einmal im Nürnberger Rathaus hören zu müssen. (SZ, 24.11.)

Wie jetzt erst bekannt wurde, sollen zwei deutsche Söldner der kroatischen Armee in Bosnien, HVO, den 33jährigen dänischen Fahrer eines UNO-Hilfskonvois am 25. Oktober erschossen haben. Dies geht aus einem Bericht der dänischen Zeitung "Politiken" hervor. Danach sollen sich zwei angetrunkene Deutsche, ein Udo und ein Klaus, vor Journalisten der Tat gerühmt haben. Udo soll etwa 40 Jahre alt und ein ehemaliger Fremdenlegionär, Klaus "nichts anderes als ein großer Junge mit Skinhead-Haarschnitt" sein. (SZ, 24.11.)

24.11.

In Nürnberg mußten über 100 Menschen wegen eines Schwelbrands in einer Unterkunft für Asylsuchende in Sicherheit gebracht werden. Zwei Bewohner erlitten Rauchvergiftungen. Mülltonnen im Hausflur des Gebäudes waren in Brand gesetzt worden. (taz, 25.11.)

26.11.

In Potsdam wurden in einem Studentenklub drei Studenten bei einem Überfall von 15 Skinheads verletzt. Nach Polizeimitteilungen habe einer Kopfverletzungen erlitten und sei im Krankenhaus. Acht Skinheads seien unmittelbar nach dem Überfall festgenommen worden. (SZ, 27.11.)

In Erlangen wurden vier Skinheads, die in der Innenstadt Ausländer anpöbelten und provozierten, von der Polizei gestoppt. Die Männer im Alter zwischen 16 und 21 Jahren hielten eine an einem Eishockeyschläger befestigte Reichskriegsflagge aus dem Fenster ihres PKWs, mit dem sie vor Unterkünften für Asylsuchende auf- und abfuhren. Anschließend provozierten die Skinheads am Bahnhof mehrere dunkelhäutige Ausländer mit dem "Hitler-Gruß". Die Polizei überprüfte die Personalien der Faschisten und beschlagnahmte die Reichskriegsflagge. (SZ, 27.11.)

27.11.

In Schwedt haben der flüchtige 22jährige Skinhead Kay-Nando Böcker und weitere fünf Faschisten einen Raubüberfall begangen. Böcker, der im Mai wegen des tödlichen Angriffs auf den Angolaner Amadeu Antonio verurteilt wurde, war nach einem Hafturlaub nicht in die Justizvollzugsanstalt Schwarze Pumpe zurückgekehrt. (FR, 1.12.)

In Rostock hat die Polizei im Umfeld einer Demonstration gegen Neofaschismus 70 mutmaßlich rechtsextremistische Jugendliche festgenommen; alle wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. - An der antifaschistischen Demonstration beteiligten sich ca. 200 Menschen. (FAZ, 29.11.)

29.11.

In Dresden sind vier Polizisten aufgrund von Ermittlungen der Sonderkommission Rechtsextremismus wegen "Sieg Heil"- und "Heil Hitler"-Rufen vom Dienst suspendiert worden. Die vier jungen Männer hatten sich bei der Bereitschaftspolizei in Ausbildung befunden. (ADN, 1.12.)

In Frankfurt/Main äußerte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Eckart Werthebach, daß sich in Deutschland "noch mehr junge Menschen als befürchtet dem organisierten Rechtsextremismus" zuwenden würden. Nach Erkenntnissen des BfV handelt es sich dabei um "ein bislang in dieser Größe nicht für möglich gehaltenes junges Gesinnungspotential". Die aus diesen Reihen verübten Gewalttaten bezeichnete er als "erschreckend" - obwohl deren Anstieg gestoppt sei. - In diesem Jahr wurden in Deutschland bis zum 4. November insgesamt 1.584 Gewalttaten mit rechtsextremistischen Hintergrund registriert. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Zahl um rund 22 Prozent. 1992 wurden 17 Menschen getötet, in diesem Jahr mußten bisher acht Todesopfer registriert werden; 599 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. (Welt, 30.11.)

30.11.

In Wittenberge wurde ein Ehrenfriedhof für sowjetische Soldaten geschändet. Unbekannte warfen 24 Grabsteine um. Von den Tätern fehlt jede Spur. (taz, 1.12.)

1.12.

In der BRD tauchten Exemplare der ersten Ausgabe der faschistischen Zeitung "Der Einblick" auf, die sich die "endgültige Zerschlagung von Anarchos, Rot-Front und Antifa sowie die Ausschaltung aller destruktiven, antideutschen und antinationalistischen Kräfte in Deutschland" zum Ziel gesetzt hat. In dem Pamphlet sind die Namen, Anschriften und Telefonnummern von rund 400 Personen (AntifaschistInnen, PolitikerInnen, Professoren, Richter, Anwälte, Lehrer und JournalistInnen) und Institutionen angegeben, die es zu "bestrafen" gelte. (taz, 2.12.)

2.12.

In Bonn teilte die Bundesregierung mit, daß die Zahl der gegen türkische Staatsbürger oder Einrichtungen in Deutschland gerichteten Anschläge und Angriffe in den letzten zwei Jahren sprunghaft gestiegen sei. 1991 verzeichnete das Bundeskriminalamt insgesamt 129 Brandanschläge oder Angriffe auf Personen; 1992 waren es 219. In diesem Jahr wurden bis zum 10. November bereits 317 gegen Türken gerichtete Straftaten registriert, davon 193 mit eindeutig rechtsextremistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund. (SZ, 3.12.)

3.12.

In Strausberg haben Unbekannte den Kranz einer jüdischen Gedenktafel abgerissen und Teile auf den Gehweg zerstreut. Die an einem Haus angebrachte Gedenktafel erinnert an den früheren jüdischen Friedhof auf diesem Gelände. Die Polizei hat "keine Hinweise" auf die Täter. (BZ, 6.12.)

In Rostock hat eine Gruppe vermummter Faschisten mehrmals Passanten angegriffen und eine Person schwer verletzt. (BZ, 6.12.)

In Dortmund kam es bei der geplanten Gründung eines Landesverbandes der "Deutschen Nationalisten" zu Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und AntifaschistInnen. Die Polizei nahm 125 Personen fest. (SZ und taz, 6.12.)

In München deckte der Herausgeber der rechtsextremen "Nationalzeitung", Frey, auf, daß der Ex-Innenminister Alfred Seidl (CSU) "dreieinhalb Jahrzehnte harmonisch und vielfältig" mit Frey zusammengewirkt hat. Seidl habe Frey nicht nur regelmäßig rechtlich und politisch beraten, sondern der Minister habe auch selbst in der "Nationalzeitung" publiziert. - Die Münchner CSU-Spitze reagierte empört: Man habe vom rechten Treiben des Ministers nichts gewußt, sonst wäre das "sicherlich nicht ohne Konsequenzen" geblieben. Indes: Seidl war nicht nur der Rechtsbeistand des Hitler-Stellvertreters Heß bei den Nürnberger Prozessen, der Fall Heß war sein Lebensinhalt. Seidl veröffentlichte Bücher über Heß, kämpfte für dessen Freilassung, stellte seinen Selbstmord in Frage und wurde deswegen in nazistischen Kreisen hofiert. (taz, 4.12.)

4.12.

In Neuruppin (Brandenburg) haben Unbekannte die Außenwand einer ehemaligen russischen Kaserne mit drei metergroßen Hakenkreuzen beschmiert. Weitere NS-Schmierereien erstrecken sich auf eine Länge von 200 Metern. Die Polizei hat "keine Hinweise" auf mögliche Täter. (BZ, 6.12.)

In Rostock zogen 100 Faschisten randalierend durch die Innenstadt. Die Polizei nahm 21 von ihnen fest, um einen Überfall auf ein Jugendzentrum abzuwenden. Nach den Festnahmen kam es zu einer Schlägerei, bei der ein siebzehnjähriger Passant verletzt und beraubt wurde. Zuvor hatten die Faschisten in der Innenstadt das Mobiliar einer Gaststätte zertrümmert. (SZ, 6.12.)

Bürokollektiv Ulla Jelpke, Bonn

27. "... abweichendes Denken soll es nicht geben ..." Birgit Hogefeld antwortet Brigitte Mohnhaupt

Birgit Hogefeld antwortete Brigitte Mohnhaupt

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:10

Hallo Brigitte.

Und jetzt? Alle sagen, sie wollen keine Schlammschlacht, Tatsache ist aber, wir sind mittendrin.

Wir müssen das in dieser Form aufhören, alle und sofort.

Brigitte, ich habe in der letzten Woche lange über deine bzw. eure Kritik an diesem "Alleingang" der Celler Gefangenen und mir nachgedacht, und ich finde, es war nicht richtig, daß wir das so gemacht haben.

Auch wenn diese Initiative überhaupt nichts mit dem zu tun hatte, was ihr uns unterstellt, sondern Ausdruck eines sehr verschiedenen Politikverständnisses ist, geht das so nicht.

Das, was inhaltlich dazu zu sagen ist, hat Karl-Heinz (Dellwo) schon geschrieben. Zu mir war Christian Ströbele deshalb gekommen, weil er wissen wollte, was ich von einer solchen Initiative halte und ob sie den Diskussionen innerhalb der RAF zum Zeitpunkt meiner Verhaftung entspricht, und außerdem wollte er meine Interpretation des Briefs der RAF vom Juli '93 in bezug auf die Frage einer möglichen Eskalation hören. Ich habe ihm gesagt, daß ich diese Initiative richtig finde und mir sicher bin, hätten wir davon gewußt, wir hätten sie befürwortet.

Es ist ja so, daß die Texte der RAF aus dem letzten Jahr in allerhöchstem Maß "untaktisch" sind - für Freund und Feind liegt ein Großteil der Gedanken, Überlegungen und Fragen offen auf dem Tisch. Wir hatten uns für diese Transparenz entschieden, weil wir angesichts des hohen Grades an Unorganisiertheit der radikalen Linken, fehlender gemeinsamer Diskussionsgrundlagen und ihrer (uns eingeschlossen) weitgehenden gesellschaftlichen Isolierung keine Alternative dazu gesehen haben. Trotz aller Problematik, die damit verbunden ist, wenn eine Gruppe wie die RAF sich so weitgehend berechenbar macht, haben wir in dem Schritt zu einer von uns aus offenen Diskussion die Chance gesehen für eine gemeinsame Diskussion mit allen fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften bei der Suche nach Wegen, wie hier grundlegende Veränderungen durchgesetzt werden können.

Vor diesem Hintergrund war auch die erste Frage von Christian Ströbele, ob die Initiative in bezug auf diese Wirtschaftskreise im Widerspruch zum Diskussionsprozeß der RAF steht, keine wirkliche Frage, sondern er kam, um sich darüber zu vergewissern, was ihm aus den Texten sowieso schon klar war. Er hat diese Texte gelesen und verstanden; er wollte, daß sich die Regierung in dieser Auseinandersetzung bewegt, und er sieht in einer weiteren Eskalation keinen Sinn.

Die Initiative, zu Reuter zu gehen, damit aus dieser Ecke Druck auf Kohl ausgeübt wird (was ja die RAF ihnen letztes Jahr in einem ihrer Texte auch schon vorgeschlagen hatte), halte ich für grundsätzlich sinnvoll. Bei unserem Gespräch war es allerdings so, daß wir angesichts der allgemeinen politischen Lage und Entwicklung beide wenig (bis keine) Chancen gesehen haben, daß sich darüber in der aktuellen Situation tatsächlich was bewegen läßt - gerade nach Bad Kleinen, der Erschießung von Wolfgang und dem damit eingeleiteten Wahlkampfthema "innere Sicherheit", mit dem sich die CDU Wählerstimmen von rechtsaußen sichern will.

Zusammengefaßt: das Ergebnis des Gesprächs zwischen Christian Ströbele und mir war, daß wir beide sinnvoll fanden, jede Möglichkeit zu nutzen, die Bewegung in diese festgefressene Situation bringen kann, daß wir aber den gegenwärtigen Zeitpunkt dafür für unglaublich ungeeignet hielten.

Mich hat kürzlich jemand gefragt, wie ich es denn gefunden hätte, wenn so was innerhalb der RAF gelaufen wäre, also einzelne was angeschoben hätten, was nicht Ausdruck bzw. Ergebnis eines gemeinsamen Diskussionsprozesses ist. Das kann ich mir gar nicht vorstellen - aber vielleicht sollten wir genau darüber mal zusammen reden.

Auch bei kontroversen Auseinandersetzungen haben wir immer wieder miteinander geredet, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu finden - das war oft nicht einfach, und es ging nur, weil alle es unbedingt wollten. Und so waren dann auch die Texte im letzten Jahr von allen getragen. Genau das ist aber bei euch als Gefangenen-Gruppe schon sehr lange anders - und das ist nicht nur Resultat der Bedingungen im Knast, sicher, die machen das sehr viel schwieriger, aber das ist auch alles. Mein Eindruck ist, von Mehrheitsmeinungen abweichendes Denken soll es nicht geben, diese Einstellung hat z.B. dazu geführt, daß ihr nie zusammen an diesem über 70 Seiten langen Text von Karl Heinz, in dem er sich mit der Geschichte der RAF auseinandersetzt, diskutiert habt. Die allermeisten von euch haben ihn einfach ignoriert, und solche Beispiele gibt es viele - ich finde, wir sind eine Gruppe, durch deren Kampfgeschichte sich über lange Zeit eine weitgehende Unfähigkeit zu selbstkritischer Reflexion zieht.

Daß bei einem solchen Maß an Nicht-Diskussion aus Unterschieden unüberbrückbare Widersprüche werden, liegt auf der Hand. Ein Moment dabei ist sicher auch, daß einige von euch Unterschiede im Denken nicht auszuhalten scheinen - darauf komme ich z.B., wenn ich mir den Brief von Rolf (Heißler) an mich anschaue. Er schreibt darin an einer Stelle, daß, wenn es mir nicht um den Konsens ginge, dann ginge es mir um nichts, dann wäre jede Diskussion ziellos und unverbindlich - das drückt für mich eine Haltung aus, die Diskussionen erschwert und sehr schnell auch inhaltlich einengt, außerdem ignoriert sie die Realität.

Das, was ich in meinem Brief an Helmut (Pohl) zu "Akzeptanz von Unterschieden" geschrieben hatte, das war ja nicht einfach ausgedacht - ich bin ja nicht im Juni vom Mond gefallen und hier gelandet, sondern mir war seit dem Tag meiner Verhaftung bewußt, daß so was wie ein "Gefangenen-Kollektiv", in dem es einen Platz gibt für jemanden wie mich, mit meiner Geschichte, meinem Denken und meinen Vorstellungen, nicht existiert. Da hatte ich keine Illusionen, allerdings hätte ich auch nicht gedacht, daß es so wird, wie's dann war, nämlich daß ihr überhaupt nicht (bis auf Rolf) mit mir redet und jede Initiative von mir, mit euch ins Gespräch/Diskussion zu kommen, ins Leere laufen laßt.

Das ist für mich der aktuelle Hintergrund, vor dem dieser "Alleingang" gelaufen ist.

Ihr hättet das alles schon sehr viel früher auflösen müssen, einfach auch um handlungsfähig zu sein bzw. zu bleiben, denn ihr zusammen seid das ja schon lange nicht mehr. Ich denke, daß das, was die RAF in ihrem Text jetzt geschrieben hat, stimmt: "Es war eine falsche Hoffnung, daß sich die Widersprüche im Kampfprozeß auflösen lassen" - deswegen ist es gut, daß das jetzt alles auf den Tisch gekommen ist.

Allerdings finde ich diese Sorte Spaltung oder Trennung, die ihr wollt, nicht den richtigen Weg - besser hätte ich gefunden (aber das habe ich ja schon im Brief an Helmut geschrieben), wenn wir geschafft hätten oder schaffen würden, ein Zusammenhang zu werden, in dem unterschiedliche Meinungen Platz haben und so auch an bestimmten Fragen unterschiedliches Vorgehen möglich ist, wobei allerdings allen klar sein muß, wer was trägt und wer nicht - diese Lähmung muß doch für euch alle unerträglich gewesen sein.

Ich sage das aber nicht, weil ich das die beste Form finde, natürlich wäre mir eine Gruppe, die aus einer gemeinsamen Diskussion und deren Ergebnis ihre Initiativen bestimmt, auch lieber, doch um daran zu glauben, bin ich zu sehr Realistin.

Aber egal wie die Form von uns aus dann genau aussehen wird, wir müssen einen Rahmen finden, in dem wir alle, zusammen mit anderen, einen Diskussionsprozeß organisieren, dessen Ziel die Neubegründung einer Politik ist, die die Entwicklungsrichtung auf ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben hier - und in Verbindung mit den Kämpfen in anderen Ländern - weltweit durchsetzen kann.

Ich finde, daß viele von euch für eine produktive Diskussion ihren "Diskussionsstil" ändern sollten - ihr seid oft bloß am Zurückschmettern, ohne eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Wenn Christian (um das nur mal an einem Beispiel deutlich zu machen) die ganze Problemstellung aus dem Text von Lutz "Gedanken gegen die Mauern" und den Texten der RAF aus dem letzten Jahr zu der Frage der gesellschaftlichen Isolierung der radikalen Linken in diesem Land mit dem Satz "Rückkehr in die Gesellschaft" darstellt und entgegenhält: "Man müßte dagegen die bewußte Entscheidung für das Konzept einer Politik der bewußten Minderheit und der Verankerung im Emanzipationsprozeß der Weltmassen erneuern" - dann drückt sich darin für mich die Weigerung aus, sich mit dieser Frage auch nur beschäftigen zu wollen. Denn was heißt denn "bewußte Minderheit" - gerade aus unserer Geschichte? Sicher, du kannst einen Satz wie: "radikale

Politik ist hier eine Minderheitsposition" sagen, das ist eine dieser Aussagen, mit der du immer recht hast, aber das war's dann auch - als Antwort ist sie nur Rhetorik. Dieser Satz beantwortet - für mich zumindest - überhaupt nichts, er tut nur so und verhindert dadurch, daß wichtige Fragen überhaupt aufgeworfen werden. Die RAF und ihr politischer Zusammenhang waren ja in manchen Zeiten schon "Minderheit", wie man mehr gar nicht Minderheit sein kann - nur, ist oder war das richtig so oder sind dem Fehler von unserer Seite aus vorangegangen? Welche Lehren ziehen wir aus unseren eigenen Erfahrungen und denen von anderen, die mit der Vorstellung "Fokus/kleiner Motor"... gekämpft haben? Was machen wir mit der Erfahrung unserer GenossInnen von action directe, die das fast vollständig ohne Verankerung in der sowieso schwachen Linken in ihrem Land versucht haben? Und wie sind diese Erfahrungen ins Verhältnis zu setzen damit, daß "der bewaffnete Kampf auch in der jetzigen historischen Situation eine Option für revolutionäre Kräfte" ist. Diese Satz stimmt ja, er wird so lange seine Gültigkeit haben, solange der Imperialismus existiert und die Menschen nicht leben läßt. Nur, was gibt uns die Kenntnis dieser Option für die Beantwortung aktueller Fragen über den Weg, wie hier eine Kraft für die Umwälzung der Verhältnisse aufgebaut werden kann, in die Hand? Mir sehr wenig. Für mich stellt sich vielmehr die Frage - und da ist wieder der Zusammenhang zu vorher und der Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung emanzipatorischer und auf Befreiung ausgerichteter Kämpfe - , welche Voraussetzungen hier und heute für die Umsetzung dieser Option existieren bzw. aufgebaut werden müssen.

Das und vieles mehr müßten wir endlich zum Gegenstand unserer Diskussion machen - diese Ein-Satz-Antworten finde ich dabei völlig untauglich, dafür ist das doch allen viel zu wichtig.

Ich denke, wir müssen gleichzeitig aber auch rausfinden, auf welche Basis wir unser Verhältnis neu aufbauen wollen, denn mit diesem grenzenlosen Mißtrauen, das daran deutlich wird, daß ihr dachtet, euer Leben sollte hinter eurem Rücken von uns verdealt werden und ihr für ewig (auch von uns) eingemauert, geht doch überhaupt nichts.

Und die BAW usw. wissen das alles und versuchen es gegen uns zu benutzen, um uns gegeneinander auszuspielen; schon bei meiner Verhaftung hatte mir dieser Bundesanwalt, der mich verhören wollte, eine lange Rede gehalten über den "Zustand" der Gefangenengruppe und daß es sie eigentlich nicht mehr gibt.

Seitdem versuchen sie, uns (die RAF, Wolfgang und mich) euch und anderen gegenüber als verantwortungslose Idioten darzustellen - sie lancieren solche Sachen wie, daß 30, 50, 200 Hinweise auf Leute aus dem "Umfeld" bei uns gefunden worden wären. Ich war lange davon ausgegangen, daß alle wissen müßten, daß das nicht sein kann (es sei denn, ein solcher Hinweis ist, wenn meine Mutter in einem Brief 10 Namen von Menschen nennt, die ihr zum Geburtstag gratuliert haben; wer aus unserer Verwandtschaft bei der Beerdigung von Tante soundso war oder wen sie im Prozeß gegen Gefangene getroffen hat - aber das ist wirklich lächerlich). Daß Wolfgang und ich in Bad Kleinen so gut wie nichts dabei hatten, sehe ich nicht als unser "Verdienst" an, denn ich kann mir tausend andere Verhaftungssituationen vorstellen, wo das anders gewesen wäre - und es gab ja aus unserem Zusammenhang früher sehr oft Verhaftungen, wo es anders war, wo z.B. Teile der Logistik aufgeflogen sind. Aber diese gezielt eingesetzten Lügen treffen seit Monaten auf fruchtbaren Boden - weil einigen darüber die Abrechnung mit der Politik der RAF, die sie falsch finden, möglich scheint, ohne daß sie das inhaltlich begründen müssen.

Mich versucht die BAW in eine Situation zu bringen, wo ich anfangen soll, all diesen Mist zu dementieren - und was übrig bleibt, was ich nicht dementiere, das stimmt dann also. Wieso kapiert das niemand, daß z.B. dieser letzte Brief von BAW/Steinmetz, in dem Namen von Leuten genannt werden, die die BAW angeblich als SchreiberInnen von Briefen an uns ausgemacht hat, nichts anderes ist als Aussageerpressung - sie wollen mich mit eurem Mißtrauen dahin bringen, zu all diesen Sachen Stellung zu nehmen, also "Aussagen" zu machen.

Dieselbe Sorte Abrechnung läuft auch über die Tatsache, daß wir Fehler gemacht haben und Kontakt zu diesem Spitzel hatten - viele, die es besser wissen, tun so, als wäre es das erste Mal in der Geschichte der RAF, daß es dem VS gelungen ist, einen Spitzel direkt an uns ranzuschieben - heute soll es als Beweis dafür herhalten, daß der politisch eingeschlagene Weg falsch ist - aber du/ihr seid auf dieselbe Frage bei früheren Spitzel-Geschichten nicht gekommen.

Natürlich ist es hart, wenn über solch einen Fehler dein Freund erschossen wird und du selbst verhaftet wirst - ich überlege sehr viel daran, denke darüber nach - als ich jetzt in dem Text meiner Genossinnen und Genossen gelesen habe, daß sie vorhaben, dazu irgendwann was zu sagen, war ich sehr erleichtert, denn ich hatte das angefangen, bin aber immer wieder auf die Grenze gestoßen, daß ich das in dieser Situation und allein nicht kann - daß man dafür alle Fakten und Hintergründe zusammentragen muß und v.a. zusammen darüber reden können muß.

Der Versuch, uns gegeneinander auszuspielen, läuft auch aktuell weiter - diesmal umgekehrt.

Hier war letzte Woche in der Nacht auf Freitag auch diese "Selbstmordgefahr"-Konstruktion gegen mich angesagt. Die ganze Nacht über Dauerbeleuchtung, und alle 15 Min. kamen sie in die Zelle rein und haben mich angesprochen, angeblich konnten sie durch den Türspion nicht sehen, ob ich tatsächlich noch lebe. Am nächsten Tag kam dann der Sicherheitsinspektor, er ist einer, der in allem, was mich betrifft, bisher sehr viel persönlichen Ehrgeiz und Motivation gezeigt hat - und diesmal kam er angeschleimt: "Doch, es wäre ihre Fürsorgepflicht mir gegenüber gewesen ... nein, das, was in den Zeitungen steht, seien nicht die wahren Gründe, hoffentlich würde ich die noch erfahren ... Mißverständnisse und eigentlich bei mir entschuldigen ..."

Ich habe in dem Moment noch nicht alles einordnen können, aber eins war mir sofort klar, das zielt gegen euch, und sie denken, daß sie so den Keil weitertreiben können zwischen uns.

Diese Rechnung darf nicht aufgehen.

Wir sind es uns, unserem Lebenssinn und allem, wofür wir seit Jahren kämpfen und bereit sind, unser Leben zu geben, schuldig, daß wir jetzt mit aller Anstrengung nach einem Weg suchen, dieses grenzenlose Mißtrauen zu überwinden und neu eine Basis dafür herzustellen, von der aus wir alle Teil in dem notwendigen Diskussions- und Findungsprozeß sein können.

Gruß

(16.11.93)

28. Herzliche Grüße für Irmgard Möller aus Hanoi/ Viet Nam

Kampagne für einen internationalen Aktionstag, Aufruf des deutschen Initiativkreises Libertad!

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:02

"Wir, die internationalen Organisationen, die sich in München getroffen haben, um am Kongreß ‚500 Jahre Kolonialismus und Widerstand` teilzunehmen, haben beschlossen, daß es notwendig ist, mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen, sozialen usw. Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den ‚Internationalen Tag der politischen Gefangenen` festzulegen und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird, und daß wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können." München, 6.7.92

(Moviemento Liberation Nacional/Puerto Rico, National Democratic Front/Philippinen, FMLN/El Salvador, MLN-Tupamaros/Uruguay)

Die Idee, die Solidarität mit den Gefangenen weltweit an einem Tag zu manifestieren, ist nicht neu. Schon lange lebt sie in den Herzen und Hoffnungen von vielen - der Gefangenen selber, bei den Menschen aus Solidaritätsgruppen und immer wieder in Gesprächen der verschiedensten Bewegungen aller Kontinente. Die Hoffnung, in internationaler Verbundenheit und gemeinsamen Kämpfen die Freiheit der Gefangenen zu erstreiten, wurde nie aufgegeben.

Unsere Initiative für eine internationale Kampagne entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München. Dort faßten die Vertreterinnen und Vertreter der genannten Organisationen unsere gemeinsame Diskussion zusammen. Mit Genossinnen und Genossen aus Befreiungsbewegungen und Basisgruppen verschiedenster Länder nahmen wir uns vor, diesen Versuch zu wagen. Damit fangen wir jetzt an und geben die Gründung von Libertad!, dem deutschen Initiativkreis bekannt.

Die Menschenrechte werden nur revolutionär erkämpft. Keine Regierung, kein Staat, keine internationale Institution schenken sie uns. Wer da noch Illusionen hatte, wer vielleicht glaubte, nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Staatssozialismus würden die imperialistischen Eliten zur Einsicht kommen, wird täglich eines Besseren belehrt. Im Namen der Menschenrechte werden Kriege zur Durchsetzung der alten "neuen Weltordnung" geführt. Hunger, Elend und Vertreibung sind der Alltag von immer mehr Menschen. Die Wahrzeichen des nunmehr weltweit herrschenden Kapitalismus sind Rassismus und sexuelle Unterdrückung, Entmündigung und Ausbeutung. Die UNO schwingt sich auf zur zentralen Institution imperialistischer Politik und begeht täglich Verbrechen an den Menschen und Völkern.

Westeuropa, der alte Kontinent der Conquistadoren, erfährt seine historische Wiedergeburt als Zentrum kapitalistischer Macht und imperialer Größe. Was der Ost-West-Gegensatz 40 Jahre in Schach hielt, kann jetzt wieder ungehemmt schalten und walten. Großdeutschland ist Brandstifter - hier und immer öfter in der Welt. Deutsches Geld und Vernichtungstechniken - von den Isolationstrakten bis zum Giftgas in Halabja - haben seit Jahrzehnten einen guten Ruf bei allen Diktatoren und Militärregimes. Jetzt geht die Bundeswehr selbst zur Sache: "Germans to the front".

Die Internationale erkämpft des Menschen Recht

1917 löste in allen Winkeln der Erde bei den Unterdrückten eine Welle der Hoffnungen aus. Die Oktoberrevolution siegte. Ein neuer Anfang in der Geschichte der Menschheit schien gemacht. Diese Hoffnung begleitete alle Befreiungskämpfe bis in die jüngste Vergangenheit. Nicht erst heute, aber heute erst recht, müssen wir nach den vielen verschiedenen beschrittenen Wegen und ihren Sackgassen von einer grundsätzlichen Krise dieser Zuversicht sprechen. Die Niederlagen, die emanzipatorische Politik in vielen Ländern erlitten hat, sind unsere gemeinsamen Niederlagen und nur zusammen können wir sie bewältigen. Wir haben historische Erfahrungen. Aber auch erst jetzt, wo die ganze Welt faktisch kapitalistisch ist, kann sich emanzipatorische Politik wieder freier entfalten: Das Ende des staatlichen Sozialismus hat nicht das "Ende der Geschichte" eingeläutet, sondern nur das Ende des Kapitalismus.

Wir gehören zu denen, die auf der Suche sind. Wir können nicht behaupten, daß uns sehr viel deutlich vor Augen ist; aber grundsätzlich sind wir uns einig: Nichts darf so weitergehen wie bisher. Die von den Herrschenden und Profiteuren dieses Systems großangelegte, umfassende Zerstörung muß beendet werden. Dazu bedarf es unserer Auffassung nach eines gesellschaftlichen Widerstands und einer revolutionären Kraft. Das ist unser Ausgangspunkt.

Das internationale Machthaberkartell ist auf dem Vormarsch. Das Prinzip der Profitmaximierung gilt scheinbar grenzenlos und ungehemmt. Allein in diesem Land wurden in den letzten Jahren Tatsachen geschaffen, vor denen wir nicht die Augen verschließen können. Die Armut ist nicht nur die tv-gerechte Aufbereitung der Probleme anderer Länder. Der Kapitalismus bleibt eine funkelnde Glitzerwelt, und doch wird der Verlust sozialer Vorzüge schonungslos im breitem Ausmaß sichtbar. Verschärfen wird sich faschistische, rassistische und sexistische Gewalt - verschärfen wird sich der Existenzkampf.

Für Frauen wird es jeden Tag dringender, sich in dieser explosiven Gesellschaft mit allen Mitteln ihrer Haut zu erwehren. Und über zwanzig von Faschisten ermordete Menschen allein in diesem Jahr. Die alltäglichen rassistischen Übergriffe, denen ausländische und behinderte Menschen ausgesetzt sind, lassen sich nicht mehr zählen.

Auch diese Entwicklung macht es zwingender, nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Ein neues Projekt der Befreiung muß erst geschaffen werden. Aus diesen Zuständen und gegen sie!

Viele Ideen und Vorstellungen, aber auch Diskussionen an Widersprüchen, anderen Sichtweisen und Erfahrungen werden dafür die Grundlage bilden. Noch ist kein Wendepunkt in Sicht - während die Irrfahrt der Weltpolitik der Herrschenden andauert, und wir ihnen Schläge versetzen müssen.

Der internationale Kampftag

Die Initiative für einen internationalen Kampftag weist alle Hoffnungen auf "Lösungen von oben" zurück. Gerade auch in unserem Land ist das Vertrauen auf die eigene Kraft viel zu oft der Hoffnung auf staatliche Vernunft gewichen. Das hat die letzten Jahre geprägt - und das längst nicht nur in der Frage der Gefangenen. Wir müssen die Sache selber in die Hand nehmen, wie die Menschen ihre Angelegenheiten immer und überall selber in die Hand nehmen müssen. Sonst wird es etwas gegen uns und nicht für uns. Dazu müssen wir dieses Verhältnis, da wo es verloren gegangen ist, zurückerobern. Darum geht es dieser Initiative. Sie wäre sonst nicht Teil eines Emanzipations- und Widerstandsprozesses. Sie wäre bloß ein Aufguß ausgelaugter Konzepte und politischer Schliche, mit denen die Hoffnungen auf Verbesserung unserer Lage betrogen werden.

Die Initiative kann aber eine internationale Bewegung werden, eine aus den Kämpfen für menschenwürdige Bedingungen und Solidarität mit den Gefangenen in allen Ländern gewachsene Einheit. Weltweit werden Menschen verfolgt, getötet, gefoltert und eingesperrt, die um gesellschaftliche Befreiung kämpfen. Nicht selten konnte ihr Widerstand in den Knästen auch die Bewegungen "draußen" ermutigen. Und nur im Kampf stark gewordene Widerstandsbewegungen konnten und können ihre Gefangenen befreien!

Einen internationalen Kampftag kann man nicht einfach ausrufen. Das ist kein Plan, im Hinterzimmer ausbaldowert, sondern eine Bewegung, die entstehen muß. Sie kann nur wachsen im Bewußtsein von vielen Menschen rings um die Welt. Einen Tag - und dann welchen? - festzulegen, können wir nur denken, in der gemeinsamen Anstrengung vieler Menschen und Gruppen, vieler Aktionen, Vorstöße und Anläufe. In diesem Land und mit den Komitees für den Internationalen Tag, die sich in anderen Ländern bilden werden. Die Illusion schneller Erfolge und kurzfristiger Kampagnen haben wir nicht.

Und natürlich geht es nicht nur um einen Tag, sondern um alle Tage des Streites, des Protestes, des Widerstands und der Solidarität mit den eingeknasteten Genossinnen und Genossen. Egal wo, egal aus welchen Kämpfen und Organisationen. Es soll ein Kampftag sein, an dem die Forderung so breit und offensiv wie möglich weltweit öffentlich präsent ist. Die Protest- und Kampfformen sollen so vielfältig und unterschiedlich sein wie die Menschen, die ihn gestalten. Das wird letztlich den Charakter dieses Tages bestimmen - fern ab aller Unterschiede über den Weg, wie die Freiheit der Gefangenen oder eine andere Gesellschaft zu erkämpfen ist. An einem Tag wird sich das sowieso nicht entscheiden - auch wenn er jährlich begangen wird.

"Es gibt keine politischen Gefangenen in Deutschland"

Das war und ist Regierungsdirektive seit 20 Jahren gegen die Gefangenen aus Guerilla und Widerstandsgruppen. Die Kriminalisierung und Entpolitisierung von Fundamentalopposition ist für die Bundesrepublik konstitutiv. Gegen diese Leugnung des politischen Charakters der revolutionären Kämpfe seit 1968 war es notwendig den Begriff ‚politische Gefangene` durchzusetzen.

Der Begriff des politischen Gefangenen ist problematisch. Er ist Definitionssache und abhängig von Interessen und Zielen. Für die einen schließt er Gefangene, die aus sozialer Not stehlen aus; für die anderen schließt er gefangene Nazis und Kriegsverbrecher ein, während wieder andere die im Kampf eingesetzten Mittel zum Kriterium nehmen.

Wir verstehen uns mit dieser Initiative als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung. Die in ihren Kämpfen, Mobilisierungen und Aktionen gefangen genommenen Genossinnen und Genossen, die von den Machthabern in allen Ländern drangsalierten Menschen definieren unseren Begriff des politischen Gefangenen selbst: Es sind die Gefangenen aus den Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft. Und natürlich kann eine internationale Kampagne für die Freiheit der Gefangenen nur greifen, wenn sie auch das Ziel hat, das Unterdrückungs- und Knastsystem insgesamt zu brechen.

Die Basis internationalistischer Solidarität ist der eigene Kampf. Ohne ihn wird alles zur Proklamation. Wir kennen das Argument, daß erst die eigene Sache auf die Beine gestellt werden muß, bevor man in die Welt geht. Da ist was dran. Und natürlich dann, wenn es schlecht steht um unseren Kampf. Wir wissen das auch: Die Probleme überwiegen. Die Linke ist schwach, und unsere Gefangenen sind noch nicht einmal zusammengelegt. Und natürlich stellt sich die Frage, ob nicht versucht wird der eigenen Realität auszuweichen, anstatt das Nächstliegende im eigenen Land zu tun. Aber was ist das Nächstliegende?

Unser Freiheitskampf richtet sich gegen die herrschenden Verhältnisse. Und die sind international, wenn auch in den verschiedenen Ländern und Kontinenten unterschiedlich ausgeprägt. Gemeinsam gegen diese Zustände zu kämpfen ist kein Umweg oder Ersatz für den Kampf im eigenen Land. Das gilt auch in Bezug auf die Gefangenen. Mehr denn je erpreßt in diesem Land der Staat die gesamte radikale Linke mit den Gefangenen. Auf die Jahrzehnte der Isolation aufbauend ist die Maxime: Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, Akzeptanz des Staates und Individualisierung - oder Knast auf ewig. Das stellt alle vor schwerwiegende Entscheidungen, drinnen wie draußen.

Und gerade weil es eine Veränderung der Situation der Gefangenen nur um den Preis völliger politischer Selbstaufgabe zu geben scheint, müssen wir die nationale Enge durchbrechen und neue Kraft schöpfen. Für uns ist das kein Widerspruch. Das eine bedingt für uns das andere. Und weil es so ist, braucht es den Zusammenschluß aller, die diese weltweite kapitalistische Zwangsgesellschaft zum Teufel jagen wollen.

Libertad!, die Initiative für einen weltweiten Kampftag, kann, wenn sie zu einer Bewegung wird, auch neue Kräfte und frischen Wind im Kampf um das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen in Deutschland frei setzen. Aber dieser Freiheitskampf hat keine Maßeinheit in Wochen oder Monaten.

Gründung des Initiativkreises

und die ersten Schritte

Seit dem Gegenkongreß in München ist ein Jahr vergangen. Wir haben diese Zeit gebraucht, um uns zueinander sicher zu werden und sicher zu gehen, daß der Initiativkreis Libertad! den ersten Aufruf überlebt.

Wir gehen jetzt an die Öffentlichkeit, um diese Idee des Internationalen Tages vorzustellen und zu verbreiten. Die Initiative ist offen. Wir werden mit interessierten Gruppen gerne Informationsgespräche führen und Infoabende veranstalten, um die konkreten Überlegungen zur Weiterentwicklung und gemeinsamen Arbeit zu vermitteln. Längerfristig soll eine Struktur lokaler Komitees und bundesweiter Arbeitsgruppen von Libertad! entstehen. Für die erste Hälfte des nächsten Jahres planen wir eine öffentliche Arbeitskonferenz, um gemeinsam die weiteren Vorhaben zu besprechen und anzugehen.

Unser Ziel ist es, daß viele Menschen, Gruppen und Organisationen die Kampagne zu ihrer Sache machen - daß dieser Internationale Kampftag für die Freiheit mithilft das gesellschaftliche Klima zu verändern.

Wir wollen gemeinsam die Initiative ergreifen: gegen die Vernichtung unserer Geschichte, gegen die Vernichtung der Gefangenen, gegen die Zerstörung der Perspektive gesellschaftlicher Befreiung.

Für die Würde der Menschen, für die Freiheit, für die Einheit der Kämpfe!

Kontakt: Libertad! c/o "3. Welt"-Haus, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt/M. Spenden: Libertad! Kto. Nr.: 10 215 811, Ökobank FFM (BLZ 500 901 00)

Spendenaufruf für Inge Viett

Inge Viett, Aktivistin im Kampf gegen die bundesdeutsche Unterstützung des imperialistischen Krieges der USA in Vietnam und gegen die Notstandsgesetze, schloß sich der Bewegung 2. Juni an. 1972 wurde sie zum ersten Mal verhaftet, aber brach schon 1973 aus dem Lehrter Frauengefängnis Berlin aus. Erneut inhaftiert wurde sie im September 1975. Es gelingt ihr zusammen mit einigen anderen Gefangenen des 2. Juni, im Juli 1976 erneut aus dem Gefängnis auszubrechen.

Sie wird jetzt als "Top-Terroristin" vom BKA gejagt. Im August 1981 gerät sie in Paris in eine Verkehrskontrolle und schießt bei ihrer Flucht einen Polizeibeamten an. Kurz danach beschließt sie, aus der Guerilla auszusteigen und kommt in der DDR unter. Dort lebt sie, bis sie am 12. Juli 1990, nach der Annexion der DDR durch die BRD, von den DDR-Behörden an die Karlsruher Generalbundesanwaltschaft überstellt wird.

Am 3. Juni 1991 wird gegen sie Anklage erhoben wegen Mitgliedschaft in der RAF, vierfachen Mordversuchs im Zusammenhang mit dem mißglückten RAF-Anschlag auf den Oberkommandierenden der NATO-Truppen in Europa, Alexander Haig, und der Schießerei mit dem französischen Polizisten. Obwohl sich das Gericht bei seinem Urteil nur auf die Schießerei in Paris beziehen konnte, wurde Inge Viett im August 1992 zu 13 Jahren Haft verurteilt.

Ein Grund für das hohe Strafmaß läßt sich darin vermuten, das Inge Viett gleich zu Beginn des Prozesses dem Gericht gegenüber erklärt hat, daß sie nicht bereit sei, daß KronzeugInnen-Spiel mitzuspielen und andere RAF-Mitglieder nicht belasten werde.

Das Revisionsurteil wird noch in diesen Jahr erwartet. Sowohl das Verfahren, als auch ihre Knastbetreuung erfordern Solidaritätsspenden:

Kto.Nr: 36463, BLZ: 543 500 10,

Sparkasse Zweibrücken;

Empfänger: JVA Zweibrücken;

Verwendungszweck: Inge Viett.

Herzliche Grüße für Irmgard Möller

aus Hanoi/Viet Nam

Wir waren auf einer dreiwöchigen Studienreise in Viet Nam.

Um die Grüße zu verstehen, die wir Irmgard von dort mitbringen, möchte ich noch ein wenig mehr über unsere Reise sagen:

Die Reise begann im Süden in Ho Chi Minh Stadt. Unsere Dolmetscherin half uns, Kontakt zu den Menschen zu bekommen. Sie hatte in der DDR studiert und sprach gut deutsch. Auf der ganzen Reise wurden uns sowohl alte vietnamesische Kulturdenkmäler gezeigt: Viet Nam hat eine eigene 2000-jährige Kultur, auf die das Volk sehr stolz ist; als auch die Orte, die für den vietnamesischen Befreiungskampf nach 1945 von besonderer Bedeutung sind.

Im Süden zeigten sie uns die Tunnel von Cu Chi, 70 km von Ho Chi Minh Stadt entfernt: über 200 km Tunnel wurden gegraben, z.T. über drei Stockwerke. Die Tunnel waren insbesondere in den Eingängen und Zugängen so niedrig, daß sie nur von den zierlichen Vietnamesen genutzt werden konnten. Für normale US-Soldaten waren sie viel zu eng. In diesen Tunneln hatten die Viet Minh (Viet Cong) ihre Krankenhäuser, Versammlungsorte, Schulen und direkte Verbindungen nach damals Saigon. 17.000 Vietnamesen lebten in den Tunneln und kämpften von dort aus. Das Land darüber war verwüstet mit Agent-Orange durch die

US-Army. 18 Jahre nach Kriegsende gibt es dort schon wieder Reisfelder und erste, noch wenig bewachsene Anpflanzungen. Vorsichtiges Grün bedeckt die verwundete Erde.

Im Krankenhaus in Ho Chi Minh Stadt treffen wir auf verkrüppelte Kinder: Ihre Eltern sind noch von den Keimschädlingen durch Agent-Orange betroffen.

In Mittel-Viet Nam, um den 17. Breitengrad, der Teilungslinie bis zur Wiedervereinigung 1975, ist noch immer kilometerbreit verwüstetes Land. Uns BesucherInnen wird streng verboten, vom vorgegebenen Weg abzuweichen: Es werden immer noch Minen gefunden. Noch heute gibt es große Bombentrichter. Die Regierung versucht, in dieser Gegend Bauern anzusiedeln, um das Land wieder urbar zu machen. Trotz großer staatlicher Unterstützung wollen die Bauern nicht. Frauen weigern sich, Kinder zu kriegen: Sie fürchten die Folgen von Agent-Orange.

In diesem Gebiet tobten 1972 heftige Bodenkämpfe, die Amerikaner bombardierten flächendeckend. Tausende VietnamesInnen wurden hingemetzelt, Dörfer wurden dem Boden gleichgemacht.

Im Norden, in der Stadt Hanoi, sehen wir keine Schäden mehr - aber unsere Freunde berichten von den Kämpfen und den Bombardements, insbesondere 1972.

Während der ganzen Reise frage ich immer wieder, was die vietnamesischen FreundInnen über die Solidarität im Ausland während des Krieges wissen. Ihre Antwort ist immer wieder: Sie sind täglich über alle Formen der Solidarität weltweit informiert worden, aber Einzelheiten wissen sie nicht mehr.

In einer Gesprächsrunde in Hanoi berichte ich von Irmgard, daß sie zusammen mit anderen im Mai 1972 den Computer der US-Army in Heidelberg zerstört hat, von dem aus 1972 die Bombenflüge über Nord-Viet Nam koordiniert wurden. Sie fragen, ob es bei dem Anschlag Tote gab. Ich sage: drei amerikanische Soldaten oder Offiziere. Sie zucken mit den Achseln, als wollten sie sagen: So ist das im Krieg.

Ich sage ihnen, daß Irmgard kurz darauf verhaftet wurde und heute noch, nach 21 Jahren, deshalb im Knast ist. Sie sind zutiefst erschüttert.

Sie bitten mich, Irmgard sehr herzlich zu grüßen. Sie hätten von ihrer tapferen Handlung vor über 20 Jahren gehört. Sie wünschen ihr Mut für ihren jetzigen Kampf.

Wienke, Hannover

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Knut Folkerts wurde am 22. September 1977 in Utrecht/Niederlande nach einem Schußwechsel verhaftet, damals war er 25 Jahre alt und Mitglied der RAF. Im Oktober '78 wurde er an die BRD ausgeliefert, wo er zunächst in eine Bunkerzelle in Stadelheim kommt. Von Januar '79 bis März '80 ist er in Straubing ebenfalls isoliert. Danach in Stammheim, 7. Stock, wieder abgeschottet. Im Juli '80 erfolgt das Urteil: lebenslängliche Haft wegen der Beteiligung am Attentat auf den damaligen Bundesanwalt Buback und seine Begleiter in Karlsruhe. Im September '81 wird er nach Celle geflogen und dort im neuen Hochsicherheitstrakt weggeschlossen. Einer der vielen Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen war im Dezember '84. Nach 56 Tagen fällt Knut ins Koma und wird in die Medizinische Hochschule Hannover eingeliefert. Dort wird er zwischen Leben und Tod festgehalten (die "Koma-Lösung"), bewacht von tausend Polizisten und Grenzschützern. Seit April '86 besteht die Kleingruppe in Celle aus Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut.

Das ist in Kurzform die Geschichte, die überall nachzulesen ist - weggelassen sind auch die Folgen der Isolation, die Schikanen, die Zensur - alles bekannt.

Ich kenne Knut seit 68/69, damals noch nebeneinander bei Demos gegen die Notstandsgesetze oder Kiesinger-Auftritt in Karlsruhe. Später sind wir getrennte Wege gegangen. Seit ein paar Jahren sitzen wir nebeneinander - beim Besuch. Ich habe gelernt, wie jemand überleben kann in diesem Knast-System, sich interessiert für die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien; welche Gedanken Knut sich macht beim reduzierten Studium der Gegenwart: des Zustands in diesem Land, der sozialen und gesellschaftlichen Situation. Selten in meinem Leben hat mich ein Mensch so ausgefragt, nach meinem Handeln, meinen Wahrnehmungen, nach den Frauen, Männern und Kindern, mit denen ich zu tun habe.

Es gibt noch vieles, wofür es sich zu kämpfen lohnt - vielleicht wieder auf verschiedenen Wegen - aber jedenfalls außerhalb der Gefängnis-Mauern.

gm

29. Bougainville - Krieg am anderen Ende der Welt

Rubrik: Kriege; Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:05

Schon vom Krieg auf Bougainville gehört? - Wie bitte, Bougainville? Ist das nicht 'ne Blume? - Nicht ganz, die heißt Bougainvillea (Bougainvillea spectabilis bzw. glabra). Bougainville war ein französischer Seefahrer im 18. Jahrhundert; und schließlich ist Bougainville auch eine - von eben diesem Seefahrer "entdeckte" und nach ihm benannte - Insel im Südpazifik. Sie gehört geographisch zu den Salomon-Inseln, ist mit 8.800 Quadratkilometern und etwa 180.000 Einwohnern größte Insel dieses Archipels. Politisch jedoch gehört sie in Folge kolonialen Erbes zu Papua-Neuguinea (PNG). 1899 fiel sie bei einem Inseltausch zwischen Deutschland und Großbritannien an das deutsche Kaiserreich und wurde fortan stets zusammen mit Neuguinea verwaltet, zunächst als Teil Deutsch-Neuguineas (Kaiser-Wilhelm-Land und Bismarck-Archipel). Seit 1918 übernahm Australien die Verwaltung, zunächst im Auftrag des Völkerbunds, dann der Vereinten Nationen. Als PNG 1975 unabhängig wurde, wurde Bougainville zusammen mit einigen kleineren Inseln als "Provinz Nord-Salomonen" Teil des neuen Staates.

Seit 1988 herrscht Krieg auf Bougainville. Die Streitkräfte der Zentralregierung Papua-Neuguineas und die Kämpfer der sezessionistischen Guerillabewegung Bougainville Revolutionary Army liefern sich einen erbitterten Dschungelkrieg, dem bereits Tausende von Menschen zum Opfer gefallen sind. Und obgleich dieser Krieg alle Zutaten zu bieten hat, die die Grausamkeit heutiger Kriege ausmachen - Niederbrennen von Ortschaften, Ermordung und Folterung von Zivilisten, systematische Vergewaltigungen, Massenvertreibungen, elendes Sterben wegen fehlender Medikamente und medizinischer Versorgung - schert sich in der internationalen Öffentlichkeit kaum jemand um diesen Konflikt. Im Folgenden soll versucht werden die Hintergründe aufzuhellen und die aktuelle Entwicklung darzustellen, sieht es doch so aus, als ob der Krieg in eine entscheidende Phase tritt. Die militärische Niederlage der Guerilla und die Wiedererrichtung der unumschränkten Herrschaft der Zentralgewalt oder eine politische Verhandlungslösung - auf diese Alternative spitzen sich die Dinge derzeit zu.

Bis zu Beginn der 60er Jahre war Bougainville eine von der Außenwelt - und auch von der australischen Verwaltung - weitgehend unbeachtete gebirgige Insel, bedeckt mit schwer zugänglichen tropischen Regenwäldern und bewohnt von Jägern und Sammlern. Die Landwirtschaft beschränkte sich auf Subsistenz-Gartenbau. Nur in einigen Küstenstreifen gab es seit den 30er Jahren größere Kakao-Plantagen, die für den Export produzierten. 1960 jedoch wurde in der Crown Prince Range (Panguna Hill) südwestlich der Stadt Kieta Kupfer entdeckt. Schon bald stellte sich heraus, daß Bougainville gewaltige Kupferreserven barg, was Papua-Neuguinea zu einem der kupferreichsten Länder der Welt werden ließ.

Im Jahr 1967 wurde die Bougainville Copper Limited (BCL) gegründet, an der Conzinc Riotinto of Australia (CRA) - eine Tochter des Bergwerks-Giganten British Riotinto Zinc - die Mehrheitsanteile hielt und die Regierung PNGs mit 19% beteiligt war. Im selben Jahr begann die Entwicklung der Panguna-Mine, die am 1. April 1972 ihre Produktion aufnahm. Die Mine wurde rasch sowohl in Hinblick auf Größe als auch Produktionsausstoß zu einer der größten Tagebau-Kupferminen der Welt und zum Rückgrat der Volkswirtschaft PNGs.

Für den Bergbau-Multi CRA wurde die Mine zu einem Riesengeschäft, und die Regierung PNGs stellte ihr Entwicklungskonzept voll und ganz auf den Reichtum des Landes an Bodenschätzen, insbesondere auf Ausbeutung und Export von Kupfer und Gold, ab. Dieses weitgehend vom Bergbau abhängige exportorientierte Entwicklungsmodell wurde und wird massiv von IWF und Weltbank unterstützt. Die Panguna-Mine war in den 70er und 80er Jahren der entscheidende Faktor in diesem Entwicklungskonzept. Seit 1972 trug sie 44% zu den gesamten Exporten PNGs bei. 16% der Staatseinkünfte PNGs wurden von ihr aufgebracht. Die Erträge der Mine im Jahrzehnt 1978-1987 verteilten sich wie folgt: rund 60% gingen an die Zentralregierung, 35% an die ausländischen Gesellschaften, knapp 5% an die Provinzregierung der Nord-Salomonen und 0,2% an die örtlichen landbesitzenden Clans im Minengebiet.

Ökologische Zerstörungen

Diese Zahlen zeigen bereits, wer die wirtschaftlichen Gewinner des Minenbetriebs waren - und wer leer ausging. Die Bewohner Bougainvilles hatten aber nicht nur ökonomisch nichts von der Mine, sondern sie

hatten überdies unter gewaltigen ökologischen Zerstörungen und sozialen Verwerfungen zu leiden, die der Minenbetrieb mit sich brachte.

Der Betrieb der Panguna-Mine hat zu gewaltigen Umweltzerstörungen auf Bougainville geführt (1). Durch den Tagebau entstand ein sieben Quadratkilometer großer und 500 Meter tiefer Krater, der als "das zweitgrößte Loch der Welt" bezeichnet wurde. Der Abraum bedeckte bald große Flächen der Insel, ein Fünftel der Gesamtfläche wurde im Laufe der Zeit in Mitleidenschaft gezogen. Weiteres Land ging durch Straßenbau, den Bau von Hafenanlagen, städtischen Wohnquartieren usw. verloren. Schon vor Aufnahme des Minenbetriebs waren zwei Städte, Arawa und Panguna, ein Tiefseehafen in der Anewa-Bucht und eine 26 km lange Verbindungsstraße zwischen Mine und Hafen völlig neu gebaut worden.

Große Flächen fruchtbaren Bodens gingen der Landwirtschaft verloren. Regenwald wurde großflächig zerstört, viele Tierarten wurden erheblich dezimiert, andere verschwanden völlig. Die Zerstörung des Waldes hat zur drastischen Einschränkung der traditionellen wirtschaftlichen Aktivitäten des Jagens und Sammelns geführt. Die Flüsse Kawerong und Jaba wurden schwer geschädigt. Sedimentablagerungen haben ihr Bett angehoben und ihren Lauf verändert und dadurch Erosion und Überschwemmungen verursacht. Überschwemmungen und Ablagerungen des Minensediments haben zur Verschlammung der ursprünglich besonders fruchtbaren und landwirtschaftlich intensiv genutzten Flußufer geführt. Gelöstes Kupfer und andere Schwermetalle in dramatisch hohen Konzentrationen (Molybdän, Kadmium, Quecksilber, Zink, Blei, Arsen) vergiften das Wasser. Der Fischbestand ist aufgrund dieser Flußverschmutzung deutlich zurückgegangen. Das Flußwasser kann von den an den Ufern gelegenen Dörfern nicht mehr genutzt werden.

Die Verschmutzung der Luft und des Trinkwassers durch Staub ist in Siedlungen in der Nähe der Mine und an Straßen zum Problem geworden. Gefährliche Chemikalien, die im Abbauprozeß verwendet werden (Cyanide), sollen verantwortlich für den Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge sein. Auch die Meeresfischbestände an der Westküste der Insel - eine wichtige Proteinquelle für die Küstenbevölkerung - sind durch die von den Flüssen in das Meer eingetragene Sedimentfracht und das dumping von giftigen Chemikalien stark in Mitleidenschaft gezogen worden (2).

Bei den Einwohnern der Insel wuchs die Befürchtung, daß nach Beendigung der Bergbauaktivitäten eine Mondlandschaft zurückbleiben würde, daß sie zurückgelassen werden würden auf einer toten Insel - mit einem riesigen Krater in der Mitte und zerstörtem und vergiftetem Land und Wasser drumherum, entleert von Wild und Fischen, nutzlos für die Menschen.

Die ökologischen Zerstörungen sind größtenteils irreversibel, nur teilweise können die Schäden unter hohem Kostenaufwand behoben werden. Die im Tagebau und durch Abraum zerstörten Flächen können nicht wieder in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Diese Flächen haben keinen wirtschaftlichen und sozialen Wert mehr.

Soziale Auswirkungen

Zu diesen unmittelbaren wirtschaftlichen Nachteilen für die ansässige Bevölkerung durch Ertragseinbußen in der Landwirtschaft und durch Beeinträchtigung von Jagd und Fischfang kamen gravierende ideelle Beeinträchtigungen hinzu. Land hat in der melanesischen Gesellschaft eine völlig andere Bedeutung als in der westlich-abendländischen. Es gibt keinen individuellen Landbesitz, man kann Land nicht kaufen und verkaufen. Land gehört jeweils dem gesamten Clan, wobei die lebenden Clan-Mitglieder das Land nutzen, es aber auch für die Geister der toten und der noch ungeborenen Generationen zu bewahren haben. Landverlust ist also nicht nur von unmittelbarem aktuellen wirtschaftlichen Nachteil, sondern hat unabsehbare Auswirkungen für das soziale Gefüge und das spirituelle Leben der betroffenen Menschen (3).

Seit 1969 mußten mehrere Dörfer aus den vom Bergwerksbetrieb betroffenen Gebieten ausgesiedelt werden (4). Für die umgesiedelten Menschen wurde die Lage kritisch, weil das ihnen nunmehr zur Verfügung stehende Land für die Subsistenzwirtschaft nicht mehr ausreichte. Die umgesiedelten Dorfbewohner wurden in menschenunwürdigen Behausungen untergebracht (z.B. überfüllte Wellblechhütten mit ungenügenden sanitären Anlagen) (5).

Generell läßt sich sagen, daß die gesamte traditionelle Lebensweise der indigenen Bevölkerung Bougainvilles durch den Minenbetrieb und seine Folgen unter immensen sozialen Druck geriet.

Die innergesellschaftlichen Gegensätze wurden verstärkt. Erwähnt werden muß zunächst die Verschärfung der ethnischen Gegensätze. Eines der Hauptprobleme des Staates Papua-Neuguinea ist seine ethnische Vielfalt. In PNG leben Angehörige von mehr als 700 Sprachgruppen, die z.T. erhebliche ethnische Unterschiede aufweisen. Insbesondere sind die Einwohner Bougainvilles anderer ethnischer Herkunft als die Papuas der Hauptinsel. Sie gehören zu den Bevölkerungsgruppen der westlich benachbarten Salomonen, zu denen es auch vielfältige familiäre Beziehungen gibt. Die Einwohner Bougainvilles fühlen sich kulturell und sozial eher den Salomonen zugehörig als PNG. In der Tat liegt Bougainville den übrigen Salomonen geographisch sehr viel näher als Neuguinea, der Hauptinsel des Staates PNG, (die nahegelegensten Salomon-Inseln sind nur wenige Kilometer von Bougainville entfernt, Neuguinea dagegen Hunderte von Kilometern). Die "Schwarzhäute" Bougainvilles und die "Rothäute" Neuguineas sind sich fremd (6). Die ethnischen Unterschiede haben zu Spannungen zwischen indigenen Bewohnern der Insel und zugewanderten Arbeitern von der Hauptinsel geführt, denn von der Panguna-Mine wurden vor allem "Rothäute" von der Hauptinsel eingestellt.

Allerdings werden auch auf Bougainville selbst rund 18 verschiedene Sprachen gesprochen; diese verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelangten zwar ansatzweise zu einer eigenen Identität in Absetzung von den Nicht-Bougainvilleans aus anderen Teilen PNGs. Allerdings zeigt der Verlauf des Konflikts, daß Differenzen zwischen den einzelnen Clans und Gruppen auf Bougainville fortbestehen.

Die Zuwanderung von außen führte zu einem raschen Bevölkerungswachstum und zu bis dahin völlig unbekannter Urbanisierung auf der Insel. Die Mine schuf zwei völlig neue Städte mit 15.000 bzw. 3.500 Bewohnern: Arawa und Panguna. Die große Mehrheit der Stadtbewohner waren junge zugewanderte Minenarbeiter; der Anteil indigener Einwohner an der Stadtbevölkerung dagegen blieb mit weniger als einem Drittel niedrig. Die Zunahme von Vergewaltigungen, Raubüberfällen, Vandalismus, Prostitution, Alkoholmißbrauch und Verkehrsunfälle wurden von den Einheimischen auf die Einrichtung der Mine und die darauf folgende Zuwanderung junger lediger Männer von außerhalb zurückgeführt (7).

Die indigene Bevölkerung nahm die Vor- und Nachteile des Minenbetriebs als höchst ungleich und ungerecht verteilt wahr. Sie war überzeugt, zum Vorteile Anderer - der Minengesellschaft und der Zentralregierung - ausgebeutet und ungerecht behandelt zu werden (8). Zu dieser Sicht trug nicht zuletzt bei, daß die Kompensationen, die den Clans für die Überlassung von Land und als Entschädigung für die ökologischen Zerstörungen gezahlt wurden, als völlig unangemessen wahrgenommen wurden. Die von Anfang an strittige Frage der Kompensationen war in den 80er Jahren Gegenstand sich stetig zuspitzenden Streits zwischen den Clans einerseits und BCL und der Zentralregierung andererseits. Da die Zentralregierung sich auf die Seite der Minengesellschaft stellte, entfremdeten sich die Inselbewohner zusehends "ihrer" Regierung, die offensichtlich nicht gewillt war, die Interessen ihrer Bürger auf der Insel zu vertreten.

Nach einer langen Phase enttäuschender Verhandlungen forderte schließlich im Jahre 1988 die Vertretung der landbesitzenden Clans von der BCL 50% aller seit Inbetriebnahme der Mine erzielten Einkünfte und zusätzliche 10 Mrd. Kina (ca. 13,5 Mrd. DM) als Entschädigung für die ökologischen Zerstörungen. Nach Ablehnung dieser Forderung seitens der Minengesellschaft begannen die Einheimischen im November 1988 mit den Betrieb erheblich beeinträchtigenden Sabotageaktionen gegen die Mine (9), die schließlich dazu führten, daß die Mine im Frühjahr 1989 geschlossen werden mußte.

Bereits von Anfang an waren viele Einwohner gegen die Mine gewesen (10). Schon der Ankunft der Explorationsteams und Bautrupps der CRA in den 60er Jahren war seitens der Bevölkerung feindselig begegnet worden, wobei der Widerstand bei den unmittelbar im Minengebiet lebenden Clans am heftigsten war und bereits seinerzeit gewaltsame Züge aufwies, so daß das Minenpersonal nur unter Polizeischutz arbeiten konnte. Damals ging die Polizei auch gewalttätig gegen protestierende Frauen vor, die mit Sitzblockaden den Bulldozern den Weg zur Mine versperrten. Die Sabotageaktionen im Herbst 1988 knüpften an diese längerwährende Widerstandstradition an. Sie erwiesen sich allerdings bald als von neuer Qualität, ging aus ihnen doch die Bougainville Revolutionary Army (BRA) hervor, die einen Guerillakrieg gegen die Zentralregierung aufnahm.

Separatismus auf Bougainville

Als zentrales Motiv für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes gab die BRA an:

"Our land is being polluted, our water is being polluted, the air we breath(e) is being polluted with dangerous chemicals that are slowly killing us and destroying our land for future generations. Better that we die fighting than to be slowly poisoned" (11).

Erste und hauptsächliche Forderung der BRA war folglich die Schließung der Panguna-Mine. Die BRA nahm ausgehend von der extrem ungleiche Verteilung ökologischer Kosten auf der einen und wirtschaftlicher Gewinne auf der anderen Seite die Forderung der Vertretung der landbesitzenden Clans nach Zahlung von 10 Mrd. Kina als Kompensation für die ökologischen Zerstörungen wieder auf.

Die indigenen Bewohner Bougainvilles wehrten sich gegen den Zustrom fremder Arbeitskräfte von außen und die damit verbundene soziale Unruhe. Der Widerstand der BRA richtete sich auch gegen die "red-skins" von der Hauptinsel und die bei der Panguna-Mine beschäftigten Ausländer.

Im Verlauf des Konflikts wurden recht bald sezessionistische Tendenzen, die es auf Bougainville bereits früher gegeben hatte, reaktiviert. Bereits in den 60er Jahren hatte es auf der Insel Unabhängigkeitsbestrebungen gegeben. Von den politischen Führern auf Bougainville war von der damaligen australischen Verwaltung die Abhaltung eines Referendums gefordert worden, in dem die Bevölkerung über folgende Alternativen abstimmen sollte:

a) Unabhängigkeit Bougainvilles als eigenständiger Staat; b) Vereinigung Bougainvilles mit den - seinerzeit noch britischen - Salomonen; c) Verbleib bei PNG. Die australische Administration lehnte die Abhaltung eines solchen Referendums ab, und ein selbstorganisiertes informelles Referendum, das eine deutliche Unterstützung der Unabhängigkeits-Option ergab, wurde selbstverständlich nicht anerkannt. Im Prozeß des Übergangs PNGs von australischer Verwaltung zur Unabhängigkeit in den Jahren 1972 bis 1975 verhandelten Vertreter Bougainvilles mit der Administration Australiens und später PNGs über Autonomieregelungen für die Insel. Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen erklärten sie am 1. September 1975 (zwei Wochen vor der Unabhängigkeit des neuen Staates Papua-Neuguinea) einseitig die Unabhängigkeit der "Republik Nord-Salomonen", und erst nach neuerlichen sechsmonatigen Verhandlungen - die zeitweise auch von militärischen Aktivitäten beider Seiten begleitet wurden - und Zugeständnissen der Zentralregierung, die der Provinz weitergehende Eigenständigkeit einräumte (12), waren die damaligen politischen Führer auf der Insel bereit, Bougainville schließlich doch in den Staatsverband von PNG einzubringen (13).

Gleichwohl gab es auch späterhin gewisse sezessionistische Strömungen auf der Insel, und mit der Eskalation des Konflikts um die Panguna-Mine wurde die Forderung nach Sezession wieder sehr populär. Die BRA übernahm diese Forderung. Am 17. Mai 1990 rief die Führung der Aufständischen einseitig die unabhängige "Republik Bougainville" aus (14), eine provisorische Regierung - Bougainville Interim Government (BIG) - wurde etabliert.

Die Zentralregierung

Vorrangiges Interesse der Zentralregierung ist es, die nunmehr bereits seit Jahren stilliegende Panguna-Mine wieder in Betrieb zu nehmen und den Sezessionismus auf Bougainville niederzuschlagen. Zwar ist man mittlerweile bereit zuzugeben, daß in den 80er Jahren "Fehler" bei den Verhandlungen über die Kompensationsfrage gemacht wurden, die maßgeblich zur Eskalation des Konflikts beigetragen haben, und man ist zu Neuverhandlungen bereit - wobei die ökonomischen Interessen nach wie vor Vorrang vor den ökologischen Bedenken haben. Die Regierung in Port Moresby hat offensichtlich auch weiterhin kein großes Interesse an ökologischer Schonung der Insel,. Sie war offensichtlich bereit, diese Insel im Interesse der Entwicklung des Gesamtstaats (oder jener Gruppen, die für sich reklamieren, dieses Interesse zu vertreten) zu opfern - und dies um so eher, als der isolierte Status der Insel es erlaubte, die ökologischen Zerstörungen auf das Inselgebiet zu beschränken.

Ohnehin kann es Neuverhandlungen über die Kompensationsfrage etc. aus Sicht der Zentralregierung erst nach Zerschlagung der BRA und des Sezessionismus geben. Denn Separatismus dieser Art wird als existenzbedrohend für den Nationalstaat PNG, in dem es auch in anderen Landesteilen ernstzunehmende sezessionistische Bewegungen gab bzw. gibt, angesehen; zumal sich auch in anderen Landesteilen PNGs, in denen großflächiger Tagebau erhebliche ökologische Zerstörungen verursacht, ähnliche Konflikte wie auf Bougainville entwickeln. Auch dort hat die indigene Bevölkerung mit Protesten gegen die ökologischen Zerstörungen begonnen. Wie in Bougainville fordern die Betroffenen gerechte Kompensationen, umfassende

Umweltschutzmaßnahmen usw. Gelegentlich ist es auch bereits zu militantem Widerstand gegen den Minenbetrieb gekommen: Straßen wurden blockiert, Lastwagen ausgeraubt, Strommasten gesprengt. In der Tat mußte die Mount Kare Goldmine ihren Betrieb bereits nach einem von einer schwerbewaffneten Gruppe durchgeführten nächtlichen Überfall und Brandanschlag im Januar 1992 einstellen (15). Und auch die Ok Tedi-Mine in der Westprovinz der Hauptinsel, die hinsichtlich ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung für PNG die Nachfolge der Panguna-Mine angetreten hat, wurde wegen des militanten Widerstands der lokalen Bevölkerung im Juni 1992 (zeitweise) stillgelegt. Das Beispiel der Aufständischen auf Bougainville scheint also Schule zu machen. Schon um ein Exempel zu statuieren, setzt die Zentralregierung daher im wesentlichen auf eine militärische Lösung des Konflikts, auch wenn sie zwischenzeitlich immer einmal wieder in politische Verhandlungen eintrat. Für die "militärische Lösung" kann sie ihre Streitkräfte, die Papua-New Guinea Defence Forces (DF) einsetzen, das sind rund 3.000 Soldaten (die Zahl soll bis 1995 auf 5.200 erhöht werden).

Die DF werden weitgehend von Australien ausgerüstet und ausgebildet. Australien leistet gemäß eines Verteidigungskooperationsabkommens Militärhilfe, die seit Beginn des Krieges auf Bougainville verstärkt wurde, um die Regierungstruppen zur erfolgreichen Bekämpfung der Guerilla zu befähigen (16). Insbesondere stattete Australien die Truppen PNGs mit vier Iroquoi-Hubschraubern aus, die für die Bekämpfung von Guerillas besonders geeignet sind (17). Im Haushaltsjahr 1990/91 stieg die australische Militärhilfe an PNG auf 79 Millionen australische Dollar an. Im September 1991 wurde ein neues Verteidigungsabkommen zwischen Australien und PNG unterzeichnet, das zusätzliche australische Hilfe für die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung in PNG vorsieht (18). Militärberater, Waffen und militärisches Gerät werden seither in wachsendem Maße von Australien zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig arbeiten 38 australische Militärberater bzw. Ausbilder in PNG, sechs davon auf Bougainville. Diese sollen sich in jüngster Zeit (September 1993) auch direkt an militärischen Operationen gegen die BRA beteiligt haben; die Iroquios-Hubschrauber werden von "australischen Söldnern" geflogen (19). Angehörige der DF werden in Australien ausgebildet.

Ohne diese massive australische Unterstützung der DF wäre die Zentralregierung PNGs nicht in der Lage den Krieg auf Bougainville zu führen. Die australische Regierung, die sich zwar immer wieder einmal "besorgt" über Menschenrechtsverletzungen seitens der papuanischen Truppen auf Bougainville äußerte (20), hat entschieden ihre Unterstützung des militärischen Kurses der Zentralregierung gegen die BRA erklärt. Ihr Hauptargument ist, daß der Sezessionismus Bougainvilles Schule machen und damit die Existenz des Staates PNG in den Grundfesten erschüttern könnte. Australien aber ist an der Einheit und Stabilität des Nationalstaats PNG stark interessiert (21).

Der Übermacht der derart von auswärts unterstützten DF steht die Guerillastreitmacht der BRA gegenüber. Ursprünglich soll es sich dabei um 50 bis 200 Mann gehandelt haben, später ist die Truppe auf mehr als 1.000 Kämpfer angewachsen. Anfangs waren sie nur schlecht mit Pfeil und Bogen und selbstgebaute Flinten bewaffnet, doch gelang es ihnen, sich durch Überfälle auf die Mine (Erbeutung von Sprengstoff) und auf Einheiten der Regierungstruppen stetig besser auszurüsten.

Kriegsverlauf und -folgen

Im März 1989 schickte die Zentralregierung Truppen in Stärke von einigen Hundert Mann zur Unterstützung der lokalen Polizeikräfte auf die Insel, die militanten Auseinandersetzungen eskalierten zum Krieg. Am 26. Juni 1989 wurde über Bougainville der Ausnahmezustand verhängt. Nachdem ein britischer BCL-Angestellter von Guerilla-Kämpfern erschossen worden war, zog die Minengesellschaft im Januar 1990 alle ihre nicht von der Insel stammenden Angestellten aus Bougainville ab. Ebenfalls im Januar 1990 startete die Zentralregierung die "Operation Footloose", eine umfassende militärische Kampagne gegen die Guerilla mit dem Ziel der Zerschlagung der BRA und der Wiedereröffnung der Mine. Diese von 2.000 Soldaten durchgeführte Operation erwies sich als völliger Fehlschlag, die BRA behielt im Dschungelkrieg die Oberhand. Nach einem Waffenstillstand mußten sich Regierungstruppen und Polizeikräfte am 16. März 1990 von der Insel zurückziehen, die BRA übernahm auf Bougainville die Macht.

Erst im Mai 1992 gelang es Regierungstruppen wieder, einen Brückenkopf auf der Insel zu bilden. Seither konnten sie nach und nach, vor allem nach einer Intensivierung der Kämpfe seit Herbst 1992, die Kontrolle über immer größere Teile der Insel - und insbesondere über die Inselhauptstadt Arawa - zurückgewinnen. Mittlerweile stehen wieder rund tausend Mann der Regierungstruppen auf Bougainville. Sie behaupten, bereits über 80% des Inselterritoriums zu kontrollieren.

Die BRA hält nach wie vor die Mitte der Insel einschließlich des Gebiets der Panguna-Mine und Teile im Süden. Während die Regierungsseite behauptet, daß in den von der BRA kontrollierten Gebieten nurmehr einige hundert Kämpfer mit ihren Familien leben und sich die große Masse der Bevölkerung in den "Schutz" der DF begeben habe, sprechen Vertreter der anderen Seite von rund 80.000 Menschen in BRA-Gebiet, das immer noch rund ein Drittel der Insel umfassen soll. Neutrale Kirchenvertreter schätzen, daß mindestens 20-30.000 Menschen in von der BRA kontrollierten Gebieten leben.

Derartige Angaben sind von außen äußerst schwer zu überprüfen, weil die PNG-Regierung eine totale Blockade über das BRA-Gebiet verhängt hat. Nicht einmal internationale Hilfsorganisationen oder Kirchenvertreter - geschweige denn Journalisten oder Menschenrechtsorganisationen - dürfen hinein.

Die totale Blockade der Insel war bereits die schärfste Waffe der Zentralregierung in der Auseinandersetzung nach dem Rückzug ihrer Streitkräfte von der Insel im März 1990. Seither war Bougainville so gut wie völlig von der Außenwelt abgeschnitten (nur zu den benachbarten Salomonen konnten mühselig sporadische und äußerst gefährliche Verbindungen aufrecht erhalten werden). Die Bevölkerung litt insbesondere unter dem Zusammenbruch der medizinischen Versorgung. Das Inselkrankenhaus mußte geschlossen werden. Jegliche Zufuhr von Medikamenten wurde abgeschnitten. In der Folge sollen bereits bis Ende 1991 mehr als 3.000 Inselbewohner gestorben sein, bis heute soll die Zahl auf über 6.000 gestiegen sein.

Während die BRA-Gebiete weiterhin unter dieser Blockade zu leiden haben, sind in den von den DF zurückeroberten Gebieten nach und nach medizinische Versorgung u.a. Dienstleistungen wiederaufgenommen worden. Wer in deren Genuß kommen will, muß sich allerdings in die von den DF eingerichteten "Care Centres" - Lager unter Kontrolle der Streitkräfte - begeben. Viele verzweifelte Menschen scheinen tatsächlich von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, z.T. werden sie gewaltsam in die Lager hineingezwungen, indem die DF ihre Häuser und Dörfer zerstören (22). Allerdings sind die offiziellen Zahlen, denen zufolge mittlerweile nahezu die gesamte Bevölkerung in "Care Centres" lebt (23), völlig unglaubwürdig (die andere Seite spricht von etwa 30.000 Menschen in den Care Centres).

Der "Schutz" der DF für die Zivilisten auf Bougainville ist nämlich eine höchst zweifelhafte Angelegenheit. Denn die DF haben sich bisher vor allem durch ausgesuchte Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung hervorgetan. In der ersten Phase der Kämpfe bis März 1990 haben die Regierungstruppen Menschenrechte massiv verletzt und brutale Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen (24). Mehr als 40 Dörfer wurden zerstört, Häuser niedergebrannt, Frauen und Mädchen vergewaltigt, Kinder, Jugendliche und auch Kirchenvertreter gefoltert. Tausende von Inselbewohnern mußten ihre Heimstätten verlassen und flohen in den Dschungel. Ein Bericht von amnesty international vom November 1990 sprach von mindestens 19 Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung und mehr als 50 Fällen von Folter (25).

Nach der Rückkehr der Regierungstruppen auf die Insel scheint sich ihr Verhalten nicht wesentlich geändert zu haben. Jedenfalls ist auch im Jahresbericht 1993 von amnesty international davon die Rede, daß Dutzende von angeblichen BRA-Unterstützern von den DF ermordet wurden. Und selbst der Außenminister PNGs sah sich im Oktober 1992 genötigt, sich vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen für Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen, die bei der Bekämpfung der sezessionistischen Rebellion auf Bougainville vorgekommen seien, und zu geloben, künftig die Menschenrechte auf der Insel zu gewährleisten (26). Regierungsvertreter geben mittlerweile zu, daß es Grausamkeiten der DF gegen die Zivilbevölkerung gegeben habe, doch sei dies auf "eigenmächtiges" Vorgehen der Streitkräfte zurückzuführen, die damit den Weisungen der Regierung in Port Moresby zuwidergehandelt hätten; künftig solle das nicht mehr vorkommen, die politische Kontrolle über die DF sei inzwischen gewährleistet und die bisher übermäßig starke Stellung der Streitkräfte im politischen System PNGs sei zurückgestutzt worden. Aber auch für die jüngste Vergangenheit berichten Augenzeugen von fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen der DF auf die Zivilbevölkerung. Die Menschen in den "Care Centres" scheinen als Geiseln zu dienen - in PNG spricht man in diesem Zusammenhang vom "pay back"-System: Wenn die Regierungstruppen Verluste bei Einsätzen gegen die BRA hatten, werden als Vergeltung BewohnerInnen der Care Centres ermordet oder vergewaltigt (27). "Women are victims of the ‚pay back` system between men" (28). Systematische Vergewaltigungen gehören offensichtlich zur "Kriegstaktik" der DF (29).

Allerdings sollen Kämpfer der BRA ebenfalls Gegner mißhandelt und gefoltert haben, was sie erhebliche Sympathien in Teilen der Inselbevölkerung gekostet hat (30), nachdem zunächst das Verhalten der

Regierungstruppen wesentlich zur Solidarisierung der großen Mehrheit der Bevölkerung mit der BRA beigetragen hatte. Vor allem in der Zeit uneingeschränkter BRA-Herrschaft in der Zeit nach dem Abzug der DF scheint es zu kriminellen Aktionen von BRA-Einheiten gekommen zu sein. Die Führung hatte zeitweise Teile ihrer Leute nicht mehr unter Kontrolle (und auch noch im ai-Jahresbericht 1993 werden der BRA bedenkliche Menschenrechtsverletzungen angelastet). Dies nutzte die Propaganda der Zentralregierung weidlich aus: Sie sprach von Ausbruch der "Anarchie" auf der Insel nach Rückzug der DF und wollte den Eindruck vermitteln, daß der politischen Führung der Sezessionisten die Dinge völlig aus dem Ruder gelaufen seien und "kriminelle Jugendbanden" die Insel ins Chaos stürzten. So begründete die Zentralregierung denn auch die Rückkehr der Truppen nach Bougainville im Mai 1992 mit der "Bitte" einheimischer Clanchefs, die DF mögen doch zurückkehren, um die "Ordnung" wiederherzustellen. Andere Clanchefs widersprachen zwar dieser Version und forderten den sofortigen Rückzug der DF (31), doch wird eine Spaltung zwischen verschiedenen Gruppen auf der Insel deutlich. Aufgrund ihrer Fehler scheint die BRA, die zeitweilig wohl wirklich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles hinter sich hatte, in bestimmten Inselteilen an Sympathie und Unterstützung verloren zu haben, so daß es den DF sogar gelang, die Bildung sog. "resistance groups" aus Einheimischen zu initiieren, die nun auf eigene Rechnung, aber mit Rückendeckung der DF die BRA bekämpfen.

Schließlich hat sich die Position der BRA auch weiter verschlechtert aufgrund einer Wende in der Politik der benachbarten Salomon-Inseln. Es gibt enge verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Clans auf Bougainville und denen der nächstgelegenen Salomonen, letztere scheinen der BRA geholfen zu haben. Auch sind Einwohner Bougainvilles öfters zur medizinischen Behandlung auf die Salomonen gegangen, und rund 2.000 Frauen und Kinder von BRA-Kämpfern leben als Flüchtlinge auf den Nachbarinseln (32). In der Hauptstadt der Salomonen Honiara wurde ein "Bougainville Humanitarian Assistance Office" etabliert, das in gewisser Weise auch als politisches Sprachrohr der BRA fungierte. Die Salomonen waren für die BRA also so etwas wie sicheres Hinterland. Die DF setzten daher auch alles daran, die Verbindungen zwischen Bougainville und den Salomonen zu unterbrechen. Bei der Bekämpfung der BRA haben sie immer wieder die nationale Souveränität der Salomonen verletzt; mehrfach sind Einheiten der papuanischen Armee auf salomonisches Territorium vorgedrungen und haben Staatsbürger der Salomonen getötet, auch kam es zu Feuergefechten zwischen papuanischen und salomonischen Kriegsschiffen. Zeitweise waren wegen dieser Zwischenfälle die Beziehungen zwischen beiden Ländern äußerst gespannt. PNG warf den Salomonen sogar vor, die BRA mit Waffenlieferungen zu unterstützen, die Salomonen wiederum prangerten die Grenzverletzungen durch papuanisches Militär an.

Im September 1992 jedoch entschuldigte sich der Premierminister PNGs offiziell bei der Regierung der Salomonen für Grenzverletzungen seitens seiner Streitkräfte und sagte hierfür Entschädigungszahlungen zu (33). Auch danach haben papuanische Truppen noch mehrfach die Grenze zu den Salomonen überschritten, so zuletzt im April 1993 (34) (dabei handelte es sich um den siebten Übergriff innerhalb von acht Monaten). Seither hat es allerdings eine Annäherung zwischen den beiden Staaten gegeben. Der wesentliche Grund hierfür ist ein Regierungswechsel auf den Salomonen nach den Wahlen im Sommer diesen Jahres. Der neue salomonische Premierminister Billy Hilly ist um gute Beziehungen zu PNG und Australien bemüht und akzeptiert die Position der Regierung PNGs, daß es sich bei der Bougainville-Krise um eine "interne Angelegenheit" PNGs handle (35). Hinter dieser Position steht nicht zuletzt die Sorge, daß sezessionistische Bestrebungen auf die Salomonen übergreifen könnten: Immerhin hatte auch die Regierung der Salomonen Ende der 70er Jahre mit einer Sezessionsbewegung in ihrer Westprovinz in unmittelbarer Nachbarschaft Bougainvilles zu kämpfen (36); bei einem etwaigen Erfolg der BRA läge ein Zusammenschluß Bougainvilles mit den benachbarten westlichen Salomonen durchaus nahe.

Seit dem Sommer gibt es keine Grenzzwischenfälle mehr, und zwischen den Streitkräften beider Staaten ist die "Kommunikation" wiederaufgenommen worden. Im September kam es schließlich zu einem Sechs-Punkte-Übereinkommen zwischen PNG und den Salomonen, das u.a. die Schließung des oben genannten Hilfsbüros in Honiara wegen angeblicher "politischer Betätigung", Entschädigungszahlungen für die Grenzverletzungen (300.000 US-Dollar) sowie die Einbeziehung der Salomonen in einen Friedensprozeß für Bougainville vorsieht und sich für eine "Bougainville peace conference involving the leaders of all sides" ausspricht.

Seither machen die Patrouillenboote der DF noch brutaler Jagd auf Boote, die von den Salomonen Hilfsgüter nach Bougainville oder Flüchtlinge von Bougainville auf die Salomonen bringen wollen. Werden solche Boote aufgebracht, werden die Insassen von den DF rücksichtslos massakriert (37).

Versuche einer politischen Konfliktlösung

Die Kämpfe zwischen BRA und Regierungstruppen wurden immer einmal wieder von Versuchen begleitet, den Konflikt politisch einzuhegen oder zu lösen. Gespräche und Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der Aufständischen auf Vermittlung Dritter hin scheiterten mehrmals, weil man sich in den zentralen Fragen - der Wiedereröffnung der Panguna-Mine und des künftigen Status Bougainvilles - nicht einigen konnte.

Ein erster Versuch zur Beilegung des Konflikts wurde im Mai 1989 unternommen. Der damalige Premierminister PNGs Namaliu bot einen Waffenstillstand und Straffreiheit für die Führung der BRA an, und gleichzeitig legte ein Komitee der Provinzregierung der Nordsalomonen unter Leitung John Bikas - eines Mitglieds der Provinzregierung - einen Bericht vor (den "Bika-Report"). Dieser Bericht enthielt im wesentlichen folgende Vorschläge zur Konfliktlösung (38): Wiedereröffnung der Panguna-Mine durch BCL nach Neuverhandlung der Bedingungen zugunsten der lokalen Bevölkerung und der Provinz und unter Kontrolle der Provinzregierung, Verbleib von 75% der Einkünfte in der Provinz, Übertragung aller politischen Kompetenzen mit Ausnahme der Bereiche Verteidigungs-, Währungs- und Außen(wirtschafts)politik auf die Provinzregierung. Die Zentralregierung ihrerseits machte Angebote für die Neuverhandlung der Kompensationsfrage (39). Im August 1989 legten die Geistlichen der Diözese Bougainville (90% der Bewohner Bougainvilles sind katholisch) eine umfassende Stellungnahme zum Konflikt vor und riefen zur Versöhnung auf (40). Im September 1989 schließlich kam es zu Gesprächen zwischen Premierminister Namaliu, dem Premier der Provinzregierung der Nord-Salomonen und Vertretern der landbesitzenden Clans bzw. BRA. Der Gesprächsprozeß wurde jedoch durch die Ermordung John Bikas am 11. September 1989 abrupt abgebrochen.

Ein neuer Anlauf zur Konfliktregelung wurde einige Monate später unter Vermittlung der Nichtregierungsorganisation "International Alert" unternommen. Es stellte sich heraus, daß ein Waffenstillstand notwendiger erster Schritt war. Die Zentralregierung war zum Waffenstillstand bereit, wenn über den Status der Panguna-Mine und der Provinz gesprochen werden würde; die BRA ihrerseits forderte eine internationale Überwachung des Waffenstillstands durch die Vereinten Nationen (41). Schließlich einigte man sich darauf, den Waffenstillstand durch ein internationales Überwachungsteam, welches aus Personal des Commonwealth-Sekretariats in London und aus Mitgliedern diplomatischer Vertretungen in Port Moresby und Canberra zusammengesetzt war, überwachen zu lassen. Insbesondere sollte das Team die Prozedur der Einstellung der Kampfhandlungen und des Rückzugs der Truppen beobachten. Auf Einladung der Zentralregierung wurde dieses Überwachungsteam tatsächlich tätig. Der Waffenstillstand trat am 2. März 1990 in Kraft, und bis zum 16. März hatten sich die Truppen der Zentralregierung von der Insel zurückgezogen (wie erwähnt war diesem Waffenstillstand und Rückzug der Fehlschlag der "Operation Footloose" vorausgegangen). Daraufhin kamen tatsächlich wieder Gespräche zwischen der Zentralregierung und den Aufständischen in Gang. Als Streitpunkt erwies sich vor allem der künftige Status von Polizei- und anderen Ordnungskräften auf der Insel. Schließlich endete dieser Anlauf zur Konfliktregelung mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der "Republik Bougainville" am 17. Mai 1990 und der darauffolgenden Verhängung der totalen Blockade über die Insel seitens der Zentralregierung.

Im August 1990 kam es auf Einladung Neuseelands zu Gesprächen zwischen Vertretern der Zentralregierung und der neuen provisorischen Regierung BIG an Bord des neuseeländischen Kriegsschiffes "Endeavour". Ergebnis war ein am 9. August 1990 erzieltes vorläufiges Übereinkommen ("Endeavour Accord") (42), das folgenlos blieb, weil die Streitkräfte der Zentralregierung im September 1990 ihre militärischen Aktivitäten gegen die Aufständischen wieder aufnahmen (43).

Im Januar 1991 wurde ein neuerlicher Versuch zur Beendigung des Krieges unternommen. Nach zweitägigen Gesprächen zwischen den Kontrahenten in Honiara, Hauptstadt der Salomonen, wurde ein Abkommen ("Honiara Declaration on Peace, Reconciliation and Rehabilitation on Bougainville") geschlossen, das viele Beobachter vorschnell als den entscheidenden Durchbruch zum Frieden bewerteten. Tatsächlich aber ließ auch die Deklaration von Honiara die wesentlichen Streitfragen, insbesondere die Zukunft der Panguna-Mine

und den künftigen politischen Status der Nord-Salomonen-Provinz, offen. Da hierüber in der Folge keine Einigung erzielt werden konnte, ging der Krieg weiter.

Die Provisorische Regierung der (bisher noch von keinem anderen Staat anerkannten) "Republik Bougainville" appellierte mehrfach an die Vereinten Nationen und an den Commonwealth, sich vermittelnd in den Konflikt einzuschalten, was diese bisher ablehnten. Sie drängen statt dessen auf eine regionale Lösung, doch auch das Südpazifik-Forum - eine 15 Staaten inklusive Australien umfassende Regionalorganisation - hat sich bisher nicht willens gezeigt, sich offiziell mit der Bougainville-Krise zu befassen, und zwar vor allem, weil die Regierung PNGs den Konflikt zur "inneren Angelegenheit" erklärt und sich die Einmischung internationaler Organisationen verbeten hat. Für diese Position hat sie die Unterstützung der einflußreichsten Macht in der Region, von Australien.

Der aktuelle Stand

In den unter der Blockade leidenden Gebieten Bougainvilles herrschen gegenwärtig katastrophale Lebensumstände. Insbesondere die Unterbindung jeglicher medizinischer Versorgung hat zahlreiche Todesopfer gefordert. Kirchenvertreter vermuten, daß "Tausende" auf Bougainville sterben (44). Bitten von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, internationalen Hilfsorganisationen wie z.B. dem Roten Kreuz, Hilfsgüter und Beobachter in das blockierte Gebiet zu entsenden, wurden bisher von seiten PNGs zurückgewiesen. Die offizielle Haltung ist: Man brauche keine Hilfsgüter in die blockierten Gebiete zu schicken; jeder, der Hilfe brauche, könne ja in die "Care Centres" kommen; außerdem könne man nicht für die Sicherheit etwaiger Hilfs- oder Beobachtergruppen in BRA-Gebiet garantieren. Deswegen werden auch immer wieder vorgetragene Forderungen von Journalisten-Vereinigungen nach freiem Zugang für die Medien zurückgewiesen. Dazu muß man wissen, daß die BRA und das Bougainville Interim Government immer wieder um die Entsendung internationaler fact-finding Missionen gebeten haben, eine Gefährdung solcher Gruppen durch sie also kaum zu erwarten ist.

Stets wiederholte Versuche von Kirchen und Internationalem Roten Kreuz, nach Bougainville zu gehen und der notleidenden Bevölkerung Hilfe zu bringen, sind gescheitert. Zuletzt wurde im Oktober einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes von der Regierung in Port Moresby zwar die Erlaubnis erteilt, von der EG gespendete Hilfsgüter in das blockierte Gebiet zu bringen, von dem örtlichen Kommandeur der DF aber wurde diese Erlaubnis dann wieder zurückgenommen. Derartige "Spielchen" hat es bereits mehrfach gegeben.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu bezweifeln, ob tatsächlich eine fact-finding mission der Parlamentarischen Versammlung AKP-EG hereingelassen wird. Bereits im letzten Oktober hatte die Versammlung Zugang für eine solche Mission gefordert, was von seiten der PNG-Regierung "aus Sicherheitsgründen" abgelehnt worden war. Anfang Oktober diesen Jahres hat die AKP-EG-Versammlung ihre Forderung wiederholt, und diesmal liegt auch eine offizielle Einladung des PNG-Außenministers Kaputin vor. Desgleichen hat die PNG-Regierung mittlerweile akzeptiert, daß eine fact-finding mission der UN nach Bougainville kommt.

Ebenso befürwortet die Zentralregierung inzwischen die Abhaltung von "Pan-Bougainvillean" Friedensgesprächen unter Einbeziehung aller beteiligten Seiten. Das schließt neben Clanchefs aus den von den DF kontrollierten Gebieten auch das "North Solomon Province Negotiating and Monitoring Committee" (NSPNMC) - eine Gruppierung von Kirchenvertretern und Politikern aus Bougainville, die zwischen Zentralregierung und Sezessionisten vermitteln will - sowie Vertreter des Bougainville Interim Government/der BRA und Vertreter aus den benachbarten Salomonen ein. Allerdings wird völlig unklar gelassen, was für ein Mandat solche Friedensgespräche haben sollen, wie sich die Regierung PNGs selbst daran beteiligen wird und ob sie die Ergebnisse solcher Gespräche akzeptieren wird. Eines jedenfalls hat die Zentralregierung unmißverständlich deutlich gemacht: Sezession, die Unabhängigkeit Bougainvilles ist nicht verhandelbar; die North Solomon Province soll integraler Bestandteil PNGs bleiben. Mehr noch: Es ist sogar zu befürchten, daß die Zentralregierung hinter den 1975 erreichten Stand der Provinz-Autonomie zurückgehen will. Premierminister Wingti will das föderale System des Landes, das seiner Ansicht nach seinerzeit "nur durch die Erpressung einer Provinz, Bougainvilles, zustande gekommen" sei, ganz abschaffen, was allerdings bei zahlreichen Provinzen zu heftigen Protesten geführt hat (45).

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Friedensgespräche als Spiel gesehen werden, daß tatsächlich aber eine "militärische Lösung" gesucht wird. Ein wichtiger Argumentationsstrang, der das legitimieren soll, ist

folgender: Es mag ja sein, daß die politische Führung der BRA eine friedliche Lösung anstrebe, sie könne aber die "kriminellen Elemente" in den eigenen Reihen nicht kontrollieren, und gegen diese helfe nur militärische Gewalt. Die Hoffnung ist, daß die provisorische Regierung und die BRA unter dem Druck der Blockade und der DF zusammenbrechen. Premierminister Wingti hat denn auch mehrfach betont, daß sich die Bougainville-Krise bis Ende des Jahres "erledigt" haben wird und daß dann die Panguna-Mine ihren Betrieb wieder aufnehmen wird (46). Angesichts dessen wirken Äußerungen von Regierungsvertretern, daß die DF nicht wegen einer "militärischen Lösung" auf Bougainville seien, sondern weil sie von der Bevölkerung "eingeladen" worden seien und lediglich auf deren "Bitten" da seien, unglaubwürdig und zynisch.

Doch selbst wenn die DF nominell die Kontrolle über die gesamte Insel wiedererlangen sollten, wird eine Streitmacht wie die BRA in einem nachgerade "klassischen" Guerrilla-Gelände, wie es auf Bougainville gegeben ist, nicht endgültig militärisch besiegt werden können. Insbesondere ist schwer vorstellbar, wie die Sicherheit der Panguna-Mine gewährleistet werden könnte.

Ansatzpunkte einer politischen Lösung

Für Konfliktmanagement und -lösung scheint mittlerweile angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der Konflikteskalation eine Internationalisierung des Problems angebracht. Es sei daran erinnert, daß auch die bisherigen - gescheiterten - Versuche zur Konfliktregelung nur durch Vermittlungsbemühungen von Außen zustande gekommen sind. Ausgehend von den bereits anvisierten "Pan-Bougainvillean"-Friedensgesprächen könnte unter der Schirmherrschaft des Südpazifik-Forums (oder der Vereinten Nationen) eine internationale Konferenz unter Beteiligung von PNG, Vertretern Bougainvilles (NSPNMC und Bougainville Interim Government/BRA) und benachbarter Staaten einschließlich Australien und Neuseeland als den wichtigsten regionalen Mächten, einberufen werden.

Wesentliche Verhandlungsgegenstände der Konferenz müßten sein: a) der zukünftige Status Bougainvilles - autonome Provinz im Staatsverband PNGs, unabhängige Republik oder Teil einer neuzubildenden (Kon-)Föderation; b) die Zukunft der Panguna-Mine; c) die Behebung der ökologischen Schäden auf Bougainville mit internationaler Hilfe.

Voraussetzung für eine solche Konferenz wären ein Waffenstillstand und die Aufhebung der Blockade. Als Vermittler, die das Zustandekommen eines Waffenstillstands und die Einleitung von Friedensgesprächen vorbereiten könnten, bieten sich Kirchenvertreter, die anscheinend das Vertrauen beider Seiten genießen, an. Der Waffenstillstand müßte von einer neutralen peace keeping force, bestehend aus Truppen benachbarter Länder, überwacht werden.

Die Chancen für eine solche politische Lösung stehen allerdings schlecht, solange die Regierung PNGs im Vertrauen auf die eigene militärische Stärke glaubt, einen militärischen "Sieg" erringen zu können. Da diese militärische Stärke ganz wesentlich von der Unterstützung anderer Mächte - insbesondere Australiens - abhängt, müßte auf diese Druck ausgeübt werden, damit sie wiederum Druck auf die Regierung PNGs ausüben. Schön wäre es ja - aber wen kümmert schon das Schicksal von 180.000 "Schwarzhäuten" auf einer abgelegenen Pazifik-Insel?!

Vo

Anmerkungen:

1) Vgl. zum folgenden Brown, M.J.F.: A Development Consequence - Disposal of Mining Waste on Bougainville, Papua New Guinea, in: Geoforum, Vol. 5, 1974, No. 18, S.19-27 und Connell, John: The Panguna Mine Impact, in: Polomka, Peter (ed.): Bougainville: Perspectives on a Crisis. Canberra 1990, S.43-53, besonders S. 52f.

2) Brown, a.a.O., S. 26 und Statement from the Diocesan Priests of Bougainville Diocese, in: Polomka, a.a.O., S. 92-98, hier: S. 97.

3) Zur Bedeutung von Land in der melanesischen Gesellschaft vgl. allgemein Fairbairn, Teó I. J. et.al.: The Pacific Islands: Politics, Economics, and International Relations. Honolulu 1991, S. 26f. sowie Polomka, Peter: Overview: Land as Life, Security and Impediment to Unity, in: ders., a.a.O., S. 1-4, besonders S. 2.

4) S. Brown, a.a.O., S. 25 sowie Connell, a.a.O., S. 49.

5) Vgl. Conell, a.a.O., S. 49

6) Vgl. ebd., S. 44f. sowie Fairbairns et.al., a.a.O., S. 27f. zur Bedeutung ethnischer Differenzen für die Politik im Südpazifik allgemein, und für die Bedeutung der ethnischen Differenzen im Fall Bougainvilles im besonderen s. ebd., S.36 sowie Lawson, Stephanie: Ethnonationalist Dimension of Internal Conflict: The Case of Bougainville Secessionism. Canberra September 1992 (= The Australian National University Peace Research Centre Working Paper No. 121), S.10f.

7) Connell, a.a.O., S. 51.

8) Vgl. Lawson, a.a.O., S. 14.

9) Vgl. Connell, a.a.O., S.44.

10) Vgl. zum folgenden ebd., S. 46f.

11) Zitiert nach: Statement from the Diocesan Priests of Bougainville Diocese, a.a.O., S. 95.

12) Dazu Lawson, S. 13. Erst die Drohung mit der Sezession führte dazu, daß die Zentralregierung für den neuen Staat die Einrichtung von Provinzen mit eigenen Provinzregierungen überhaupt zugestand, vgl. zu dieser damals heiß umstrittenen Frage Premdas, Ralph R.: Decentralisation, Development and Secession: The Case of Papua New Guinea, in: ders./ S.W.R. de Samarasinghe/ Alan B. Anderson: Secessionist Movements in Comparative Perspective. London 1990, S. 141-152, besonders S. 147.

13) Zu dieser ersten Phase intensiver sezessionistischer Bestrebungen auf Bougainville und zur - kurzlebigen - "Republik Nord-Salomonen" - aus der Sicht eines seinerzeit auf seiten Bougainvilles Beteiligten - Havini, Moses: Perspectives on a Crisis (3), in: Polomka, a.a.O., S. 17-27. Vgl. ferner Wallensteen, Peter: Third Parties in Conflict Resolution, in: Lindgren, Karin: States in Armed Conflict 1989. Uppsala 1991, S. 28-42, hier: S. 35f. sowie Premdas, a.a.O., S. 147f. - In der unmittelbaren Vor-Phase der Unabhängigkeit PNGs in der ersten Hälfte der 70er Jahre gab es nicht nur auf Bougainville separatistische Bewegungen, sondern auch in Papua, auf der Gazellen-Halbinsel und den Trobriand-Inseln (Lawson, a.a.O., S.13).

14) S. die Declaration of Independence Republic of Bougainville, in: Polomka, a.a.O., S. 107f.

15) Far Eastern Economic Review, 27.2.1992 (Peaks and valleys. Papua New Guinea's mines face diverse fortunes).

16) Zur Position Australiens im Konflikt s. Smith, Ric: Bougainville and National Unity, in: Polomka, a.a.O., S.69-73.

17) Vgl. ebd., S. 71 sowie Standish, Bill: Bougainville: Undermining the State in Papua New Guinea, Part I, in: Pacific Research, Vol. 2, 1989, No.4, S. 3-5 und S. 10, hier: S. 5, sowie Part II in: ebd., Vol. 3, 1990, No. 1, S. 8-10, hier: S. 9.

18) Archiv der Gegenwart, 3.12.1991, S. 36271.

19) Informationen nach Australian Humanitarian Aid for Bougainville: Action Alert - Australian Soldiers on Bougainville.

20) Smith, a.a.O., S. 71.

21) Standish, Part II, a.a.O., S. 9.

22) Vgl. die widersprüchlichen Berichte über die "Care Centres" in: Stories of Bougainville. Report of Women's Team Visit July 1993, by Brenda Fitzpatrick, World Council of Churches Programme Unit IV. Genf, Juli 1993.

23) S. die Aufstellung ebd., S. 18.

24) Vgl. Standish, Part I, a.a.O., S. 5, sowie Connell, John: Perspectives on a Crisis (4), in: Polomka, a.a.O., S. 28-34, hier: S. 32.

25) Frankfurter Rundschau, 27.11.1990 sowie Financial Times, 27.11.1990, S .4 und 28.11.1990, S. 9.

26) S. Pacific Research, Vol. 5, 1992, No.4, S. 20 (Regional Update).

27) Zum "pay back"-System s. Stories of Bougainville, besonders S. 15 und S. 34.

28) Ebd., S. 42.

29) Vgl. die zahlreichen Berichte ebd., besonders S. 17 und S. 24.

30) S. Lawson, S. 16 sowie International Relations Bulletin, Vol. 1, 1992, No.3, S. 3.

31) Pazifik aktuell, Nr. 18, Februar 1993, S. 5.

32) Davon 200 in Lagern des Roten Kreuzes, die übrigen sind bei Verwandten untergekommen, s. Stories of Bougainville, S. 27.

33) S. Pacific Research, Vol. 5, 1992, No. 4, S. 20.

34) S. Neue Zürcher Zeitung, 14.4.1993.

35) Pacific Research, Vol.6, No.3, August 1993, S. 20.

36) Standish, Part II, a.a.O., S. 10.

37) Vgl. den Bericht des einzigen Überlebenden eines solchen Massakers in Stories of Bougainville, S. 25ff.

38) Vgl. zum folgenden: Extract from the North Solomons Provincial Government Provincial Select Committee Report on the Bougainville Crisis, May 1989, in: Polomka, a.a.O., S. 83-85.

39) Vgl. Standish, Part I, a.a.O., S. 5.

40) S. Statement from the Diocesan Priests of Bougainville Diocese, in: Polomka, a.a.O., S. 92-98.

41) Vgl. hierzu und zum folgenden Wallensteen, a.a.O., S. 37ff.

42) S. Endeavour Accord on Dialogue and Return of Services to Bougainville, in: Polomka, a.a.O., S. 109f.

43) Das Übereinkommen stellte die Rücknahme der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, die Aufhebung der Blockade und die Lösung des umstrittenen Problems der Polizeikräfte sowie Verhandlungen über die zentralen Fragen des Konflikts - Zukunft der Panguna-Mine, künftiger Status Bougainvilles im Staatsverband PNGs - in Aussicht,

44) Stories of Bougainville, S. 37 und S. 41.

45) Pazifik aktuell, Nr. 18, Februar 1993, S.1.

46) Ebd., S. 5.

30. Zwei Neuerscheinungen zu Leo Trotzki

Ein Buch von Mandel und ein Sammelband

Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:17

Der Autor und sein Protagonist: Ganz beiläufig erwähnt Ernest Mandel in einer Fußnote auf Seite 78 des Buches, wie er mit Leo Trotzki in Berührung kam und begann, mit dem Trotzkismus zu sympathisieren. Es waren die Jahre des Spanischen Bürgerkriegs und der Moskauer Schauprozesse; Trotzki selbst wurde von der kommunistischen Presse weltweit auf beispiellose Art und Weise verleumdet. Zugleich war in der sowjetischen Hauptstadt die ganze "alte Garde" der bolschewistischen Partei angeklagt worden, im Solde der Nazis zu stehen und Tausende von Attentaten auf die Sowjetmacht und ihre Repräsentanten geplant oder verübt zu haben.

In Mexiko, Trotzkis letztem Exil, trat 1937 eine Kommission unter dem Vorsitz des Philosophen John Dewey zusammen, um in einer Art Gegenprozeß alle Vorwürfe der Stalinschen Justiz zu prüfen und ein eigenes Urteil zu fällen. Das ganze vom sowjetischen Geheimdienst, von Staatsanwalt Wyschinski und Militärrichter Ulrich aufgetürmte Lügengebäude wurde als solches enttarnt. Dies kam einem bedeutenden moralischen Sieg über den stalinschen Repressionsapparat und seine Propagandamaschinerie gleich. Neben Trotzki sprach die Dewey-Kommission auch Bucharin, Rykow, Pjatakow, Radek und alle anderen angeklagten Revolutionäre, die in den GPU-Kerkern zum Teil phantastische "Geständnisse" abgelegt hatten, von dem Vorwurf der "konterrevolutionären Tätigkeit" und "Sabotage" frei.

In Antwerpen, wo Ernest Mandel zusammen mit seinen Eltern lebte, bildete sich - ähnlich wie in einigen weiteren europäischen Städten - eine Art Unterausschuß der zentralen Dewey-Kommission. Der gerade dreizehnjährige Ernest, dessen Vater schon in einer Organisation belgischer Trotzkisten aktiv war, begann, sich für die Tätigkeit des Antwerpener Komitees zu interessieren.

Die Moskauer Prozesse und der Spanische Bürgerkrieg müssen für Ernest Mandel Erfahrungen gewesen sein, die man prägend nennen darf. Offenbarten sich doch damals in der sowjetischen Hauptstadt ebenso wie in Barcelona und Madrid einige Grundzüge des Stalinismus. Der "Vater der Völker" Josef Stalin, der sich im eigenen Land mit terroristischen Methoden (politischer Genozid) an der Macht hielt, löschte mit dem Leben der alten Bolschewiki auch die Erinnerung an die revolutionäre Vergangenheit des Sowjetstaats aus. Im Ausland verbündete er sich mit den konservativsten Schichten der Arbeiterbürokratie und des republikanischen Bürgertums - Trotzki sprach vom "Schatten der Bourgeoisie". Stalins Volksfronten, so sehr sie punktuell mit einer antifaschistischen Massenmobilisierung einhergingen, waren doch auch und vor allem gegen die proletarischen Avantgarden und deren Organisationen (Anarchisten, linke Sozialisten, die POUM in Katalonien) gerichtet.

Ernest Mandel, der ursprünglich vor allem Volkswirtschaftslehre studieren wollte, wuchs in dieser politischen Atmosphäre auf. Seine Bücher knüpfen an eine subversive und revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung an, wie sie in vielen Ländern zwischen 1917 und 1939 zunächst auflebte und dann erlosch oder erstickt wurde. Mandels ungemein kenntnisreichen Texten merkt man die starke, gleichwohl nie unkritische Identifikation ihres Verfassers mit jener Generation der Bolschewiki an, die ausgerottet wurde, als er selbst noch ein Kind war. Die Bücher beziehen ihre Überzeugungskraft aus der Tatsache, daß Mandel zu den belesensten Marxisten überhaupt gehört.

Dennoch vermag der unter dem Titel "Trotzki als Alternative" im Dietz-Verlag erschienene Band nicht immer zu überzeugen. So fällt es schwer, in der "Entdeckung des Gesetzes der ungleichen und kombinierten Entwicklung" gleichsam Trotzkis "großartige theoretische Leistung" zu sehen. Schon E.H. Carr, Verfasser der umfangreichsten auf dem Markt erhältlichen Geschichte Sowjetrußlands, fragte sich vor vielen Jahren, was das eigentlich seien, "historische Gesetze". Wäre es nicht spätestens nach dem Zusammenbruch des Nominalsozialismus sowjetischer Prägung angebracht, auf die Bezeichnung "Gesetze" für gesellschaftliche Entwicklungen zu verzichten?

Trotzki, der historische Lew Dawidowitsch Bronstein und nicht der Entdecker oder Verkünder irgendwelcher "Gesetze", verallgemeinerte ein Geschehen, das in seiner vorwärtstreibenden Dynamik mindestens ebenso

atemberaubend war wie die Ereignisse seit 1989. Die russische Revolution von 1905, die rasch darauf folgenden Umwälzungen in China, Persien und in der Türkei, die bewaffneten Konflikte in Nordafrika und auf dem Balkan, schließlich der Erste Weltkrieg - wieviel intellektuelle Energien waren notwendig, um solche Geschehnisse adäquat theoretisch zu verarbeiten? Die schier unentwirrbare Gemengelage des zaristischen Rußland mit seinen modernen Arbeiterstädten und dem ausgedehnten agrarischen Hinterland, mit seinen schroffen Übergängen von der europäischen Zivilisation zur zaristischen Barbarei - wieso schaffte es gerade Trotzki, Ereignisse und Strukturen seiner Zeit "für ewig" in eine Reihe einprägsamer Formeln zu fassen?

Mandels Buch bietet eine solide Einführung in das politische Denken und Handeln des russischen Revolutionärs. In zwölf Kapiteln behandelt der Verfasser Trotzkis Platz im 20. Jahrhundert, seinen Internationalismus, den Kampf der linken Opposition gegen die stalinistische Bürokratie, ihre alternative Wirtschaftsstrategie für die Sowjetunion. In der Linken immer wieder diskutierte Fragen wie die des Verständnisses von Selbstorganisation der Klasse und Vorhutpartei werden ebenso gestreift wie der Themenkomplex "nationale Frage" und "Judenfrage".

Last but not least findet sich ein Kapitel über den Menschen Lew Dawidowitsch Bronstein, in dem Mandel viele Klischees und Gemeinplätze beiseite räumt. Der belgische Marxist schließt sein Buch über Trotzki mit den Sätzen: "Nach sechzig Jahren Lügen und Verleumdungen, nach fünfzig Jahren Schweigen: Die Mühlen der Geschichte mahlen langsam, aber sie mahlen. Angesichts dessen, was sich gegenwärtig abspielt, zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß die Geschichte Trotzki volle Gerechtigkeit widerfahren läßt."

Ähnlich vielseitig wie Mandels Buch, wenn auch mit einem anderen historisch-politischen Hintergrund, präsentiert sich der von Theodor Bergmann und Gerd Schäfer herausgegebene Sammelband "Leo Trotzki - Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft". Er umfaßt 28 Beiträge von Historikern, Politik- und Sozialwissenschaftlern zum internationalen Trotzki-Symposium (Wuppertal, 26.-28. März 1990). Schon allein das Datum markiert eine Situation neuer Umbrüche, und es ist daher nicht verwunderlich, daß manche Autoren sich die Mühe machten, die "Mühlen der Geschichte" bis aufs kleinste Zahnrad noch einmal genau zu untersuchen.

Marcel van der Linden vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) wirft die Frage nach der "Zeitperspektive in Trotzkis Theorie des degenerierten Arbeiterstaats" auf. Monty Johnstone, Trotzkismus-Experte der britischen KP, gibt eine "kritische und selbstkritische Einschätzung" jener Debatte, die einst Trotzki und Bucharin/Stalin voneinander trennte: die Debatte um den "Sozialismus in einem Lande". Johnstone weist darauf hin, daß die Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse sich in einigen Ländern Osteuropas (vor allem in Ungarn) genauso vollziehe, wie Trotzki es vorhergesagt habe: Teile der Nomenklatura eignen sich einzelne Betriebe, Firmen oder Kombinate an.

Es steht außer Zweifel, daß der von Bergmann und Schäfer herausgegebene Band das Beste enthält, was die Trotzki-Forschung der letzten Jahre zusammentragen konnte. Um so bedauerlicher ist es, daß einige Beiträge arg zusammengestrichen wurden, so daß der ursprüngliche Argumentationsgang kaum wiederzuerkennen ist. Um alle auf dem Symposium vorgelegten Papiere vollständig zu veröffentlichen, hätten die Herausgeber das Material auf zwei Bände verteilen müssen. Welcher Verleger hätte das schon mitgemacht?

Oft genug sind die Einzelbeiträge ohnehin nur Ausgangspunkte zur Weiterarbeit. So verweist Catherine Merridales Text "Trotzki und der Trotzkismus in Moskau 1924-1932" auf ihr hervorragendes Buch über die Geschichte der Moskauer Parteiorganisation der KPdSU in den zwanziger und dreißiger Jahren, Enzo Traversos "Leo Trotzki - der Lebensweg eines nicht-jüdischen Juden" auf das demnächst ebenfalls bei Decaton erscheinende Buch desselben Verfassers über "Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943)".

rwö

Ernest Mandel; Trotzki als Alternative,

Dietz-Verlag, Berlin 1992, 252 Seiten, 38 Mark

Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hg.); Leo Trotzki - Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft, Decaton Verlag, Mainz 1993,

356 Seiten, 39,80 Mark

31. "Schlimmer als mit Waffen ..." Wirtschaftsund Währungskrieg der irakischen Regierung

Selbstorganisation in der Selbstverwaltung Südkurdistans

Autor: Milena Ergen · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:04

Im folgenden veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der Autorin zwei Kapitel aus dem im Januar erscheinenden Buch "Wie teuer ist die Freiheit?". Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Republik 1991-1993 von Milena Ergen. Neuer ISP-Verlag. Ca. 160 Seiten. Ca. 19,80 DM. ISBN 3-929 008-56-4.

"Wir waren gut auf den Aufstand vorbereitet, aber nicht auf das ‚danach`. Und wir haben eines übersehen oder besser gesagt nicht sehen wollen; das, was die Bevölkerung vereinigt hat, und dahin gebracht hat sich so geschlossen am Aufstand zu beteiligen, war die Auflehnung gegen die Kurdenpolitik des Baath Regimes, gegen die nationale Unterdrückung, gegen die Anfal (1), und es war nicht die Vision von einer veränderten Gesellschaft. Wir haben die Räte gegründet und wollten unsere Inhalte, das heißt, die einer nicht kapitalistischen Gesellschaftsordnung, den Menschen in dem Moment vermitteln, in dem wir gemeinsam gekämpft haben. Das ist sehr schnell nach hinten losgegangen. Erstens hatten wir keine Strukturen, die Verwaltung und vor allen Dingen die Verteidigung der Region nach dem Aufstand zu übernehmen, zweitens haben wir auch politisch an dem Großteil der Leute vorbeigeredet."

Diese Selbstkritik stammt von einem Lehrer aus Rania, mehr als ein Jahr nach dem Volksaufstand. Die Stadtteil- und Fabrikräte, die einen großen Teil des Aufstandes im Süden der kurdischen Region getragen hatten, hatten nicht sehr lange überlebt. Die Rätebewegung hatte in der politischen Auseinandersetzung innerhalb der selbstverwalteten Region kaum noch eine Rolle gespielt. Obwohl auch die etablierten kurdischen Parteien gegen die Räte vorgegangen waren, machen heute viele Mitglieder der Bewegung - unter anderem - eigene Fehler für deren Scheitern verantwortlich. Hinzu kam, daß in einer Kriegssituation, die ja mit dem Aufstand nicht beendet wurde, die Bevölkerung ihr Vertrauen in die Verteidigung durch die bewaffneten Kräfte der kurdischen Parteien setzte. Die Frage nach einer "außerparlamentarischen Linken" in der selbstverwalteten Region, also einer Kraft, die in erster Linie Widersprüche innerhalb der kurdischen Strukturen aufgreift, wurde so lange Zeit eher mit resignativem Schulterzucken beantwortet.

Politische Auseinandersetzungen, die wirklich in der Gesellschaft verwurzelt waren, verliefen eher entlang der Linie Autonomie oder föderatives System und weniger an Fragen sozialer Gerechtigkeit innerhalb Kurdistans. Zumindest innerhalb des Parlaments herrschte Konsens darüber, daß der erste Schritt in der kurdischen Entwicklung nur in der Hinwendung zur privaten Wirtschaft mit kurdisch-ausländischen joint ventures erfolgen könne. Die logische Schlußfolgerung daraus ist die, daß Maßnahmen, die eine eher abschreckende Wirkung auf solche joint ventures haben könnten, ausbleiben sollten. Das gilt für die kurdische Bourgeoisie sowie für internationale Investoren, deren "Einstieg" in Kurdistan auch unter günstigen innenpolitischen Bedingungen alles andere als gesichert ist und denen vorerst die UNO-Barriere im Weg steht.

Die kurdische Gesellschaft ist trotz äußerer Bedrohung nicht ohne innere Reibung. Wie sich zum Beispiel die Antwort der Bauern in der Pijder Region auf die dortigen Agas im nächsten Sommer gestalten wird, ist noch ungewiß. Vom Januar bis Juli 1992 war es z.B. in Hewler zu einem auch innerhalb der kurdischen Region wenig bekannten, dafür aber um so zäheren Arbeitskampf gekommen: 308 NachtschichtarbeiterInnen der zweitgrößten Hühnerfarm Kurdistans in Hewler hatten sich monatelang gegen die vorsintflutlichen Arbeitsbedingungen gewehrt. Die Farm war im Rahmen der Privatisierungsbestrebungen des Baath Regimes 1988 in Privatbesitz übergegangen - was eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge hatte. Der neue Besitzer, der noch eine weitere Fabrik in Bagdad betreibt, zahlte für sieben Tage Nachtschicht á neun Stunden 180 Dinar - was schon vor dem Aufstand unverschämt niedrig war, bei der galoppierenden Inflation danach endgültig nicht mehr tragbar war. Neben höheren Löhnen forderten die ArbeiterInnen einen freien Tag pro Woche, soziale Einrichtungen wie Kantine oder Kinderkrippe - in den Farmen sind zu 80% Frauen beschäftigt - und zusätzliche Einstellungen, da bei kürzeren Arbeitszeiten und Urlaubstagen die Arbeitskräfte nicht ausreichen würden. Einem ersten Kompromiß im Februar - 50 Dinar mehr und drei freie Tage im Monat - folgten Entlassungen der "RädelsführerInnen" im Mai, Lohnkürzungen und als Folge davon ein Streik, der bis Mitte Juni dauerte und mit zwei Demonstrationen vor das Parlament endete. Vermittlungsversuche seitens

einiger Parlamentarier hatten keinen großen Erfolg. "Das Parlament will kurdische Unternehmer nicht verärgern", kommentiert ein Mitglied des neunköpfigen Arbeiterrates der Hühnerfarm. "Ahmet Ismail, der Besitzer der Farm verkauft ja auch seine Hühnchen und Eier nach Bagdad, weil ihm das mehr einbringt und kann das tun, solange er an die Regierung seinen Zoll bezahlt. Wenn man ihn nicht einmal zwingen kann, seine Hühner hier zu lassen, weil auch wir hier alle dringend Lebensmittel brauchen, wer soll ihn denn dann dazu bringen, seinen Arbeitern mehr zu bezahlen?" Die ArbeiterInnen brachten ihn dazu, indem sie beharrlich weiter streikten. Siegesstimmung herrscht aber nach dem Abschluß nicht. Der Monatslohn beträgt jetzt 250 Dinar, aber die "RädelsführerInnen", unter ihnen alle Mitglieder des Arbeiterrates, blieben entlassen.

Über den Arbeitskampf in der Hühnerfarm berichtete nur die Zeitung der "Partei der Werktätigen", die Arbeiter selber verfügten nicht über genügend Geld, Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Dieser Arbeitskampf zog schon aus einem sehr praktischen Grund keine weiteren mehr nach sich; mangels Rohmaterial mußten nämlich zahlreiche Fabriken in der zweiten Hälfte von 1992 ihre Arbeit ganz einstellen. Um so weitere Verbreitung fand dagegen ein neuer Ansatz von Selbstorganisation außerhalb der etablierten kurdischen Parteien: Im November 1992 wurde die Union der Arbeitslosen gegründet.

"Ohne Übertreibung können wir sagen, daß heute 70-80% der arbeitsfähigen kurdischen Bevölkerung arbeitslos sind", erklärt einer der Sprecher des Büros in Sülaymania. "In der kurdischen Gesellschaft haben wir keine Fürsprecher außer uns selbst. Wir haben hier im Büro Listen ausgelegt, in die sich jeder oder jede Arbeitslose eintragen kann. Einmal in der Woche halten wir eine Vollversammlung ab, auf der auch die jeweiligen Sprecher gewählt werden. Einen Vorstand haben wir nicht. Jeder, der arbeitslos ist und für seine Rechte eintreten will, kann sich eintragen und an den Versammlungen teilnehmen. Wir legen allerding größten Wert darauf, allen, die neu dazukommen, klarzumachen, daß wir kein Dienstleistungsbetrieb sind und auch kein Bettelverein. Zuerst hat Saddam uns beigebracht, die Hand aufzuhalten und dann ist durch die internationale Hilfe diese Haltung weiter gefördert worden. Wir fordern Arbeit, keine Almosen. Unsere Forderungen an die Regierung und die internationalen Organisationen sind Arbeitsplätze zu schaffen, nicht, uns zu beschenken. So versuchen wir, mit jedem und jeder, die zu uns kommen, über Sinn und Unsinn der aktuellen Politik und Hilfe zu reden. Die Regierung und auch die UNO sind für uns Ansprechpartner, aber wir wollen sehr genau diskutieren, mit welchen Forderungen wir an sie herantreten."

Einen ähnlichen Ansatz vertritt auch der Sprecher der "Flüchtlings-Union Kurdistan", einer ebenfalls relativ jungen Selbstorganisation, in der sich Binnenflüchtlinge aus den immer noch irakisch kontrollierten Gebieten zusammengeschlossen haben. Wie die Union der Arbeitslosen, hat auch die Flüchtlings-Union keinen festen Vorstand sondern Sprecher, die in regelmäßigen Abständen von den verschiedenen Vollversammlungen in den jeweiligen Regionen bestimmt werden. Einer der Gründe für das Zustandekommen der Flüchtlings-Union war eine sehr konkrete Kritik an der aktuellen Flüchtlingspolitik der kurdischen Regierung: "Für die Flüchtlinge, die nicht in ihre Regionen zurückkehren können, hat die Regierung bestimmte Unterkünfte vorgesehen. Dabei handelt es sich meistens um ehemalige Militärunterkünfte, die außerhalb der Städte liegen. Das ist für die meisten von uns unzumutbar. In den Städten können wir wenigstens als Tagelöhner Arbeit finden und ein bißchen Geld verdienen. Aber diese Unterkünfte sind auch nicht besser als die Sammellager zu Saddams Zeiten. Sie sind von allem abgeschnitten. Wer dort hingehen will, der kann das ja tun, aber wir fordern auf jeden Fall, daß auch wir Flüchtlinge frei wählen können, wo wir leben wollen. Die Regierung sieht aber vor, den Zugang zur Lebensmittelverteilung davon abhängig zu machen, daß die Flüchtlinge in den Sammellagern wohnen. Das ist für uns untragbar, jeder Flüchtling muß seine Ration Lebensmittel bekommen, egal wo er sich aufhält. Wir müssen lernen, daß wir auch als Flüchtlinge Rechte haben, die wir einfordern können und nicht um Almosen im übertragenen oder direkten Sinn betteln."

Beide Organisationen haben an reellen Brennpunkten der kurdischen Gesellschaft angesetzt. Die ca. 300.000 Binnenflüchtlinge, die heute noch in der selbstverwalteten Region in Zelten, Hotels und ehemaligen staatseigenen Gebäuden leben, sind sogar bei ihren kurdischen Landsleuten nicht immer gerne gesehen. In dem Maße, in dem sich die ökonomische Situation immer weiter verschlechtert, werden sie immer mehr, als potentielle Konkurrenten um die mageren Fleischtöpfe - oder besser Mehlsäcke, von Fleisch ist schon lange nicht mehr die Rede - angesehen. Zwar würde ihnen niemand das Recht absprechen, sich in der "realtiv sicheren" Region niederzulassen, aber - "doch bitte woanders, nicht grade bei uns in der Nachbarschaft."

Auch der Kampf um die immer weniger werdenden Arbeitsplätze wird sich solange weiter zuspitzen, wie das UNO-Embargo jeden Import von Maschinen und Rohmaterialien nach Kurdistan verhindert.

"Selbstorganisation, wie wir sie hier praktizieren wollen, hat es unter dem Baath Regime nicht gegeben, jetzt haben wir die Möglichkeit, uns offen zu organisieren. Damit fangen wir dort an, wo es am nötigsten ist. Auch wenn es sich dann gegen die Regierung richtet", erklärt ein Sprecher der Arbeitslosen-Union. Er selbst war während des Aufstandes Mitglied der Rätebewegung gewesen und ist sich sehr wohl bewußt, wie schwer ein wirklich emanzipatorischer Ansatz zu verwirklichen sein wird. "Die meisten Leute kommen aus Verzweiflung hierher, nicht weil sie klare Ideen zur Durchsetzung ihrer Rechte haben." Tatsächlich berichten viele Männer und Frauen, die im Büro der Union ein und aus gehen, daß sie sich eingeschrieben haben, nachdem sie "bis auf Tür- und Fensterrahmen alles Inventar zu Hause verkauft hatten".

Die Menschen, die mehr als ein Jahr zuvor auf Demonstrationen noch "Yes Yes Bush" gerufen und der UNO zugejubelt haben, die mit Begeisterung bei der ersten kurdischen Wahl ihre Stimme abgegeben hatten, sind in diesem Winter enttäuscht. Die Absichten - vor allem des westlichen - Auslandes und die Möglichkeiten der eigenen Regierung werden nun nüchterner eingeschätzt. Die Erfahrung, daß niemand bereitsteht, den Kurden über die "Mühen der Ebene" hinwegzuhelfen macht sich breit. Liegen da die Chancen der Selbstorganisierung? "Vielleicht", antwortet der Sprecher der Arbeitslosen-Union. "Auch wir können nicht aus dem Nichts eine Lösung zaubern und wir können die bestehenden politischen Kräfte nicht ignorieren. Genau an sie, die kurdische Regierung und die Weltöffentlichkeit werden wir auch unsere Forderungen richten. Die Frage ist, ob wir genug innenpolitischen und internationalen Druck erzeugen können."

Anmerkungen:

(1) Anfal ("Beute") war der Name der geheimdienstlichen Operation des Iraks gegen die Kurden, die am 23. Februar 1988 begann und ein halbes Jahr später am 6. September beendet wurde. Siehe auch Artikel dazu in ak 360 vom 16.11.93

32. Castros schwerster Kampf: Die cubanische Perestroika

Statt Sozialismus oder Tod: Von China lernen heißt siegen lernen?

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:11

Die Prognose sei gewagt: Weder die ExilcubanerInnen noch die interne Opposition, sondern die Kommunistische Partei Cubas (PCC) wird die bestimmende politische Kraft der nächsten Jahre bleiben und die Karibikinsel in den kapitalistischen Weltmarkt integrieren. Zwar läßt sich nicht vorhersagen, welche Auswirkungen die zahlreichen Reformen der letzten Monate haben werden; die PCC erweckt aber den Eindruck, daß sie trotz der immensen Schwierigkeiten handlungsfähig und nach wie vor der beste Garant für einen sozial abgefederten Übergang zu einer gemischten Wirtschaft ist, in der viele Menschen aus dem geregelten Produktionsprozeß herausfallen werden. Die schrittweise Einführung marktwirtschaftlicher Elemente ohne repräsentativ-demokratische Legitimation erinnert manche BeobachterInnen an das chinesische Modell. Doch dieser Vergleich soll hier nicht vertieft werden. Vielmehr wird der beginnende cubanische Transformationsprozeß nachgezeichnet und auf mögliche Auswirkungen hin untersucht.

Die Jahre 1989 bis 1992 waren vor allem durch Versuche geprägt, den Außenhandel neu zu organisieren, die Exportproduktion zu erhöhen und ausländisches Kapital ins Land zu ziehen (Tourismus, Erdöl, Nickel usw.). Ökonomische Reformen in den Bereichen der Konsumgüterindustrie, der landwirtschaftlichen Produktion, der Geldstabilität und der privaten Dienstleistungen waren, offiziell zumindest, kein Thema. Das katastrophale Ergebnis der diesjährigen Zuckerernte (zunächst bekanntgegebenes Defizit von 450 Mio. Dollar) hat alle Hoffnungen zunichte gemacht, durch Exporterlöse Impulse für den Binnenmarkt auszulösen. Weitere Rückschläge bestanden in Preiseinbrüchen bei Nickel, Langusten und Garnelen sowie in "Jahrhundertunwettern" im März und im Juni. Die Verantwortlichen reagierten darauf mit einer Reihe von Maßnahmen, die eine Abkehr von bisher gültigen Grundsätzen darstellen. Grundlegender wirtschaftlicher Wandel bei größtmöglichem Erhalt sozialer Errungenschaften unter Beibehaltung der Einparteienherrschaft - das ist der kleinste Nenner, mit dem sich die Entwicklung der vergangenen Monate beschreiben läßt.

4,2 Mio. Tonnen - das war die schlechteste Zuckerernte seit 1963. Wie konnte es dazu kommen? Statt der benötigten 800.000 Tonnen Dünger standen nur 120.000 zur Verfügung. Auch andere wichtige Hilfsstoffe konnten nur zu einem Drittel der benötigten Mengen eingesetzt werden: Diesel und Benzin, Herbizide, Reifen, Ersatzteile für die Fabriken und landwirtschaftlichen Maschinen, Batterien. Der Winterhurrikan vom 13. März verursachte weitere schwere Schäden auf den Feldern. Die geernteten 4,2 Mio. Tonnen wurden vorrangig dazu eingesetzt, um die "Öl gegen Zucker"-Vereinbarung mit Rußland zu erfüllen. Lieferverträge mit dem Iran, Südkorea, Marokko, Kasachstan, China (700.000 Tonnen), Kanada und Japan konnten hingegen z.T. nicht erfüllt werden. Ende Juli gab José Luis Rodriguez, stellvertretender Direktor des Centro de Estudios sobre América (CEA), bekannt, daß die schlechte Ernte durch gestiegene Weltmarktzuckerpreise praktisch ausgeglichen worden sei (Latin American Weekly Report, 29.7.93). Dennoch wird das Importvolumen für 1993 mit 1,7 Mrd. Dollar einen neuen Tiefststand erreichen (1992: 2,2 Mrd.; 1989: 8 Mrd., ND 31.8.93). Das sind 450 Mio. Dollar weniger als für dieses Jahr vorgesehen.

Perestroika Cubana:

Ausweg aus der Krise?

Auf den Schock der katastrophalen Zuckerernte reagierte die cubanische Regierung Ende April zunächst mit Restriktionen. Wegen des anhaltenden Energiemangels wurde die Kapazität des öffentlichen Nahverkehrs der Hauptstadt um zwei Drittel verringert. Mit Hilfe eines Arbeitsplatzverschiebungsplan sollte der Transportbedarf vermindert werden. Nur wer zu Fuß oder mit dem Rad zu seiner Arbeitsstelle gelangt, dürfe dort weiter beschäftigt werden. Die anderen seien auf Arbeitsplätze in der Nähe der Wohnung umzusetzen oder mit 60-70 Prozent des Lohnes nach Hause zu schicken. Die Altersgrenze für den freiwilligen vorzeitigen Ruhestand wurde für Frauen auf 50 Jahre (bisher 55) und für Männer auf 55 Jahre (60) gesenkt. Hierbei werden 60 Prozent der bisherigen Bezüge ausgezahlt (El Pais, 1.5.93).

Doch neben diesen eher hilflos anmutenden Maßnahmen wurden von der Regierung ohne begleitende öffentliche Diskussion Reformen vorbereitet, die die cubanische Gesellschaft nachhaltig verändern werden. Die Grundlage dazu wurde offensichtlich vom cubanischen Centro de Estudios sobre América (CEA) erarbeitet, das Ende 1992 eine Untersuchung vorlegte (siehe Kasten), in der die Schwächen der cubanischen Wirtschaft klar benannt und Reformvorschläge unterbreitet wurden.

Anfang Juli wurde mit der Umsetzung begonnen. Zunächst erfuhren die Parteikader, daß eine Entkriminalisierung des Devisenbesitzes bevorstehe. Castro wies darauf hin, daß dafür ein hoher politischer und sozialer Preis (soziale Differenzierung der Gesellschaft, Privilegien für wenige) zu zahlen sei, daß aber keine Alternative dazu bestünde. Am 16.7. kündigte Vizepräsident Carlos Lage vor ausländischen Geschäftsleuten die unmittelbar bevorstehende Aufhebung des Verbots an. (LA Weekly Report, 29.7.93)

Die Legalisierung des Dollarbesitzes soll nach dem "Inter-Shop-Prinzip" eine zusätzliche Einnahmequelle für den Staat eröffnen. Neben der Abschöpfung der illegal im Lande zirkulierenden Dollarmenge sollen ExilcubanerInnen ermutigt werden, verstärkt Devisen an ihre Verwandten auf der Insel zu schicken. Die USA gestatten zwar bisher lediglich die Überweisung von 900 Dollar pro Jahr und Person (nach anderen Angaben 1.200 Dollar), aber schon dadurch gelangen jährlich etwa 300 Mio Dollar auf die Insel. Optimisten gehen davon aus, daß sich diese Zahl auf 1 Mrd. Dollar jährlich erhöhen könnte. Ein Teil davon wird zukünftig als Staatseinnahmen zu verbuchen sein, da diese Gelder jetzt in den Dollarshops umgesetzt werden können. (FR, 11.9.93) In dieselbe Richtung zielt auch die Erhöhung der Zahl der Einreisevisa für ExilcubanerInnen von 90 auf 500 je Woche. Erste Meldungen (ND, 3.8.93) sprachen von einem regelrechten Ansturm auf die Flugtickets.

War zunächst von Tausenden von CubanerInnen berichtet worden, die sich vor den Devisenläden der Hauptstadt stauten (ND, 31.7./1.8.93), so wurde die Freude über die neuen Konsummöglichkeiten allerdings sogleich getrübt, als "Cubalse", der Betreiber der Dollarshops, sämtliche Preise um 50 Prozent erhöhte. Wie sich das künftige Nebeneinander von mindestens drei Märkten (Dollarshops, Schwarzmarkt und Bezugsscheinsystem) weiter entwickeln wird, ist ungewiß. Wahrscheinlich werden viele Waren aus den Dollarshops auf dem Schwarzmarkt landen, wo sie mit Gewinn an diejenigen weitergereicht werden, die über keine eigenen Dollareinkünfte verfügen. Welche Auswirkungen die Dollarfreigabe auf die bestehenden Arbeitsverhältnisse haben wird, ist ebenfalls schwer vorhersehbar. Durchschnittliche Monatseinkünfte von 300 Pesos (inoffiziell 6 Dollar) könnten viele CubanerInnen dazu bewegen, ihre regulären Jobs aufzugeben und in die Grauzone der Dollarjäger einzutauchen. Castro-feindliche BeobachterInnen wie der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (28.7.93) oder Rita Neubauer (FR, 29.7. und 11.9.93) hoffen, daß mit dem Wegfall des staatlichen Arbeitsmonopols auch die angeblich damit verbundene politische Kontrolle über die Bevölkerung ins Wanken gerate und der Umsturz damit beschleunigt werde. Schwerwiegender erscheinen mir die möglichen Auswirkungen auf diejenigen, die bisher loyal zum Staat standen und sich nicht an der Jagd nach Devisen beteiligt haben. Ihnen muß es wohl jetzt so erscheinen, daß sich Schwarztausch, illegaler Verkauf von Zigarren, Rum etc. und Prostitution letztlich doch ausgezahlt haben. Sie selber hingegen sind, was die Konsumseite angeht, die Gelackmeierten. Besonders gefährlich kann sich dieses Problem in der Staats- und Parteibürokratie auswirken. Weil die dort Beschäftigten keinen legalen Zugriff auf Dollars haben, wird die Korruption möglicherweise stark zunehmen. Dies wiederum würde dem Ansehen der PCC in der Bevölkerung schweren Schaden zufügen.

Binnenmarktstimulation,

Landwirtschaftsreform

und joint ventures

Die Dollarfreigabe war jedoch nur der Auftakt zu weitergehenden Reformen. Per Gesetz erlaubt ist seit dem 9. September die Gründung privater "Ein-Mann-Unternehmen" in den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Handwerk. Kriterium für die Zulassung ist die "Nützlichkeit für die Bevölkerung". Gedacht ist an Schuhproduktion, Brillen- oder Uhrenreparatur oder an den Betrieb von Pferdekutschen. (ND, 12.10.93) Insgesamt sind über 100 Berufsgruppen definiert worden. Staatsangestellte und Akademiker dürfen sich nicht selbständig machen. Medizinische Dienstleistungen und das Bildungswesen bleiben ebenfalls staatliches Monopol. (FR, 11.9.93) Den Selbständigen wird es nicht erlaubt sein, Personal einzustellen. Zu den

zugelassenen Tätigkeiten zählt auch das Ernten und der Verkauf landwirtschaftlicher Produkte. Dies kommt einer Legalisierung des Schwarzmarktes für Lebensmittel gleich. Erwartet werden eine Verbesserung des Warenangebots und ein niedrigeres Preisniveau der nun nicht mehr illegal angebotenen Waren. (LAWR, 29.7.93)

Das vor fünf Jahren eingeführte programma alimentario (pa), das die landwirtschaftliche Produktion stimulieren sollte, hat sich offensichtlich als Fehlschlag erwiesen. Leo Burghardt (ND, 28.7.93) charakterisiert die Schwachstellen so: "Die Bauern müssen weiter auch anbauen, was in diesem Klima schnell verdirbt (Kopfsalat z.B.) oder von den Cubanern nicht angenommen wird (Mohrrüben etwa). Für ein ordentliches Angebot fehlt es an Fahrzeugen, an Treibstoff, an Kühlanlagen und bei den mit mageren Festgehältern entlohnten Angestellten der Staats- und Genossenschaftsbetriebe meist auch am Antrieb, etwas über die ohnehin eigenmächtig stark verkürzte Arbeitszeit hinaus zu tun." Das Scheitern des pa zeigt, daß Programme, die auf kapitalistische Stimulationen verzichten, nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie durch einen massiven staatlicherseits bereitgestellten Ressourceneinsatz (Maschinerie, Düngemittel, Transport- und Lagerkapazitäten, Treibstoffe usw.) abgestützt werden. Kann dieser, wie im Fall Cubas, nicht erbracht werden, fällt alles in sich zusammen.

Ein Kurswechsel zeichnet sich daher jetzt auch in der Landwirtschaft ab. Ein Politbürobeschluß vom 15.9. signalisiert behutsame Reformen, bleibt aber deutlich hinter der immer wieder ins Gespräch gebrachten Forderung nach Zulassung freier Bauernmärkte zurück. Vorgesehen ist die Gründung von Genossenschaften (UBPC), denen landwirtschaftliche Flächen, die von Staatsgütern abgezweigt wurden, unbefristet und quasi als Eigentum übergeben werden. Die Kooperativen sind Besitzer ihrer Ernteerträge, werden sämtliche Ressourcen selbst verwalten, über eigene Bankkonten verfügen und steuerpflichtig sein. Andererseits müssen sie nach wie vor bestimmten staatlichen Direktiven gehorchen und ihre gesamte Produktion an den Staat verkaufen. UBPCs, die sich nicht an diese Regeln halten, müssen mit ihrer Auflösung rechnen. Pensionäre und Personen, die sich aus persönlichen Gründen nicht an den regulierten Formen der Landwirtschaft beteiligen können, dürfen jetzt kleine Parzellen (weniger als ein halber Hektar) bisher ungenutzten Landes pachten, um dort Nahrungsmittel für die Selbstversorgung anzubauen. Die Regierung beabsichtigt mit diesen Reformen, daß Verhältnis der ProduzentInnen zu "ihrem Land" zu vertiefen und die Zahl selbständig arbeitender Produktionseinheiten zu vergrößern. Bereits im vergangenen Jahr war ein Teil der großen staatlichen Zuckerplantagen in kleinere Einheiten aufgeteilt und unter permanente Verantwortung einer festen Gruppe von Arbeitenden gestellt worden. (LAWR, 30.9.93)

Innerhalb weniger Wochen sind 1.546 Genossenschaften gegründet worden (ND, 1.11.93). Da die bisherigen Informationen noch nicht klar erkennen lassen, welche Verdienstmöglichkeiten real gegeben sind, muß abgewartet werden, ob mit diesen Entscheidungen schon der Durchbruch in der landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden kann. Der Knackpunkt der Reform liegt erstens in der Differenz zwischen den staatlichen Preisen und denen des Parallelmarktes und zweitens in der Kaufkraft des Pesos. Wenn auf den Parallelmärkten dauerhaft höhere Preise erzielt werden können oder den staatlichen Preisen keine Kaufkraft entspricht, dann werden die Kooperativen mit ihren Produkten auf den Parallelmarkt drängen oder die Produktion verweigern. Klappen kann das Konzept nur, wenn relativ schnell ein Angebotsüberschuß erzielt wird (damit die Preise auf dem Parallelmarkt sinken), wenn die Stabilisierung des Pesos gelingt und wenn für die einheimische Währung vernünftige Waren erworben werden können. Keine Kooperative wird Peso-Guthaben anhäufen, denen keine Warenwerte gegenüberstehen.

Ausländische Investoren werden nach wie vor als Partner für joint ventures umworben. Von September 1992 bis Juli 1993 entstanden 20 neue Gemeinschaftsunternehmen. Damit gibt es jetzt insgesamt 115 joint ventures, darunter 40 im Touristik-Sektor (ND, 28.7.93). Das Investitionsklima könnte sich in absehbarer Zeit noch verbessern: Bei entsprechenden Investitionen sind ausländische Aktienmehrheiten an joint ventures möglich. Ausländische Banken werden nicht mehr lange auf ihre Rückkehr warten müssen. Selbst die bisher als tabu geltende einheimische Pharmaindustrie steht jetzt zur Disposition. Die erfolgreiche Vertriebsblockade der internationalen Pharmamultis hat zu der Entscheidung geführt, ausländischen Firmen Beteiligungen auch an diesem Sektor zu ermöglichen. Im August verkündete Castro die "fast ausnahmslose" Öffnung der cubanischen Wirtschaft für ausländische Investoren. Nur wenige, strategisch wichtige Sektoren müßten unter Staatskontrolle bleiben. Zugleich lehnte er eine Schocktherapie für die cubanischen Staatsbetriebe ab. Die Öffnung der Wirtschaft müsse sozial verträglich gestaltet werden (ND, 13.8.93).

Währungsreform

und Steuergesetzgebung

Ausländische Beobachter erwarten noch in diesem Monat erste Schritte hin zu einer einschneidenden Währungsreform. Seit mehreren Wochen bereiten die Medien des Landes (z.B. die Wochenzeitung Trabajadores) die Bevölkerung auf eine Reihe harter Maßnahmen vor, die gegen die viel zu hohe (inflationstreibende) zirkulierende Geldmenge gerichtet sind. In dem Artikel wird die Frage gestellt, wie lange noch daran festgehalten werden könne, einen großen Teil der Konsumtion in egalitärer Weise zu verteilen, ohne zu berücksichtigen, wieviel der oder die einzelne bei ihrer Arbeit leiste. Das Prinzip, wonach diejenigen, die mehr arbeiten auch mehr konsumieren sollen, wird zur offiziellen Parole. Der "exzessive Egalitarismus" der cubanischen Wirtschaft wird hart kritisiert. Beobachter erwarten nun folgende Schritte: 1. Streichung der Subventionierung aller rationierter Güter. 2. Einführung eines progressiven Steuersystems und differenzierter, an der Produktivität orientierter Einkommen. 3. Abwertung der Währung, deren Schwarzmarkt-Kurs bei 70 Pesos für 1 Dollar liegt (offiziell 1:1).

Gegenwärtig befinden sich über 9 Mrd. Pesos im Umlauf. Offizielle Stellen halten 3 Mrd. Pesos für verträglich. Für Subventionen und staatliche Dienstleistungen gibt die Regierung jährlich etwa 800 Mio. Pesos aus, davon etwa die Hälfte für Nahrungsmittel und andere Grundbedarfsgüter. Einer Streichung dieser Subventionen würden Lohnerhöhungen für Staatsbedienstete entgegenstehen, um die Preissteigerungen auszugleichen. Ebenfalls muß mit einem Anstieg der Ausgaben für diejenigen gerechnet werden, die auf soziale Hilfsleistungen des Staates angewiesen sind. Traditionelle Instrumente, um die Geldmengenzirkulation in den Griff zu bekommen (effektive Besteuerung, aktive Zinspolitik), sind bereits im Gespräch (LAWR, 11.11.93). Im Rahmen einer Kabinettsumbildung wurde José Luis Rodriguez Garcia (bisher Vizedirektor des staatlichen Forschungszentrums für Weltwirtschaft CIEM) zum neuen Finanzminister ernannt. Manche ausländischen Beobachter halten ihn in Geldangelegenheiten für reformfreudig. Erste Schritte in diese Richtung deuten sich bereits in der Steuergesetzgebung an. Jene Berufsgruppen und Dienstleistungsgewerbler, die seit dem 9. September auf eigene Rechnung arbeiten dürfen, werden nun bereits vom Fiskus zur Kasse gebeten. Sie zahlen eine relativ niedrige monatliche Pauschale. Eine progressive Einnahmenbesteuerung ist für die Zukunft bereits angekündigt worden. Die UBPCs müssen auf ihre Einkünfte ebenfalls Steuern zahlen. (ND, 1.11.93)

Am 30.10. kündigte Carlos Lage weitere Reformen an: Demnach soll den Staatsbetrieben eine größere Eigenverantwortlichkeit zugestanden werden, die Einnahmenseite des Staates durch ein strafferes Steuerwesen verbessert und der Kapitalaustausch mit dem Ausland erleichtert werden. In den Landwirtschaftsgenossenschaften, so Lage weiter, würden viele Menschen ihre Arbeit verlieren. (ND, 1.11.93) Der Staatsapparat solle neu strukturiert und verkleinert, ein konvertibler Peso in Umlauf gebracht und ein Steuersystem mit einer Einkommenssteuer eingeführt werden. Lage fügte hinzu, daß ausländisches Privatkapital in Zukunft zwar eine wachsende Rolle spielen würde, das staatliche Eigentum aber seine dominierende Rolle behalten würde: "Unter den neuen Bedingungen werden die individuelle und die kooperative Produktion einen größeren Anteil haben, die Steuern, die Reduzierung der Staatsausgaben und die Preispolitik werden eine wichtige Rolle bei der Sanierung der internen Finanzen spielen; dennoch wird an der Planwirtschaft festgehalten." Als schwierigste aber auch drängendste Aufgabe bezeichnete Lage die Sanierung der Finanzen, die in einer Weise vorgenommen werden müsse, daß Arbeiter und Familien mit niedrigen Einkommen nicht darunter zu leiden hätten. Die aufgeblähte Geldmenge in Höhe von 10 Mrd. Pesos müsse unbedingt verringert werden, zugleich müsse jedem einzelnen Arbeiter der Konsum der Grundnahrungsmittel garantiert bleiben und die großen Errungenschaften der Revolution (Gesundheit und Erziehung) dürften nicht geschmälert werden. Sehr drängend wäre auch die Reorganisation des Staatsapparates. Einige Ministerien würden zusammengelegt, die Zahl der dort Beschäftigten drastisch reduziert werden. (El Pais, 31.10.93)

Das Wirtschafts-Embargo der USA: Eine unendliche Geschichte

Im Frühsommer mehrten sich Anzeichen für ein verbessertes Klima zwischen den USA und Cuba. Es kursierten Gerüchte über angebliche Geheimgespräche zwischen Jimmy Carter und einem Freund Castros. Das US-Militär informierte Havanna über Manöver auf dem US-Stützpunkt Guantanamo, und angeblich wurden sogar cubanische Militärs als Beobachter eingeladen. (FR, 30.6.93) Anfang Juli wurden vier hochrangige Militärexperten aus den USA zu einem "privaten Besuch" in Havanna erwartet, bei dem über Wege beraten werden sollte, bilaterale Spannungen zu vermindern. (SZ, 1.7.93) Der anticubanische Fernsehsender "TV Marti" stellte seinen Betrieb ein, und die Behörden in Washington gaben bekannt, daß die

Vorbereitung bewaffneter Aktionen gegen Cuba durch Exilcubaner in den USA illegal sei. (FR, 30.6.93) Ob der Ankündigung tatsächlich Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Gruppen wie Comando L oder Alpha 66 folgen werden, darf allerdings bezweifelt werden.

Castro richtete wiederholt Gesprächsangebote an Bill Clinton und sorgte mit konkreten Verhandlungsangeboten an die USA für Schlagzeilen. So signalisierte der Vorsitzende des Staatskomitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Meléndez, im Juli, daß Entschädigungen für Amerikaner, die nach der Revolution enteignet worden waren, nicht mehr ausgeschlossen seien. Dieses Angebot zielt auf eines der wichtigsten Embargo-Argumente der USA. 6.000 US-Bürger verloren 1961 insgesamt etwa 1,8 Mrd. Dollar, eine Summe, die zins- und inflationsbereinigt heute mit 5-6 Mrd. Dollar angegeben wird. (FAZ, 31.7.93) Die FR (30.6.) spricht hingegen von 900 aktuellen Ansprüchen gegenüber Cuba. Das Angebot der Insulaner, die Entschädigungsfrage durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen, enthält allerdings eine listige Bedingung: Im Gegenzug verlangt Cuba nämlich Ausgleich für die Schäden, die durch das jahrzehntelange Embargo verursacht worden sind - runde 40 Mrd. Dollar. Das ist schlau gedacht, wird bei der US-Regierung aber kaum auf Gegenliebe stoßen. Denn nach dieser Rechnung müßte sie - als der Verantwortliche für das Embargo - nicht nur die eigenen Leute entschädigen, sondern auch noch ein nettes Sümmchen nach Havanna überweisen. Das "Angebot" zeigt immerhin, daß Castro es bereits versteht, das amerikanische Establishment ein wenig in Bewegung zu versetzen: Die Aussicht auf längst verloren geglaubte Ansprüche dürfte den einen oder anderen "Enteigneten" zur Überzeugung bringen, zumindest den Versuch von Gesprächen mit Castro einmal zu unternehmen.

Die von vielen BeobachterInnen von Anfang an gehegten Zweifel an einem Verständigungswillen des amerikanischen Präsidenten erfuhren spätestens im September eine nachdrückliche Bestätigung. Am 14.9. verlängerte Bill Clinton das seit über 30 Jahren andauernde Embargo über den Karibikstaat. (FR, 16.9.93) Gleichzeitig gestattete er amerikanischen Telefongesellschaften (AT&T, Sprint, MCI Communications) die Wiederaufnahme ihrer Geschäftsbeziehungen mit Cuba. Damit entfällt der telefonische Umweg über Kanada. Für Havanna dürften auf diesem Weg jährlich etwa 15 Mio. Dollar an Gebühreneinnahmen heraussspringen. (FAZ, 31.7.93) Möglicherweise gelangt Cuba jetzt auch in den Besitz von 80 Mio. Dollar, die ihm von AT&T noch geschuldet werden.

Auswirkungen des Torricelli-Gesetzes

Das Gesetz, mit dem die Amerikaner Druck auf ausländische Firmen ausüben, den Handel mit Cuba einzustellen, ist nahezu in aller Welt als unzulässige Einmischung verurteilt worden. Es gibt allerdings nur sehr wenig Informationen über tatsächliche Auswirkungen auf Unternehmerhandeln. Am 9.2.93 berichtete El Financiero (Mexiko) über die Stimmung unter mexikanischen Investoren. So seien als Folge des Torricelli-Gesetzes 90 Prozent der Geschäfte mit Cuba eingefroren worden. Zwar nehme die mexikanische Regierung eine neutrale Haltung zu dem US-Embargo ein, doch die Bereitschaft ausländischer Investoren, langfristige Geschäftsbeziehungen mit der Karibikinsel aufzunehmen, habe einen schweren Rückschlag erlitten. Firmen wie Lusacel, Mexinox, Cementos Mexicanos, El Grupo Escorpion, DHL und Petroleos Mexicanos hätten ihre Investitionsvorhaben ohne jegliche Begründung storniert. Vertreter der Banco Nacional de Comercio Exterior (Bancomext) wiesen darauf hin, daß sich der Enthusiasmus mexikanischer Geschäftsleute auch wegen der schwierigen internen Lage (Rohstoffmangel, Energieabschaltungen) auf Cuba merklich abgekühlt habe. Andere Unternehmer beschweren sich darüber, daß ihnen der Zugriff auf "strategische Güter" wie Zucker und Nickel verwehrt werde. Das Verhandlungsklima für ausländische Investoren verkompliziere sich immer mehr. Mexinox konnte zum Beispiel eine 70-Mio.-Dollar-Nickelinvestition nicht realisieren, da sich der wichtigste kanadische Geschäftspartner, Sherritt Gordon, wegen des Torricelli-Gesetzes zurückgezogen habe.

Bancomext, die sich 1992 noch durch eine diskrete aber engagierte Vermittlung von mexikanisch-cubanischen Geschäften ausgezeichnet hatte, erklärte jetzt das Ende jeglicher Konzessionen. Cuba werde wie ein ganz normaler Kunde behandelt. Unbeeindruckt von US-amerikanischem Druck zeigen sich lediglich mittelgroße mexikanische Unternehmen. Ende Juni sagte Castro in einer Ansprache vor der Nationalversammlung, daß viele ausländische Geschäftsleute aus Angst vor US-Repressionen vor Investitionen zurückschrecken. "Von jeweils 10 Personen, die gerne mit uns ins Geschäft kommen würden, lassen sich 9 durch die US-Drohung von Sanktionen entmutigen." (Caribean & Central America Report, 22.7.93)

Ein Teil der in der Gemeinschaft karibischer Staaten (CARICOM) zusammengeschlossenen Staaten betreibt die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Cuba. Die waren 1983 nach der US-Intervention auf Grenada abgebrochen worden. Das Freihandelsabkommen Nafta verstärkt die Ängste vieler Karibikstaaten, an den Rand gedrängt zu werden. In dieser Situation wirkt der faktische Boykott Cubas kontraproduktiv. Auf der Juli-Sitzung der CARICOM wurde daher eine bilaterale Kommission ins Leben gerufen, die den Handel und gemeinsame Projekte zwischen den Mitgliedsstaaten und Cuba fördern soll. Gedacht ist an Zusammenarbeit im Zuckersektor, in der Viehzucht, der Fischerei und in der Biotechnologie. Noch im selben Monat erreichte die Präsidenten der Karibikstaaten ein von vier Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses - darunter der notorische Robert Torricelli - unterzeichnetes Schreiben. Der Brief enthielt die unverhüllte Drohung, daß jegliche Zusammenarbeit mit Cuba den Ausschluß aus einer zukünftigen, von den USA geförderten Freihandelszone bedeuten würde. Während sich die CARICOM-Staaten durch den Erpressungsversuch wenig beeindrucken ließen, war die Reaktion der mittelamerikanischen Staaten bezeichnend. Die in Washington akkreditierten Botschafter Costa Ricas, El Salvadors, Guatemalas, Honduras, Nicaraguas und Panamas sowie der Vertreter der Dominikanischen Republik distanzierten sich willfährig mit einem Schreiben an Torricelli von dem Beschluß der CARICOM. Sie betonten, daß ihre Regierungen keinerlei Vereinbarungen mit Cuba getroffen hätten und ihnen daher bitte schön auch keine Nachteile erwachsen sollten. (CCAR, 30.9.93)

Nicht beeindrucken von den US-Erpressungen läßt sich hingegen Rußland. Ende Mai unterzeichneten Vertreter Rußlands und Cubas in Havanna ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dazu zählen gemeinsame Arbeiten an der Supertankerbasis von Matanzas, Kooperationen bei der Düngemittelherstellung für den lokalen Bedarf und für den Export, die Reaktivierung der Ölraffinerie in Ciénfuegos und die gemeinsame Produktion von Reifen. Verbessert werden soll auch die Versorgung der Zuckerindustrie mit Ersatzteilen. (Granma, 2.6.93) Zur Finanzierung dieser Projekte gewährt Rußland einen Kredit in Höhe von 350 Mio. Dollar. Weitere 30 Mio. Dollar werden für den Erhalt des Juraguá-Atomkraftwerks in Ciénfuegos zur Verfügung gestellt, über dessen weiteres Schicksal aber noch immer keine Entscheidung gefallen ist. Offensichtlich ist die Suche nach einem dritten finanzkräftigen Partner bisher erfolglos geblieben.

Was bleibt

vom Sozialismus?

Der Reformprozeß auf Cuba wirft die Frage auf, inwieweit die gesellschaftliche Realität noch als Sozialismus bezeichnet werden kann. Die PCC will offensichtlich keinen Etikettenschwindel betreiben und relativiert unter großem Bedauern den Sozialismusbegriff. Castro: "Das ist kaum der Sozialismus, den wir wollen, doch die Umstände zwingen uns zu Zugeständnissen." Ricardo Alarcon, Präsident der Nationalversammlung, erklärte gegenüber einer mexikanischen Tageszeitung, daß seine Regierung beschlossen habe, "die revolutionären Errungenschaften zu retten und nicht den Sozialismus".(FR 11.9.93) Ein "chemisch reiner Sozialismus", so Außenminister Robaina gegenüber El Pais (10.11), sei unter den gegebenen Umständen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Da von offizieller Seite immer wieder der Zwang der Verhältnisse betont wird, glauben manche KritikerInnen, daß der Reformprozeß über kurz oder lang wieder zurückgenommen werde. Daraufhin erklärte Castro am 4.11.93, daß der Prozeß der ökonomischen Öffnung unumkehrbar sei: "Wir müssen uns der heutigen Situation anpassen und wir müssen eine Öffnung herbeiführen. Diese Öffnung wird so umfangreich wie möglich sein, und sie ist irreversibel." Dadurch eröffneten sich für die Entwicklung des Landes neue Möglichkeiten, wobei die sozialistischen Ziele, die traditionell von der Revolution verfolgt werden, erhalten bleiben. Unter den neuen Bedingungen müßten aber "einige Konzepte, einige Ideen und einige Wertmaßstäbe verändert werden und all dies führt zu einem Wandel." (El Pais, 5.11.93)

Die Errungenschaften, die unbedingt erhalten werden sollen, sind das kostenlose Gesundheits- und Bildungswesen. Festzustehen scheint, daß die Arbeitsplatzgarantie aufgegeben wird. Das gleiche gilt für den Grundsatz einer einigermaßen gleichmäßigen Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Ob verhindert werden kann, daß größere Teile der Bevölkerung in einen Verelendungsprozeß geraten, ist fraglich. Die Sozialausgaben des Staates werden in Zukunft an den Einnahmen orientiert sein.

In einem Interview mit den Blättern des iz3w (Nr.192) verglich Carlos Tablada Pérez, Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Zentrums für Amerikaforschung (Havanna), die cubanischen mit den chinesischen Reformen: "Die Chinesen sind sehr viel weiter auf einem neoliberalen Weg fortgeschritten.

Es gibt Privatisierungen sogar im Erziehungswesen und im Gesundheitssystem. So weitgehende Überlegungen gibt es in Cuba nicht. Der wesentliche Unterschied ist, daß wir keine Sonderwirtschaftszonen einrichten, in denen die sozialen Strukturen den kapitalistischen Interessen angepaßt werden. Bisher waren Hotelzonen wie Varadero zwar für weite Teile der Bevölkerung gesperrt. Mit der Freigabe des Dollars entfallen die Gründe für eine solche Sperrung." Über die Auswirkungen ausländischer Kapitalinvestitionen auf das Bewußtsein der Bevölkerung sagte Tablada: "Ich glaube, daß die Entwicklung des Wertgesetzes und aller kapitalistischen Beziehungen sowohl in der Praxis als auch im Bewußtsein der Menschen das Problem sind. Der Schaden ist ... der Widerhall des Bildes vom Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen ... die joint ventures (arbeiten) in einem System regulierender Gesetze, die keine Ausbeutung zulassen und auch nicht die Ungleichheiten, die in den kapitalistischen Ländern zum Beispiel in der Dritten Welt vorkommen. All dies könnte bewirken, daß das cubanische Volk denken könnte, der Kapitalismus sei nicht schlecht."

Wie die jüngsten Reformen in der Bevölkerung aufgenommen werden, ist noch nicht abzuschätzen. Immerhin gab Carlos Robaina zu, daß ein wichtiger Teil der Bevölkerung sehr unzufrieden darauf reagiert habe: "Aber selbst wenn wir die gegenwärtigen Probleme nicht für 10 Millionen sondern nur für 5 Millionen Menschen lösen können, so müssen wir dieses Opfer bringen und gewisse soziale Unterschiede in Kauf nehmen." (LAWR, 18.11.93)

Wie könnte sich die wirtschaftliche Situation der Insel mittelfristig entwickeln? Dazu ein paar Stimmen: Carlos Lage sagte am 16.7. vor ausländischen Geschäftsleuten, daß die Regierung gegenwärtig nicht in der Lage sei zu beurteilen, wann der Abwärtstrend der Wirtschaft umgekehrt werden könne. Der neue Finanzminister José Luis Rodriguez machte für den diesjährigen Produktionsrückgang vor allem die Neuritis-Epidemie (s. Kasten) und die Frühjahrsunwetter verantwortlich. Wenn es keine weiteren unvorhersehbaren Katastrophen gebe, dann sei 1993, spätestens 1994 der Tiefstpunkt erreicht (LAWR, 29.7.93). Ralf Leonhard (taz, 30.6.93) zitiert "optimistische Wirtschaftsexperten" mit der Prognose, wonach "Ende dieses Jahres oder Anfang 1994 das Ende der Talsohle erreicht wird und dann ein bescheidener Aufschwung einsetzt." Eine verbesserte Zuckerernte und erste Renditen aus verschiedenen Investitionsvorhaben könnten die Grundlage dafür bieten.

Zu einer eigenen Einschätzung der zukünftigen Entwicklung sehe ich mich nicht in der Lage. Jedes sozialistische Land, das einen Transformationsprozeß durchmacht, hat andere Ausgangspositionen. Vielleicht genießt Cuba gegenüber den osteuropäischen Ländern den Vorteil, daß es keine nationalistischen Hasardeure oder weltbankhörige Monetaristen in der Regierung hat. Das Festhalten an der Einparteienherrschaft garantiert Stabilität, birgt aber bekanntermaßen die Gefahr von Starrheit und Korruption in sich.

Wir müssen uns damit abfinden, daß sozialistische Staatswesen gegenwärtig keine ökonomische Überlebenschance haben. Ob China, Vietnam oder Cuba - vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" will niemand mehr etwas wissen. Die Alternative zu der Integration in den Weltmarkt ist die Isolation. Über einen dritten, grundsätzlich anderen Weg wird auf Cuba nicht nachgedacht. Wer angesichts dieser Tatsache den Internationalismus nicht frustriert an den Nagel hängen will, wird neue Maßstäbe für Solidarität entwickeln müssen: Wird dem Verelendungsprozeß der Menschen entschlossen entgegengearbeitet? Wird der Einfluß des ausländischen Kapitals auf ein erträgliches Maß beschränkt? Wird eine halbwegs gerechte Entlohnung garantiert? Welches Menschenbild wird in den Schulen und in der Öffentlichkeit vermittelt? Gibt es neben dem Prinzip der hemmungslosen Bereicherung des einzelnen noch andere, sozialere Prinzipien? Anhand dieser und ähnlicher Fragen wird die Entwicklung Cubas zukünftig zu beurteilen sein.

KUK/Berlin

Für ein neues ökonomisches Lenkungssystem

Aus der Analyse des CEA

Ende 1992 legte das cubanische Centro de Estudios sobre América (CEA), das als Berater der Kommunistischen Partei fungiert, eine Untersuchung (158 Seiten) über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage vor. Darin heißt es u.a.: "Wenn Cuba eine effiziente Wirtschaft aufbauen möchte, dann muß die Castro-Regierung auf dem schnellsten Weg ein neues ökonomisches Lenkungssystem einführen." Folgende Schwachstellen der Ökonomie müssen durch eine neue Strategie überwunden werden: Ineffizienz in der Produktion, Unterbeschäftigung, der Schwarzmarkt sowie die schwerwiegenden Ungleichgewichte im

staatlichen Haushalt und im Außenhandel. Als Ursache für die schweren Einbrüche in Produktion und die makroökonomischen Ungleichgewichte werden drei Faktoren genannt:

1. Der Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Staaten. Dies zeigt sich zum einen im Rückgang der Exporteinnahmen von 8,139 Mrd. Dollar im Jahr 1989 auf 2,2 Mrd. im Jahr 1992. Zum anderen blockiert die Außenschuld (6,5 Mrd. Dollar), die seit 1986 von Cuba nicht mehr bedient wird, den Zugang zu neuen Krediten. 2. Das Ende der vorteilhaften ökonomischen Beziehungen zum sozialistischen Block. 3. Der Effizienzverlust der internen Ökonomie: War in der ersten Hälfte der 80er Jahre aus jedem investierten Peso noch eine Produktionsleistung von 53 Centavos herausgekommen (1 Peso = 100 Centavos), so sank dieses Verhältnis in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf 2 Centavos je investiertem Peso. Dies läßt sich u.a. darauf zurückführen, daß der größte Teil der staatlichen Investitionen in nichtproduktive Sektoren (Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungssektor) geflossen ist. Als weitere Schwachstelle erweist sich die extreme Importabhängigkeit der nationalen Industrie. Da Rohstoffe, Ersatzteile und Zwischenprodukte gegen Devisen eingeführt werden müssen, hängt die Produktionsleistung unmittelbar von den Exporteinnahmen des Staates ab.

Seit 1986, und in verstärktem Maß seit 1989, sieht sich Cuba vor das Problem gestellt, den Stillstand der materiellen Produktion zu bekämpfen, gleichzeitig Investitionen im produktiven Sektor zu verstärken, ohne den Beschäftigungsgrad zu vermindern oder Eingriffe in das soziale Netz vorzunehmen. Die Folgen dieses Spagats zeigen sich in makroökonomischen Ungleichgewichten: in einem durchschnittlichen Handelsbilanzdefizit von 2 Mrd. Dollar sowie einer Haushaltslücke von mehr als 1 Mrd. Pesos.

Weiter heißt es in der Studie: "In den vergangenen fünf Jahren ist ein großer Teil der ökonomisch aktiven Bevölkerung in ineffizienter Weise beschäftigt worden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Zusammen mit der Unterbeschäftigung verstärkte sich damit die negative Wirkung auf die Produktivität ... Seit 1990 wird eine restriktivere Beschäftigungspolitik angewendet, mit der ein gewisser Grad an struktureller Arbeitslosigkeit in Kauf genommen wird." Um diese abzumildern, hält die cubanische Regierung an dem System sozialer Sicherheit fest (Versorgung mit subventionierten Grundnahrungsmittel, kostenloses Gesundheits- und Erziehungswesen). Dafür werden jährlich 1,2 Mrd. Pesos ausgegeben. Weiterhin gibt es ein Ungleichgewicht zwischen dem Lohnniveau und den Sozialausgaben auf der einen und dem Produktionseinbruch bei Gütern und Dienstleistungen auf der anderen Seite. In den vergangenen fünf Jahren stiegen Löhne und Ausgaben für soziale Sicherheit auf insgesamt 1,45 Mrd. Pesos, das Angebot an Waren und Dienstleistungen blieb mit 465 Mrd. Pesos deutlich dahinter zurück. Diese Differenz konnte zu fast 50 Prozent durch einen Anstieg der offiziellen Preise ausgeglichen werden. Doch die aufgeblähte Geldmenge zog Disziplinlosigkeit am Arbeitsplatz und ein Anwachsen des Schwarzmarktes nach sich.

Der mercado negro, so das CEA weiter, sollte differenziert betrachtet werden. Gegen Veruntreuung, Unterschlagung, Diebstahl und Spekulation müsse hart vorgegangen werden. Andererseits gäbe es Schwarzmarktsektoren, die geeignet seien, die schwierige Versorgungslage der Bevölkerung zu erleichtern. Diese gelte es aus der Illegalität herauszuholen, indem das "Arbeiten auf eigene Rechnung" gestattet wird. Die "Privatinitiative auf kleiner Flamme" solle zugelassen, in feste Formen gefaßt und steuerlich abgeschöpft werden.

Weiter schlägt das CEA vor, die Importe drastisch zu verringern, um das Handelsbilanzdefizit in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus soll mit den kapitalistischen Staaten über eine Wiederaufnahme des Schuldendienstes verhandelt werden, um Zugang zu neuen Krediten zu bekommen. Der Peso müsse konvertibel gemacht werden, damit Staatsausgaben, Zuschüsse zu den joint ventures und überhaupt alle internen Ausgaben richtig erkannt und bemessen werden können. Schließlich müsse ein gut fundiertes und kontrolliert durchgeführtes Investitionsprogramm aufgelegt werden, das auf Betriebsebene von einem neuen Leitungssystem begleitet wird, mit dem ein effizienteres Arbeiten garantiert wird. "Es darf nicht so sein, daß allein die joint ventures effizient und dynamisch auftreten, während die staatlichen Betriebe als zurückgeblieben und mit allen Mängeln des alten Systems behaftet erscheinen." Wie das mehrfach geforderte neue ökonomische Leitungssystem konkret aussehen soll, erfahren wir nicht: Die Regulationen, denen die verschiedenen ökonomischen Sektoren unterworfen sind, müssen "auf organische Weise" völlig neu bestimmt werden: Eigentumsverhältnisse, das richtige Maß von Autonomie und Unterordnung der Betriebe, der Charakter der Planungswirtschaft und die Bereiche, in denen sie noch angewendet werden soll, das

Bankenwesen, das Normensystem, die Preisbildungsmechanismen, das Lohn- und Gehaltsgefüge usw. Reformen in diesen Bereichen, so endet die Studie, müßten so schnell wie möglich eingeleitet werden.

Rätselhafte Augenkrankheit

Für internationale Schlagzeilen sorgte in diesem Sommer das Auftreten einer rätselhaften Krankheit, die schwere Schäden am Nervensystem und den allmählichen Verlust des Sehvermögens nach sich zog. Die Krankheit wies Ähnlichkeiten, aber auch gewisse Unterschiede zu Neuritis-Epidemien der Vergangenheit auf. Bekannt war, daß an beiden Augen Sehschärfeverluste, Farbunterscheidungsschwierigkeiten und Sehfeldverkleinerungen in Verbindung mit peripheren Nervenleiden auftreten. Anders als in anderen Fällen (z.B. in Japan, Australien oder Jamaica) breitete sich die Epidemie jedoch auf Cuba schlagartig aus und erfaßte eine ungewöhnlich große Anzahl von Menschen (28.000 bis Mitte Mai). Bis zu 100 Fälle kamen Tag für Tag hinzu. (El Pais, 18.5.93) Die ersten Fälle traten Anfang 1992 im Westen der Karibikinsel (Pinar del Rio) auf. Monatlich wurden zunächst nicht mehr als 15-30 Fälle gemeldet. Ende des Jahres stieg die Erkrankungsrate dann sprunghaft an und blieb nicht auf die Westprovinz beschränkt. In den Krankenhäuser wurden 14 verschiedene Behandlungsmethoden genauestens getestet, um die effektivste herauszufinden. Eine Vitamintherapie bildet jeweils den Behandlungsschwerpunkt. Daneben wurden Magnet- und Ozontherapien sowie Interferongaben angewendet. Kinder sind von der nichtansteckenden Krankheit bisher nicht betroffen, die Hauptrisikogruppe liegt bei den 25-64jährigen. (El Pais, 10.5.93)

Die Mehrzahl der Betroffenen erlangt innerhalb eines Monats das Sehvermögen zurück. Bei zwei Dritteln bleiben keinerlei Beeinträchtigungen zurück. Eine bleibende Erblindung ist in noch keinem einzigen Fall registriert worden. Zur vorbeugenden Behandlung werden an die gesamte Bevölkerung kostenlose Vitamin-B-Tabletten verteilt. 30 Millionen Tabletten werden täglich in den Pharmalabors der Insel hergestellt. Am 17. Juni (El Pais) wird aus Havanna gemeldet, daß die Rate der Neuerkrankungen zwar nicht mehr anwachse, aber auf einem hohen Niveau stagniere. So seien zwischen dem 1. Mai und dem 10. Juni 13.500 neue Fälle registriert worden. Die Gesamtzahl betrage jetzt 39.442. Die zwanzig behandelnden Krankenhäuser der Stadt seien voll ausgelastet. Seit Mai haben sich die Symptome der Krankheit etwas verändert. Es kommen vorwiegend Frauen, die über Fieber, Gewichtsverlust sowie Taubheitsgefühle und Muskelschmerzen in Gelenken und unteren Extremitäten klagen. Am 23.6. meldet El Pais bereits eine Zahl von 45.330 erkrankten Personen. Es sei immer noch kein Rückgang der Epidemie zu beobachten.

Im Mai und Juni trafen mehrere internationale Ärztekommissionen auf Einladung Cubas ein, die nach Erklärungen und Behandlungsmöglichkeiten für die Krankheit suchen sollten. Einigkeit herrschte bei den Experten darüber, daß es sich um ein bisher unbekanntes Krankheitsbild handelt. Toxikologische und biologische Untersuchungen brachten keine Ergebnisse.

Am 4.6. erklärten Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf, daß die Augen-Nervenentzündung eine Folge schlechter Ernährung, insbesondere des Mangels an Vitaminen sei. (ND, 7.6.93) Andere WHO-MitarbeiterInnen wiesen zusammen mit cubanischen WissenschaftlerInnen darauf hin, daß es sich bei der Krankheitsursache um eine Kombination aus toxischen Faktoren, Vitaminmangel und möglicherweise einer Viruserkrankung handeln könnte. (El Pais, 17.6.93) Am 31.7. zitiert El Pais zwei spanische Wissenschaftler, die die Augenkrankheit auf giftige Substanzen in der Umwelt zurückführen und damit Mangelernährung als Ursache ausschließen.

33. Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis. Interview mit Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros) Teil 2

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:13

Eleuterio Fernández Huidobro, Mitbegründer der "Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN - Tupamaros) besuchte im Oktober die Bundesrepublik. Wir trafen uns in Frankfurt und unterhielten uns über die Politik der Linken Uruguays, die, wie mein Gesprächspartner ironisch zuspitzte, "in Gefahr ist, im November 1994 die Wahlen zu gewinnen". Der erste Teil des Interviews erschien unter dem Titel "Alte und neue Filme" in ak 360 (November 1993, S.26).

In Uruguay sind für November 1994 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geplant. Ähnlich wie die "Arbeiterpartei" (PT) in Brasilien, das Bündnis FMLN/Convergencia Democrática in El Salvador, Causa R in Venezuela oder die PRD in Mexiko hat auch die Linke Uruguays mit der "Frente Amplio" gute Aussichten, aus der Wahl als Siegerin hervorzugehen. Es ist in den genannten Fällen nahezu sicher, daß die Parteien und Bündnisse der Linken wenigstens die zweitwichtigste Kraft werden. In einigen Fällen, die "Frente Amplio" gehört dazu, sind auch Wahlsiege im Bereich des Wahrscheinlichen. In allen diesen Parteien und Bündnissen gibt es Debatten, wie das Regierungsprogramm aussehen soll. Soll die Linke Deiner Meinung nach ihre programmatischen Forderungen zurücknehmen, um die Wahlen zu gewinnen? Und wenn ja, wie weit?

Die Wahlen in Uruguay können nicht losgelöst von den Wahlen im Nachbarland Brasilien betrachtet werden. Wir müssen die Region im Auge haben. Das Ergebnis in El Salvador wird das Resultat in unserem Land nicht beeinflussen. Aber mit Brasilien ist das eine ganz andere Sache. Dort werden die Wahlen im Oktober stattfinden, in Uruguay im November. Das Ergebnis im großen Nachbarland wird direkte Auswirkungen auf Uruguay haben. Sollte die Linke in Uruguay gewinnen, ist das eine Sache. Aber wenn die Linke in Brasilien gewinnt, verändert das die Lage völlig. Die ganze Zone wird in Bewegung geraten. Für das nördliche Imperium ist Brasilien nicht mal eben ein kleines Land. Für die USA wäre es ein Riesenproblem, plötzlich einen Metallarbeiter, Lula, als Präsidenten Brasiliens vor sich zu haben. Die Wahl, die gewissermaßen im Nachbarhaus stattfindet, wird auf dem Kontinent unvergleichlich größere Auswirkungen haben, als der Urnengang im kleinen Uruguay. Dies als Vorbemerkung. Nun zu Deiner Frage. Es gibt eine Strömung in der Linken, für die die Wahlen das Wichtigste sind; aber um Wahlen zu gewinnen, muß man einen gewissen Preis bezahlen. Auch für uns ist es sehr wichtig, die Wahlen zu gewinnen. Wir werden selbstverständlich eine Kampagne machen, um sie zu gewinnen und nicht, um sie zu verlieren. Aber für uns sind Wahlkämpfe oder die Möglichkeit, eine Regierung zu stellen, nur eine zusätzliche Ebene des politischen Kampfes. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß man das Programm keineswegs aufweichen sollte. Eine ganz andere Frage ist es, wie man sich nach den Wahlen verhält, denn das kommt auf die Wahlergebnisse an. Es ist aufgrund des Wahlrechts denkbar, daß die "Frente Amplio" die Regierung stellen kann, obwohl sie im Parlament in der Minderheit ist. Es könnte zu einer Situation kommen, die derjenigen von Salvador Allende und der "Unidad Popular" in Chile vergleichbar ist. Wenn die Rechte die Mehrheit der Stimmen und der Sitze gewinnt, aber keine Regierung bilden kann, käme die "Frente Amplio" in die Lage, eine Regierung bilden zu müssen, die aufgrund fehlender Mehrheiten nicht regierungsfähig wäre. In diesem Fall könnte man verhandeln. Man müßte mit der Bevölkerung reden und sagen: Gut, bis hierher haben wir es geschafft. Was sollen wir nun tun? Ich bin der Meinung, daß wir die absolute Mehrheit brauchen, um das Grundsatzprogramm der "Frente Amplio" umsetzen zu können. Dazu brauchen wir auch eine breite Massenbewegung. Wir denken überhaupt, daß heutzutage ohne gewaltige Massenbewegungen eine Revolution nicht zu machen ist. Die Wahlen haben für uns die Funktion, diese Bewegung aufzubauen. Andere Compañeros meinen, daß das Wichtigste ist, an den Wahlen teilzunehmen und zu regieren. Deshalb wollen sie vor den Wahlen Bündnisse schließen. Sie wollen schon heute verhandeln. Würde sich diese Linie durchsetzten, könnte ein Wahlsieg für die Linke die Gefahr beinhalten, von den Problemen aufgerieben zu werden und politische Substanz zu verlieren.

Will die zugeständnisbereitere Strömung darüber verhandeln, welches Regierungsprogramm vorgelegt wird?

Logisch, denn um ein Bündnis mit einem gewissen Teil der Bourgeoisie zu schließen, mußt du über das Programm verhandeln. Wenn du es vor den Wahlen machst, bremst du die Mobilisierung.

Die MLN-Tupamaros definieren die politische Kräftekonstellation in Uruguay als "strategische Defensive und taktische Offensive". Was bedeutet das konkret?

Das heißt, daß wir uns weiterhin in einem Prozeß der Akkumulation der Kräfte befinden. Wir haben politische Begrenzungen gesprengt, die für uns bis vor nicht allzu langer Zeit unüberwindlich schienen. Aber beispielsweise ist das Landesinnere nach wie vor in der Hand der Rechten. Das ist ein strategisches Problem für uns. Die Linke Uruguays hat ihren Schwerpunkt in Montevideo. Sie ist eine urbane, metropolitane Linke. Dies muß aufgebrochen werden. Dazu dienen uns Streiks, studentische Mobilisierungen, alle Arten von Konflikten und Konfrontationen und eben auch die Wahlen. Aber für uns liegt die Bedeutung der Wahlen auf demselben Niveau wie die anderen Kämpfe auch. Für uns ist die Konzentration auf Wahlen nicht die große Strategie. Viele Compañeros kritisieren, daß wir 1989 nicht für Wahlämter kandidiert haben. Wir sagten, okay, wir akzeptieren eure Kritik. Aber ihr geht davon aus, daß die Wahlen das Wichtigste sind und daß alle, die politisches Prestige haben, sich deshalb aufstellen lassen müssen. Für mich ist die Arbeit an der Basis, in den Stadtteilen, in den Gewerkschaften und mit den Genossinnen und Genossen am wichtigsten. Hier gibt es a priori eine Diskrepanz über die Frage, wie wichtig man das Parlament einschätzt. Dieses Mal werden wir wahrscheinlich kandidieren müssen. Ich persönlich bin damit nicht einverstanden. Aber von der Basis her gibt es einen sehr starken Druck in diese Richtung. Denn alle sind sich klar darüber, daß bei diesen Wahlen alle Kräfte gegen die Rechte mobilisiert werden müssen.

Welche Bedeutung hat für die "Nationale Befreiungsbewegung" (MLN - Tupamaros) die Mitwirkung in staatlichen Institutionen?

Dieses Thema werden wir auf einem MLN-Kongreß diskutieren, der bevorsteht. Wir werden es auch auf dem zweiten Kongreß der MPP-Strömung diskutieren, die Teil der "Frente Amplio" ist. Die MPP wird unter anderem von der MLN gebildet. Wir diskutierten dieses Thema schon vor zwei Jahren auf dem ersten MPP-Kongreß. Aber damals hatten wir noch keine praktischen Erfahrungen damit. Mittlerweile haben wir Erfahrungen mit der Arbeit in Institutionen gesammelt und können deshalb konkret darüber reden. Wie erging es den Compañeros? Welche Fehler haben sie gemacht? Wer wurde absorbiert und schwenkte auf die andere Seite über? Wer machte eine gute Arbeit und benutzte die Apparate, um der Massenbewegung zusätzliche Dynamik zu geben?

Wie bewertet ihr die Arbeit der "Frente Amplio" in der Gemeinde Montevideo? Dort stellt sie ja seit 1989 den Bürgermeister und die stärkste Fraktion im Stadtrat.

Sie hat nicht die Rolle gespielt, die wir dachten, daß sie spielen könnte. Aber das hat nicht nur mit den Compañeros dort etwas zu tun, sondern mit der ganzen Linken Uruguays - uns natürlich eingeschlossen. Wir mußten den Preis dafür bezahlen, daß wir absolut keine Erfahrungen mit dieser Art von Arbeit hatten.

Was ist denn für Dich das Wichtigste in der Gemeindepolitik Montevideos?

Die Dezentralisierung der Macht. Wir haben unser primäres Ziel erreicht, wenn es uns bis zum Ende der Legislaturperiode im nächsten Jahr gelingt, die ultrazentralisierte Verwaltung aufzubrechen und die Macht in die Hände der Stadtteilbevölkerung zu legen. Die Bourgeoisie tat alles, um die Schaffung von 18 Bezirksparlamenten zu verhindern. In den Stadtteilen sollen die Bewohner ihre Repräsentanten wählen und ihre Angelegenheiten selbst regeln. Dieses Vorhaben wurde von der Legislative Uruguays als "verfassungswidrig" deklariert. Ich denke, daß wir es letztlich schaffen, die Dezentralisierung durchzusetzen. Die Bevölkerung Montevideos ist sehr politisiert. Sie weiß genau, was zu verwirklichen ist und was nicht, wenn man die Stadt regiert. Die Leute sind sich über den Unterschied zwischen Regierung und Macht ziemlich bewußt. Sie machen sich keine Illusionen. Es gibt Teile der Linken, die die Illusionen fördern. Aber es gibt andere, die wie wir versuchen, Illusionen zu vermeiden. Unsere Strömung innerhalb der "Frente Amplio" heißt nicht zufällig "Bewegung für die Partizipation des Volkes" (MPP). Nicht wir selbst wollen regieren; wir wollen vielmehr mit den Leuten gemeinsam daran arbeiten, bestimmte Ziele zu erreichen. Es geht um die gemeinsame Anstrengung. Wir alle zusammen werden die taktischen und strategischen Probleme diskutieren. Das muß auch die Sache der Menschen sein, nicht nur die der Führung.

Bis zu welchem Grad ist es denn der "Frente Amplio" beziehungsweise der MPP in Montevideo gelungen, die Partizipation der Basis zu fördern?

Nicht bis zu dem Punkt, wie wir es uns wünschen, denn die rechte Regierung Uruguays hat uns mit juristischen Mitteln das Leben schwer gemacht. Erst in den letzten Monaten konnten wir uns aus diesem Gestrüpp befreien. Vor zwei Wochen wurden die ersten Wahlen durchgeführt und die Exekutive in den Barrios bestimmt. Jetzt folgen Wahlen zu den Stadtteilparlamenten, also der Legislative. Hier beginnt dieser Prozeß, der uns vorschwebt. Es hat uns fast vier Jahre Zeit gekostet, das zu erreichen. Das paßte der Rechten am allerwenigsten. Der ganze Rest, die Straßenreinigung zu organisieren, die Stadt zu beleuchten oder ähnliches war ihnen ziemlich egal.

Kommen wir zu den Wahlen zurück. Es scheint so, daß die MLN - Tupamaros dieses Mal Kandidaten aufstellen müssen ...

Das weiß ich noch nicht sicher. Meiner Einschätzung zufolge kann ich nur sagen, daß ich persönlich damit nicht einverstanden bin. Ich denke, es wäre für uns nicht angebracht. Aber ich sehe, daß unsere Verbündeten und unsere Basis Druck in diese Richtung ausüben. Aber der MLN-Kongreß, der in Kürze stattfinden wird, und danach der MPP-Kongreß werden diese Frage lösen. Es zeichnet sich ab, daß die Wahlkampagne 1994 sehr dramatisch sein wird.

Welches Gewicht hat eure MPP-Strömung innerhalb der "Frente Amplio"?

Sie dürfte heute die am besten organisierte Kraft sein. Das sollte man aber auch nicht überbewerten. Wenn wir die Wahlumfragen zu Rate ziehen, so ist die "Sozialistische Partei" die größte Kraft innerhalb der "Frente Amplio". Unsere Strömung schnitt bei den bereits erwähnten Stadtteilwahlen in Montevideo gut ab. Innerhalb der "Frente Amplio" zeichnen sich zwei Strömungen, zwei strategische Positionen ab. Sehr vereinfacht gesagt handelt es sich um eine moderate Position, die mehrere politische Kräfte einschließt. Zum zweiten ist eine radikale Position zu nennen. Dort ist die MPP zu finden, aber auch die Kommunistische Partei sowie andere Gruppen. Bei der wichtigsten Debatte, der Frage, welche politische Strategie eingeschlagen werden soll, wird sich die Kräftekonstellation innerhalb der "Frente Amplio" in Form dieser zwei Strömungen ausdrücken. Die uruguayanische Linke ist bisher in eine Unmenge kleiner Gruppen aufgeteilt. Das Szenarium vereinfacht sich. Wir gehören zwar weiterhin verschiedenen Gruppen an, aber wenn konkret diskutiert und abgestimmt wird, lassen sich seit 1989 die Positionen ziemlich genau diesen zwei Lagern zuordnen. Ich möchte betonen, daß die Debatte zwischen den zwei Strömungen nicht steril und abgehoben ist, sondern daß es um strategische Fragen geht, über die man verschiedener Meinung sein kann. Auch wenn ich beispielsweise mit der anderen Position nicht einverstanden bin, so erkenne ich dennoch deren Legitimität an und beziehe mich keinesfalls abwertend auf sie. Wir stehen in einer neuen und komplizierten Situation. Wir sind an einer Wegscheide angelangt. Da muß man viel diskutieren.

Zur Frage: Regierung/Macht. Welche Quote an Macht hat denn die Regierung in Uruguay?

In diesem Moment sehr wenig. Das gilt nicht nur für eine linke Regierung sondern auch für eine rechte. Bei den wirklich wichtigen Fragen geben die Militärs den Ton an. Es handelt sich um eine "überwachte Demokratie", eine "begrenzte Demokratie". Auch die letzten zwei Regierungen der Bourgeoisie konnten nicht das durchsetzen, was sie sich vorgenommen hatten. Sie mußten immer erst die Militärs konsultieren.

Und in Sachen Wirtschaft?

Dort haben immer die Zivilisten das Sagen gehabt, auch in den Zeiten der Militärregimes. Die Wirtschaftspolitiker waren immer Leute der transnationalen Großbanken. Die sagen den Militärs und den Zivilregierungen wo's langgeht. Dafür brauchen sie nicht selbst an der Regierung zu sein. Der zunehmende Wahleinfluß der Linken oder ihr möglicher Wahltriumph bedeutet nicht so sehr, daß sie damit Macht gewänne. Er ist wichtig, weil damit der Bewußtseinsstand der Leute verbessert wird. Alte Mythen, in denen die Linke als dunkle Macht oder eine Art Satan abgestempelt werden, zerbrechen. Daran mußte die Linke viele Jahre arbeiten. Mittlerweile gelangen unsere Ideen auch ins Landesinnere. Wenn wir über Macht reden, dann müßten wir erst einmal diskutieren, was unter heutigen Bedingungen Macht überhaupt ist. Für mich liegt sie in der Arbeit an der Basis, in der massenhaften Organisierung von Compañeros. In dieser breiten Massenströmung baut sich die Macht auf - sehr langsam! Die Regierung kann für diesen Aufbauprozeß nützlich sein.

Der Zusammenbruch

des realen Sozialismus

Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks, der Rechtswende in China und der Isolation Cubas steht die Linke Lateinamerikas ziemlich allein auf weiter Flur. Ist sie und ist konkret die MLN - Tupamaros im strategischen Sinne ein Waisenkind?

Nein. Wir hatten mit der UdSSR nie gute Beziehungen. Im Gegenteil: Wir bekamen von dieser Seite, auch der Kommunistischen Partei Uruguays, eher Schläge verpaßt, als daß sie uns unterstützt hätten. Auf ideologischer und theoretischer Ebene hatten wir Streit. Wir sind seit jeher daran gewöhnt, eigenständig zu denken, ohne dabei andauernd auf das sozialistische Lager zu schielen. In unserem Land und in unseren konkreten Kämpfen unterstützten sie uns nie.

Dennoch hat der Zusammenbruch sicherlich auch für euch Konsequenzen.

Selbstverständlich. Es wäre hochmütig zu sagen, das betrifft nur die anderen und hat mit uns nichts zu tun. Da würde man sich in die Tasche lügen. Die internationale Kräftekonstellation hat sich schließlich grundlegend geändert, die USA haben eine militärische Hegemonie inne etc. Es liegt auch auf der Hand, daß die Paradigmen vieler Compañeros zusammengebrochen sind. Alle Länder der Dritten Welt finden heute sehr ungünstige Bedingungen vor. Noam Chomsky hatte natürlich recht, als er betonte, daß es für die Armen immer besser ist, zwei Herren zu haben anstatt einen, denn dann kann man wenigstens ein bißchen verhandeln. Unabhängig davon, ob man die Sowjetunion nun kritisiert hat oder nicht, haben wir mit ihrem Niedergang im internationalen Rahmen zweifellos an Kraft verloren. Die Handlungsmöglichkeiten des nördlichen Imperiums waren eingeschränkt. Heute kann es tun und lassen, was es will.

Hatte der Zusammenbruch ausschließlich negative Konsequenzen?

Er hatte auch positive Auswirkungen. Schafik Handal (seit 1970 Generalsekretär der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCS), Anm. Al.) hat auf dem Kongreß in Frankfurt zurecht darauf hingewiesen, daß wir nun den eigenen Kopf anstrengen müssen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als an unserer eigenen Basis anzusetzen, um diese internationale Kräftekonstellation zu modifizieren. Das zwingt uns, unter anderem, Internationalisten zu sein. Das erfordert von uns, daß wir uns miteinander in Verbindung setzen, ohne daß es dafür große Zentren gibt, die dies für uns tun.

Das Forum von Sao Paulo

Welche Bedeutung hat für euch in diesem Zusammenhang das "Forum von Sao Paulo"?(1)

Es spielt für uns eine sehr große Rolle und stellt eine immense Herausforderung dar. Auf dem Kongreß hier in Frankfurt wurde mehrfach der Geist Simón Bolívars, das bolivarianische Gedankengut eingefordert (2). Als ich die entsprechenden Beiträge hörte, dachte ich, daß die Compañeros manchmal sehr theoretisch davon reden. Sie sehen nicht, welche Schwierigkeiten die konkrete Anwendung dieses Gedankengutes bereitet. Das "Forum von Sao Paulo" ist seit vielen Jahren eine der größten Anstrengungen, die in diese Richtung unternommen werden. Es ist eine Sache, bolivarianisches Gedankengut einzufordern aber etwas ganz anderes ist es, den linken Zoo des Kontinents an einem Ort zusammenzubringen. Da sind dann nämlich Stechmücken, Giraffen, Affen, Löwen, Tiger, kurz alle möglichen Tiere auf einem Haufen. Ihnen dann zu sagen, gut, Freunde, jetzt einigen wir uns mal, das geht nicht so einfach. Denn es nehmen von sozialdemokratischen Strömungen, die von anderen in Frage gestellt werden, bis zu ultrarevolutionären Strömungen - die von jenen kritisiert werden - alle teil. Da bleibt natürlich auch die Frage nicht aus, wer gehört nun eigentlich zur Linken und wer nicht.

Aber der Witz am "Forum von Sao Paulo" ist doch gerade, keine Strömung auszuschließen.

Exakt. Eine Möglichkeit wäre natürlich, daß man von vorneherein diejenigen auswählt, die man in Lateinamerika für Revolutionäre hält. Und nachher konsultiert man einige, die bestätigen, daß diese Auswahl in Ordnung ist. Eine andere Möglichkeit wäre, in einen Sack die unterschiedlichsten Strömungen zu stecken. Das ist übrigens kein hypothetischer Fall! Es gibt rechte Parteien, die darum ersucht haben, am "Forum von Sao Paulo" teilnehmen zu dürfen. Es wäre ein Fehler, das zu gestatten. Es hätte die Neutralisierung dieses Forums zur Folge. Wenn wir diese Parteien aufnähmen, käme es zu sterilen und nutzlosen Debatten. Aber es bleibt die Frage, wer ausgewählt werden soll.

Ich sage Dir in aller Aufrichtigkeit, daß die Linke Uruguays keine homogene Kraft ist. Ich bin daran gewöhnt, mit dieser Heterogenität zu leben. Ich habe mich schon vor vielen Jahren von der Idee verabschiedet, daß in Uruguay die Tupamaros alleine die Revolution machen würden; daß wir die Mehrheit der Bevölkerung für uns gewinnen und der Rest der Linken entweder zu uns käme oder am Wegesrand zurückbleiben würde; oder daß wir sie in Allianzen solange instrumentalisieren, wie es uns nützlich erscheint. So in dem Stil, du bist bis auf weiteres mein Weggefährte und später stelle ich dich an die Wand. Niemand ist so blöd, heute noch auf eine derartige Politik hereinzufallen. Ähnlich wie die "Frente Amplio" ist auch das "Forum von Sao Paulo" sehr heterogen. Entweder diskutieren wir oder nicht. Entweder kannst du mit Ideen, die nicht deine sind, auskommen, oder nicht. Es geht um eine bestimmte Haltung, die man in der gemeinsamen Debatte einnimmt. In gewisser Weise steht also die Frage der Einheitspartei zur Debatte.

Reform und/oder Revolution?

Diese Grundidee haben die Organisatoren des Kongresses in Frankfurt offenbar nicht begriffen. Denn sie luden zwar Leute aus dem Sao-Paulo-Spektrum ein, betitelten ihren Kongreß aber mit dem Motto "Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis". Da steht eine ganz andere Überlegung dahinter, wie man diskutieren und in Zukunft Politik machen sollte.

Es wäre besser zu sagen, Reform und Revolution. Das heißt, daß man beides nicht voneinander trennen sollte. Wenn man Gewerkschaften gründet und für Lohnerhöhungen kämpft, ist dies eine Reform. Man setzt sich sinnvollerweise dafür ein, weil es das Lebensniveau verbessert. Wenn man den Bürgermeister in einer Gemeinde wie Montevideo stellt, dann macht man weder eine Revolution noch rufen wir den Sozialismus aus. Wir treiben auch in diesem Fall Reformen voran. Aber was nützt das? Um das Niveau zu erhöhen. Wenn es dazu nicht taugte, würde ich mich daran nicht beteiligen. Man verlöre nur seine Zeit.

Wird denn ein für allemal festgelegt, wer am "Forum von Sao Paulo" teilnehmen kann?

Hier liegt ein anderes Problem der Linken Lateinamerikas, die am "Forum von Sao Paulo" teilnimmt: Sie ist in Bewegung. Viele Compañeros, die gestern noch Revolutionäre waren, sind heute - nennen wir es einmal so - Reformisten. Wobei sie sich selbst nicht als Reformisten begreifen. Sie sehen sich als etwas anderes. Sie sagen, daß man andere, neue Wege zur Revolution beschreiten müsse.

Du meinst damit Teile der FMLN und der FSLN oder die "Demokratische Aktion M-19" aus Kolumbien?

Dieses Phänomen gibt es überall. Man kann nicht a priori definieren, wer die Revolutionäre sind. Denn da alles in Bewegung ist, so ist nun einmal das Leben, tauchen hier und dort plötzlich Genossinnen und Genossen mit anderer Meinung auf. Was sollen wir da sagen? Sollen wir jetzt das Ruder herumreißen und erklären, jetzt sind die anderen die Revolutionäre? Da müßten wir jeden Tag andere einladen. Es ist in der Welt soviel passiert, daß es kein Wunder ist, daß die Linke Lateinamerikas durcheinandergeschüttelt wird. Schafik Handal hat erzählt, daß sich in der vergangenen Woche eine Gruppe der FMLN als sozialdemokratisch deklarierte. Bis vor zwei Wochen nannten sie sich noch Revolutionäre. Was sollen wir also tun? Setzen wir die Diskussion mit den Compañeros fort oder nicht?

Du sagst "Ja"?

Ah, ich habe kein Problem damit, den Dialog fortzusetzen. Die Linke Uruguays ist daran gewöhnt zu debattieren. Die Bevölkerung fällt letztlich das Urteil über Sinn oder Unsinn des Gesagten und nicht wir selbst. Ich kann mich in meinem Haus zusammen mit drei Compañeros als die revolutionäre Kraft deklarieren. Aber wenn mir die Leute nicht zuhören? Es ist die Bevölkerung, die letztlich festlegt, wer die Träger der richtigen Ideen sind.

Die Entscheidung fällt in der politischen Praxis?

Natürlich. Ich muß vor den Leuten beweisen, daß meine Vorschläge besser sind. Ich muß gemeinsam mit den Genossen anderer linker Tendenzen in der Öffentlichkeit diskutieren und zeigen, daß meine Überlegungen und meine Praxis richtig sind. Letztlich muß ich sogar mit der Rechten diskutieren. Ich muß demonstrieren, daß meine Ideen der Rechten überlegen sind. Es geht auch nicht in erster Linie darum, was ich selbst tue, sondern darum, was ich der Bevölkerung vorschlage zu tun. Es gibt einen Moment, in dem die Praxis das Kriterium der Wahrheit ist. Einer sagt, gehen wir diesen Weg. Ich bleibe in der Minderheit; ich konnte nicht

überzeugen und gehe mit der Mehrheit mit. Wir stoßen auf eine unüberwindliche Mauer, können nicht mehr weiter und die Diskussion beginnt von neuem. Das ist die Debatte, um die es geht. Denn sich in einem geschlossenen Kreis die Köpfe heißzureden, wer die revolutionärste Kraft von allen sei, das ist lediglich ein Streit um Worte.

Eine neue Internationale?

Meine letzte Frage: Ist das "Forum von Sao Paulo" der Keim einer neuen Internationale?

Nein. Ich glaube, daß es eine allgemeine Ablehnung gegen die Art von "Internationalen" gibt, wie wir sie in der Vergangenheit kennenlernten. Gleichzeitig gibt es einen Willen zur Internationalisierung des Austausches und der Koordination. Aber ohne jene unerreichbaren obersten Führungsgremien. Die gemeinsame Debatte, die Suche nach Übereinstimmungen, der Austausch von Informationen und die Vereinbarung von sehr konkreten Dingen, das ist es, was viele wollen. Außerdem habe ich von einer Internationalen eine Vorstellung, die nicht auf Lateinamerika beschränkt bleibt.

... klar. Ich bezog mich darauf, daß das "Forum von Sao Paulo" derzeit wohl weltweit der relevanteste Zusammenschluß linker und revolutionärer Kräfte ist und daß bei den letzten Treffen auch immer mehr Gäste aus Afrika und Europa teilnahmen.

Bereits jetzt ist dieser Zusammenschluß ein exzellentes Instrument. Nur ein Beispiel: Als Ende Mai in Guatemala Präsident Serrano Elías einen Staatsstreich durchführte, wurden wir im selben Moment über die Modems und Faxgeräte benachrichtigt, die vom "Forum von Sao Paulo" eingerichtet worden sind. Wir hatten die Information bereits, bevor sie von den Nachrichtenagenturen verbreitet wurde. "Achtung! Eine wichtige Information für alle Mitglieder des Forum von Sao Paulo. In diesem Moment findet ein Putsch statt. Helft uns!" Wir initiierten sofort Proteste im Parlament, in den Gewerkschaften und in den Basisbewegungen. Das ist wichtig. So etwas gab es früher nicht. Da wurdest du in deinem Land enthauptet und die Compañeros der Linken bekamen es erst einen Monat später mit.

Vielen Dank für das Gespräch.

(Das Gespräch fand am 3.10.93 in Frankfurt/M. statt.)

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Das Forum von Sao Paulo ist ein kaum formalisierter Zusammenschluß lateinamerikanischer revolutionärer, linker und progressiver Parteien. Die brasilianische Arbeiterpartei (PT) lud 1990 erstmals eine Reihe von Parteien, Organisationen und Befreiungsbewegungen zu einem Diskussionsforum nach Sao Paulo ein. Seither fanden jährlich (1991 Mexiko D.F., 1992 Managua und 1993 Havanna) Kongresse statt, die vom "Forum von Sao Paulo" ausgerichtet wurden. Es handelt sich um ein offenes Debattenforum von reformistischen und revolutionären Kräften Lateinamerikas, an dem von Mal zu Mal mehr Beobachter auch aus Afrika, Asien und Europa teilnahmen.

2) Der Unabhängigkeitsheld Simón Bolívar sprach sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegen Nationalstaaten und für einen Zusammenschluß aller lateinamerikanischen Provinzen aus. Es gelang ihm lediglich, mit militärischer Gewalt ein Großkolumbien zu schaffen, das jedoch nur wenige Jahre hielt. Wenn heute von bolivarianischem Gedankengut gesprochen wird, ist damit in der Regel gemeint, in kontinentalen Kategorien zu denken.

34. Texte für die Halbzeit Fußball von links - zwei Neuerscheinungen

Rubrik: Sport; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:07

30 Jahre Bundesliga

"Ich warne euch, ihr Brüder Jahns / Vor dem Gebrauch des Fußballwahns!" schrieb einst Joachim Ringelnatz in seinem Gedicht "Fußball (nebst Abart und Ausartung)". Abgedruckt ist es in dem Buch "Verkaufte Faszination. 30 Jahre Fußball-Bundesliga", das im September im Essener Klartext-Verlag erschienen ist. Die übrigen Autoren beherzigen diese Lebensweisheit insoweit, als sie sich erkennbar bemühen, ihre Leidenschaft intellektuell in den Griff zu bekommen. Das gelingt nicht immer; oft genug siegt die Emotion, insbesondere das wehmütige Heraufbeschwören vergangener besserer Zeiten. Über den "Wandel der Spielertypen in 30 Jahren Bundesliga" schreibt Dietrich Schulze-Marmeling und läßt keinen Zweifel: Der Größte war Netzer, der "bürgerliche Modernisierer" und "Rebell wider feudalistische Strukturen und allzu altmodische Denkweisen im Fußball". Helmut Böttiger hat gar den baldigen Untergang des Fußballsports vor Augen. Ein Nostalgiker besonderer Art ist Norbert Seitz, der sein persönliches "All-Star-Team" aus 30 Jahren Bundesliga präsentiert. Da ist keiner jünger als 40; neben Radenkovic, Beckenbauer, Gerd Müller und Hacki Wimmer darf auch der Bundes-Berti mit auflaufen.

Anregender sind da schon die gesammelten verbalen Fehlleistungen von Kickern, Trainern und Funktionären. Einige Kostproben: "Der Klinsmann und ich, wir sind ein gutes Trio" (Fritz Walter d. J.); "Heute hat mir das Glück gefehlt, und dann kam auch noch Pech dazu" (Jürgen Wegmann); "Die Breite an der Spitze ist dichter geworden" (Hermann Neuberger). Dieser Zitatenschatz ist insbesondere zum Vorlesen in geselliger Runde geeignet. Kontroversen dürfte der bahnbrechende Beitrag von Thomas Gehrmann auslösen "Mal angenommen, Fußball hätte etwas mit Sex zu tun." Zwei der zitierten Expertenmeinungen: "Fußball ist schöner als Orgasmus" (Christoph Daum, Trainer); "Wenn das Tor den Orgasmus ersetzt, muß das pathologisch gesehen werden" (Emilio Servadio, Psychologe).

Nicht nur diskussionsanregend, sondern auch lehrreich für linke Fußballverächter ist Michael J. Seiferts kritische Prüfung von "Sieben Vorurteilen über das Fußballrowdytum". Daß Fußball vor allem gespielt und nicht zerredet werden sollte, stellt Ady Preissler in seinem "nach wort" klar, dem der Rezensent sich - vollinhaltlich - anschließen möchte: "Grau is alle Theorie, maßgebend is auffen Platz."

Klaus Hansen (Hg.): Verkaufte Faszination. 30 Jahre Fußball-Bundesliga, Essen (Klartext) 1993, 171 Seiten, DM 19,80.

Kritisches Fußball-Jahrbuch

Wer das Unterhaltsame mit dem Praktischen verbinden möchte, sollte den Fußball-Kalender '94 aus dem Göttinger Werkstatt-Verlag erwerben. Ärgerlich ist der offensichtlich falsche und zutiefst breitensportfeindliche Text auf der Rückseite: "Was ist Fußball ohne Zuschauer? Nur ein Kick von 22 kurzbehosten Männern im Park. Erst die Zuschauer machen den Fußball zu einem kulturellen Ereignis." Die zuschauerlosen, aber zuweilen hochdramatischen Spiele der 4. Herren des HEBC (Hamburg-Eimsbütteler Ballspielclub von 1911 e.V.) sollen kein kulturelles Ereignis sein? Bei den tagelangen Debatten, die sie hervorrufen, den minutiösen, meistens im Konjunktiv geführten Nachbereitungen weniger erfolgreicher Spiele?

Der Verweis auf die Zuschauer wird im Innenteil wieder aufgenommen und mit Hoffnungen verknüpft. Am Beispiel des AC Mailand illustriert der unvermeidliche Dietrich Schulze-Marmeling die "Krise des Profi-Fußballs". Milans Präsident Berlusconi, der Medienzar und Faschistenfreund, "will die Unwägbarkeiten des Fußballgeschäfts ausschließen", läuft aber Gefahr, "sich selbst zu besiegen" - weil die Zuschauer wegbleiben, wenn sportliche Erfolge durch den Einsatz gigantischer Summen von vornherein feststehen.

In weiteren gut lesbaren Artikeln werden u.a. folgende Themen behandelt: die WM in den USA, das "Nationale Konzept Sport und Sicherheit", Fußball und Fernsehen, Fan-Power bei Charlton Athletic in London. Dazu der "verzweifelte Versuch eines Porträts" von DFB-Chef Egidius Braun, eine "Begegnung mit Franz B." und ein Interview mit Volker Finke, dem Trainer der erfolgreichen Freiburger "Studentenmannschaft".

Die 365 Tage des Jahres 1994 geben den Kalendermachern Anlaß, an mehr oder weniger bedeutsame Ereignisse der Fußballgeschichte zu erinnern: z.B. das 7:4 des 1. FC Kaiserslautern gegen Bayern München (20.10.1973); den Geburtstag von Hans Krankl (14.2.1951) und dessen unsterblichen Ausspruch: "Wenn ich einen Deutschen sehe, werde ich zum Rasenmäher"; das offizielle Gründungsdatum des FC St. Pauli (15.5.1910). Das sind Informationen von nicht zu unterschätzendem Gebrauchswert gerade für Stadionbesucher, die sich bei besonders müdem Gekicke die Zeit mit Quizfragen vertreiben können. Etwa so: "Wann bezog Schalke 04 die höchste Heimniederlage?" Antwort: am 9. Mai 1981 (0:6 gegen Bochum).

Fußball-Kalender '94, Verlag Die Werkstatt Göttingen, 234 Seiten, 12,- DM

Js.

35. Freak out - ein Leben im Widerspruch (zum Tod von Frank Zappa)

Das Phänomen des guten, toten Bürgerschrecks - oder: Warum es doch notwendig ist, einiges über Frank Zappa zu sagen

Autor: Kay Osterloh · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak361/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:34

Das Phänomen des guten, toten Bürgerschrecks - oder:

Warum es doch notwendig ist, einiges über Frank Zappa zu sagen

Die Trauerarbeitsmaschine läuft wie geschmiert. Von taz bis Bild ehren und gedenken die Feuilletonisten der "Übermutter" des amerikanischen Undergrounds, Frank Zappa.

Er starb am 4. Dezember in Hollywood, kurz vor der Vollendung seines 53. Lebensjahres an einem langjährigen Krebsleiden. Dank Bild wissen wir auch genau wie. Genüßlich läßt das Blatt sich über die Sterbeszene aus und verbreitet geschmacklose Details seiner Krankheitsgeschichte. Der Artikel endet mit einem angeblichen Zitat seiner Frau: "Frank ist auf seine letzte Tournee gegangen." Soviel Wehmut für einen Künstler, den Bild in seinen wirklich wilden Tagen eher als "armen Irren" bezeichnet hätte (oder hat), ist schon verblüffend. Aber, wie die taz feststellte: "Nur ein toter Bürgerschreck ist ein guter Bürgerschreck."

Zappa hatte sich allerdings schon längst zum seriösen Musiker und Komponisten gewandelt. Seit den 80ern beschäftigte er sich zunehmend mit moderner E-Musik, komponierte elektronische Werke unter dem Pseudonym Francesco Zappa und schaffte es 1988 mit seiner Platte "Jazz From Hell", einen Grammy zu ergattern. Auch sein letztes Werk, "Yellow Shark", das er zusammen mit dem renommierten "Ensemble Modern" einspielte, ist reine E-Musik und eher witzig als schockierend. Die Uraufführung in Frankfurt im Sommer letzten Jahres war Zappas letzter öffentlicher Auftritt. Die geplante Konzerttour mit dem "Ensemble Modern" mußte wegen seiner fortgeschrittenen Krankheit ausfallen. Im CD-Booklet zu "Yellow Shark" freut sich das Siemens-Kulturprogramm, "solch ein außergewöhnliches Ereignis der zeitgenössischen Musik" unterstützen zu können. Vielleicht hat er den Bild-Nachruf ja doch verdient, bei solch honorigen Gönnern?

Der Zappa, dem es hier nachzurufen gilt, ist der frühe Zappa, als er noch mit den "Mothers of Invention" hemmungslos sämtliche Popkonventionen auf den Kopf oder auch auf die Füße stellte. Es ist auch völlig überflüssig, den hektischen Sondersendungen und Huldigungs-Nachrufen, in denen schon mal hemmungslos die Unsterblichkeit bemüht wurde, noch ein weiteres Loblied hinzuzufügen. Für mich ergibt sich, getreu dem Motto "Kill Your Idols" (oder laß sie gar nicht erst zu welchen werden), eine andere Herangehensweise.

Interessanter ist zu beleuchten, welchen Einfluß Zappas Kulturverständnis auf die verschiedenen Szenen hatte und bis heute hat.

Meinen eigenen Erstkontakt mit der Musik von Frank Zappa und den Mothers hatte ich Mitte der 70er in der DDR. In meinem Freundeskreis wurde fleißig Blues gehört, um den Anfechtungen des "realsozialistischen" Alltags mit der nötigen Wehmut gerecht zu werden. Punk war noch weitestgehend unbekannt oder wurde als "Lärm" verkannt. Da platzte die erste Zappa-Scheibe wie eine Bombe in unser musikalisches Grundverständnis. Eine Band, die so wild aussah und eine Musik spielte, die von wilden Breaks und Stilwechseln durchsetzt war, veränderte mit der Zeit meine Hörgewohnheiten gründlich. Die Tatsache, daß sich die Mothers als Underground bezeichneten, gab dem Ganzen noch einen subversiven Touch. Leider konnte die DDR-Staatsmacht durch geschicktes Taktieren die Entstehung einer kreativen Gegenkultur verhindern (bis der Punk die DDR einholte). Ganz anders dagegen die Entwicklung in benachbarten Ostblockstaaten.

Die kurze Phase des "Prager Frühlings" 1968 brachte auch eine "Infizierung" der Jugend mit dem rebellischen Geist der emanzipatorischen Bewegungen, die die westliche Welt erschütterten. Zu dieser Zeit machte in Prag eine Band mit dem Namen "The Plastic People Of The Universe" von sich reden. Das Projekt um den Lyriker Egon Bondy hatte sich ganz bewußt nach einem Stück der Mothers-Platte "Absolutely Free" benannt. In ihren wilden Performances bezogen sie, ganz wie ihre Vorbilder, Elemente von Dichtung, Theater und Satire mit ein. Neben Zappa waren sie auch von den Anarcho-Hippies "The Fugs" und von "Velvet Underground" beeinflußt.

Der Prager Frühling wich bekannterweise einem "Normalisierungs-Winter" und der kulturelle Underground wurde zum realen politischen Untergrund.

Als 1977 wieder einmal fast die gesamte Plastic-People-Mannschaft (und ihr künstlerisches Umfeld) vor Gericht standen, führte dies nicht nur zu massiven Protesten im Ausland (Solidaritätskonzerte mit Zappa und Beefheart), sondern auch zur Gründung der Bürgerrechtsbewegung "Charta 77".

Die CIA nutzte die Verbotssituation geschickt und belieferte die Szene über "Radio Liberty" und "Radio Free Europe" mit illegaler tschechischer Kultur und den "Werten des Freien Westens". Es verwundert also nicht, daß die ex-subkulturelle Beraterriege des jetzigen Präsidenten und Mothers-Fan Vaclav Havel nach der "Revolution" ausgerechnet Frank Zappa zum "Kulturbotschafter" zwischen der Tschechoslowakei und den USA ernannte. Der Zeitpunkt war gut gewählt, hatte doch Frank Zappa gerade zu jener Zeit Ambitionen auf das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten geäußert.

Natürlich war er inzwischen längst von den radikalen Kinderkrankheiten geheilt und zum überzeugten und bekennenden Kapitalisten mutiert. Vergessen waren die Zeiten, als er noch verkündet hatte: "Kein Akkord ist häßlich genug, um all die Scheußlichkeiten zu kommentieren, die von der Regierung in unserem Namen verübt werden." Mit dem blauäugigen Amerika-Freund und Ex-Dissidenten Vaclav Havel und dem "praktischen Konservativen" Zappa (seine Selbsteinschätzung) wuchs zusammen, was zusammen gehört. Präsident der Vereinigten Staaten ist Frank Zappa nun doch nicht geworden, und Havel hätte auch lieber bei seiner Schriftstellerei bleiben sollen.

Ohne alle Ironie bleibt aber festzustellen, daß Zappas Musik einen nachhaltigen Einfluß auf die unangepaßte Musikszene im Ostblock hatte, der bis heute anhält.

Auch im Westen gab es ein reges Interesse für die Provokationen und die Musik von Frank Zappa. Die Linke lehnte ihn als zu wenig links und zu wenig konsequent ab, aber die Alternativszene bemächtigte sich sehr schnell des Zappa-Kultes. Sein Klo-Plakat hing in jeder Wohngemeinschaft im Badezimmer, während Che Guevara die Gemeinschaftsküche zierte. Hinlänglich bekannt sind auch die obligatorischen Zappa-Aufkleber an der ersten eigenen Ente.

Aufgrund der schnellebigen Trends in der Musikindustrie, in der Zappas Musik nur eine Spielart von vielen war, schwand der direkte musikalische Einfluß ziemlich schnell dahin. Geblieben ist der Mythos. Er lebt weiter durch besagte Ikonen oder durch die unermüdlichen Zappa-Platten- und Schriftgelehrten, die sämtliche Platten (inzwischen auch als CDs) ordnungsgemäß in ihren Regalen abgelagert haben und sich jetzt nicht entscheiden können, ob sie noch die teuren und schlechten Bootlegs kaufen oder auf die spezielle Edition zurückgreifen sollen, in der Zappa unveröffentlichtes Konzertmaterial anbot.

Diese Art von Fans ist verblüffenderweise nur noch selten für neue innovative Musik zu begeistern, auch wenn diese in der Tradition ihres "Forschungsobjektes" angesiedelt ist.

Eine westdeutsche Band, die sich sehr offen auf frühe Zappa-Musik bezog, war "Checkpoint Charlie". Sie verband bissigen Politrock mit wundervoll schräger Musik und war damit allemal spannender als die bekannteren "Ton Steine Scherben". Aber auch das "Sogenannte Linksradikale Blasorchester" war vom Zappa-Sound angetan. Von ihm stammt das hervorragende Zappa-Cover "Ich bin nunmal die Kotze aus deiner Glotze".

Zu dieser Zeit glaubte Heiner Goebbels noch an die politisierende und emanzipatorische Wirkung von Musik. Heute übt er sich in verschlüsselten Botschaften und aufwendigen Inszenierungen. Aber mit seiner Hinwendung zur apolitischen E-Musik ist er ja auf derselben Schiene wie Frank Zappa.

Das alles soll uns aber nicht den Spaß verderben, den alten Zappa-Scheiben heute immer noch bereiten. Je älter sie sind, desto weniger sind sie dem damaligen Zeitgeist angepaßt und deshalb auch nicht überholt. Werke wie "Freak Out" oder "Absolutely Free" verblüffen noch immer durch ihre Kompromißlosigkeit und vielschichtigen Arrangements, die ihrer Zeit um Jahre voraus waren.

Auch die Zusammenarbeit mit Don Van Vliet, besser bekannt als Captain Beefheart, war ein Meilenstein der Rockgeschichte. Später, als die Gitarrensoli des "Meisters" immer länger wurden, verlor das Projekt Zappa immer mehr an Biß.

Seit einigen Jahren gibt es auch in den USA wieder interessante Projekte, die sich explizit auf alten Mothers-Stoff beziehen, ohne von der Musikpresse zur Kenntnis genommen zu werden. Der Kalifornier Zoogz Rift und das texanische Rudy Schwartz Projekt sind dabei besonders interessant. Aber sie werden auch weiterhin unbekannt bleiben, denn nicht jeder versteht es, sich so gut zu vermarkten wie Frank Zappa.

Kay Osterloh, Nürnberg

36. "Schlimmer als mit Waffen ..."

Wirtschafts- und Währungskrieg der irakischen Regierung

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:03

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr hielten sich bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und der irakischen Regierung 1993 ziemlich in Grenzen. Außer irakischen Übergriffen in Aiwena hielten die irakischen Kräfte still. Ein Grund für diese Zurückhaltung war sicherlich eine Reaktion Saddam Husseins auf die Ankündigung Bill Clintons, die "Probleme im Irak könnten entpersonalisiert werden." Das heißt, Saddam Hussein wollte auf seine Weise zeigen, daß auch er zu einer, wie auch immer gearteten Annäherung bereit war. Der zweite Grund kann in der katastrophalen Situation der irakischen Armee gelegen haben, deren Kampfmoral, nach Zeugenberichten, weit unter Null gesunken war.

Der irakische Verzicht auf militärische Auseinandersetzung bedeutete für die Einwohner der kurdischen Region allerdings keine Entspannung der Lage. Die wirtschaftlichen Sanktionen zeigten der kurdischen Verwaltung mehr als im vorhergegangenen Jahr die eigenen Grenzen und die der internationalen Unterstützung auf.

Zaxo/Duhok 26.5.93

Devisenkurse zu beobachten und deren Bewegungen einschätzen zu können, erfordert einige Erfahrung; der Wert der verschiedenen ausländischen Währungen hängt von einer Reihe komplexer, unberechenbarer Faktoren ab. Ein heftiger Regenguß z.B. läßt den Dollar schlagartig sinken, Schießereien in den Bergen machen ihn teurer.

Hier ist die Rede von dem wohl eigenwilligsten Devisenmarkt der Welt, der sich in Zaxo befindet. War es schon immer schwierig den Wert des Dollars oder der Mark in Einklang mit weltwährungspolitischen Ereignissen zu bringen, so hat der Währungsmarkt in Zaxo seit zwei Wochen ein völliges Eigenleben entwickelt. Grund für diese Krise der inoffiziellen kurdischen "Börse" war die währungspolitische Entscheidung Saddam Husseins, "alte" 25-Dinar-Scheine für ungültig zu erklären. Schon seit dem Embargo gegen den Irak hatte es im gesamten Land und der selbstverwalteten kurdischen Region altes Geld gegeben, das vor dem Embargo im Ausland gedruckt worden war, sowie deren neue Äquivalente, die sich auf den ersten Blick nicht von den alten unterschieden, aber im Irak selbst gedruckt wurden. Der Umtauschkurs des "alten" gegen das "neue" Geld betrug in der Regel 1:3.

In der kurdischen Region wurde das neue Geld nicht verwendet. Der größte dort vorhandene Geldschein war eben der nun aus dem Verkehr gezogene alte 25-Dinar-Schein. Die Grenze zwischen dem Rest des Irak und der kurdischen Region war schon einen Tag vor Verkündung der Entscheidung hermetisch abgeriegelt worden, so daß die Bevölkerung der kurdischen Region keine Chance hatte, die vorgegebenen sieben Tage Umtauschfrist zu nutzen. Die darauf folgenden Ereignisse stellten den Betrachter vor Rätsel.

"Wie ist es zu erklären", fragt zum Beispiel der Minister für humanitäre Hilfe des kurdischen Kabinetts, "daß eine Währung, nach der mehr Nachfrage besteht als zuvor, deren Tausch offiziell verboten ist und die nur noch schwarz getauscht werden kann, im Wert sinkt? Bei uns ist genau das passiert. Das zeigt nur, daß der Devisenmarkt bei uns mehr von psychologischen als von ökonomischen Faktoren bestimmt ist." In der Tat war der Dollar unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung, den 25-Dinar-Schein für ungültig erklären zu lassen, an einem Tag von 30 auf 50 Dinar gestiegen. Daraufhin war der Devisenmarkt von der Regionalregierung geschlossen worden. Sofort ging der Wert der Währung zurück, obwohl die Nachfrage im Grenzhandel gleichzeitig enorm gestiegen war. Anstatt nach den Prinzipien des Marktes zu verfahren, starrten Käufer und Verkäufer nach Bagdad wie das Kaninchen auf die Schlange. Dieser Phase folgten hektische Aktivitäten; jeder, der kaufen konnte, versuchte Sachwerte zu erstehen. Die Händler hatten Angst, Sachwerte aus der Hand zu geben, da sie dem Geld, das sie dafür erhielten, nicht trauten.

"Wir sind hier immer noch in einer Ausnahmesituation", erklärt Innenminister Dr. Roj Nuri. "Die Bevölkerung hat Angst, solange die Regierung in Bagdad noch im Amt ist, sie reagiert eher auf Ermutigung und Solidarität, als auf Entwicklungen auf dem Devisenmarkt. Wenn zum Beispiel heute eine der westlichen Regierungen erklären würde, daß sie die Entscheidung Saddams mißbilligt, würde auf dem kurdischen Devisenmarkt eine stabilere

Situation eintreten, denn die Leute würden glauben, daß wir nicht alleingelassen werden, auch wenn das Schlimmste eintritt."

Als "kritischste Phase seit Gründung des kurdischen Parlamentes" bezeichnen auch ausländische Beobachter die Situation. So kritisch, daß einige UNO-Geberländer ihre Botschaftsangehörigen aus Ankara in Begleitung eines Vertreters des türkischen Außenministeriums und des politischen Beraters der alliierten Schutztruppe aus Incirlik "vor Ort" schickten. Die fünfköpfige Gruppe, zu der je ein Mitglied der US-amerikanischen, britischen und der australischen Botschaft gehörten, hielt sich am 25. und 26. Mai in den kurdischen Städten Zaxo und Duhok auf, sprach mit Händlern, Geldwechslern, lokalen Autoritäten und Vertretern der kurdischen Regionalregierung. Die Ergebnisse ihres Besuches sollen in einem Bericht zusammengefaßt werden, der in der nächsten Woche auf einer UNO-Tagung in Genf vorgelegt werden wird.

"Unsere Gäste sind nicht befugt, eine Entscheidung zu treffen", erklärt der kurdische Finanzminister Daro. "Aber wir haben mit ihnen über die Probleme gesprochen und ihnen unterbreitet, was wir uns als mögliche Lösungen vorstellen können, wenn die Fünf und Zehn-Dinar-Scheine auch entwertet werden. Einmal gibt es die Möglichkeit, eine eigene Währung einzuführen, man kann die alte einfach beibehalten oder aber fremde Währung wie Dollar oder türkische Lira auf dem Markt einführen."

"Alle diese Optionen", ergänzt ihn sein Kollege Dr. Nuri, "können aber nur durchgeführt werden, wenn sie nicht nur von der internationalen Gemeinschaft gebilligt werden, sondern vor allem auch von den Nachbarländern unserer Region. Mit ihnen läuft der Grenzhandel." Ohne Unterstützung von außen, so die einhellige Meinung der Kabinettsmitglieder, ließe sich die Währungskrise in Kurdistan nicht auflösen, eine Panik in der Bevölkerung nicht verhindern. "Wir stehen unter Druck" meint Herr Taufiq. "Es kann eine Situation geben, in der die Bevölkerung Stillhalten nicht mehr akzeptiert und wir eine eigene Währung einführen müssen.

Der Irak ist momentan dabei, Kurdistan abzutrennen. In allernächster Zeit sollen die Autonummern und die Identitätskarten im Irak geändert werden. Das würde Austausch und Handel, aber auch Schmuggel zwischen uns und dem Rest-Irak fast unmöglich machen. Auf diese Schritte müssen wir reagieren."

Die ausländischen Gäste äußerten sich nicht explizit zu den kurdischen Vorschlägen. Offensichtlich ist jedoch, daß jede dieser Optionen die selbstverwaltete Region ein Stück weiter vom Restirak abtrennen und die territoriale Integrität des Irak gefährden könnte. Keine von ihnen ist, auch aus kurdischer Logik gesehen, unproblematisch. Der Vorschlag, türkische Lira auf dem kurdischen Markt einzuführen, der auch in der Türkei momentan eher zurückhaltend diskutiert wird, würde das Problem eines enormen Preisgefälles zwischen der türkischen und irakischen Seite der Grenze mit sich bringen. Die alte Währung in der kurdischen Region beizubehalten, würde die gesamten restlichen Dinar-Bestände aus den Nachbarländern des Irak auf den kurdischen Markt ziehen, was zweifellos zum Kollaps führen würde.

"Dieser Schachzug Husseins hat verschiedene Zielrichtungen", kommentiert ein Abgeordneter der Fraktion der "Partei der Werktätigen" des Regionalparlaments. "Einmal gibt es noch eine Menge dieser Dinare in Kuwait und eben die sollten dem Iraqian National Congress (INC) jetzt als Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Das ist eigentlich ein Witz. Dann ist es wohl auch eine Art Racheakt gegen Jordanien, das in den letzten zwei Monaten seinen Grenzhandel mit den Irak um 80% reduziert hat. Das hat zu einer enormen Destabilisierung der irakischen Wirtschaft geführt. Genau diese Destabilisierung soll hier in unsere Region exportiert werden."

Tatsächlich ist auch Berichten aus Bagdad, Mosul und Basra zu entnehmen, daß die Preise im gesamten Irak seit Reduzierung des Handels mit Jordanien um mehrere hundert Prozent angestiegen sind. Ein Kilo Reis stieg von 300 auf 3.000 Dinar; ein Lehrer verdient heute in Bagdad monatlich ungefähr 300 Dinar. Zum ersten Mal seit dem Volksaufstand 1991 liegen damit die Lebensmittelpreise im Irak wesentlich höher als in der selbstverwalteten kurdischen Region. Auch der Schwarzmarktkurs des Dollar in Bagdad hat den in Kurdistan weit überschritten. "In der letzten Zeit sind viele Menschen aus dem Süden und Bagdad hierhergekommen", erklärt Abu Amer, INC-Verantwortlicher für ein Heim in Schaklawa, das Flüchtlinge aus der irakisch kontrollierten Region aufnimmt.

"Wissen sie, was wir an einem Tag zu essen bekommen? Drei Brötchen und eine Tasse Reis. Zucker gibt es eine Tasse voll für jeden Monat, Tee gar keinen. Dann bekommen wir noch ein Stück Seife im Monat. Würden sie da nicht weglaufen?" Das Heim wird nicht nur von Flüchtlingen aus dem Süden bewohnt, sondern auch von zahlreichen irakischen Deserteuren. Die schlechte Ernährungslage innerhalb des Heeres wird von den meisten

als Hauptgrund für die Flucht genannt. "Niemand weiß, wofür wir eigentlich noch kämpfen sollen, wer die Möglichkeit hat, der läuft einfach weg. Wir sind alle schon sieben Jahre beim Militär. Wofür, um jetzt halb zu verhungern? Ich habe genug!" Die vier Soldaten, die vor wenigen Tagen in Schaklawa eingetroffen sind, hatten das Glück, direkt an der kurdisch-irakischen Demarkationslinie stationiert zu sein und konnten zu Fuß in die kurdische Region gelangen.

So richtet sich die kurdische Region, so paradox das auch klingen mag, auf eine Art Flüchtlingswelle ein. Nicht nur zur Lösung dieses Problems wird Hilfe von der gesamten irakischen Opposition erwartet.

Der INC, so erklärten auch mehrere der ausländischen Gäste in Zaxo, könne eine wichtige Rolle spielen. Wie diese aussehen könnte, darüber wurde nichts bekannt außer dem Wunsch eines kurdischen Journalisten: "Die Probleme unserer Region doch noch gesamtirakisch in den Griff zu bekommen." Konkrete "gesamtirakische" Lösungsvorschläge hatte zum Zeitpunkt des Gespräches noch niemand entwickelt.

Arbil 27.6.93

"Ein Schlag ins Gesicht der Administration, die sich nicht nur um die wirtschaftliche sondern auch um die Sicherheitslage kümmern muß", meint der Landwirtschaftsminister. "Eine grausame Entscheidung gegen die kurdischen Bauern", nennt es ein anderer führender Politiker. "Die wochenlangen Bemühungen der Regierung werden sanktioniert", kommentiert der Projektleiter einer Hilfsorganisation.

Was da von verschiedenen Seiten unisono kritisiert wird, ist die Entscheidung des "World Food Programmes" (WFP), über das die Lebensmittelhilfe der UNO abgewickelt wird, in Bezug auf Weizeneinkäufe in Kurdistan. Wie schon im vergangenen Jahr ist Weizenernte und -verkauf ein politisch wie wirtschaftlich brisantes Problem in der selbstverwalteten kurdischen Region. Mit ca. 350.000t geschätzem Ertrag könnte in diesem Jahr der Bedarf an Mehl und Saatgut in der selbstverwalteten Region gedeckt werden. Momentan sind die Bauern dabei, die Ernte einzubringen, und auf den ersten Blick scheint es, daß damit zumindest eines der brennenden Probleme der Region gelöst sei.

Doch schon die Ernte gestaltete sich, wie auch im vergangenen Jahr nicht unproblematisch. In Ba'adriha, fast 200 km nördlich von Cemcemal, berichten die Bauern von Schwierigkeiten. Hier, wo die Demarkationslinie etwas durchlässiger ist als im Süden, kommen Agenten der irakischen Regierung und bieten bis zu 6.000 Dinar für den Weizen - ein stolzer Preis. "Das Silo im irakischen Teil liegt nur gut 2 km entfernt. Nach Duhok zu den Silos in der kurdischen Region führt nur ein Weg durch die Berge, der ist so schlecht, daß du nie weißt, ob dir nicht die Achse bricht bevor du ankommst", meint ein Gemeinderatsmitglied. Was er sagen möchte ist offensichtlich; wieviele Bauern werden wohl diesen beschwerlichen Weg auf sich nehmen, wenn der Irak außerdem noch eine höhere Bezahlung bietet. In Aiwena, bei der kurdischen Hauptstadt Arbil, ist die Entscheidung gefallen; dreimal standen hier irakische Panzer mitten im Dorf - zum ersten Mal seit den Kämpfen im Frühjahr 1991. "Wer nicht an uns verkauft, kriegt alles platt gemacht", hieß hier die einfache Formel, mit der Angebot und Nachfrage von irakischer Seite reguliert wurden. Die Bauern von Aiwena verkauften an den Irak - gezwungenermaßen. Die anderen Bauern haben sich noch nicht entschieden.

"Wir haben in ganz Kurdistan Aufkaufstellen eingerichtet, die Silos sind instand gesetzt, und in jeden größeren Ort gibt es Komitees, die dem Gouverneur und dem Landrat unterstehen", erklärt Landwirtschaftsminister Sadi Ahmet. Über Fernsehen und Radio wurde dieser Beschluß bekanntgegeben, die Bauern aufgefordert, ihr Getreide in die Silos zu bringen.

"Bis jetzt liegt es noch bei mir zu Hause" meint ein Bauer in der Nähe von Arbil, nach seinem Getreide gefragt. Auch weiter im Süden ist noch nichts verkauft. Die Silos sind geputzt und harren der LKW-Schlangen, doch wenn drei Fahrzeuge am Tag eintreffen ist das schon viel. Das Landwirtschaftsministerium hatte auch den Preis für eine Tonne Weizen bekanntgegeben, 2.850 Dinar, weniger als die Hälfte dessen, was der Irak bezahlt. Den Bauern ist nur allzu bewußt, was auch Sadi Ahmat freimütig zugibt: "Wir haben nicht das Geld, diesen Preis zu bezahlen. Soviel Dinar können wir nicht aufbringen, wenn uns niemand mit Dollar aushilft." Eine klare Aussage mit einem klaren Adressaten: Ausländische Organisationen, vor allem die UNO, sollten Getreide in Kurdistan aufkaufen und es im Rahmen ihrer Lebensmittelhilfsprogramme dann wieder verteilen. "Erstens würde dann unsere Wirtschaft profitieren und nicht z.B. die der Türkei", erklärt Ahmet. "Zweitens würde das den Dollarpreis hinunterdrücken und die Inflation eindämmen." Nachdem sich auf der Konferenz der Geberländer in Genf herausstellte, daß prinzipiell Mittel für einen Weizen buy back vorhanden sind, wuchs die

Hoffnung in Arbil - um dann ein paar Tage später wieder zu sinken. Das WFP hatte zwar beschlossen, Weizen einzukaufen, aber zum einen nur 25% des Ertrages und zum anderen "von privaten Händlern, die schon vor dem 1.6.1993 über ein Konto im Ausland verfügten." Das WFP erklärte außerdem ausdrücklich, die Strukturen der "lokalen Autoritäten" nicht zu nutzen. Das Geld für den Weizen, so wurde erklärt, soll direkt auf die Konten im Ausland eingezahlt werden, aus jeder der drei Provinzen wolle man mit maximal drei Großhändlern verhandeln. "Genau diese neun Personen verdienen dann daran und niemand anderes", meint der kurdische Politiker Sami Abdurrahman. "Die, die ihr Konto im Ausland schon haben, denen wird da noch was draufgetan, weder unsere Wirtschaft insgesamt noch die Bauern werden davon profitieren."

"Wer sät, der wird auch ernten, heißt es", meint ein Mitglied der kurdischen Bauernunion mit bitterer Ironie. "Aber niemand sagt, wie die Ernte dann verkauft werden soll!"

37. Quelldatei 24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:24

LeserInnenbriefe

Gratulation

Werte Genossinnen!

Ich möchte Euch insgesamt zu Eurer Zeitung gratulieren.

Einziges Man(c)ko sind die fehlenden frauenspezifischen/feministischen Analysen.

Trotzdem solidarische Grüße

S.O., Berlin

Verfassungsschutz

Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin übersandte uns - "mit der Bitte um Kenntnisnahme" - einen Auszug aus dem jüngst erschienenen "Verfassungsschutz-Bericht. Berlin 1992", den wir auch dem ak-Publikum zur Kenntnis bringen möchten:

"2.1.25 ‚Kommunistischer Bund` (KB)

Der 1971 in Hamburg gegründete KB hat sich auf seinem 4. Kongreß am 20. April 1991 in Hamburg aufgelöst.

Nach der Auflösung des KB organisierte sich eine PDS-orientierte ‚Ex-KB- Mehrheit` in autonomen Ortsgruppen, die in einzelnen Städten (u.a. Berlin) weiterhin unter der Bezeichnung ‚Kommunistischer Bund` auftreten.

Die ‚Ex-KB-Mehrheit` versucht an die ideologische und polit-strategische Tradition des KB anzuknüpfen und propagiert die Fähigkeit zur Bündnispolitik in allen Bereichen des Widerstands; einzelne Mitglieder arbeiten führend in der PDS/LL mit.

Eine ‚KB-Minderheit` organisierte sich in der ‚Gruppe K`.

Seit August 1992 wird das frühere KB-Organ ‚ak` (‚Arbeiterkampf`), das auch nach der KB-Auflösung von beiden Nachfolgeorganisationen gemeinsam herausgegeben worden war, allein von der ‚Ex-KB-Mehrheit` unter dem Titel ‚ak (neue folge) analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis` herausgegeben. Diese Zeitung hat eine Auflage von 4.600 Exemplaren und veröffentlicht Beiträge aus dem gesamten Spektrum des Linksextremismus. Sie hat damit Bedeutung über Ex-KB-Zusammenhänge hinaus.

2.1.2.6 ‚Gruppe K`

Eine Minderheitsfraktion des am 20. April 1991 aufgelösten ‚Kommunistischen Bundes` (KB) hat sich am 7. Juli 1991 in Dortmund neu formiert und die ‚Gruppe K` gegründet.

Sie hält am Ziel des Kommunismus fest; die ‚Gruppe K` definiert sich als Teil der antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken mit der Zielsetzung einer herrschaftsfreien Gesellschaft.

Der bisherige interne Rundbrief ‚Bahama-News` wird seit Dezember 1992 unter dem Titel ‚Bahamas, Zirkular der Gruppe K` herausgegeben.

Die etwa 80 Mitglieder zählende Gruppe hat ihren Sitz in Hamburg und ist derzeit in 12 Städten - u.a. in Berlin - vertreten.

Hier hat die ‚Gruppe K` bisher noch keine nennenswerten Aktivitäten entwickelt."

Berichtigung

Im letzten Satz des Leserbriefs zum Artikel "Das Verfahren der Verfremdung" in ak 360, S. 38 ist aus "Pessimismus" "Rassismus" geworden. Der Satz muß richtig lauten: "C. Türcke hat es ihm damit allerdings

sehr leicht gemacht, weil die aktuelle Ratlosigkeit bei ihm zu einer grundsätzlichen Haltung, zu einem philosophischen Pessimismus sich verfestigt zu haben scheint."

38. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:27

Kalender

Jugendumweltkongreß

Innerhalb der Umweltbewegung findet eine Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Zusammenhängen und möglichen Alternativen zum System der "freien Marktwirtschaft" kaum oder nur oberflächlich statt. Für die Jugendumweltverbände BUNDjugend und Naturschutzjugend ist dies Anlaß, ihren ersten gemeinsamen Bundeskongreß unter das Motto "Umwelt im Schatten der Wirtschaft - Wer gewinnt im Ökomonopoly?" zu stellen. Neben Vorträgen, Arbeitskreisen und Rollenspielen ist ein Rahmenprogramm mit Kabarett und Musik vorgesehen.

27.12.93-3.1.94, Göttingen. Anmeldung und Informationen: Kongreßbüro, Pavillon der Höltyschule, Nikolausberger Weg 22, 37073 Göttingen.

Rassismus

Die "Autonome Vorlesungsreihe zum Rechtsradikalismus und Rassismus: Rassismus als Kern moderner faschistischer Ideologie und Faktor heutiger BRD-Politik" wird im Januar mit den folgenden drei Veranstaltungen abgeschlossen:

5.1.94: Rassismus und Medien. Eine Analyse am Beispiel der FAZ

12.1.94: Multi-Kulti: Festschreibung des Rassismus?

19.1.94: Neue deutsche Außenpolitik in Osteuropa - Auf dem Weg zur Weltmacht.

Alle Veranstaltungen finden statt im Café Knallhart in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg, und beginnen jeweils um 19 Uhr.

Rosa Luxemburg

Anläßlich des 75. Todestages von Rosa Luxemburg werden in Stuttgart unter dem etwas angestrengten Motto "Auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgismacht" in Stuttgart in der zweiten Januar-Hälfte "Rosa-Luxemburg-Wochen" durchgeführt.

14.-29.1.94, Stuttgart. Ein Programmheft ist für 2.- DM Rückporto zu erhalten beim Infoladen, Mörikestr. 69, 70199 Stuttgart.

United actions against racism

"UNITED for Intercultural Action", das "europäische Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen" (s. "aufgeblättert" in ak 360) lädt zur Konferenz "European youth - United actions against racism and nationalism". Wie bei den bisherigen Kongressen (der vorherige fand im Oktober in Belgien mit Mitgliedern von 62 Organisationen aus 20 Ländern statt) geht es um den so dringend erforderlichen Erfahrungsaustausch und die Koordinierung länderübergreifender Aktivitäten. Die Konferenzsprachen sind Englisch und Französisch. Aber, beruhigen die Veranstalter, "don't be afraid, the level will not be too high: almost everybody will speak his mother tongue."

13.-20.2.94, Strasbourg. Informationen und Anmeldung: UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL - AK Amsterdam.

39. Quelldatei 30.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:30

Colonia Digidad

Die "Colonia Digidad" in Chile, eine deutsche Sektensiedlung, die aus der freikirchlich-evangelischen Gemeinschaft im Nachkriegsdeutschland entstand, ist vorwiegend als Psychosekte mit "Gehirnwäsche", körperlicher Züchtigung und sexuellem Mißbrauch Minderjähriger in die Zeitungsspalten geraten. Wesentlicher im politischen Sinne ist, daß die Sektensiedlung nach dem Militärputsch 1973 als Folterschule des chilenischen Geheimdienstes fungierte, und daß es die Bonner Diplomatie ist, die bis heute das Weiterbestehen der Sekte, ungeachtet deren zahlreicher krimineller Vergehen, garantiert. - Friedrich Paul Heller stellt in seiner umfassenden Studie "Von der Psychosekte zum Folterlager" beide Aspekte dar und untermauert seine Ausführungen mit einer Anzahl von Dokumenten. "Für das Auswärtige Amt", urteilte Helmut Frenz, der ehem. Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, "ist Hellers Buch eine Ohrfeige."

Friedrich Paul Heller: Colonia Digidad. Von der Psychosekte zum Folterlager. Stuttgart (Schmetterling Verlag) 1993. 308 S., 29.80 DM.

Antimilitarismus

Bereits in den Siebzigern, zur Zeit der sog. Ölkrise, wurde über eine Einsatzausweitung der Bundeswehr diskutiert. Richtig in Stimmung kamen die Propagandisten von out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr jedoch erst mit der "Einheit Deutschlands". Das "Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik", das im Sommer dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen hat, hat die wichtigsten Beiträge dieser Debatte in einer Dokumentation zusammengestellt.

Bundeswehr - längst out-of-area. Dokumentation. Oktober 1993, 60 S. - Die Broschüre ist gegen Vorkasse (5-DM-Schein und 2 DM in Briefmarken) erhältlich beim Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Postfach 1219, 48348 Everswinkel.

DVU

In erweiterter und überarbeiteter 2. Auflage erschienen ist die vom Avanti-Projekt Undogmatische Linke und der Autonomen Infogruppe Kiel erarbeitete Dokumentation zu den Umtrieben der DVU und ihres Führers Gerhard Frey.

Multimillionär Frey und seine DVU. Informationen über die größte neofaschistische Organisation. August 1993, 64 S. Bezug gegen Vorkasse (6 DM plus 2,50 Porto) über: Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel.

Antifaschismus

Verlauf und Hintergründe des Prozesses gegen die Antifaschisten und ehemaligen DDR-Bürger Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn werden dargestellt in der Broschüre Geschichte wird gemacht. Der Prozeß gegen Gerhard Bögelein & Karl Kielhorn. Dezember 1993, 50 S. - Bezug gegen Vorkasse (4 DM plus 1,50 Porto) über: Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel.

Rassismus in den Medien

"Aus Schlagworten werden Brandsätze" war das Motto einer Vortragsveranstaltung im September 1993 in Hamburg, um die Mitverantwortung der Medien bei der Entstehung und Ausbreitung rassistischer, rechtsradikaler Gewalt aufzudecken und anzuklagen. Die Beiträge dieser von einem außerordentlich breiten Bündnis getragenen und von rund eintausend ZuhörerInnen besuchten Veranstaltung liegen nun in einer Dokumentation vor. Die RednerInnen der Veranstaltung waren: Jürgen Bischoff, der Vorsitzende der DJU in den IG Medien in Hamburg; Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter in Rostock; Michael Jürgs, Chefredakteur von "Tempo"; Klaus Bednarz, Chefredakteur des Magazins "Monitor"; Will Teichert, Leiter der Hamburger Akademie für Publizistik; Wilhelm von Sternburg, Autor von u.a. einer vorzüglichen Biographie Arnold Zweigs und ehem. Chefredakteur des Hessischen Rundfunks; Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma; Anja Lundholm, Schriftstellerin, Überlebende der Schoa.

Aus Schlagworten werden Brandsätze. Dokumentation einer Veranstaltung. Hg. von: Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände und Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken. Hamburg, Dezember 1973. 32 Seiten, 5 DM zzgl. Versandkosten. - Bezug über: AG freier Jugendverbände, Alfred-Wegener-Weg 3, 20459 Hamburg.

Ebenfalls der "Rassismus in den Medien" ist das Thema der Autonomen antirassistischen Gruppe Stuttgart, die die Berichterstattung zweier örtlicher Zeitungen u.a. zur Asyldebatte, der "Kriminalität" von EinwanderInnen und der Republikaner untersuchte. Den Analysen vorangestellt sind Informationsartikel zur Geschichte der Zeitungen in Deutschland, Zeitungsverlagen als Wirtschafskonzernen und den Besitzverhältnissen der untersuchten Zeitungen.

Rassismus in den Medien. Am Beispiel der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten. September 1993, 40 S. - Bezug gegen Vorkasse (4 DM plus 3 DM Porto) über: Autonome antirassistische Gruppe, p.A. Infoladen, Mörikestraße 69 HH, 70199 Stuttgart.

Autonomie

Im letzten Jahr hatte Karl Heinz Roth (mit rund zweihundert Gästen) seinen 50. Geburtstag gefeiert. Bei 2001 ist ein Gratulationsband politischer und wissenschaftlicher Freunde erschienen - der Verlag Libertäre Assoziation gibt "Karlo" mit einer kommentierten Auswahlsammlung seiner Schriften aus rund zwanzig Jahren selbst das Wort. Im Zusammenklang der begleitenden Texte des Herausgebers (von der "politischen Biographie" Roths über die Entwicklung vom Operaiismus zur Autonomie und den bewaffneten Kampf zur Theorieentwicklung nach 1977 und der Rolle der Intelligenz) und der Texte von Karl Heinz Roth ist eine Geschichte der autonomen Bewegung in der BRD (nicht zu verwechseln mit "den Autonomen") entstanden, die - es muß mal wieder gesagt werden - insbesondere den weit unter 50jährigen anzuempfehlen ist.

... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth u.a. Eingeleitet und kommentiert von Frombeloff. Hamburg (Verlag Libertäre Assoziation) 1993. 330 S., 25 DM.

40. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:38

In den letzten Tagen sind Ali Jansen, Erik Prauß und Andrea Sievering aus dem Knast entlassen worden. Andererseits wurde Rolf Klemens Wagner aufgrund von KronzeugInnenaussagen der DDR-RAF-AussteigerInnen wegen angeblicher Beteiligung am Haig-Attentat 1979 in Belgien zu weiteren zwölf Jahren Haft verurteilt. Der heute fast 50jährige Rolf Klemens Wagner, der seit 1979 inhaftiert ist, wurde 1987 wegen seiner angeblichen Beteiligung an der Ermordung von Schleyer und dessen vier Bewacher zu lebenslanger Haft verurteilt. Dies Urteil dient zu nichts anderem, als abzusichern, daß Wagner den Knast nicht mehr verlassen wird. Das Gericht hat das alte lebenslängliche Urteil und die jetzt erneut verhängten zwölf Jahre zu einer Gesamtstrafe von lebenslang zusammengezogen. Da ihm im Urteil "besonders schwere Schuld" vorgeworfen wird, sind die Chancen im Rahmen der üblichen Haftüberprüfungen "vorzeitig" entlassen zu werden sehr gering.

Ali Jansen, dessen sechsjährige Haftzeit am 28. Februar 1994 beendet gewesen wäre, ist nach langem Gezerre endlich "vorzeitig" entlassen worden. Er ist schwer asthmakrank und war im Oktober nach einer verschleppten schweren Lungen- und Rippenfellentzündung, trotz massiver Proteste, wieder in den Knast zurückverlegt worden. Die Forderung nach seiner Entlassung war im Zusammenhang mit der Freilassung der anderen haftunfähigen Gefangenen Günter Sonnenberg und Bernd Rössner immer wieder gestellt, von Staatsseite aber abgelehnt worden.

Erik Prauß und Andrea Sievering sind nach 2/3 ihrer neunjährigen Haftstrafe entlassen worden. Die beiden waren in Zusammenhang mit einem Sprengstoffanschlag der RAF auf Dornier im Juli 1986 verurteilt worden.

RAF-Debatte

Der RAF-Streit ist nach der ersten öffentlichen Aufregung nun offensichtlich in großes Schweigen verfallen. Der Brief von Brigitte Mohnhaupt ließ vermuten, daß der Wunsch, eine wirkliche Auseinandersetzung zu führen, auf dieser Seite nicht besteht, sondern nur Schnitte gemacht werden sollten. Richtig und Falsch festgelegt werden sollten.

Es ist verständlich, daß ein Ringen um Positionen, die die heutige Realität mit einbeziehen sehr schwer und streckenweise auch schmerzhaft ist. Nicht, weil alle Positionen und Erkenntnisse, die mensch in langen Jahren im Kampf, in der politischen Auseinandersetzung und auch im Knast gewonnen hat, vom Tisch gefegt werden sollen und müssen, sondern, weil das schlichte, sich mit der konkreten, realen gesellschaftlichen Situation zu konfrontieren und auf dieser Basis nach den Dingen und Wegen zu suchen, was jetzt zu tun ist, auch oft dazu führt, von der eigenen Hilflosigkeit und Vereinzelung erschlagen zu werden. Trotzdem denke ich, ist eine Weiterführung der Auseinandersetzung nicht nur gut, sondern auch notwendig.

Wir drucken in diesem ak den Brief von Birgit Hogefeld an Brigitte Mohnhaupt ab. Wir werden auch in Zukunft dann Teile der Debatte im ak veröffentlichen, wenn sie Neues bringt: das heißt, wir werden nicht jede Stellungnahme, jeden Brief und jeden Diskussionsbeitrag, der uns zugeschickt wird veröffentlichen. Wir werden dabei aber wie bisher keine Zensur nach Fraktionen, Richtig oder Falsch ausüben, wie es leider im Angehörigen Info 132 (1) und der clockwork 129a Nr. 33/34 (2) geschehen ist.

ga.

(1) Angehörigen-Info 133. Bezug über GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg. Einzelpreis 1,20 DM plus Porto.

(2) clockwork 129a Nr.33/34. Bezug über clockwork 129a, Leibnizstr. 24, 6500 Mainz. Einzelpreis 1,60 DM plus Porto.

41. Falsch gewählt!

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/bb-tit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:bb-tit

PDS-Wahlerfolg: CSU fordert Verbot

"Die Vorstellung, daß die Hauptstadt Brandenburgs demnächst von einem PDS-Oberbürgermeister regiert werden könnte, bedeutet eine beträchtliche Strapaze für die politische Phantasie und für das politische Empfinden vieler", so der West-Berliner "Tagespiegel" in einem Kommentar zum Ausgang der Brandenburger Kommunalwahlen. Dies ist die harmlose, nicht gewalttätige Variante. Die andere ist die des bayrischen Innenministers, der das Verbot der PDS forderte. Zwar dürfte er in Bezug auf die Umsetzung etwas einsam dastehen, aber in Bezug auf die Geisteshaltung wird er viele Verwandte haben. Diese Wahlen sind der Auftakt des Superwahljahrs 1994 und haben in der Vorbereitung entsprechende Aufmerksamkeit erlangt. Daß die PDS dabei zur zweitstärksten Partei aufstieg, die CDU sich mit dem dritten Rang begnügen muß, läßt offensichtlich böse Ahnungen bei der politischen Klasse aufkommen.

Wir berichten und kommentieren auf Seite 4

42. Quelldatei ira.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/ira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:ira

Südafrika

In zähen Verhandlungen haben ANC und weiße Minderheitsregierung sich auf die verfassungsrechtlichen Strukturen des neuen Südafrika verständigt. Sie werden genauso wie das enorme Gewaltpotential der rassistischen und faschistischen Kräfte dafür sorgen, daß für den ANC auch nach seinem zu erwartenden grandiosen Wahlsieg im kommenden April die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Seite 18

Nordirland

Ende November kam es heraus: Schon seit Februar führt die britische Regierung einen Dialog mit der IRA - all ihren Beteuerungen zum Trotz, mit "Terroristen" würde sie nicht verhandeln. Die protestantischen Loyalisten schreien Verrat; Sinn Féin und IRA erklären ihre prinzipielle Zustimmung zu "Interimslösungen". Neue Fronten in Nordirland. Seite 16

Bougainville

Die Bevölkerung Bougainvilles wehrt sich seit Bestehen der größten Tagebau-Kupfermine gegen das Projekt und die dadurch verursachte ökologische Zerstörung der Insel. 1988 gründete sich eine Guerillabewegung, die einen Dschungelkrieg gegen die Zentralregierung führt. Die Hauptforderungen: Reparationszahlungen und die Unabhängigkeit der Insel.

Seite 30

43. Quelldatei knutfolk.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/knutfolk.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:knutfolk

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Knut Folkerts wurde am 22. September 1977 in Utrecht/Niederlande nach einem Schußwechsel verhaftet, damals war er 25 Jahre alt und Mitglied der RAF. Im Oktober 78 wurde er an die BRD ausgeliefert, wo er zunächst in eine Bunkerzelle in Stadelheim kommt. Von Januar 79 bis März 80 ist er in Straubing ebenfalls isoliert. Danach in Stammheim, 7. Stock, wieder abgeschottet. Im Juli 80 erfolgt das Urteil: lebenslängliche Haft wegen der Beteiligung am Attentat auf den damaligen Bundesanwalt Buback und seine Begleiter in Karlsruhe. Im September 81 wird er nach Celle geflogen und dort im neuen Hochsicherheitstrakt weggeschlossen. Einer der vielen Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen war im Dezember 84. Nach 56 Tagen fällt Knut ins Koma und wird in die Medizinische Hochschule Hannover eigeliefert. Dort wird er zwischen Leben und Tod festgehalten (die "Koma-Lösung"), bewacht von tausend Polizisten und Grenzschützern. Seit April 86 besteht die Kleingruppe in Celle aus Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut.

Das ist in Kurzform die Geschichte, die überall nachzulesen ist - weggelassen sind auch die Folgen der Isolation, die Schikanen, die Zensur - alles bekannt.

Ich kenne Knut seit 68/69, damals noch nebeneinander bei Demos gegen die Notstandsgesetze oder Kiesinger-Auftritt in Karlsruhe. Später sind wir getrennte Wege gegangen. Seit ein paar Jahren sitzen wir nebeneinander - beim Besuch. Ich habe gelernt, wie jemand überleben kann in diesem Knast-System, sich interessiert für die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien; welche Gedanken Knut sich macht beim reduzierten Studium der Gegenwart: des Zustands in diesem Land, der sozialen und gesellschaftlichen Situation. Selten in meinem Leben hat mich ein Mensch so ausgefragt, nach meinem Handeln, meinen Wahrnehmungen, nach den Frauen, Männern und Kindern, mit denen ich zu tun habe.

Es gibt noch vieles, wofür es sich zu kämpfen lohnt - vielleicht wieder auf verschiedenen Wegen - aber jedenfalls außerhalb der Gefängnis-Mauern.

gm

44. Nazi-Terrorismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/nazi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:nazi

Staat schaut nicht weg, sondern zu!

Reihenweise verschickte Briefbomben in Österreich, die Folge: fünf Schwerverletzte. Kaum verhüllte Aufrufe zur Gewaltanwendung bis hin zum Mord: Die Nazi-Broschüre "Der Einblick" druckt zu diesem Zweck rund 250 Namen und Adressen von Personen und Gruppen. "Unbekannt" sind für die Bundesanwaltschaft die "Verfasser, Zusammensteller, Herausgeber und Verbreiter" dieser Auflistung.

Aber nicht doch! Unter den Augen des Staatsschutzes haben die Nazis seit über einem Jahr den "Einblick" vorbereitet. Ein Blick auf die "Anti-Antifa" auf Seite 10

Zu den Anschlägen in Österreich Seite 2

Auch eine andere Säule dieses Staates, die Justiz, zeigt sich in ihren Verfahren gegen Nazi-Gewalttäter eher von der großzügigen Seite. Konsequente Urteile wie gegen die Mörder von Mölln sind die Ausnahme. Ein Überblick über Urteile gegen Neo-Nazis sowie eine Bewertung des Möllner Urteils auf Seite 9

45. Quelldatei pkk-asc.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/pkk-asc.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:pkk-asc

Kurdistan und PKK

Vernichtungskrieg und Organisationsverbot

Hand in Hand arbeiten die türkische und die deutsche Regierung bei dem von den türkischen Militärs gegen die Kurdische Arbeiter-Partei (PKK) geführten Vernichtungskrieg. Bislang stellte die BRD der Türkei Experten zur Aufstandsbekämpfung und Waffen zum Einsatz im kurdischen Kriegsgebiet zur Verfügung. Am 26. November nun verbot sie die PKK und weitere 34 kurdische Organisationen, Vereine und Verlage unter anderem mit der Begründung, daß diese Gruppierungen die "außenpolitischen Belange" der Bundesrepublik und das Verhältnis zum türkischen Staat "erheblich stören" würden.

Dessen Krieg gegen die PKK hat unterdessen in den vergangenen Monaten immer mehr die Dimensionen der einst von Saddam Hussein gegen die Kurden praktizierten Völkermordpolitik angenommen. Parallel zu einer immer stärkeren Faschisierung ihrer Innenpolitik praktiziert die Türkei in Kurdistan inzwischen einen totalen Krieg gegen die Bevölkerung gemäß der von ihrem Generalstabschef im Juli ausgegebenen Parole, daß es keine politische Lösung, sondern nur "Vernichtung und Ausrottung" geben könne. Diese Devise enthält freilich auch das unfreiwillige Eingeständnis: Der Krieg gegen die PKK ist für die Türkei nicht mehr zu gewinnen. Seiten xx bis xx

46. Quelldatei pkk.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/pkk.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:pkk

Hand in Hand arbeiten die türkische und die deutsche Regierung bei dem von den türkischen Militärs gegen die Kurdische Arbeiter-Partei (PKK) geführten Vernichtungskrieg. Bislang stellte die BRD der Türkei Experten zur Aufstandsbekämpfung und Waffen zum Einsatz im kurdischen Kriegsgebiet zur Verfügung. Am 26. November nun verbot sie die PKK und weitere 34 kurdische Organisationen, Vereine und Verlage unter anderem mit der Begründung, daß diese die "außenpolitischen Belange" der Bundesrepublik "erheblich stören" würden. Der Krieg gegen die PKK hat unterdessen immer mehr die Dimensionen eines Völkermords angenommen. Parallel zu einer immer stärkeren Faschisierung ihrer Innenpolitik praktiziert die Türkei in Kurdistan inzwischen einen totalen Krieg gegen die Bevölkerung gemäß der von ihrem Generalstabschef im Juli ausgegebenen Parole, daß es keine politische Lösung, sondern nur "Vernichtung und Ausrottung" geben könne. Diese Devise enthält freilich auch das unfreiwillige Eingeständnis: Der Krieg gegen die PKK ist für die Türkei nicht mehr zu gewinnen.

Seite 6 bis 8

47. Der Streit um die Ursachen

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/rommels.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:rommels

Für die meisten Sozialwissenschaftler ist die Frage nach den Ursachen der faschistischen Gewalt in Deutschland - zumindest theoretisch - kein großes Problem. Besonders anfällig für rechtsextremes und rassistisches Denken und Handeln, so wird uns erklärt, seien die "Zukurzgekommenen": "Modernisierungsopfer", sozial Entwurzelte ohne Perspektive, "Orientierungslose", die ihr altes Weltbild verloren hätten und nun Halt in rechtsextremen Bezügen suchen würden. Die einschlägigen empirischen Untersuchungen stützen diese These nicht. Jugendliche mit stabilem Selbstbild neigen sogar eher zu rechten und rassistischen Einstellungen als die sog. Instabilen. Birgit Rommelspacher untersucht in diesem ak die gängigen soziologischen und psychologischen Erklärungsmuster und setzt sich auch mit einem feministischen Ansatz auseinander, nach dem Rassismus mit Männergewalt gleichgesetzt wird.

Seite 24

48. Die Wahlergebnisse der Rechten

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/vor21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:vor21

Nach einer langen Phase des Niedergangs fahren Deutschlands rechtsextreme Parteien seit Ende der achtziger Jahre wieder Wahlergebnisse oberhalb der Fünf-Prozent-Sperre ein. Zur Zeit sind sie vertreten in den Landesparlamenten von Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bremen, im Europa-Parlament und in einer unüberschaubar großen Zahl von Gemeinde- und Stadträten. Das "Super-Wahljahr" 1994 könnte ihnen weitere Erfolge bringen, vielleicht sogar den Einzug der REP in den Bundestag.

Wir untersuchen, wie sich die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien seit Bildung der BRD im Jahre 1949 entwickelt haben. Dieser Vergleich zeigt klar, daß die "Sympathiekurve" rechtsextremer Parteien so starken und schnellen Schwankungen unterworfen ist, wie bei keiner anderen politischen Richtung. Offensichtlich ist es (noch?) nicht zur Herausbildung einer rechtsextremen Stammwählerschaft gekommen.

Seite 21

49. Quelldatei wahl02.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak361/wahl02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:361:wahl02

Allerdings fällt eine propagandistische Legitimation weg, die bisher als Rechtfertigung für die selbstherrliche Machtausübung Jelzins herhalten mußte: das alte Parlament sei nicht frei gewählt gewesen. Das wird dem neuen Gremium wohl niemand nachsagen wollen. Es stimmte aber auch vorher schon nicht. Das vom Präsidenten im September in eindeutig verfassungswidriger Weise aufgelöste Parlament war zwar, 1990, noch weitgehend nach sowjetischen Spielregeln gewählt worden, aber in seiner pluralistischen Realität war es ein Spiegelbild der kontroversen politischen Strömungen Rußlands gewesen. Offenbar entsprach dieses Parlament nicht mehr genau den gewandelten Kräfteverhältnissen im Jahre 1993, aber das gilt beispielsweise für den deutschen Bundestag genauso, ohne daß ernsthaft erwogen wird, man müsse ihn mit Panzern auseinanderjagen.

Die bisherigen Angaben zu den Ergebnissen der Wahl vom 12. Dezember lassen darauf schließen, daß das neue Parlament in seiner Zusammensetzung dem alten sehr viel mehr ähneln wird, als Jelzin und seine westlichen Sponsoren gehofft hatten. Was sie überhaupt zur Hoffnung veranlaßt hatte, durch die putschistisch erzwungene Neuwahl eine breite parlamentarische Basis für Jelzin und seine vom internationalen Finanzkapital vorgezeichnete "Schocktherapie" zu gewinnen, bleibt rätselhaft. Die bekanntgewordenen Prognosen sprachen von vornherein dagegen. Auch das starke Abschneiden Schirinowskis, das nun von deutschen Medien im jähen Katzenjammer zum "Wahlsieg" überhöht wird, war keineswegs so absolut unerwartet, wie nun behauptet wird.

Erstens hatte der rechtsextreme Demagoge schon bei der Präsidentenwahl im Juni 1991 aus dem Stand annähernd acht Prozent der Stimmen geholt und war damit auf Platz drei gelandet, hinter Jelzin (57,3 Prozent) und dem von Gorbatschow favorisierten Ryschkow (16,85).

Zweitens ist durch die Zerschlagung der zentristischen Führungsgruppe um Ruzkoj und Chasbulatow sowie durch das Verbot zahlreicher radikaloppositioneller Organisationen und Zeitungen ein enormer Wettbewerbsvorteil für Schirinowski geschaffen worden: Er, der sich mit seiner Partei klug aus dem Konflikt um das Parlament herausgehalten hatte, hat dank Jelzin bei dieser Wahl fast eine Monopolstellung für das radikalnationalistische Spektrum bekommen. Jelzin hat, unter heftigem Antrieb und Applaus der kapitalistischen Großmächte, vergleichsweise gemäßigte Oppositionsvertreter wie Ruzkoj und Chasbulatow einsperren lassen und damit zugleich dem schlimmsten Demagogen von allen freie Bahn geschaffen. Wieso ausgerechnet eine Partei zur Kandidatur zugelassen wurde, die u.a. übelste antisemitische Paranoia verbreitet - die Welt werde von 28 jüdischen Familien beherrscht, zu deren zentralen Zielen die Vernichtung Rußlands gehöre - bleibt unerklärt. Jelzins westliche Sponsoren, die heute über den "Sieg des neuen Hitler" schreien, schienen vor der Wahl keinen Anstoß daran zu nehmen.

Schirinowskis faschistische Liberaldemokraten haben mit dieser Wahl ihre Rolle als hegemoniale Kraft der Opposition gegen Jelzin und gegen die Gängelung Rußlands durch IWF, Weltbank usw. eindeutig bescheinigt bekommen. Es ist zu fürchten, daß sich die Subalternität der Kommunistischen Partei Sjuganows nicht darauf beschränken wird, daß sie im Wahlergebnis weit hinter den Liberaldemokraten liegt, sondern daß sie noch mehr als bisher schon in deren Fahrwasser segeln wird - sofern sie nicht teilweise den Lockungen Gajdars erliegt, "Regierungsverantwortung zu übernehmen", was vermutlich schnell zu einer Spaltung der Partei führen würde.

Schirinowski beschwört die Grenzen des Zarenreichs (wozu außer den Bestandteilen der UdSSR auch Finnland und drei Viertel von Polen gehörte) und macht aus der territorialen Wiederherstellung der Sowjetunion (ohne Sowjets) geradezu ein Minimalprogramm. Er spricht davon, daß Rußland und Deutschland wieder eine gemeinsame Grenze haben sollten, und meint damit die fünfte Teilung Polens. Überhaupt sollten die beiden Länder nach Ansicht Schirinowskis Partner statt Gegner sein, und er gibt dieser im Prinzip sehr sympathischen Parole einen aggressiven Sinn, der eindeutig ist. Zur DVU des rechtsextremen Verlegers Frey unterhält Schirinowski besonders enge Beziehungen, aber auch die Kontakte zur deutschen "neuen Rechten" werden nicht vernachlässigt.

Ein ökonomisches und soziales Gegenprogramm der russischen Rechtsextremisten gegen den Kurs Jelzins und Gajdars ist nicht zu erkennen. Sie entwickeln keine Alternativen gegen De-Industrialisierung, Verelendung, Massenarbeitslosigkeit, was zugegebenermaßen auch ein äußerst schwieriges Unterfangen wäre. Ihre Propaganda beschränkt sich darauf, die Probleme Rußlands und deren Auswirkungen für das alltägliche Leben der "kleinen Leute" als Resultate eines internationalen Vernichtungsfeldzugs gegen Rußland darzustellen, hinter dem an erster Stelle "die Juden" ausgemacht werden. Das verspricht zwar absolut keinen Ausweg aus den akuten Problemen, bietet aber einen probaten Sündenbock und sorgt dadurch für Ablenkung. Die Beschwörung der historischen Größe Rußlands und seiner kulturellen Mission hilft über manche Unerfreulichkeiten des Alltags hinweg. Schirinowskis "Versprechen", mit vollem Einsatz der Staatsmacht gegen die Kriminalität vorzugehen, entspricht einem breit empfundenen Bedürfnis.

Zum Teil berühren sich die Ziele der Liberaldemokraten und anderer Rechtsextremer sowie der Kommunisten mit denen der Jelzin-Administration. Die Rekonstruktion eines starken imperialen Rußlands, das mehr oder weniger das gesamte Territorium der früheren Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch dominiert, ist ein überragendes gemeinsames Interesse. Jelzin steht diesbezüglich den Extremisten zwar in der Schärfe des Tons und im Ausmaß der öffentlich verkündeten Ambitionen nach, hat dafür aber die realpolitischen Erfolge auf seiner Seite. Die Ausnutzung nationaler Konflikte in den früheren Sowjetrepubliken hat die Jelzin-Administration sehr erfolgreich betrieben, praktisch in allen sind noch oder schon wieder russische Truppen stationiert. Abgesehen von den baltischen Staaten sind alle Teile der ehemaligen UdSSR in die GUS zurückgekehrt. Das ist sehr viel weniger, als Schirinowski & Co. fordern, aber bei realistischer Betrachtung ist es wohl das Maximum dessen, was sich ohne großen Krieg erreichen ließ.

Ein zentraler Punkt, wo die "Reformer" und die rechtsextreme Opposition sehr weit auseinander liegen, ist die Haltung Rußlands zum Westen. Jelzin agiert in seiner Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Außenpolitik sehr angepaßt, akzeptiert praktisch die führende Rolle des Westens. Sein Widerspruch gegen eine ganz schnelle Integration der postsozialistischen Staaten Osteuropas in die NATO ist das Äußerste, was er sich bisher an Dissens geleistet hat. Die Politik der Rechtsextremen hingegen müßte auf eine scharfe Konfrontation mit dem Westen hinauslaufen, wenn sie sich nicht als leere Rhetorik blamieren will. Das würde beispielsweise auch bedeuten, daß Rußland sich darauf orientieren müßte, seine Wirtschaftsprobleme in erster Linie aus eigener Kraft zu bewältigen und selbst Sanktionen, die der Westen als Druckmittel verhängen könnte, nicht zu scheuen. Ebenso würde eine rechtsextreme Politik die Rückkehr zum Wettrüsten und zur militärischen Konfrontation implizieren.

Dies erklärt die westliche Aufregung über Schirinowskis "Wahlsieg", der ja in Wirklichkeit so alles überragend wohl gar nicht sein wird und der jedenfalls per se keine wirklichen Probleme für Jelzin schafft: Der Präsident hat bisher schon selbstherrlich gegen die parlamentarische Mehrheit regiert, und könnte damit im Prinzip auch künftig fortfahren, zumal gestärkt durch das Votum für die neue Verfassung - auch wenn sich real nur weniger als 30 Prozent der Wahlberechtigten dafür ausgesprochen haben.

Nein, Jelzin wird auch künftig wohl nicht an parlamentarischen Mehrheiten scheitern, sowenig wie in der Vergangenheit. Er kann aber sehr leicht und schnell darüber stürzen, daß ihm die Zentren der realen militärischen und ökonomischen Macht ihre Unterstützung entziehen, wenn sie seine Politik als gescheitert ansehen. Man weiß inzwischen, daß schon die Entscheidung der militärischen Führung zugunsten Jelzins am 3./4. Oktober nur zögernd fiel und daß die Sache einige Stunden lang "auf Messers Schneide" stand.

Das wirkliche Risiko des Wahlergebnisses, vor allem des guten Abschneidens der Rechtsextremen, liegt also darin, daß hier ein alternatives Politikangebot gemacht wird, das einigen maßgeblichen Trägern der realen Macht attraktiver erscheinen könnte als die weitere Unterstützung Jelzins. Ein Angebot zudem, das sich auf breite - und mit der weiteren Verschärfung der Krise voraussichtlich noch wachsende - Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann. So wird beispielsweise auch behauptet, Schirinowski habe bei Soldaten und Offizieren besonders viel Zuspruch gefunden. Ob sich diese erste Einschätzung bestätigt, bleibt abzuwarten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, weil die Armee besonders stark mit den materiellen und psychologischen Problemen konfrontiert ist, die sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Verlust des Weltmacht-Status ergeben. Hinter dem "Wahlsieg" Schirinowskis zeigt sich der drohende Schatten einer mit rechtsextremer Ideologie unterfütterten Militärdiktatur. Dabei könnten Schirinowski und die Seinen eher zu den Opfern als zu den Vollstreckern einer solchen Diktatur gehören: Das Argument, einer faschistischen

Machtergreifung zuvorkommen zu müssen, verspräche internationale Akzeptanz für einen Putsch und ein rechtsautoritäres Regime.

Kt., 13.12.93